



23 | **2013**

66. Jg., 49.–50. KW, 12. Dezember 2013

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

*Johanna Wanka, Hans-Peter Klös und Axel Plünnecke,
Joachim Möller, Wolfram F. Richter und Kerstin Schneider,
Ludger Wößmann, Stefan Wolf*

- »Akademisierungswahn«: Studieren zu viele?

Kommentare

Manfred Borchert

- Der ESM und die europäischen Banken

Dagmar Mühlenfeld

- Migration: Global Challenges, European Responses?

Forschungsergebnisse

Stefan Mittnik, Nikolay Robinzonov und Klaus Wohlrabe

- Was bewegt den DAX?

Daten und Prognosen

*Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg, Josef Lachner,
Ludwig Dorffmeister und Erich Gluch, Gernot Nerb,
Harald Blau und Anita Jacob-Puchalska*

- ifo Branchen-Dialog 2013

Arno Städtler

- Rückläufige Investitionen – Leasinggeschäft stagniert

Im Blickpunkt

Klaus Wohlrabe

- Handelsblatt-Ranking 2013: Einige Anmerkungen

Julia Tschersich und Jana Lippelt

- Kurz zum Klima: Weltweite Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Klaus Wohlrabe

- ifo Konjunkturtest November 2013

ifo Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Dr. Christa Hainz, Annette Marquardt, Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

»Akademisierungswahn«: Studieren zu viele?

3

Wird in Deutschland zu viel studiert, oder ist die Diskussion über eine vermeintliche Überakademisierung der Gesellschaft verfehlt? *Johanna Wanka*, Bundesministerin für Bildung und Forschung, unterstreicht, dass es nicht um ein Entweder/oder geht. Berufliche Bildung und Studium seien gleichermaßen wichtige Bestandteile des deutschen Bildungssystems. *Hans-Peter Klös* und *Axel Plünnecke*, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, verwerfen die »These einer Überakademisierung«. Die Bildungspolitik sollte vielmehr eine größere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung herstellen. Auch *Joachim Möller*, IAB und Universität Regensburg, sieht keine Anzeichen einer Überakademisierung. Die Arbeitsmarktsituation der Hochqualifizierten habe sich nicht verschlechtert. Eine Einschränkung des Zugangs zu den Hochschulen und Universitäten wäre in keiner Weise zu rechtfertigen. *Wolfram F. Richter*, Technischen Universität Dortmund, und *Kerstin Schneider*, Bergische Universität Wuppertal, bezweifeln, dass der Mehrwert, den ein Hochschulabschluss individuell und gesellschaftlich verspricht, den Schätzungen, insbesondere der OECD, entspricht. Die entscheidungsrelevanten Ertragsraten würden durch die publizierten systematisch überzeichnet, da nicht hinreichend zwischen den Kosten entgangenen Lohns und den Kosten entgangener Freizeit unterschieden werde. *Ludger Wößmann*, ifo Institut und Universität München, betont, dass sich höhere Bildung auszahlt. So zeigen etwa die PIAAC-Ergebnisse, dass am deutschen Arbeitsmarkt jedes zusätzliche Bildungsjahr mit knapp 10% höherem Einkommen einhergeht. Gesamtwirtschaftlich erweise sich ein besseres Bildungsniveau der Bevölkerung als der wohl wichtigste Bestimmungsfaktor des langfristigen volkswirtschaftlichen Wachstums und damit des gesellschaftlichen Wohlstands. Nach Ansicht von *Stefan Wolf*, Südwestmetall, braucht die Wissensgesellschaft sowohl Hochschulabsolventen als auch Facharbeiter. Aus Sicht der Arbeitgeber erscheine es naiv, eine Stärkung der dualen Ausbildung durch eine Schwächung der Hochschulen oder eine künstliche Begrenzung der Hochschulzugangsberechtigungen erreichen zu wollen.

Kommentar

Der ESM und die europäischen Banken

25

Manfred Borchert

Manfred Borchert, Prof. em. Universität Münster, plädiert in seinem Kommentar dafür, das Wertpapier-Portefeuille von Banken durch eine bestimmte Quote zum Eigenkapital zu begrenzen.

Migration: Global Challenges, European Responses?

29

Dagmar Mühlenfeld

Dagmar Mühlenfeld, Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, diskutiert in ihrer Keynote Speech beim Ifo-CoR Brussels International Economic Forum aus der Sicht des Deutschen Städtetags Probleme und Chancen der Zuwanderung.

Forschungsergebnisse

Was bewegt den DAX?

32

Stefan Mittnik, Nikolay Robinzonov und Klaus Wohlrabe

Regelmäßige Veröffentlichungen makroökonomischer Kennzahlen, die von den Erwartungen der Marktteilnehmer abweichen, wirken sich in rund zwei Drittel der Fälle sofort auf den deutschen Aktienmarkt aus. Vor allem Daten zu Investitionen, Zahlen über die realwirtschaftlichen Aktivitäten oder Ergebnisse von Wirtschaftsumfragen bewegen die Börse.

Daten und Prognosen

ifo Branchen-Dialog 2013

37

Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg, Josef Lachner, Ludwig Dorffmeister und Erich Gluch, Gernot Nerb, Harald Blau und Anita Jacob-Puchalska

Am 7. November 2013 fand der diesjährige ifo Branchen-Dialog statt. Wie üblich folgten auf die Ausführungen von Hans-Werner Sinn zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage und den Perspektiven für das nächste Jahr die vier Branchenforen. Das Schlussreferat hielt Günther Oettinger, der EU-Kommissar für Energie, zum Thema: »Der Weg zur Sicherung unserer Zukunft: eine europäische Energiestrategie«. Der Beitrag fasst die Tagung zusammen.

Investitionen 2013 noch rückläufig – Leasinggeschäft stagniert, 2014: Wachstum in Sicht

68

Arno Städtler

Das Leasing hat 2012, trotz eines minimalen Rückgangs von 0,2%, besser abgeschnitten als die gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben. Das zeigt der neueste ifo Investitionstest bei den deutschen Leasinggesellschaften, der zusammen mit dem Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) durchgeführt wurde.

Im Blickpunkt

Einige Anmerkungen zum Handelsblatt-Ranking 2013

79

Klaus Wohlrabe

Im September 2013 veröffentlichte das Handelsblatt das aktuelle VWL-Ranking. Der vorliegende Beitrag unterwirft die Methodik des Handelsblattes einer kurzen Kritik und vergleicht das Handelsblatt-Ranking mit den Rankings von RePEC.

Kurz zum Klima: Weltweite Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

84

Julia Tschersich und Jana Lippelt

Die globale Nutzung der erneuerbaren Energien hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Der Beitrag gibt einen Überblick zur Entwicklung und zur globalen Nutzung erneuerbarer Energien für die weltweite Stromerzeugung.

ifo Konjunkturtest November 2013 in Kürze Starker Anstieg in der Industrie und im Großhandel

88

Klaus Wohlrabe

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist deutlich gestiegen. Die aktuelle Geschäftslage wird von den Unternehmen wieder besser eingeschätzt. Die Erwartungen an den weiteren Geschäftsverlauf sind auf den höchsten Wert seit Frühjahr 2011 gestiegen.

*Wir wünschen unseren Lesern frohe Weihnachten
und ein gutes neues Jahr 2014*

Wird in Deutschland zu viel studiert und sollte der »Akademisierungswahn« beendet werden? Oder ist die Diskussion über eine vermeintliche Überakademisierung der Gesellschaft verfehlt?

Auf jeden einzelnen kommt es an

Hörsaal oder Werkbank? Blue collar oder white collar? Mit einiger Vereinfachung lassen sich die Gegenpositionen in der Debatte um die Sicherung des Fachkräftenachwuchses ziemlich klar beschreiben: Die einen freuen sich über die Expansion des Hochschulwesens, die unter anderem darin zum Ausdruck kommt, dass in den vergangenen Jahren regelmäßig etwa die Hälfte eines Schulabgängerjahrgangs ein Studium begonnen hat. Die anderen stellen die bange Frage, ob dieser Trend zum Studium nicht dazu führt, dass sich der Nachwuchsmangel in manchen anspruchsvollen nicht-akademischen Berufen weiter verschärft. Ganz zu schweigen von der Frage, ob die gestiegene Studierneigung womöglich eine Überlastung unseres Hochschulsystems zur Folge hat.

Die meisten dieser Fragen sind richtig gestellt. Die Debatte führt aber an den eigentlichen Herausforderungen vorbei. Denn es geht nicht um ein Entweder/oder, nicht um ein Mehr oder Weniger an Ausbildungs- oder Studienplätzen. Berufliche Bildung und Studium sind gleichermaßen wichtige Bestandteile unseres Bildungssystems. Gerade der Qualifikationsmix von beruflichen und akademischen Ausbildungen bildet ja das Rückgrat der wirtschaftlichen Leistungskraft Deutschlands.

Eine berufliche Bildung mit einem breiten und hohen Qualifikationsniveau soll den jungen Menschen den erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben ebnen und durch bedarfsgerechte und anspruchsvolle Fortbildungen attraktive Karrierechancen bzw. den Weg in die Selbständigkeit eröffnen, ohne dass dafür ein Hochschulstudium absolviert werden muss. Das sichert die Fachkräftebasis, auf deren Grundlage deutsche Unternehmen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wei-

ter ausbauen können. Gleichzeitig brauchen wir ein vielfältiges und leistungsfähiges Hochschulsystem, in dem die jungen Menschen ihre Bildungswünsche verwirklichen können, das den hochqualifizierten Nachwuchs für Wissenschaft und Wirtschaft ausbildet und das die weltweit klügsten Köpfe anzieht. Beide Ziele erreichen wir nur, wenn die Stärkung des einen nicht zu Lasten des anderen erfolgt. Es wäre falsch, diese anerkannten Stärken unseres Bildungssystems gegeneinander auszuspielen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Neben der optimalen Ausgestaltung brauchen wir zudem neue Querverbindungen zwischen den beiden Bildungsbereichen. Das duale Studium, das sich immer größerer Beliebtheit erfreut, ist ein gutes Beispiel für die alternative Verknüpfung von Theorie und Praxis. Auch die Ausweitung spezieller Studiengänge für beruflich Qualifizierte, die deren Kompetenzen angemessen berücksichtigen und die gegebenenfalls berufsbegleitend studierbar sind, kann die Beschäftigungsfähigkeit sichern und neue Chancen für die berufliche Karriere bieten. Umgekehrt hält das duale System der Berufsbildung bereits jetzt attraktive Anschlussoptionen für all jene jungen Menschen bereit, die ihr Studium vorzeitig ohne Abschluss beenden. Diese Anschlussmöglichkeiten führen in relativ kurzer Zeit zu einem berufsqualifizierenden Abschluss oder gar zu einem beruflichen Fortbildungsabschluss.

Der bisherige Ausbau der Studienplätze an deutschen Hochschulen war richtig

Deutschland hatte lange Zeit eine vergleichsweise geringe Akademisierungsquote. Das haben wir geändert. Die Zahl der Erstabsolventen ist im Jahr 2011 auf rund 307 000 gestiegen. Gegenüber dem Jahr 2001 ist das ein Plus von 70%. Der Anteil von Hochschulabsolventinnen und



Johanna Wanka*

* Prof. Dr. Johanna Wanka ist Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Hochschulabsolventen an der altersgleichen Bevölkerung stieg im selben Zeitraum von 17 auf 31 % und hat sich damit dem OECD-Durchschnitt von knapp 39 % angenähert. Ich bin sicher: Hätten wir heute eine Absolventenquote wie vor 20 Jahren, wäre unsere Wirtschaft längst nicht so wettbewerbsfähig, wie sie sich gerade in Krisenzeiten erwiesen hat. Eine geringe Arbeitslosigkeit sowie vergleichsweise hohe Löhne belegen die guten Perspektiven akademischer Fachkräfte am Arbeitsmarkt. Auch wenn es durchaus Unterschiede je nach Fachrichtung gibt, herrscht auf dem Arbeitsmarkt für Akademikerinnen und Akademikern seit Jahren nahezu Vollbeschäftigung.

In absehbarer Zeit droht Deutschland ein Mangel an qualifizierten Fachkräften. Das gilt für die Gesundheits- und Sozialberufe genauso wie für die Lehr- sowie die technisch-naturwissenschaftlichen Berufe. In einigen Berufsfeldern und Regionen klagen Unternehmen schon heute über fehlende Bewerberinnen und Bewerber.

Laut aktuellen Prognosen wird es zwar bis 2030 mehr Absolventinnen und Absolventen einer akademischen Ausbildung (4,9 Millionen) als vergleichbare Austritte aus dem Arbeitsmarkt (3,2 Millionen) geben, ein grundlegender Strukturwandel hin zu wissens- und forschungsintensiven Industrien und Dienstleistungen wird aber dazu führen, dass Akademikerinnen und Akademiker vom Arbeitsmarkt gut aufgenommen werden. Ab dem Jahr 2030 wird, vor allem wegen sinkender Geburtenzahlen, ein Rückgang der Absolventenzahlen erwartet. Obwohl sich der Trend zur Höherqualifizierung voraussichtlich fortsetzen wird, wird sich der Fachkräftemangel voraussichtlich verschärfen.

Auf der mittleren Qualifikationsebene stellt sich die Fachkräftefrage sogar schon früher. Einem leicht rückläufigen Bedarf an Beschäftigten bis 2030 steht ein deutlicher Rückgang der Erwerbspersonen mit entsprechender Qualifikation gegenüber. Ab dem Jahr 2020 scheidet eine steigende Zahl von Fachkräften aus dem Erwerbsleben aus. Auch Absolventinnen und Absolventen aus der Berufsbildung werden daher sehr gefragt sein. Die Prognosen bestärken mich in meiner Auffassung, dass wir mehr tun müssen, damit niemand ohne Schulabschluss, Berufsabschluss oder Studienabschluss bleibt. Wir müssen alle Bildungspotenziale in unserer Gesellschaft bestmöglich fördern und entwickeln. Dies schließt auch ein, dass die Entscheidung für eine berufliche oder akademische Ausbildung nicht von der sozialen Herkunft vorbestimmt werden darf.

Angesichts der weiterhin hohen Nachfrage nach akademisch ausgebildeten Menschen sind die steigenden Studienanfängerzahlen ein Glücksfall für unser Land. Nahmen 2006 rund 350 000 junge Menschen ein Studium auf, lag die Zahl 2013 über 500 000. Laut Vorhersagen der Kultusministerkonferenz werden sich im Jahr 2020 trotz sinkender

Geburtenzahlen rund 450 000 junge Frauen und Männer erstmalig immatrikulieren. Wir investieren Milliarden in gute Bedingungen an den Hochschulen. Mit dem Hochschulpakt 2020 haben Bund und Länder eine wichtige Basis für diese Expansion geschaffen. Allein für die Jahre 2011 bis 2015 stellt die Bundesregierung rund sieben Milliarden Euro für rund 625 000 zusätzliche Studienplätze bereit. Die Erhöhung des BAföG und das neue Deutschland-Stipendium haben junge Leute ebenfalls motiviert, ein Studium aufzunehmen. Mit weiteren Initiativen, wie etwa dem Qualitätspakt Lehre oder der Exzellenzinitiative, haben wir die Bedingungen für Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen deutlich verbessert.

Das Studiensystem modernisieren, differenzieren und internationalisieren

Wir haben viel erreicht! Genauso richtig ist aber, dass wir gerade im Hinblick auf die Modernisierung des Studiensystems noch viele Herausforderungen zu bewältigen haben. So müssen vor allem mehr Studienanfängerinnen und Studienanfänger ihr Studium erfolgreich abschließen, ohne Aufgabe des hohen fachlichen Anspruches, den wir zu Recht an die akademische Ausbildung stellen. Die Abbruchquoten sind nicht Ausdruck einer mangelnden Studierfähigkeit der heutigen Studierenden. Richtig ist, dass unsere Gesellschaft insgesamt bunter geworden ist und die jungen Menschen mit unterschiedlichen Vorkenntnissen und damit auch mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen ein Studium aufnehmen. Wenn wir eine breite Bildungsbeteiligung und eine höhere soziale Durchlässigkeit wollen, dann müssen wir insbesondere in der Studieneingangsphase diese Vielfalt stärker berücksichtigen und gezielte Unterstützung anbieten, sei es über bestimmte Vorbereitungskurse oder besondere Formen der Beratung und Betreuung.

Die Abbruchquoten geben uns Hinweise auf Optimierungsbedarfe: Die unzureichende Studierbarkeit einiger Studiengänge, manche Fehlvorstellungen der Studieninteressierten über Anforderungen und Schwerpunkte in den einzelnen Studienfächern und auch eine Überlastung der Lehrenden sind nur einige Punkte, an denen wir ansetzen müssen. Neben der didaktischen und inhaltlichen Fortentwicklung des Studiums durch die Hochschulen müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern und die Ausgaben für die Hochschulen deutlich steigern. Im Rahmen eines Zukunftsvertrags zwischen Bund und Ländern streben wir einen verbindlichen finanziellen Rahmen für die gemeinsamen Anstrengungen an.

Mit der Bologna-Reform wurden bereits wichtige strukturelle Veränderungsprozesse im deutschen Studiensystem eingeleitet. Ein Drittel der Absolventinnen und Absolventen deutscher Hochschulen verfügt heute über studienbezoge-

ne Auslandserfahrung, und noch nie haben so viele Ausländerinnen und Ausländer an deutschen Hochschulen studiert (282 000 im Wintersemester 2012/2013). Deutschland ist bei ausländischen Studierenden das beliebteste nicht-englischsprachige Studienland. Und auch wenn eine qualifizierte Zuwanderung den drohenden Fachkräftemangel alleine nicht lösen wird, so kann sie dennoch einen wichtigen Beitrag zu seiner Minderung leisten. Deshalb wird der Bund die Hochschulen weiterhin in ihren Bestrebungen unterstützen, die Internationalisierung zum zentralen Baustein der institutionellen Profilentwicklung zu machen und eine echte Willkommenskultur auf allen Ebenen zu etablieren.

Ein weiteres Ziel der Studienreform hierzulande ist, über die Vermittlung der fachlichen Kompetenz hinaus das Ziel der Beschäftigungsbefähigung im Studium fester zu verankern und zu fördern. Wenn etwa die Hälfte eines Jahrgangs studiert und ein großer Teil davon keine wissenschaftliche Karriere anstrebt, muss sich das auch in der Ausgestaltung der Curricula widerspiegeln. Viele Hochschulen haben richtigerweise ihre Studienangebote erweitert und Angebote mit mehr Praxis- und Berufsbezügen geschaffen. Auch der Vermittlung methodischer sowie sozialer Kompetenzen wurde vielerorts eine größere Bedeutung eingeräumt. Mit dem Wettbewerb »Aufstieg durch Bildung: Offene Hochschulen« unterstützen Bund und Länder außerdem 26 Projekte an Hochschulen, die beispielsweise berufsbegleitende Bachelor- und Masterangebote entwickeln wollen.

Die Stärken der beruflichen Bildung erhalten und zukunftsfest ausrichten

Auch die Berufsbildung hat einen erheblichen Anteil an der Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland. Weiterhin beginnt mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs eine Ausbildung in den rund 330 anerkannten Ausbildungsberufen. Bundesweit gab es 2012 rund 1,4 Mill. Auszubildende. 23% aller Auszubildende wurden 2011 von jungen Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung abgeschlossen (2008: 21%). Das belegt die Attraktivität der dualen Ausbildung auch für diesen Personenkreis.

Ein entscheidender Vorzug des dualen Berufsausbildungssystems liegt in der Nähe zum Beschäftigungssystem. Mit seiner Komplementarität von Lernen im Betrieb und in der Berufsschule ermöglicht es Unternehmen, ihren Fachkräftenachwuchs praxisnah und bedarfsgerecht auszubilden, andererseits sichert es den Auszubildenden hohe Übernahmequoten in Beschäftigung. Weitere Stärken sind die flexible Anpassung an wirtschaftliche Innovationen und sich wandelnde Arbeitsmarkterfordernisse. Neben den allgemein bekannten Berufen haben sich aufgrund der steigenden Anforderungen der modernen Arbeitswelt zum Beispiel in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften

und Technik neue Ausbildungsprofile mit hohem Qualifikationsniveau entwickelt. Schließlich trägt die berufliche Bildung entscheidend zu der in Deutschland niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich (laut Eurostat 7,7%, Stand: August 2013) bei.

Zu den Herausforderungen, auf die wir über das duale System und seine Ausgestaltung Antworten geben müssen, gehören vor allem:

- die demographische Entwicklung, die die künftige Fachkräftesicherung erheblich beeinflussen wird,
- die weitere Attraktivitätssteigerung, Qualitätssicherung, Differenzierung und Flexibilisierung der beruflichen Bildung,
- das Lernen im Lebenslauf bzw. die berufliche Weiterbildung,
- die Verbesserung der Übergangsmöglichkeiten an den Schnittstellen der beruflichen Bildung und zwischen den Bildungssystemen und
- die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Arbeits- und Bildungsraums

Ausbau des Systems der geregelten beruflichen Fortbildung

Den Absolventinnen und Absolventen der Ausbildungsberufe steht ein differenziertes System der geregelten Fortbildungsberufe zur Verfügung. Die Angebote qualifizieren ganzüberwiegend für anspruchsvolle Fach- und gehobene und höhere Führungsaufgaben. Damit können Positionen erreicht werden, für die oftmals Hochschulabsolventen rekrutiert werden. Rund 100 000 solcher Fortbildungsprüfungen werden jährlich abgelegt. Die Kombination von Berufsausbildung, Berufspraxis und einer Weiterbildung auf gehobenem Niveau bilden das Alleinstellungsmerkmal dieser Fortbildungsabschlüsse. In Zukunft wird es noch mehr darum gehen, dieses System weiter auszubauen und neue und novellierte Regeln gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften zu entwickeln.

Mehr Durchlässigkeit: Miteinander statt Gegeneinander

Die berufliche und hochschulische Bildung haben ihre Leistungsfähigkeit und ihre Arbeitsmarktrelevanz bewiesen. Beide verfügen über spezifische Stärken, doch beide neigen ein wenig dazu, die eigene Binnensicht und die Logik des eigenen Systems absolut zu setzen. Das kommt auch in der eingangs skizzierten Debatte »Werkbank versus Hörsaal« deutlich zum Ausdruck. Dabei ist ein Blick über den vielzitierten Tellerrand heute wichtiger denn je. Denn individuelle Bildungsverläufe halten sich nur selten an die institutionellen Grenzlinien unseres Bildungssystems. Und die Herausfor-

derungen, vor denen unser Land steht, tun dies ebenfalls nicht. So erleben wir heute, dass der theoretische Anspruch in einigen Ausbildungsberufen – etwa im pflegerischen Bereich oder in einigen technischen Berufen – deutlich ansteigt. Mit der Folge, dass in diesen Berufen akademische Elemente in der Aus- und Weiterbildung immer wichtiger werden. Auch der allseits zu Recht geforderte »Aufstieg durch Bildung« verlangt nach einer stärkeren Öffnung der Grenze zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung. Die Grundfrage lautet also nicht »Werkbank oder Hörsaal«, sondern vielmehr: Wie kommen wir zu einer möglichst großen Vielzahl individueller Settings mit passenden Elementen aus beiden Bereichen? Und zwar auch in der Fort- und Weiterbildung?

Es ist an der Zeit, den Hochschulbereich mit dem der beruflichen Bildung enger zu verzahnen und die Durchlässigkeit zu verbessern. Die Übergänge vom einen in das andere System sind aus dem Blickwinkel des Einzelnen heraus besser zu gestalten, etwa beim Beginn einer beruflichen Ausbildung nach einem Studienabbruch oder bei der Aufnahme eines Hochschulstudiums mit einer in der Berufsbildung erworbenen Hochschulzugangsberechtigung. Wir brauchen gezielte Beratungsangebote ebenso wie die Anerkennung und Anrechnung von (Teil-)Leistungen, die zuvor im jeweils anderen Bildungsbereich erworben wurden. Darüber hinaus sind gemeinsame Fortbildungsangebote sinnvoll, in die beide Seiten ihre Stärken einbringen können. Diese gemeinsamen Angebote sollen Menschen aus beiden Bildungsbereichen offenstehen und ihnen gleichzeitig den Wechsel zwischen beiden Systemen ermöglichen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat deshalb zwei Pilotvorhaben auf den Weg gebracht, um solche Verzahnungsmöglichkeiten konkret und beispielhaft auf der Niveaustufe 5 des Deutschen Qualifikationsrahmens zu untersuchen und gemeinsame Bildungsangebote zu entwickeln. Dabei geht es insbesondere um die Verknüpfung mit einem zielgruppengerechten Beratungskonzept.

Wir müssen uns nicht die Frage stellen, welche Akademisierungquote die richtige für uns ist. Was zählt ist, den jungen Menschen in unserem Land Bildungschancen zu eröffnen, die ihren Fähigkeiten und Interessen, aber auch ihren Lebensentwürfen am besten gerecht werden.



Hans-Peter Klös*



Axel Plünnecke**

Fachkräftebedarfe in Deutschland: Komplementarität von beruflicher und akademischer Ausbildung

Die Einschreibezahlen von Erstsemestern an deutschen Hochschulen erreichen seit einigen Jahren immer neue Höchststände. Inzwischen beginnen nur noch wenig mehr junge Menschen eine betriebliche Ausbildung als ein Studium. Vor diesem Hintergrund ist in Deutschland eine Debatte um eine vermeintliche Über-Akademisierung entbrannt, manche Kommentatoren sprechen sogar von einem »Akademisierungswahn« (Nida-Rümelin 2013; Bölling 2013). Nachdem bis vor wenigen Jahren die spezifischen Vorteile der beruflichen Bildung von einer breiteren Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen wurden, mehren sich im politischen Raum die Stimmen, die berufliche Ausbildung nicht zu vernachlässigen. Jüngst hat sich erstmals auch die OECD nach jahrzehntelangem Ignorieren des spezifisch deutschen Modells der beruflichen Bildung positiv über deren Bedeutung für die ökonomische Leistungsfähigkeit Deutschlands geäußert (OECD 2013).

Schon früher wurde zu Recht darauf verwiesen, dass der von internationalen Vergleichen der Akademikerquoten genährte Hinweis, in Deutschland gebe es eine Akademikerglücke, kurzschlüssig ist, weil aufgrund der Internationalen Standardklassifizierung für Bildung (ISCED) berufliche Abschlüsse deutscher Provenienz strukturell unterbewertet sind. Vergleiche von internationalen Kompetenzniveaus zeigen, dass die Kompetenzanforderungen (vgl. Anger und Plünnecke 2009) an international als akademisch eingestufte Abschlüsse teilweise unterhalb der Werte für berufliche Abschlüsse in Deutschland liegen. Es ist daher nur konsequent, dass mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen die grundsätzliche Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Abschlüsse verankert worden ist.

* Dr. Hans-Peter Klös ist Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

** Prof. Dr. Axel Plünnecke ist stellvertretender Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

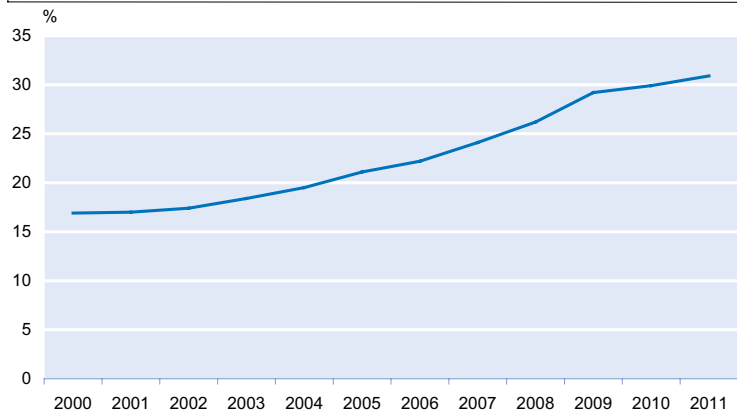
Doch mit dieser formalen Anerkennung der Gleichwertigkeit ist das Problem der strukturellen Verschiebung im Bildungswahlverhalten von der beruflich-dualen zur akademisch-tertiären Bildung mitnichten gelöst. Vielmehr steht hinter diesen Wahlentscheidungen eine ganze Fülle von Faktoren, die mit definitiven Gleichwertigkeitsstatuten nicht zu suspendieren sind: 1) Bildungsabschlüsse sind ein Distinktionsmerkmal für Bildungsteilnehmer und deren Eltern, Bildung ist nach wie vor ein Positionsgut. 2) Die Veränderung der Jahrgangsstärken entfaltet sowohl angebots- wie nachfragegeseitig einen zusätzlichen Differenzierungsdruck für Bildungsteilnehmer und Bildungsanbieter. 3) Bildungsentscheidungen werden maßgeblich von finanziellen Aspekten geprägt, mit hin von den Kosten der Ausbildung auf der einen Seite und deren Erträgen andererseits. 4) Das Nachfrageverhalten von Unternehmen als den Hauptabnehmern der dualen und tertiären Bildungsabsolventen ist ganz elementar vom Bedürfnis nach bestmöglichen Qualifikationen, Praxisbezug und Passgenauigkeit geprägt. 5) Der institutionelle Ordnungsrahmen für Bildungswahlentscheidungen lenkt ganz maßgeblich die Bildungsströme, Bundes- und Landesrecht zur Ordnung des Bildungswesens sind in einer steten Veränderung begriffen. Einige dieser Punkte sollen im Folgenden kurz dargelegt werden:

Bildungsbeteiligung, Bildungsergebnisse und Fachkräfteversorgung

Seit dem Jahr 2000 erlebt Deutschland eine starke Akademisierung. Die Studienabsolventenquote hat sich seit dem Jahr 2000 fast verdoppelt (vgl. Abb. 1). Auch das Ausbildungsstellenangebot ist gemessen an der Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 20 Jahren in den letzten Jahren leicht gestiegen. Die Zunahme ist dabei jedoch deutlich geringer als bei den Hochschulabsolventen. Ein Teil der Absolventen wechselt nach der Ausbildung in ein Studium, so dass ein leicht steigendes Ausbildungsstellenangebot kein Indiz für einen höheren Anteil an Absolventen sein muss.

Entscheidend für die volkswirtschaftliche und bildungspolitische Bedeutung dieses Akademisierungstrends ist, welche Arbeitsergebnisse damit verbunden sind. Diese lassen sich üblicherweise durch die Lohnentwicklung und durch Engpasskenn-

Abb. 1
Anteil der Hochschulabsolventen an der altersspezifischen Bevölkerung

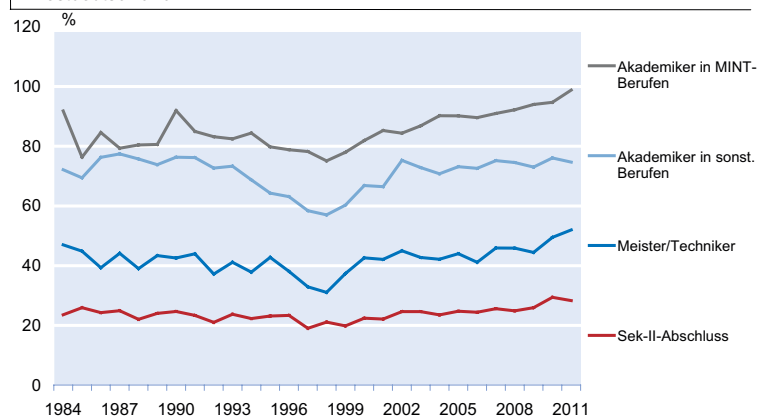


Quelle: Statistisches Bundesamt (2012).

ziffern wie die Zahl an Arbeitslosen und offenen Stellen beschreiben.

Zur Entwicklung der Lohnprämien zwischen 1984 und 2011 werden für jedes einzelne Jahr die jeweiligen Lohnprämien auf Basis einer Mincer-Gleichung berechnet (vgl. Anger et al. 2010, S. 25). Bis zum Ende der 1990er Jahre sind die Lohnprämien leicht gesunken und ab diesem Zeitpunkt tendenziell wieder angestiegen (vgl. Abb. 2). Während der Abstand der Lohnprämie zwischen Personen mit einem Abschluss der beruflichen Bildung und einem akademischen Abschluss mit einer Tätigkeit außerhalb des MINT-Berufes über den betrachteten Zeitraum nahezu konstant geblieben ist, ist seit dem Jahr 2002 der Lohnabstand zwischen Akademikern in MINT-Berufen und Akademikern in sonstigen Berufen gestiegen. Im Jahr 2011 hat dieser Abstand mit über 24 Prozentpunkten einen Rekordwert erreicht. Die Entwicklung der Lohnprämien deutet darauf hin, dass seit dem Jahr 2000 die Engpässe mit zunehmender Qualifikation gestiegen sind.

Abb. 2
Entwicklung der Stundenlohnprämien nach Qualifikation^{a)}
Westdeutschland



^{a)} Im Vergleich zu Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis des SOEP.

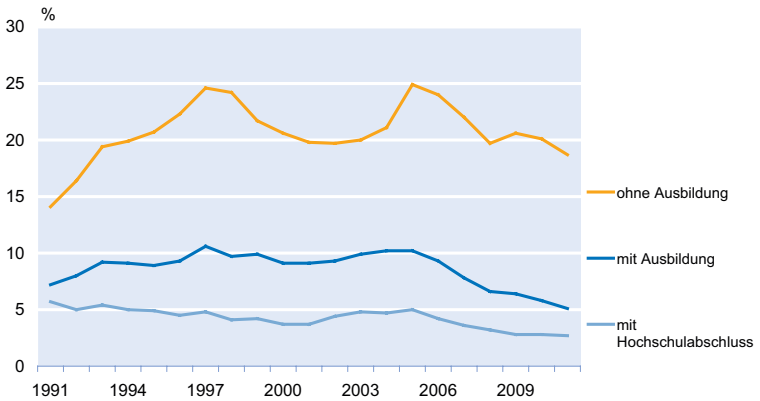
Betrachtet man die **Arbeitslosenquoten** differenziert nach Qualifikation, ergibt sich ein ähnliches Bild. Abbildung 3 zeigt, dass in den letzten Jahren mit steigender formaler Qualifikation das Arbeitslosigkeitsrisiko deutlich abnimmt. Die in den letzten Jahren stark steigenden Hochschulabsolventenzahlen haben dabei zu keiner Zunahme der Arbeitslosenquoten von Personen mit Hochschulabschluss geführt. Im Jahr 2011 beträgt diese hingegen sogar nur 2,4% und liegt damit auf einem Rekordtiefstand seit der Wiedervereinigung.

Engpässe auf Ebene der Berufe lassen sich mithilfe einer Engpassanalyse ermitteln. Ein Engpass liegt rein rechnerisch dann vor, wenn die offenen Stellen in einem Beruf nicht mit den Arbeitslosen desselben Berufes besetzt werden könnten. Da der Bundesagentur für Arbeit nur etwa jede zweite Stelle gemeldet wird (vgl. IAB 2013), werden alle Berufe, in denen das Verhältnis aus Arbeitslosen je offene Stelle kleiner als oder gleich zwei ist, als Engpassberufe bezeichnet (zur Methodik vgl. Demary und Seyda 2013).

Im Juni 2013 gab es in 119 Berufsgattungen Engpässe (vgl. Tab. 1). Eine Berufsgattung umfasst eine Gruppe ähnlicher Einzelberufe. So zählen beispielsweise Altenpfleger zur Berufsgattung »Altenpflege (ohne Spezialisierung) – Fachkraft«. Zu dieser Gattung gehören auch die Berufe Seniorenbetreuer und Altenpflegeassistenten. Eine Betrachtung der Engpassberufe nach Qualifikationsniveaus zeigt, dass bei den Berufen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen, fast ein Viertel aller Berufsgattungen von Engpässen betroffen sind. Bei Personen mit Fortbildungsabschluss (Spezialisten) sind es knapp 20%. Berufsgattungen, in denen üblicherweise Akademiker tätig sind, waren dagegen nur zu rund 16% von Engpässen betroffen.

Die Arbeitssignale steigender Lohnprämien und einer konstant niedrigen Arbeitslosenquote haben in hohem Maße zu einer Akademisierung geführt. Bleiben die Qualifikationsstrukturen in den kommenden Jahren konstant, so wird

Abb. 3
Arbeitslosenquote nach Qualifikation
Gesamtdeutschland



Quelle: Weber und Weber (2013).

diese Verschiebung zu Auswirkungen auf die Engpässe am Arbeitsmarkt führen. Anger et al. (2013) schätzen, dass im Bereich MINT die Engpässe bis zum Jahr 2020 im akademischen Bereich beherrschbar sind, während bei den beruflich qualifizierten Kräften deutlich Engpässe auftreten werden. Einem Szenario zufolge wird bis zum Jahr 2020 nur 63% des demographischen Ersatzbedarfs gedeckt werden können. Infolgedessen wird die Erwerbstätigkeit von beruflich qualifizierten MINT-Fachkräften sinken müssen, während das steigende Akademikerangebot ergänzt um Maßnahmen der Fachkräftesicherung eine Expansion der Erwerbstätigkeit von MINT-Akademikern von 2,4 auf 2,8 Mill. Personen ermöglicht.

Andere Untersuchungen zeigen ähnliche Entwicklungen. Die Arbeitsmarktprognose des BMAS (2013) zeigt, dass aufgrund der Entwicklung auf der Angebotsseite im Zeitraum von 2010 bis 2030 die Erwerbstätigkeit von Personen mit beruflichem Abschluss deutlich sinken wird, während die Zahl erwerbstätiger Akademiker steigen wird. Ein ähnliches Bild zeigen Untersuchungen von Helmrich et al. (2012). Demographie bedingt werden im Zeitraum zwischen 2010 und 2030 rund 19 Mill. Erwerbspersonen den Arbeitsmarkt verlassen, während im gleichen Zeitraum lediglich rund 15,5 Mill. erwerbsfähige Personen neu auf den Arbeitsmarkt kommen. Während aus der mittleren Qualifikationsebene 11,5 Mill. Erwerbspersonen

Tab. 1
Engpassindikatoren nach Qualifikationsniveau
Stand: Juni 2013

	Anzahl der Berufsgattungen mit mindestens 100 Arbeitslosen	Anzahl der Engpassberufe in diesen Gattungen	Anzahl der Engpassberufe an allen Berufsgattungen mit mindestens 100 Arbeitslosen, in Prozent
Beruflich Qualifizierte	266	65	24,4
Spezialisten	144	28	19,4
Akademiker	167	26	15,6
Summe	577	119	20,6

Quelle: Demary und Seyda (2013); Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Autoren.

sonen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und nur rund 7 Mill. neu hinzukommen, verzeichnet der akademische Bereich einen größeren Zulauf (4,9 Mill.) als Abgang (3,2 Mill.).

Komplementarität von beruflicher und akademischer Bildung als Basis des »Geschäftsmodells Deutschland«

Das Angebot an qualifizierten Fachkräften beeinflusst maßgeblich die Wachstumschancen einer Volkswirtschaft. Duale und tertiäre Bildung als die beiden wichtigsten Säulen des deutschen Qualifizierungssystems sind in dynamischer Betrachtung daher nicht unabhängig voneinander. Letztendlich führt ein Rückgang des Humankapitals aus Sicht der Wachstumstheorie zu Wohlstandsverlusten. Insbesondere das industriebasierte Geschäftsmodell Deutschlands ist stärker als andere Volkswirtschaften abhängig von der Qualität und Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit sog. MINT-Qualifikationen. Bei einer Produktion entlang der technologischen Grenze und für ein Geschäftsmodell mit einer starken Exportorientierung und komparativen Vorteilen in den Branchen der hochwertigen Technologien ist das technische Know-how der hochqualifizierten Fachkräfte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) die zentrale Basis. Die Verfügbarkeit von innovationsrelevanten Fachkräften mit einem MINT-Schwerpunkt ist in den Hochtechnologiebranchen technische/FuE-Dienstleistungen, EDV/Telekommunikation, Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Maschinenbau und Chemie/Pharma von besonderer Bedeutung.

Die berufliche Bildung ist diesbezüglich ein zentraler Erfolgsfaktor. Industrie-Innovatoren ohne eigene FuE – immerhin etwa 40% aller Industrie-Innovatoren in Deutschland – schätzen zusätzlich zur Verfügbarkeit von MINT-Qualifikationen und der Verfügbarkeit von Akademikern auch die Bedeutung beruflich qualifizierter Fachkräfte für die Innovationskraft als besonders hoch ein. Beruflich qualifizierte Fachkräfte sind für diesen Innovationstyp und im Durchschnitt aller innovierenden Unternehmen sogar der wichtigste Innovationsfaktor (vgl. Erdmann, Koppel und Plünnecke 2012). Der technologische Wandel, kürzere Innovationszyklen und die zunehmende Internationalisierung fördern den Trend zur Höherqualifizierung und zur Akademisierung der Arbeitswelt. Die bisherigen Erfahrungen in Deutschland zeigen, dass sich gerade die Interaktion von beruflich qualifizierten Kräften, von Meistern und Technikern sowie von akademischen Wissensträgern als Erfolgsmerkmal der deutschen Volkswirtschaft erweist.

Institutionelle Veränderungen des Bildungssystems

Dem Ausbau der Komplementarität zwischen dualer und tertiärer Bildung kommt daher höchste bildungspolitische

Priorität zu. Es gibt Indizien dafür, dass die behauptete »Versäulung« des deutschen Bildungssystems (vgl. HRK 2012) – wenn sie denn jemals in dieser Form so bestanden haben sollte – sich zumindest aufzulösen beginnt. Dahinter steht eine ganze Reihe institutioneller Veränderungen mit dem Ziel, die vielbeschworene »Durchlässigkeit« des deutschen Bildungssystems zu erhöhen, in deren Zuge es bereits erhebliche Verbesserungen beim Ziel der Höherqualifizierung gegeben hat. So erwerben zum Beispiel heute deutlich mehr junge Menschen eine Studienberechtigung an beruflichen Schulen als früher, denn gemessen an der Jahrganggröße der 18- bis 21-jährigen Bevölkerung nahm die Studienberechtigtenquote an beruflichen Schulen von 11,3% im Jahr 2000 auf 21,0% im Jahr 2011 deutlich zu. Vor allem gelingt es beruflichen Gymnasien besonders gut, Schüler mit weniger sozial begünstigtem Hintergrund zur Hochschulreife zu führen (vgl. Trautwein und Maaz 2010).

Neue und bewährte Formen der Durchlässigkeit zwischen dualer und tertiärer Bildung bieten erstens duale Studiengänge, zweitens die Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte und drittens die Aufstiegsfortbildung. Mit den Berufsakademien in Baden-Württemberg begann die Entwicklung eines Prototyps dessen, was heute als Erfolgsmodell für die Ausdifferenzierung der beruflichen Qualifizierung und der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung steht. **Duale Studiengänge** sind ein stark expansives Modell einer passgenauen Qualifizierung. Ihre Zahl hat sich im Jahr 2012 auf rund 64.000 duale Studienplätze für die Erstausbildung erhöht, etwa 7,5% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Kooperationen zur Durchführung dualer Studiengänge zwischen (Fach-)Hochschulen beziehungsweise Berufsakademien und Betrieben wuchs sogar um mehr als 10% von 44 auf 50 pro Studiengang (vgl. BMBF und BIBB 2013). Duale Studienangebote gibt es dabei sowohl in Phasen der Erstausbildung wie der Weiterbildung (vgl. Wissenschaftsrat 2013). Insbesondere die berufsintegrierenden wie auch die praxisintegrierenden Formen erfreuen sich einer großen Beliebtheit und genießen eine hohe Akzeptanz bei den Unternehmen. Sie sind ein Prototyp für die Entstehung eines neuen Übergangssystems zwischen beruflicher und akademischer Qualifizierung, die neue Angebots- und Nachfrageformen im betrieblichen Qualifizierungsmarkt beschreibt.

Seit dem KMK-Beschluss von 2002 können sich **beruflich qualifizierte** ihre Leistungen aus der Berufs- und Aufstiegsfortbildung auf ein **Hochschulstudium** anrechnen lassen, seit 2009 gelten überdies Abschlüsse der beruflichen Aufstiegsfortbildungen als allgemeine Hochschulreife. Bewerber mit abgeschlossener Lehre und Berufspraxis können die fachgebundene Hochschulreife durch eine Eignungsprüfung erhalten. Bisher ist aber die Praxis der Anrechnung beruflicher Leistungen bundesweit noch sehr uneinheitlich geregelt. Die mit der Bologna-Reform geschaffene Möglichkeit

eines flexiblen Wechsels zwischen akademischem Lernen und Berufstätigkeit wird unter anderem deswegen noch vergleichsweise wenig genutzt.

Für die Durchlässigkeit durch wissenschaftliche Weiterbildung liegt hier ein großes Expansionspotenzial, wenn die Hochschulen mehr berufsbegleitende Studienmöglichkeiten anbieten und Arbeitgeber ihre Mitarbeiter häufiger unterstützen. Dies setzt aber auch ein hinreichendes Angebot an Masterstudiengängen voraus, die man neben dem Beruf studieren kann. Gegenwärtig sind erst 18% der rund 7 000 Masterstudiengänge zeitlich flexible Angebote. Dazu zählen Teilzeit- und Fernstudiengänge sowie berufsintegrierende und berufsbegleitende Studiengänge. Noch weniger ausgeprägt ist die berufsbegleitende Organisation der rund 7 500 Bachelorstudiengänge, von denen erst 13% flexibel studierbar sind (vgl. Konegen-Grenier und Winde 2013).

Potenziale liegen schließlich auch in der weiteren Stärkung der **Aufstiegsfortbildung**, gerade im Bereich von Technikern, Fachwirten oder Meistern als wichtigen Abschlüssen, die durch eine Aufstiegsfortbildung erreicht werden können. Um an solch einer Fortbildung teilzunehmen, sind eine abgeschlossene duale Berufsausbildung sowie Berufserfahrung erforderlich. Im vergangenen Jahr haben rund 118 000 Frauen und Männer diesen Weg eingeschlagen, aber im Vergleich zu den rund 530 000 Personen, die jedes Jahr eine Berufsausbildung abschließen, erscheint das Potenzial der Aufstiegsfortbildungen damit noch nicht ausgeschöpft zu sein.

Die Aufstiegsfortbildung ist damit eine Alternative zu einem Hochschulstudium. Weil seit Anfang 2012 berufliche und hochschulische Bildung durch den deutschen Qualifizierungsrahmen (DQR) miteinander vergleichbar sind, hat ein Meister-Abschluss zumindest formell den gleichen Wert wie ein Bachelor, ein Abschluss der dritten Stufe ist gleichwertig mit einem Master. Diese Vergleichbarkeit gilt allerdings bisher erst auf dem Papier, denn der DQR hat bislang noch keine Auswirkungen auf das bestehende System der Zugangsberechtigungen an Hochschulen oder auf die tarifliche Eingruppierung.

Fazit

Die These einer Überakademisierung ist zu verwerfen. Alle einschlägigen Kennziffern für die Akzeptanz von Abschlüssen deuten auf eine große Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für alle Fachkräfte hin. Stattdessen sollte sich die Bildungspolitik daran messen lassen, welche Priorität sie der Herstellung von Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung gibt. Der Koalitionsvertrag macht diesbezüglich wenig Mut, weil er nicht über die allgemeine Absichtserklärung hinausgeht, die »Durch-

lässigkeit des Bildungssystems zu stärken und die akademische und berufliche Bildung zu verzahnen« (Koalitionsvertrag 2013, S. 28).

Die Handlungsfelder für mehr Durchlässigkeit und Komplementarität beginnen nicht erst an der Hochschule, sondern bereits früh in der Bildungsbiographie. Grundbildung und Ausbildungsreife von Schulabsolventen sind durch frühkindliche Bildung, Berufsorientierung und MINT-Förderung zu stärken. Zur Stärkung der dualen Ausbildung bedarf es der Qualitätssicherung in den Betrieben, guter Rahmenbedingungen in Form starker Berufsschulen als Partner der Betriebe und neuer Angebote an Personengruppen, denen bisher der Zugang zu einer beruflichen Bildung schwer fällt, um die noch zu hohe Zahl von Menschen ohne jeglichen Berufsabschluss zu reduzieren.

Die Übergangsquoten von deutlich über 50% bei den gestuften Studienabschlüssen sind sehr hoch, denn Bachelor-Abschlüsse sind sowohl international wie auch in der Akzeptanz durch die Betriebe deutlich mehr als nur als eine Durchgangsoption zu einem Master. Die Anreizverzerrung, wonach beim konsekutiven Master keine Studienbeiträge anfallen, bei einem späteren Masterstudium aber ein eigener Finanzierungsbeitrag zu erbringen ist, muss beseitigt werden. Die Anrechnung beruflicher Kompetenzen ist rasch auf eine einheitliche Grundlage zu stellen. Auch die umgekehrte Richtung der Anrechnung von an Hochschulen erworbenen Lernleistungen auf eine berufliche Ausbildung ist noch zu wenig entwickelt, um die große Zahl an Studienabbrechern besser als bisher für eine berufliche Bildung erschließen zu können.

Literatur

Anger, Chr., O. Koppel und A. Plünnecke (2013), *MINT-Herbstreport 2013 – Erfolge bei Akademisierung sichern, Herausforderungen bei beruflicher Bildung annehmen*, Gutachten für BDA, BDI, MINT Zukunft schaffen und Gesamtmetall, Berlin.

Anger, Chr. und A. Plünnecke (2009), »Signalisiert die Akademikerrücke eine Lücke bei den Hochqualifizierten? – Deutschland und die USA im Vergleich«, *IW-Trends* 36(3), 19–31.

Anger, Chr., A. Plünnecke und J. Schmidt (2010), »Bildungsrenditen in Deutschland – Einflussfaktoren, politische Optionen und volkswirtschaftliche Effekte«, *IW-Analysen* Nr. 65, Köln.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013), *Arbeitsmarktprognose 2030. Eine strategische Vorausschau auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in Deutschland*, Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung/Bundesinstitut für Berufsbildung (2013), *AusbildungPlus in Zahlen. Trends und Analysen, Jahresbericht 2012*, Bonn.

Bölling, R. (2013), »Wohin der Akademisierungswahn langfristig führt«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 118, 24. Mai.

Demary, V. und S. Seyda (2013), *Engpassanalyse 2013 – Besondere Betroffenheit in den Berufsfeldern Energie und Elektro sowie Maschinen- und Fahrzeugtechnik*, Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Köln.

Erdmann, V., O. Koppel und A. Plünnecke (2012), *Innovationsmonitor, Die Innovationskraft Deutschlands im internationalen Vergleich*, IW-Analysen Nr. 79, Köln.

Helmrich, R., G. Zika, M. Kalinowski und M.I. Wolter (2012), *Engpässe auf dem Arbeitsmarkt: Geändertes Bildungs- und Erwerbsverhalten mildert Fachkräftemangel*, BIBB REPORT 18/12, Bonn.

Hirsch-Kreinsen, H. (2013), *Wie viel akademische Bildung brauchen wir zukünftig? Ein Beitrag zur Akademisierungsdebatte*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen und Argumente, Ausgabe 136, Berlin.

Hochschulrektorenkonferenz (2012), *Chancen erkennen – Vielfalt gestalten. Konzepte und gute Praxis für Diversität und Durchlässigkeit*, Abschlussdokumentation des Projekts nexus, Konzepte für gute Praxis für Studium und Lehre, Berlin.

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2013), Anhang zur IAB-Presseinformation vom 5. März 2013, Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots im vierten Quartal 2012, Nürnberg.

Konegen-Grenier, Chr. und M. Winde (2013), *Bildungsinvestitionen der Wirtschaft 2012, Ausgaben der Unternehmen für Studierende und Hochschulen*, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft/Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Berlin, Köln.

Nida-Rümelin, J. (2013), »Wir sollten den Akademisierungswahn stoppen«, Interview, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, Nr. 35, 1. September.

OECD (2013), *Postsekundäre Berufsbildung in Deutschland*, OECD-Studie zur Berufsbildung, OECD, Paris.

Trautwein, U. und K. Maaz (2010), *Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Gymnasialbesuch in Baden-Württemberg*, Expertise im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, Tübingen.

Statistisches Bundesamt (2012), *Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen*, Fachserie 11 Reihe 4.3.1, Wiesbaden.

Weber, B. und E. Weber (2013), »Qualifikation und Arbeitsmarkt: Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit«, *IAB-Kurzbericht 4*, Nürnberg.

Wissenschaftsrat (2013), *Empfehlungen zur Entwicklung des dualen Studiums*, Positionspapier, Köln.



Joachim Möller*

Bisher keine Anzeichen einer Überakademisierung

In Deutschland entfachte sich jüngst eine kontroverse Debatte über das Ausmaß der Akademisierung. »Akademisierungswahn« lautet das Stichwort auf der einen Seite. Demnach entschieden sich zu viele junge Leute für ein Fachhochschul- oder Universitätsstudium und zu wenige für eine duale Ausbildung. Diese Entwicklung gehe am zu erwartenden zukünftigen Bedarf an Hochqualifizierten vorbei und führe zu einem Ausbluten der dualen Berufsausbildung. Konträr dazu wird auf der anderen Seite auf eine im internationalen Vergleich zu niedrige Investition im Bereich der tertiären Bildung verwiesen. Damit sei Deutschland für den sich immer stärker abzeichnenden Übergang in eine Wissensgesellschaft schlecht gerüstet und drohe den Anschluss zu verlieren.

Zunächst einmal sind die Argumente und Befürchtungen beider Seiten ernst zu nehmen. Das duale Berufsbildungssystem gilt international als vorbildlich und wird als eine der Ursachen für die Stärke der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb angeführt. Dieses System benötigt einen ausreichenden Zustrom von talentierten und motivierten Jugendlichen. Dieser könnte jedoch aufgrund mehrerer Faktoren gefährdet sein. Erstens drängen aufgrund der demographischen Entwicklung weniger Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt, eine Entwicklung, die heute bereits in Ostdeutschland massiv spürbar ist. Zweitens könnte die Zahl der Bewerber für Ausbildungsplätze auch dadurch zurückgehen, dass viele infrage kommende Jugendliche eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben und ein Studium der dualen Ausbildung vorziehen. Und drittens wird die Qualität der Ausbildung auf Haupt- und Realschulen beklagt, die den Absolventinnen und Absolventen zu wenige Kompetenzen vermitteln.

Wenn dem so ist, stellt sich die Frage, wie auch zukünftig der Bedarf der Wirtschaft an ausreichend Nachwuchs gut

* Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller ist Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, und ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg.

ausgebildeter Facharbeiterinnen und Facharbeitern gedeckt werden kann. Unterstellt, dass wir zu viele Akademiker ausbilden, böten sich scheinbar einfache Lösungen an. So könnte etwa der Zugang zu Hochschulen und Universitäten stärker beschränkt oder die Aufnahme eines Studiums unattraktiver gemacht werden – eine Maßnahme, die allerdings einer rigorosen Kehrtwende in der bisherigen Bildungspolitik gleichkäme. Ein »sanfteres« Mittel wäre, die Aufnahme einer dualen Ausbildung unter Abiturienten stärker zu bewerben.

Stimmt aber die Behauptung, dass wir auf eine Überakademisierung zusteuern? Langfristige Berufsfeldprojektionen zeigen, dass sowohl bei den mittleren Qualifikationen als auch bei den Hochqualifizierten langfristig Engpässe drohen (vgl. Hänisch et al. 2012). Die auf dem Task-Ansatz (vgl. z.B. Autor 2013) beruhenden Einschätzungen gehen hingegen davon aus, dass zukünftig die mittleren Qualifikationsgruppen mit ihrer starken Konzentration auf kognitiven Routinetätigkeiten zunehmend unter Druck stehen werden.

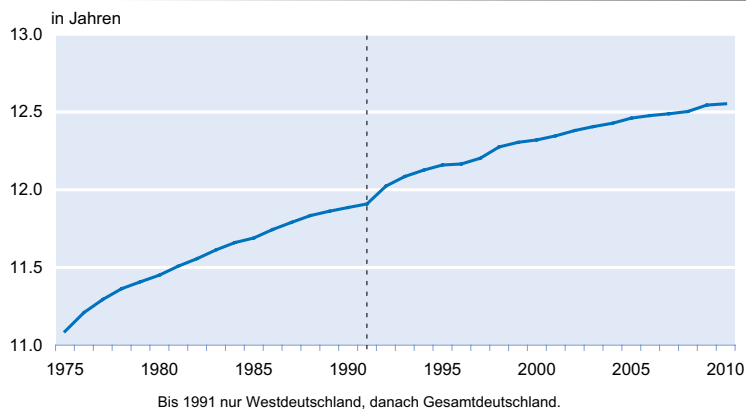
Solche Projektionen von Veränderungen in der fernerer Zukunft hängen allerdings von einer Vielzahl von Annahmen ab und sind deshalb mit hoher Unsicherheit behaftet. Im Folgenden soll daher der Frage nachgegangen werden, welche Indizien sich aus der empirischen Arbeitsmarktanalyse für die Situation der unterschiedlichen Qualifikationsgruppen ergeben. Hinweise auf eine beginnende »Überakademisierung« lassen sich durch die Fakten nicht belegen. Zudem erscheint auch das scheinbare Konkurrenzverhältnis von dualer Ausbildung und Hochschulstudium in einem anderen Licht.

Beschäftigungstrends nach Qualifikation

Zunächst ist festzuhalten, dass der Trend zur Höherqualifizierung der Beschäftigten in Deutschland ungebrochen ist. Für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt Abbildung 1 die durchschnittlichen Ausbildungszeiten in Jahren.¹ Die durchschnittliche Ausbildungszeit der Ar-

¹ Hierbei wurde folgende Ausbildungszeiten unterstellt: Geringqualifizierte: neun Jahre, Haupt- und Realschule mit abgeschlossener Berufsausbildung: zwölf Jahre; nur Abitur: 13 Jahre, Abitur und betriebliche Ausbildung 15 Jahre, Abschluss einer Fachhochschule: 16 Jahre, Universitätsabschluss: 18 Jahre. Die Berechnungen beziehen sich auf den Stichtag 30. Juni eines jeden Jahres.

Abb. 1
Durchschnittliche Ausbildungsdauer der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland



Quelle: Berechnungen des Autors auf der Grundlage von SIAB- Daten (vgl. Vom Berge et al. 2013).

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich zwischen Mitte der 1970er Jahre bis zum aktuellen Rand um rund 1,5 Jahre oder etwas mehr als 13% stetig erhöht.

Tabelle 1 enthält die Anteile der einzelnen Qualifikationsgruppen an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für die Jahre 1995 und 2010. Es wird deutlich, dass die Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und ohne Abitur die mit Abstand dominierende Gruppe sind. Diese Gruppe ist allerdings in der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren im Zeitraum von 1995 bis 2010 um etwa 8 Prozentpunkte kleiner geworden. Dieser Rückgang relativiert sich, wenn man den starken Aufwuchs (+6,4%) in der Gruppe junger Erwachsener betrachtet, die ein Abitur mit einer betrieblichen Berufsausbildung verbindet. Bemerkenswert ist zudem, dass die Anteilsgewinne bei den Hochqualifizierten fast genau den Anteilverlusten bei den Geringqualifizierten entsprechen. Dies zeigt, dass die Anteilsgewinne der Hochqualifizierten nicht zwingend zu Lasten der Anteile der dualen Ausbildung gehen müssen. Die Rekrutierungspotenziale haben sich nur verschoben.

Tab. 1
Anteile der Qualifikationsgruppen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1995 und 2010 (in Prozent)

	alle Altersgruppen			nur Alter 30–40		
	1995	2010	Diff.	1995	2010	Diff.
Gering qualifiziert	13,6	9,5	- 4,0	11,0	8,1	- 2,8
Abgeschl. betriebliche Ausbildung	73,4	70,0	- 3,4	72,7	64,5	- 8,1
Nur Abitur	0,6	1,6	1,0	0,7	2,7	2,0
Abitur und abgeschl. betriebliche Ausbildung	3,9	7,5	3,6	5,0	11,4	6,4
Fachhochschule	3,5	4,3	0,8	4,0	4,7	0,8
Universität	5,0	7,1	2,1	6,7	8,5	1,8

Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis von SIAB, vgl. Vom Berge et al. (2013).

Abbildung 2 zeigt den Anteil der Fachhochschul- und Universitätsabsolventen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Lebensalter in Westdeutschland für die Jahre 1995 und 2010. In allen Altersgruppen zwischen 25 und 60 Jahren liegt der aktuelle Anteil der Hochqualifizierten über dem im Jahr 1995. Die Kurven steigen zwischen dem 25sten und 30sten Lebensjahr steil an und erreichen zwischen dem 30sten und 35sten Lebensjahr ihr Maximum. Danach fallen beide Kurven ab, was dem relativ niedrigeren Ausbildungsstand der älteren Kohorten entspricht. Erst ab Mitte bis Ende des sechsten Lebensjahrzehnts nehmen die Anteile der Hochqualifizierten wieder zu. Dahinter verbirgt sich die Tatsache, dass die Erwerbsquoten der Hochqualifizierten in höherem Alter deutlich über denen der Mittel- und Geringqualifizierten liegen.

Festzustellen ist, dass der Trend zur Höherqualifizierung alle Bereiche der Wirtschaft erfasst. Dabei sind grundsätzlich zwei Deutungsmuster möglich: (i) die Anforderungen zur Erledigung einer bestimmten Aufgabe sind gestiegen; (ii) die gleichen Aufgaben werden heute von höher qualifizierten

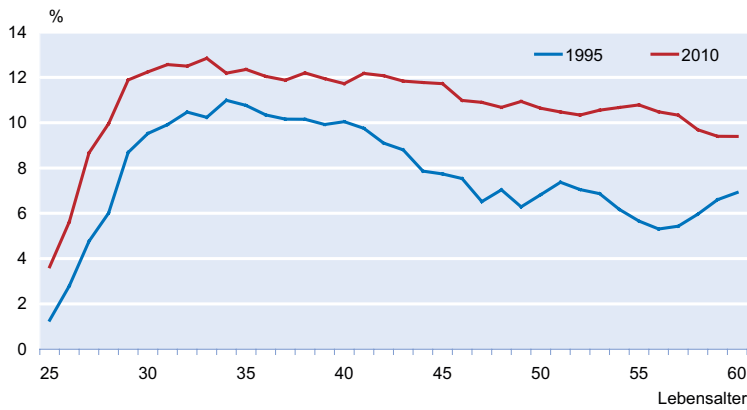
Personen erledigt. Letzteres könnte auf Überqualifikation hindeuten, d.h. Personen mit höherer Ausbildung sind heute in Positionen tätig, die früher nur eine geringere Ausbildung erfordert haben. Angesichts der Tatsache, dass Höherqualifizierte für den Betrieb spürbar teurer sind, erscheint das zweite Deutungsmuster jedoch wenig plausibel.

Die Arbeitslosigkeit nach Qualifikation

Die einzelnen Qualifikationsgruppen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktperformanz sehr deutlich. Zunächst seien die Arbeitslosenquoten betrachtet. Abbildung 3 zeigt ein klares Bild: Je niedriger die Qualifikation, desto höher ist die Arbeitslosenquote der entsprechenden Gruppe. Mit aktuell fast 20% weisen die Geringqualifizierten die mit Abstand höchste Arbeitslosigkeit auf. Bei Fachhochschul- und Universitätsabsolventen herrscht hingegen mit Arbeitslosenquoten um 3% quasi Vollbeschäftigung. Personen mit abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung liegen bei der Arbeitslosigkeit im Mittelfeld. Indizien für ein hohes Überangebot von akademisch ausgebildeten Arbeitskräften lassen sich somit aus der Arbeitslosenstatistik keineswegs ableiten.

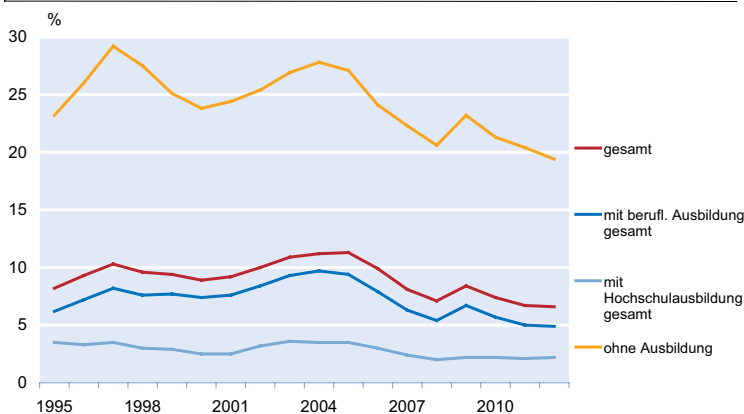
Ein etwas verändertes Bild ergibt sich, wenn in der Gruppe der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung nochmals differenziert wird. Abbildung 4 zeigt die Erwerbslosenquoten nach ILO-Definition für die Hochqualifizierten sowie für Personen mit Fachschul-, Meister- oder Techniker Ausbildung an.² Es wird deutlich, dass letztere ähnlich selten arbeitslos sind wie Hochqualifizierte. Wer innerhalb des Systems der dualen Ausbildung die vorhandenen Möglichkeiten der Weiterqualifikation nutzt, ist damit im Mittel bei der Arbeitslosigkeit zumindest gleichgestellt mit Fachhochschul- oder Universitätsabsolventen.

Abb. 2
Anteil der Hochqualifizierten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Lebensaltern (Westdeutschland)



Quelle: Berechnungen des Autors auf der Grundlage von SIAB- Daten, Stichtag jeweils 30. Juni.

Abb. 3
Arbeitslosenquoten nach Qualifikation 1995–2012



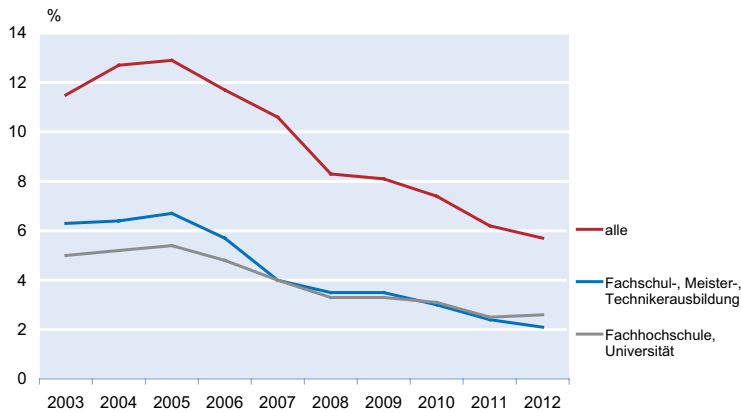
Quelle: IAB, Weber (2013).

Qualifikatorische Lohnunterschiede

Weiteren Aufschluss gibt die Untersuchung der Lohnunterschiede zwischen den Qualifikationsgruppen. Hierbei wird der Fokus auf eine spezielle Gruppe gesetzt, die in Vollzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigten

² Leider können die Arbeitslosenquoten von Personen mit Meister- oder Techniker Ausbildung oder mit Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie aufgrund von Problemen der Datenverfügbarkeit nicht berechnet werden. Behelfsweise werden deshalb hier die Erwerbslosenquoten nach ILO-Definition herangezogen.

Abb. 4
Erwerbslosenquoten von Höher- und Hochqualifizierten



Quelle: IAB, Weber.

Männer in Westdeutschland.³ Um Effekte durch unterschiedliche (potenzielle) Berufserfahrung auszugleichen, wird hier nur die Altersgruppe der 40-Jährigen betrachtet.

Abbildung 5 zeigt die prozentualen Lohnaufschläge, die qualifizierte Arbeitnehmer gegenüber Geringqualifizierten erhalten. Diese Lohnaufschläge wachsen mit der Höhe der Qualifikation. Am aktuellen Rand errechnet sich für Universitätsabsolventen im Alter von 40 Jahren aus einer ökonomischen Schätzung⁴ ein Aufschlag von etwa 160%, d.h. deren Verdienste entsprechen im Mittel etwa dem 2,6-fachen dessen, was Personen gleichen Alters ohne höheren Schulabschluss und ohne abgeschlossene Berufsausbildung erhalten. Die Graphik verdeutlicht, dass die qualifikatorischen Lohnaufschläge im Zeitverlauf erheblich angestiegen sind. Dabei hat sich die Spreizung seit Mitte der 1990er Jahre stark ausgeweitet. Dies impliziert, dass sich auch die relativen Verdienstunterschiede zwischen Absolventen der dualen Ausbildungsgänge und den Hochqualifizierten vergrößert haben. Lagen die Aufschläge der hier betrachteten Hochqualifizierten Mitte der 1990er Jahre noch bei etwa 75%, so überschreiten sie am aktuellen Rand 100%. Mit anderen Worten: Die relative Verdienstposition der Hochqualifizierten gegenüber Facharbeitern hat sich im Beobachtungszeitraum nochmals erheblich verbessert.

³ Aufgrund der hohen Teilzeitquote von Frauen könnten Ergebnisse, die weibliche Beschäftigte einschließen, verfälscht sein. Arbeitnehmerinnen wurden deshalb aus der Untersuchung ausgeschlossen. Ostdeutschland wurde nicht berücksichtigt, weil hier ein langfristiger Vergleich angestellt wird und Daten vor 1991 für Ostdeutschland nicht vorliegen.

⁴ Basis ist die Schätzung einer logarithmischen Lohnfunktion unter Berücksichtigung der Rechtszensurierung der Verdienste im SIAB-Datensatz. Als erklärende Variablen wurden neben einer Konstante und Dummy-Variablen für sechs Qualifikationsgruppen das einfache und quadrierte Alter sowie alle Interaktionen zwischen den erklärenden Variablen berücksichtigt.

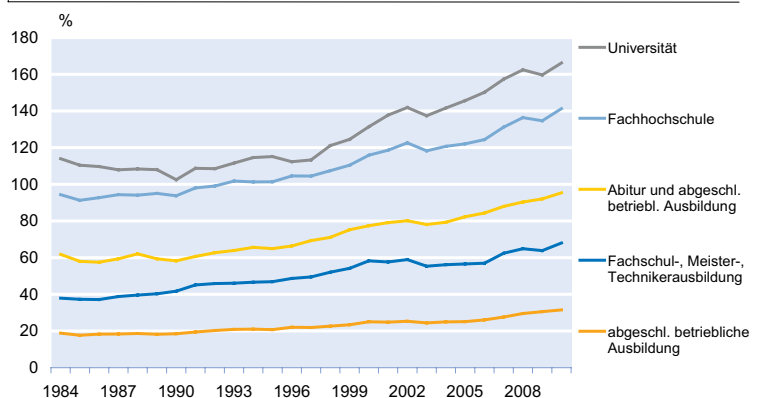
Fazit

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass sich die Arbeitsmarktsituation der Hochqualifizierten verschlechtert hat. Im Gegenteil, mit zunehmender Qualifikation steigt der durchschnittliche Verdienst, während die Arbeitslosenquote sinkt. Mehr noch, die qualifikatorischen Verdienstunterschiede zwischen Personen mit höherer und solchen mit geringerer Qualifikation haben sich seit Mitte der 1990er Jahre noch weiter auseinanderentwickelt. Gleiches gilt auch zwischen den Verdiensten von Facharbeitern auf der einen und Fachhochschul- und Universitätsabsolventen auf der anderen Seite. Dies ist der Fall, obwohl das Angebot an jungen Leuten mit Hochschulausbildung wesentlich gestiegen ist.

Steigende Relativverdienste bei gleichzeitiger Ausweitung des Angebots lassen nur ein Deutungsmuster zu: Die Nachfrage der Wirtschaft nach Hochqualifizierten muss im Verhältnis zu der Nachfrage nach anderen Qualifikationen angestiegen sein. Die wachsenden qualifikatorischen Lohn-differenziale zeigen somit an, dass von einer Akademikerschwemme bisher keine Rede sein kann. Offenbar hat die Nachfrage von Wirtschaft und Staat nach Hochqualifizierten mit der Ausweitung des Angebots zumindest Schritt gehalten. Von daher wäre eine Einschränkung des Zugangs zu den Hochschulen und Universitäten in keiner Weise zu rechtfertigen.

Die Entwicklung in der Vergangenheit hat im Übrigen auch gezeigt, dass der Aufwuchs des Anteils der Hochqualifizierten nicht zwingend zulasten des Anteils der Personen gehen muss, die sich für eine duale Berufsausbildung entscheiden. Da sich heute mehr Abiturienten als früher für eine Berufsausbildung anstelle eines Studiums entscheiden, hat die Gruppe der Absolventinnen und Absolventen einer betrieb-

Abb. 5
Qualifikationsprämien gegenüber Geringqualifizierten^{a)}



^{a)} Nur sozialversicherungspflichtige vollzeitbeschäftigte Männer in Westdeutschland im Alter von 40 Jahren. Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis von SIAB-Daten.

lichen Ausbildung kaum Anteile eingebüßt. Es ist also falsch, die duale Ausbildung und eine Ausbildung an den Hochschulen gegeneinander auszuspielen.

Das bedeutet aber nicht, dass es keinen Handlungsbedarf gibt. Die Potenziale von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ohne abgeschlossene Ausbildung in den Arbeitsmarkt eintreten, liegen größtenteils noch brach. Personen, die vielleicht eine zweite oder dritte Chance benötigen, können noch für die duale Ausbildung gewonnen werden. Ein weiterer Ansatzpunkt könnte bei der bekanntermaßen nicht geringen Zahl von Studienabbrechern liegen. Hier sollte es zu speziellen Angeboten kommen, die es für diesen Personenkreis attraktiv erscheinen lassen könnte, in anspruchsvolle Ausbildungsgänge des dualen Systems zu wechseln. Dabei wäre allerdings Flexibilität erforderlich, die zum Beispiel in einer angemessenen Verkürzung der Ausbildungsdauer für den relevanten Personenkreis oder auch einer finanziellen Unterstützung für die Dauer der Ausbildung liegen könnte.

Literatur

Autor, D.H. (2013), »The »Task Approach« to Labor Markets: An Overview«, *Journal for Labour Market Research* 46(3), 185–199.

Hänisch, C. al. (2012), »Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis 2030: In der Arbeitszeit steckt noch eine Menge Potenzial«, *IAB-Kurzbericht* 18, Nürnberg.

Vom Berge, Ph., M. König und St. Seth (2013), »Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB) 1975–2010 – Version 1«, FDZ-Datenreport 1, Nürnberg.



Wolfram F. Richter*



Kerstin Schneider**

Der verzerrte Blick der OECD auf Bildung

Die OECD mahnt Deutschland, stärker in Bildung zu investieren. Andernfalls verliere das Land den Anschluss an die internationale Entwicklung. Es gebe eine Akademisierungslücke. Zwar gehöre Deutschland zu den Ländern mit dem höchsten Anteil an 25- bis 64-Jährigen, die mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II erworben haben. In Bezug auf den Anteil der Hochschulabsolventen liege Deutschland dagegen noch immer unter dem OECD-Durchschnitt. Nur 28% der jüngeren Deutschen im Alter von 25–34 Jahren könnten einen Tertiärabschluss vorweisen, während der OECD-Durchschnitt in dieser Altersgruppe 39% betrage (vgl. OECD 2013).

Etwas verwunderlich ist es schon, dass solche deutlichen Empfehlungen auf keinen öffentlich wahrnehmbaren Widerspruch der deutschen Bildungsökonomien stoßen und dass es einem politischen Philosophen überlassen bleibt, dem Gerede von einer Akademisierungslücke mit der Warnung vor einem Akademisierungswahn medial entgegenzutreten (vgl. Interview mit Julian Nida-Rümelin in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 1. September 2013). Schließlich würde auch kein Ökonom der deutschen Politik empfehlen, sich etwa die Staatsquoten anderer Länder zum Vorbild zu nehmen. Gesamtwirtschaftliche Quoten mögen ihren deskriptiven Wert haben, für politische Empfehlungen taugen sie aber bekanntlich wenig.

Nun soll es hier nicht darum gehen, die Empfehlungen der OECD in ihr Gegenteil zu verkehren und eine Lanze für das duale System beruflicher Ausbildung zu brechen. Es soll vielmehr darum gehen, die methodischen Schwächen der politischen Schlussfolgerungen aufzudecken, die die OECD meint, aus dem Zahlenwerk »Bildung auf einen Blick« ableiten zu dürfen, und die in der politischen Diskus-

* Prof. Dr. Wolfram F. Richter ist Inhaber des Lehrstuhls VWL, Öffentliche Finanzen, an der Technischen Universität Dortmund.

** Prof. Dr. Kerstin Schneider ist Inhaberin des Lehrstuhls Steuerlehre und Finanzwissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal.

sion in Deutschland einen beachtlichen Stellenwert haben. Dabei stehen Bildungsquoten weniger im Fokus. Selbst Andreas Schleicher betont laut Spiegel Online, dass er Deutschland keine feste Quote empfehle. Er stellt dagegen fest, dass sich ein Hochschulabschluss langfristig für den Einzelnen lohne – auch für den Staat – jedenfalls mehr als beispielsweise eine Ausbildung. Das sei für ihn der entscheidende Wert (zitiert nach Lüpke-Narberhaus 2013). Wenn man die politischen Bildungsempfehlungen der OECD kritisieren will, muss man sich folglich mit dem Mehrwert befassen, den ein Hochschulabschluss individuell und gesellschaftlich verspricht.

Für diesen Mehrwert tertiärer Bildungsinvestitionen bietet die Literatur verschiedene Darstellungen. Man kann die Barwerte der erwarteten Einkommenszuwächse und erwarteten Ausbildungskosten einander gegenüberstellen und vergleichen. Üblicher ist es aber, interne Ertragsraten zu ermitteln. Nach der jüngsten OECD-Statistik erzielen deutsche Männer mit tertiärer Ausbildung eine private interne Ertragsrate von 9,2%. Die vergleichbare Ertragsrate bei Frauen ist mit 6,8% geringer, was indessen nicht weiter erörtert werden soll. Schließlich soll hier weniger die Bedeutung der veröffentlichten Ertragsraten betont werden als vielmehr die Problematik einer Politik, die sich auf solche Schätzungen stützt. Die Schätzwerte sind für andere Länder mit höheren Akademi-kerquoten teilweise gar noch höher. Der Durchschnittswert der privaten internen Ertragsraten liegt laut OECD bei 13%. Die internen Ertragsraten, die die staatliche Seite mit den Bildungsinvestitionen erzielt, bewegen sich auf ähnlich hohem Niveau. Für Deutschland wird die öffentliche interne Ertragsrate tertiärer Bildung bei Männern auf 9,1% geschätzt, im OECD-Durchschnitt auf 11,2%. Die OECD vergleicht diese Ertragsraten mit einem auf 3% veranschlagten Realzins und meint, damit die These von Andreas Schleicher belegen zu können, dass tertiäre Bildung langfristig sowohl für die Studierenden als auch für den Staat eine ertragreiche und sich selbst finanzierende Investition darstellt.

Der gesunde Menschenverstand reagiert mit Skepsis. Der Verdacht drängt sich auf, dass an dieser Argumentation etwas nicht stimmen kann. Die Frage ist nur, wo der Fehler liegt. Wenn Bildungsinvestitionen wirklich so ertragreich sind wie dargestellt, warum studieren dann nicht mehr junge Menschen? Die These, dass die Bildungswilligen – insbesondere bei Entscheidungen von lebenslanger Tragweite – ihren eigenen Vorteil nicht erkennen und eine nicht rational begründbare Wahl treffen, ist für Ökonomen eine wenig befriedigende Erklärung. Heckman et al. (2008) mutmaßen auch eher, dass Individuen bei Bildungsentscheidungen nicht einfach Einkommensüberschüsse maximieren. Diese Erklärung mag nun zwar zutreffen, hat indessen den Nachteil, dass sie offen lässt, in welche Richtung die geschätzten Ertragsraten verzerrt sind. Wenn man unterstellt, dass Bildungsabschlüsse nicht allein wegen finanzieller Vorteile an-

gestrebt werden, müsste man die Schätzungen ja eher nach oben korrigieren. Heckman et al. (2008) führen als möglichen Grund für die Verzerrungen höhere psychische Kosten des Studiums an. Warum sich diese jedoch nicht angemessen im entgangenen Lohn und damit im Leid von Arbeit widerspiegeln, wird nicht weiter erörtert. Implizit wird unterstellt, dass Studieren psychisch belastender ist als Arbeiten, was nicht ohne weiteres einleuchten will. Die öffentliche Meinung tendiert auch zu einer anderen Erklärung. Gemutmaßt wird, dass junge Menschen deswegen nicht öfter studieren, weil ihnen schlicht die nötigen Mittel fehlen, das Studium vorzufinanzieren. Gegen diese Auffassung argumentiert nun wiederum Heckman mit Koautoren, dass das Hindernis für eine stärkere Bildungsbeteiligung weniger in Kreditrestriktionen der Studierwilligen zu suchen ist als vielmehr in familiären Beschränkungen der frühen Kindheit.

Richter und Schneider (2013) vertreten nun die These, dass die von der OECD geschätzten internen Ertragsraten für die Ex-ante-Entscheidungssituation der Studierwilligen nicht wirklich bedeutsam sind. Die entscheidungsrelevanten Ertragsraten werden durch die publizierten vielmehr systematisch überzeichnet, da nicht hinreichend zwischen den Kosten entgangenen Lohns und den Kosten entgangener Freizeit unterschieden wird. Aus datentechnischen Gründen basieren die Schätzungen allein auf den Kosten entgangenen Lohns, während die wahren Opportunitätskosten im Wert entgangener Freizeit liegen. Beide Kostenarten können aber bei strikter Konvexität der Bildungsertragsfunktion nicht gleichgesetzt werden. Für solche Konvexität spricht indessen die Empirie. Im Ergebnis argumentieren Richter und Schneider, dass die entscheidungsrelevanten Ertragsraten überschätzt werden, wenn allein auf die Kosten des entgangenen Lohns und nicht auf die Kosten entgangener Freizeit abgestellt wird. Da diese Differenzierung von zentraler Bedeutung ist, soll sie etwas genauer begründet werden.

Unterstellt wird, dass Bildungswillige allein wegen der besseren Einkommensperspektiven studieren und dabei optimale Entscheidungen treffen. Eine Bildungsdauer E verspreche einen Lohn in Höhe von $W(E)$. Ohne Bildung sei der Lohn derjenige nichtqualifizierter Arbeit W_n . L_n stehe für nicht qualifizierte und L_q für qualifizierte Arbeit. Entsprechend sei $W_n L_n$ nichtqualifiziertes Arbeitseinkommen und $W(E)L_q/\rho$ der durch Diskontierung ermittelte Barwert qualifizierten Arbeitseinkommens. Vereinfachend sei angenommen, dass L_q fest geplant ist, während die optimale Aufteilung nichtqualifizierter Freizeit zwischen L_n und E noch zu bestimmen ist. Der Bildungswillige wird nach Abzug des Arbeitsleids V die Summe von nichtqualifiziertem und qualifiziertem Arbeitseinkommen, $W_n L_n + W(E)L_q/\rho - V$, in L_n und E maximieren. Anders als von Heckman et al. (2008) suggeriert, soll Studieren und Arbeiten die gleichen Kosten entgangener Freizeit, $V = V(E + L_n)$, verursachen. Studieren soll psychisch also nicht belastender sein als Arbeiten. Von sonstigen Kosten

wie Studiengebühren wird wiederum vereinfachend abgesehen, weil das wesentliche Argument unabhängig von der Existenz von Studiengebühren ist.

Damit man die Grenzkosten entgangener Freizeit in der Phase der Ausbildung durch die Grenzkosten entgangenen Lohns ersetzen kann, muss das Arbeitsangebot L_n im Optimum positiv sein und muss $V'(E + L_n) = W_n$ gelten. Wird in dieser Situation Freizeit konstant gehalten, aber mehr Zeit in Bildung investiert, E also zu Lasten von L_n marginal ausgedehnt, bleiben die Grenzkosten der entgangenen Freizeit V' offenbar konstant, während der Barwert des privaten Grenzeinkommens, $W'L_q/\rho$, durch die höhere Qualifikation bei strikt konvexem Verlauf von $W(E)$ zunimmt. Das widerspricht dann der Optimalität von E . Folglich muss im Optimum $L_n = 0$ und $V' \geq W_n$ gelten. Die Grenzkosten entgangener Freizeit übersteigen die Grenzkosten des entgangenen Lohns nicht qualifizierter Arbeit, und zwar systematisch. Dagegen lässt sich die optimale Wahl von E weiterhin durch $W'L_q/\rho = V'$ charakterisieren. In Einklang mit der Mincer-Literatur verlangt also Optimalität der Bildungsentscheidung die Angleichung von marginaler interner Ertragsrate $W'L_q/V' \equiv IRR$ und privatem Diskontsatz ρ . In Abkehr von der Literatur müssen allerdings die Grenzkosten von Bildung durch die Grenzkosten entgangener Freizeit gemessen werden und nicht nur durch den entgangenen Lohn in der Phase der Ausbildung.

Man kann es auch anders ausdrücken: Die Mincer-Literatur unterstellt implizit, dass sich Bildungsabschlüsse durch Geld kaufen lassen. Die Menschen verzichten lediglich auf nicht-qualifiziertes Arbeitseinkommen und kaufen damit Bildung, die in der Phase nach der Ausbildung zu einem höheren Einkommen führt. Wenn dem so wäre, müsste man sich in der Tat wundern, weshalb nicht mehr Menschen studieren. Schließlich verzinsen sich Bildungsinvestitionen bei deutschen Männern mit 9,2% und damit weit über den realen Finanzierungskosten. Bildungsabschlüsse lassen sich aber nicht kaufen. Sie verlangen vielmehr den persönlichen Einsatz von Studienzzeit, und deren Grenzkosten übersteigen bei rational optimierenden Individuen den Lohnsatz entgangener Arbeit.

Nun wird es nicht reichen, die Schätzungen der OECD lediglich methodisch zu kritisieren. Die Politik wird die darauf aufbauenden Empfehlungen nur dann ignorieren können, wenn man abweichende Empfehlungen methodisch überzeugender begründen kann. Der Vorschlag von Richter und Schneider (2013) läuft darauf hinaus, die theoretische Begründung bildungspolitischer Empfehlungen und ihre empirische Quantifizierung sorgfältig zu trennen. Aus methodischen Gründen werden Ökonomen bei der theoretischen Begründung von Politikempfehlungen nicht einfach auf die Annahme rational handelnder Individuen verzichten können. Ein Vorzug der Rationalitätsannahme ist, dass sich auf ihrer

Grundlage eine einfache Regel für effiziente Bildungspolitik wohlfahrtsökonomisch absichern lässt. Und zwar lässt sich argumentieren, dass sich der Staat an den Kosten erwerbsorientierter Bildung mindestens in dem Verhältnis beteiligen sollte, in dem er die Erträge steuerlich abschöpft.¹

Die Problematik dieser nicht unplausiblen Empfehlung liegt darin, dass ihre praktische Umsetzung in Politik eine Schätzung der sozialen Kosten entgangener Freizeit verlangt. Zwar lassen sich die privaten Kosten entgangener Freizeit aus beobachtetem Bildungsverhalten ableiten. Die privaten Kosten können aber in einer Welt mit verzerrender Besteuerung von Bildungserträgen nicht einfach mit den sozialen Kosten gleichgesetzt werden. Letztere müssen getrennt geschätzt werden. Erste Annäherungen an das Problem lassen Zweifel an der Behauptung aufkommen, dass Deutschland die tertiäre Bildung nach effizienztheoretischen Maßstäben zu wenig fördert.

Aber selbst dann, wenn sich verlässlich nachweisen ließe, dass sich der deutsche Fiskus an den Bildungskosten schwächer beteiligt als an den Erträgen, muss dies nicht bedeuten, dass die staatlichen Mittel für die Bildung aufzustocken sind. Schließlich kann man die gebotene Angleichung der Kosten- und Ertragsteilungsverhältnisse auf zwei Wegen erreichen: Entweder beteiligt sich der Staat stärker an den Kosten, oder er schöpft die Erträge schwächer ab.

Kurzfristig mag es so scheinen, als seien das zwei gleichwertige Politikarten und die Auswahl eine Frage der politischen Ideologie. Langfristig wird dagegen an einer Absenkung beider Teilungsverhältnisse kein Weg vorbeiführen. Andernfalls droht Deutschland bei zunehmender Mobilität von Akademikern und zunehmender Umstellung der akademischen Lehre auf Englisch die Rolle eines Landes, in dem man sich zwar gerne ausbilden lässt, in dem man danach aber nicht unbedingt Erwerbsarbeit sucht. Kosten und Erträge von Bildung fallen ja nicht zeitgleich an. Rational ist es für mobile Studierwillige, sich dort ausbilden zu lassen, wo die Qualität der Ausbildung hoch ist und die angelasteten Kosten gering. Ebenso rational ist es, seinen Arbeitsplatz dort zu suchen, wo die Bildungserträge möglichst wenig mit Steuern und Abgaben belastet werden. In der OECD-Welt fällt aber Deutschland als Land dadurch auf, dass Bildungserträge vergleichsweise stark besteuert werden, und zwar auch ohne die von den Oppositionsparteien noch im Bundestagswahlkampf geforderte Anhebung der Einkommensteuersätze. Hohe Abgaben auf Bildungserträge sind ein klarer Standortnachteil, der nur wegen der Folgen der Eurokrise derzeit nicht sichtbar wird. Die hohen Abgaben können ihre abschreckende Wirkung nicht entfalten, weil Scha-

¹ Diese Forderung findet sich bereits in Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (2010).

ren gut ausgebildeter Menschen in Europa auf der Suche nach Arbeit sind.

Längerfristig wird sich Deutschland dem Wettbewerb um hoch qualifizierte Arbeitskräfte stellen müssen. Mit der dann notwendigen Absenkung der Abgaben auf Bildungserträge wird sich auch die Frage der Kostenteilung neu stellen. Die hohe Beteiligung des Staates an den Bildungskosten wird nicht länger zu rechtfertigen sein. Zumindest auf der tertiären Ebene wird man also eine Rückkehr zu Studiengebühren erleben. Erste Einlassungen von Politikern deuten in diese Richtung. Allerdings sind sie nicht konsequent zu Ende gedacht. Sie beschränken sich vornehmlich auf die Forderung nach Studiengebühren für Drittstaatenangehörige. Die internationale Mobilität der Studierenden wird aber eine allgemeine Beteiligung an der Finanzierung tertiärer Bildung durch Studiengebühren erzwingen.

Literatur

Heckman, J.J., L.J. Lochner und P.E. Todd (2008), »Earnings Functions and Rates of Return«, *Journal of Human Capital* 2, 1–31.

Lüpke-Narberhaus, F. (2013), »OECD-Bericht zur Bildung: Deutschland braucht mehr Hochqualifizierte«, *Spiegel Online*, verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/bildung-auf-ene-blick-oecd-lobt-deutsches-ausbildungssystem-a-907662.html>, aufgerufen am 27. Oktober 2013.

OECD (2013), »Bildung auf einen Blick 2013, Deutschland, Ländernotiz«, online verfügbar unter: http://www.oecd.org/edu/Germany_EAG2013%20Country%20Note%20%28DE%29.pdf.

Richter, W. F. und K. Schneider (2013), »Education: Optimal Choice and Efficient Policy«, TU Dortmund, Discussion Paper.

Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (2010), *Beitragspflichtiger Hochschulzugang*, Gutachten, Berlin.



Ludger Wößmann*

Der Wahn vom Akademisierungswahn

Seit einigen Wochen geistert eine Debatte um den angeblichen »Akademisierungswahn« durch unser Land. Gehen in Deutschland wirklich zu viele Menschen auf die Hochschulen? Gefährdet ein Anstieg der Studierendenquoten gar die Grundlagen unserer Volkswirtschaft? Vielleicht sollten wir uns dazu einmal die Fakten anschauen. Und da kommt die PIAAC-Studie – das neue »Programme for the International Assessment of Adult Competencies« – gerade recht, deren Ergebnisse just veröffentlicht wurden (siehe dazu das letzte Heft des *ifo Schnelldienstes*). PIAAC ist so etwas wie ein »Erwachsenen-PISA«, in dem die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die grundlegenden Lese- und Mathematik-Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich getestet hat.

Höhere Bildung zahlt sich aus

Die PIAAC-Ergebnisse zeigen, dass am deutschen Arbeitsmarkt jedes zusätzliche Bildungsjahr mit knapp 10% höherem Einkommen einhergeht (vgl. Wiederhold und Wößmann 2013). Dabei sind Einkommensunterschiede aufgrund der Dauer der Erwerbserfahrung und des Geschlechts bereits herausgerechnet. Sogar wenn man Unterschiede in den von PIAAC gemessenen Grundkompetenzen herausrechnet, sind es noch über 8% (vgl. Klaukien et al. 2013). Anders ausgedrückt: Selbst wenn man diese anderen Faktoren konstant hält, verdienen Personen mit einem höheren Bildungsabschluss (z.B. Hochschulabschluss) 36% mehr als Personen mit einem Lehrabschluss und 57% mehr als Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Eine umfangreiche empirische Literatur deutet darauf hin, dass so berechnete Zusammenhänge in der Tat weitgehend einen kausalen Effekt der höheren Bildung und nicht etwa Selektionseffekte widerspiegeln (vgl. etwa Card 1999).

* Prof. Dr. Ludger Wößmann ist Professor für Bildungsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Leiter des ifo Zentrums für Bildungs- und Innovationsökonomik am ifo Institut.

Auch mit der regelmäßig bemühten Akademikerarbeitslosigkeit ist es nicht weit her: Die Realität sieht so aus, dass Personen mit Hochschulabschluss eine Arbeitslosenquote von gut 2% haben, Personen mit abgeschlossener Lehre gut 5% und Personen ohne Berufsbildungsabschluss knapp 20%. Arbeitslosigkeit ist hierzulande ein Problem der Geringqualifizierten, nicht der vermeintlich Überqualifizierten.

Unsere Volkswirtschaft scheint also weit davon entfernt zu sein, keine weiteren Hochschulabsolventen mehr zu benötigen. Gerade hierzulande wird ein Studienabschluss sehr gut entlohnt. Gäbe es zu viele Akademiker, dann würden diese Erträge sicherlich sinken. Die Fakten entlarven die Rede vom Akademisierungswahn als Wahnbild, das mit der Realität wenig zu tun hat.

Jede Menge unausgeschöpfter Bildungspotenziale

Aber woher sollen weitere Studenten kommen, fragen die Kritiker. Muss das nicht zwangsläufig zu einer Verringerung der Anforderung an die Studierenden und damit der Qualität des Studiums führen? In der Tat nimmt ein Großteil (84%) der Kinder von Beamten mit Hochschulabschluss bereits selbst ein Hochschulstudium auf. Aber bei Arbeiterkindern liegt die Studienanfängerquote lediglich bei 17%! Hier gibt es noch jede Menge Potenziale, die (zumeist bereits im Schulsystem) nicht ausgeschöpft werden. Solange das so ist, gibt es auch noch viel Potenzial für weitere Akademiker ohne Qualitätsverlust im Studium.

Auch geht die bessere Bildung des einen nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Chancen des anderen. Gesamtwirtschaftlich erweist sich ein besseres Bildungsniveau der Bevölkerung als der wohl wichtigste Bestimmungsfaktor des langfristigen volkswirtschaftlichen Wachstums und damit des gesellschaftlichen Wohlstands insgesamt (vgl. Hanushek und Wößmann 2012). Vorstellungen, eine gute Bildung sei nichts mehr wert, wenn jeder sie hätte, sind völlig irrig. Sie basieren auf der falschen Vorstellung eines in seiner Größe feststehenden wirtschaftlichen Kuchens, den es zu verteilen gelte. Ganz im Gegenteil profitiert die gesamte Volkswirtschaft von der besseren Bildung jedes Einzelnen. Die Fakten belegen, dass der Kuchen wächst, wenn alle ein höheres Bildungsniveau erreichen. Damit ist nicht nur für jeden, der produktiver wird, mehr da, sondern gesellschaftlich steht etwa auch mehr für die sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung.

Natürlich ist nicht jedes zusätzliche Studium zwangsläufig volkswirtschaftlich lohnend. Es gibt Studierende, die in einer Berufsausbildung besser aufgehoben wären. Auch geben die genannten Werte die durchschnittlichen Erträge wieder. Es gibt Studienfächer, für die die Wirtschaft relativ wenig offenen Bedarf hat. Aber gleichzeitig sind die Erträge in an-

deren Fächern umso höher. Die Nachfrage nach Absolventen aus den MINT-Fächern etwa ist ungebrochen. Zusätzliche Akademiker wären hier ein Segen, auch für die Wirtschaft.

Hochschulbildung und duale Berufsausbildung nicht gegeneinander ausspielen

Das soll nicht die große Bedeutung der dualen Berufsausbildung für die deutsche Wirtschaft schmälern. Die Berufsausbildung ist eine zentrale Säule der Kompetenzentwicklung im deutschen System. Aber es ist ein Fakt, dass in Deutschland ein Hochschulstudium im Durchschnitt noch wesentlich höher entlohnt wird als eine duale Berufsausbildung. Sicherlich vermitteln einige duale Ausbildungen hierzulande mehr Kompetenzen als die relativ niedrig angesiedelten Community Colleges in den USA, die in den Statistiken als höhere Bildung verbucht werden. Wenn die OECD also pauschal fordert, Deutschland müsse die Hochschulbildung ausweiten, weil andere Länder mehr Hochschulabsolventen haben, dann ist diese Begründung aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit der Bildungssysteme in der Tat wenig überzeugend.

Aber deswegen muss die Forderung an sich ja noch nicht falsch sein. Offensichtlich hat die deutsche Volkswirtschaft noch hohen Bedarf an Hochschulabsolventen. Hochschulbildung und duale Berufsausbildung dürfen dabei jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil würde sich im deutschen System ein deutlicher Ausbau der dualen Studiengänge und des Zugangs der besten Lehralabsolventen in angewandte Studiengänge ganz besonders anbieten.

Und was, wenn der Fachkräftemangel dann eines Tages noch dringlicher wird als der Akademikerbedarf? Erstens müssen die Betriebe dann eben höhere Löhne für Ausbildungsberufe zahlen, um gute Bewerber zu bekommen. So zeigen die Lohnsignale, wo wirklich der höchste Bedarf besteht. Mit steigenden Facharbeiterlöhnen werden sich dann auch wieder mehr Menschen für einen Ausbildungsberuf entscheiden. So gesehen gibt es in einer Marktwirtschaft niemals einen »Mangel«, sondern nur falsche Preise bzw. Löhne, die die Nachfrage – etwa nach qualifizierter Arbeit – nicht mit dem Angebot ins Gleichgewicht bringen. Statt bildungshungrige Jugendliche mit dem Wahnbild des vermeintlichen Akademisierungswahns zu verschrecken, sollten die Betriebe also gute – auch nicht-akademische – Bildung entsprechend entlohnen.

Zweitens geht unser Ausbildungssystem derzeit an fast jedem Fünften vorbei: Seit vielen Jahren erzielen knapp 18% eines jeden Jahrganges keinen beruflichen Bildungsabschluss. Das hat sicherlich etwas mit Problemen im Schul-

system zu tun. Aber bereits in einem 1953 (!) erschienenen Beitrag berichtete etwa der *Spiegel*: »Immer lauter beschwerten sich die Firmen über das lückenhafte Wissen der neu-eingestellten Lehrlinge« (*Der Spiegel*, 18. Februar 1953, S. 32). (Der Beitrag berichtet u.a. von einem Dortmunder IHK-Referenten, dem »ein Kaufmann ungehalten mehrere Quittungsbons mit Additionsfehlern auf den Schreibtisch [legte], die sein Lehrling ausgefertigt hatte. Außerdem wisse er nicht, nörgelte er, was er mit einem Wesen anfangen solle, das die Kunden mit einem barschen »Was wollen Sie?« begrüße oder, wenn es in sanfter Stimmung sei, mit einem »Womit kann ich Sie dienen?«.) Sicherlich ist damals wie heute nicht jeder Jugendliche »ausbildungsfähig«. Aber wenn fast jeder Fünfte ohne jegliche abgeschlossene Berufsausbildung bleibt, dann ist an dem System doch etwas falsch – und dann besteht dort noch viel Potential.

Besonders irreführend ist es, wenn in diesem Zusammenhang auf die aktuell frappierend hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Krisenländern verwiesen wird. Als wenn die dortige Situation von den Bildungssystemen ausgelöst worden wäre. Nicht jedes wirtschaftliche Problem – und vor allem keine Finanzkrisen und Konjunkturerinbrüche – lässt sich mit der Bildung erklären. Die spanische Situation etwa hat vor allem mit geplatzten Immobilienblasen und dem fluchtartigen Abziehen des Finanzkapitals zu tun. Die aktuell verheerende Arbeitsmarktsituation ist also mehr der gesamtwirtschaftlichen Krisensituation und der Inflexibilität und Segmentierung des Arbeitsmarktes geschuldet als dem individuellen Bildungsniveau. Aber auch hier hat etwa der künstliche Bauboom mit relativ hohen Löhnen für geringqualifizierte Arbeit dazu beigetragen, dass viele Jugendliche ihre Bildungskarriere frühzeitig abgebrochen haben. Das rächt sich nun: Natürlich stehen gegenwärtig in Spanien auch Akademiker auf der Straße, aber proportional sind es viel weniger als bei Personen mit niedrigerer Bildung. Bei den vorliegenden Arbeitslosigkeitsdaten nach Bildungsabschluss der 25- bis 34-jährigen Spanier waren 2010 unter denjenigen mit Hochschulabschluss gut 14% arbeitslos, mit mittlerer Bildung 22% und ohne höheren Sekundarabschluss knapp 32%.

Die Welt ist nicht statisch, sie verändert sich

Natürlich könnte sich der Trend zum größeren Bedarf an höherer Bildung eines Tages auch umkehren. Aber etwa in den Vereinigten Staaten wurde bereits in den 1970er Jahren vom angeblich »Overeducated American« gesprochen (vgl. Freeman 1976). Seitdem hat sich die Hochschulquote in der erwachsenen Bevölkerung verdreifacht (von 10% auf 30% College Graduates) – und gleichzeitig hat sich der Einkommensvorteil der Hochschulabsolventen gegenüber denjenigen ohne Hochschulabschluss (die College Wage Premium) von 40% auf über 80% mehr als verdoppelt! Trotz steigenden Angebots an Akademikern ist ihr relatives Ein-

kommen nur noch weiter gestiegen. Die Nachfrage nach Akademikern ist also noch viel schneller gestiegen als das Angebot.

Die technologischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte, vor allem der Vormarsch neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, haben in den entwickelten Ländern offensichtlich die Nachfrage nach Hochqualifizierten begünstigt. Die Ökonomen sprechen hier von »skill biased technological change«. Ob und inwieweit dies auch in Zukunft anhält, kann natürlich niemand sagen. Aber Deutschland hat dabei sicherlich noch erheblichen Nachholbedarf, und gerade weil sich die Welt verändert, bedarf die Wirtschaft einer hochqualifizierten Bevölkerung. Für die duale Berufsausbildung bedeuten die sich rasch verändernden Arbeitswelten darüber hinaus, dass die erworbenen Kompetenzen nicht zu eng auf einen einzelnen Beruf zugeschnitten sein dürfen. Denn wenn sich Technologie und Wirtschaftsstruktur dauernd wandeln, geht eine allzu berufsspezifische Ausbildung mit einer erhöhten Gefahr der Erwerbslosigkeit im Alter einher (vgl. Hanushek, Wößmann und Zhang 2011).

Was der gestiegene Bedarf an hochqualifizierten Beschäftigten konkret bedeutet, verdeutlichen wiederum die PIAAC-Ergebnisse. Nicht nur höhere Bildungsabschlüsse gehen mit höheren Einkommen einher. Auch nach Herausrechnen von Berufserfahrung und Geschlecht gilt: Wer im PIAAC-Test um eine von fünf Kompetenzstufen besser abschneidet, verdient im Durchschnitt 23% mehr – das sind 650 Euro pro Monat (vgl. Wiederhold und Wößmann 2013). Jenseits des Bildungsabschlusses honoriert gerade der deutsche Arbeitsmarkt also vor allem die erworbenen Grundkompetenzen. Die neuen Ergebnisse belegen eindrucksvoll, wie zentral sowohl Bildungsabschlüsse als auch grundlegende Kompetenzen für den Erfolg am Arbeitsmarkt sind.

Deshalb darf es uns nicht kalt lassen, dass die deutschen Erwachsenen – wie zuvor schon die Schülerinnen und Schüler bei PISA – im internationalen PIAAC-Vergleich nur mittelmäßig abschneiden. In der modernen Wissensgesellschaft steht und fällt der wirtschaftliche Wohlstand des Einzelnen wie der Gesellschaft mit den Bildungsleistungen. Von Jung bis Alt benötigen wir eine Bildungspolitik, die die Bürgerinnen und Bürger mit den Kompetenzen ausstattet, die ihnen eine erfolgreiche Teilhabe am gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Leben ermöglichen. Wenn eine gesteigerte akademische Bildung das Ihrige dazu beiträgt, dann ist das kein Wahn, sondern das Fundament unseres zukünftigen Wohlstands.

Literatur

Card, D. (1999). »The Causal Effect of Education on Earnings«, in: O. Ashenfelter und D. Card (Hrsg.), *Handbook of Labor Economics*, Vol. 3A, North-Holland, Amsterdam, 1801–1863.

Freeman, R.B. (1976), *The Overeducated American*, Academic Press, New York.

Hanushek, E.A. und L. Wößmann (2012), »Do Better Schools Lead to More Growth? Cognitive Skills, Economic Outcomes, and Causation«, *Journal of Economic Growth* 17(4), 267–321.

Hanushek, E.A., L. Wößmann und L. Zhang (2011), »General Education, Vocational Education, and Labor-Market Outcomes over the Life-Cycle«, NBER Working Paper 17504, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

Klaukien, A., D. Ackermann, S. Helmschrott, B. Rammstedt, H. Solga und L. Wößmann (2013), »Grundlegende Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt«, in: B. Rammstedt (Hrsg.), *Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich: Ergebnisse von PIAAC 2012*, Waxmann, Münster, 127–166.

Wiederhold, S. und L. Wößmann (2013), »Bildung und Arbeitsmarkterfolg: Gerade in Deutschland zahlen sich höhere Kompetenzen aus«, *ifo Schnelldienst* 66(22), 10–14.



Stefan Wolf*

Die Wissensgesellschaft braucht Hochschulabsolventen und Facharbeiter

In vielen Ländern wird derzeit die duale Ausbildung nach deutschem Vorbild geradezu als Allheilmittel zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit gepriesen. Doch in Deutschland selbst scheint sie im gegenläufigen Trend an Attraktivität zu verlieren. In diesem Zusammenhang mehren sich die Stimmen, die vor einer »Überakademisierung« der Gesellschaft und einer Verdrängung der dualen Ausbildung warnen. Nahrung erhält dies auch dadurch, dass eine wachsende Zahl von Unternehmen und Branchen von großen Mühen berichten, ihre Ausbildungsstellen mit geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen.

Aus Sicht der Arbeitgeber erscheint es jedoch naiv, eine Stärkung der dualen Ausbildung durch eine Schwächung der Hochschulen oder eine künstliche Begrenzung der Hochschulzugangsberechtigungen erreichen zu wollen. Dies wäre kurzsichtig und gefährlich. Es würde den eindeutigen und richtigen Trend zur Höherqualifizierung und die große Dynamik in Technologie und Gesellschaft negieren. Es gibt beispielsweise Berufe aus den Bereichen Gesundheit, Pflege und Erziehung, da nimmt die notwendige Akademisierung erst jetzt richtig Fahrt auf.

Die duale Ausbildung muss ihre eigenen Stärken aufzeigen und offensiv um die jungen Leute werben. Dazu gehören eine hohe Qualität der Ausbildung und attraktive Rahmenbedingungen, wie sie die M+E-Industrie bietet, sowie starke Berufsschulen als Partner. Ein Gegensatz zwischen den benötigten akademisch und dual ausgebildeten Fachkräften existiert nicht. Vielmehr geht es darum, die nach wie vor zu hohe Zahl von Menschen ohne jeden Berufsabschluss zu reduzieren. So hat jeder Sechste zwischen 25 und 35 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung. Wir müssen also das Qualifikationsniveau der Bevölkerung insgesamt anheben. Dies ist wesentlich bedeutsamer als die Frage, ob

* Dr. Stefan Wolf ist Vorsitzender des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V. – Südwestmetall.

in einigen Jahren mehr Ingenieure oder mehr Facharbeiter fehlen.

Bei abnehmenden Schülerzahlen und steigender Studierquote werden wir uns in der dualen Ausbildung künftig mit heterogener werdenden Bewerberprofilen auseinandersetzen müssen. Das bedeutet zum einen: Das duale System muss es schaffen, mehr benachteiligte Jugendliche mit Ausbildungsrisiko zu integrieren. Ein Beispiel hierfür ist das im letzten Jahr zwischen den Tarifpartnern der M+E-Industrie vereinbarte »Förderjahr«. Zum anderen gilt es, in der dualen Ausbildung Angebote für leistungsstarke Schulabgänger einschließlich Abiturienten zu schaffen: Dazu zählen Auslandsaufenthalte mit Sprachkursen, Zusatzqualifikationen und neue Modelle des parallelen Erwerbs der Hochschulreife und eines beruflichen Abschlusses, z.B. im dreijährigen Berufskolleg. Auch müssen die Möglichkeiten, sich mit einem dualen Berufsabschluss weiterzuentwickeln, deutlicher aufgezeigt werden. Hier haben wieder die Tarifpartner der M+E-Industrie mit ihren Modellen zur Weiterbildung eine wichtige Voraussetzung geschaffen.

Diese Durchlässigkeit des Bildungssystems ist Voraussetzung, um den gegenseitigen Wechsel zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu fördern. Das gilt sowohl für ein Studium mit vorherigem Berufsabschluss als auch für die wechselseitige Anrechnung von Lernleistungen aus einer Berufsbildung auf ein Studium und umgekehrt. Wir müssen die heute bereits bestehende Durchlässigkeit des Bildungssystems in der Öffentlichkeit besser bewerben. Sie erhöht die Attraktivität der dualen Ausbildung, da Jugendliche zu einem späteren Zeitpunkt eine Hochschulzugangsberechtigung erreichen können.

Der Trend zu höheren Schulabschlüssen und zum Erwerb der Fach- oder der allgemeinen Hochschulreife ist nicht zu kritisieren. In unserer Gesellschaft wird – richtigerweise – Bildung als der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und sozialen Aufstieg postuliert. Und diese Botschaft wird mittlerweile auch in der Breite verstanden. Daher ist es wenig überraschend, dass junge Menschen gemeinsam mit ihren Eltern hohe Ziele ins Auge fassen und vor allem auf formale Abschlüsse und Zugangsberechtigungen blicken. Weitere Anschlussmöglichkeiten und die Option eines Studiums spielen dabei eine zentrale Rolle. Damit verknüpft sind zudem gesellschaftliche Statusfragen.

Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen und der Arbeitslosenquoten zeigt zudem den klaren Befund: Bei steigenden Zahlen von Erwerbstätigen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss bewegt sich deren Arbeitslosenquote seit Jahren auf einem so niedrigen Niveau, dass wir von Vollbeschäftigung sprechen können. Kein objektiver Indikator zeigt Probleme auf dem Akademiker-Arbeitsmarkt an. Im Gegenteil: Die Akademiker-Arbeitslosigkeit liegt bundesweit bei

rund 2,5%, die niedrigste aller Qualifikationsarten. Zugleich erzielen Akademiker im Durchschnitt die höchsten Einkommen; und dieser Einkommensvorsprung ist in den letzten Jahren weiter angewachsen. So verdienten im Jahr 2000 Arbeitskräfte mit diesem sogenannten Tertiärabschluss etwa 40% mehr als Personen ohne diesen Abschluss. 2011 betrug der Verdienstvorsprung dann schon zwei Drittel. Damit liegt Deutschland auch im internationalen Vergleich an der Spitze. Warnungen vor der »Akademikerschwemme« begleiten uns nun schon seit Jahrzehnten – und sie haben sich stets als falsch herausgestellt.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Rekrutierung hochqualifizierter Fachkräfte wird zunehmend zur Herausforderung für die Unternehmen. Bereits heute benötigt die Hälfte aller Unternehmen in Baden-Württemberg bis zu einem halben Jahr, um freie Stellen zu besetzen, und 10% sogar bis zu einem Jahr. Das sind die Ergebnisse der Studie »Best Practices zur Mitarbeitergewinnung und -bindung Hochqualifizierter«, die von der Dualen Hochschule Ravensburg im Frühjahr 2013 durchgeführt und von den Arbeitgeberverbänden in Baden-Württemberg unterstützt wurde.

Für die kommenden fünf Jahre bezeichnen 78% der Unternehmen in Baden-Württemberg hochqualifizierte Mitarbeiter als einen der Kernaspekte oder sogar als wichtigsten Aspekt für den Unternehmenserfolg. Gleichzeitig rechnen die Firmen damit, dass vor allem die Gewinnung, aber auch die Bindung hochqualifizierter Mitarbeiter immer schwieriger wird. So zeigt die Studie, dass neun von zehn der befragten Unternehmen Schwierigkeiten bei der Gewinnung hochqualifizierter Mitarbeiter erwarten. Bei der Bindung sind es immerhin acht von zehn, die von wachsenden Herausforderungen ausgehen.

Auch aus diesem Grund werden praxisnahe Modelle immer wichtiger, die akademisches und berufliches Lernen eng verknüpfen. Solche Modelle werden in unterschiedlichen Formen von dualen Studiengängen bereits angeboten, z.B. die praxisintegrierten Modelle der Dualen Hochschule Baden-Württemberg oder die ausbildungsintegrierten Modelle, die man in sogenannten Kooperationsstudiengängen an Fachhochschulen findet. Die Betriebe schätzen diese neuen dualen Strukturen, da sie in hohem Maße flexibel sind und gleichzeitig mit der akademischen Ausbildung Fachkräfte binden. In absoluten Zahlen dominiert unverändert die duale Ausbildung gegenüber dualen Studiengängen. Doch ist unverkennbar, dass die dualen Studiengänge über die letzten Jahre ihren Marktanteil spürbar vergrößert haben. Im Jahr 2013 wurde fast jeder vierte Ausbildungsplatz in der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie im Rahmen eines dualen Studiums bereitgestellt, sieben Jahre davor war es erst jeder sechste: Eine Entwicklung, die vor zehn Jahren niemand vorausgesagt hätte und die auch die hohe Veränderungsdynamik und den Trend zur Höherqua-

lifizierung widerspiegelt. Dabei fällt auch auf, dass die Studiengänge der Dualen Hochschule weit weniger sensibel auf Konjunkturschwankungen reagieren als die duale Ausbildung selbst.

Die Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) steht exemplarisch für eine stark ausdifferenzierte Hochschullandschaft und viele verschiedene, neue Studienmodelle: Dual, ausbildungsintegriert, berufsbegleitend, konsekutiv – und das Ganze in Teilzeit oder Vollzeit mit einer sehr heterogenen Studierendenschaft. Es gibt neue Modelle der wissenschaftlichen Weiterbildung, der Kontaktstudien und der Kooperationsangebote von Weiterbildungsträgern und Hochschulen. »Den« Akademiker gibt es schon lange nicht mehr. Und diese Ausdifferenzierung spiegelt vor allem den Bedarf des Arbeitsmarktes wider.

Das gilt auch für die Metall- und Elektroindustrie. Die Fachkräftesicherung dort basiert auf Mitarbeitern, die in vielen unterschiedlichen Profilen dual und akademisch ausgebildet werden. Das heißt, die Facharbeiterausbildung ist für die Nachwuchssicherung genauso unverzichtbar wie die Hochschulausbildung. Unsere Betriebe brauchen qualifizierte Hochschulabsolventen, um ihre führende Wettbewerbsposition halten und ausbauen zu können. Hochqualifizierte haben eine herausragende Bedeutung für den Unternehmenserfolg und ihre Bedeutung wird in den kommenden Jahren noch weiter wachsen. Der technologische Wandel, kürzere Innovationszyklen und ein hoher Internationalisierungsgrad der Wirtschaft fördern den Trend zur Höherqualifizierung und zur Akademisierung der Arbeitswelt. Deutschland ist bereits heute eine Wissensgesellschaft – und wird es in Zukunft noch mehr sein. Der Hochschulausbau der letzten Jahre war und ist daher richtig.

Natürlich müssen die richtigen Schwerpunkte im Hochschul- ausbau gelegt und der Ausbau der Kapazitäten eng mit der Wirtschaft abgestimmt werden, wie es auch in den letzten Jahren geschehen ist. Das gilt vor allem für die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sowie die Gesundheitsberufe. Und das gilt vor allem für den anstehenden Ausbau der Masterkapazitäten. Entscheidend dabei ist, in diesen Studiengängen einen hohen Qualitätsstandard zu sichern. Der Anstieg der Studierendenzahlen darf nicht zu Qualitätseinbußen führen.

Die Planung mit derzeit rund 50% Übergangsquote in den Master über alle Fachbereiche hinweg erscheint uns zu hoch. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass der Bachelor nur eine Durchgangsstation zum Master ist. In der gestuften Studienstruktur sollte der direkte Übergang vom Bachelor- in das Masterstudium eine Option sein, aber eben nicht die Regel. Bachelor-Absolventen sind in den Betrieben der M+E-Industrie hoch willkommen, und sie

haben dort hervorragende Karriere- und Einkommensperspektiven.

Meines Erachtens sind Studienbeiträge unverzichtbar, um die Studierendenströme sinnvoll zu steuern. Das ist auch notwendig, damit das Ungleichgewicht gegenüber berufsbegleitenden Studiengängen, deren Vollkosten in der Regel mit Studienbeiträgen gedeckt werden, nicht zu groß wird.

Dagegen halte ich die Diskussion um die 50%-Quote eines Jahrgangs, die studieren soll, eher für müßig. Die Erwerbs- und Berufsbiographien werden sich weiter ausdifferenzieren und immer weniger an Entweder/Oder-Entscheidungen orientieren: Die digitale Entscheidung »Ausbildung oder Studium« hat ausgedient. Die jungen Leute entscheiden gemeinsam mit ihren Eltern über ihren beruflichen Weg – niemand sonst. Dafür müssen sie optimal in der Schule vorbereitet und für die vielleicht wichtigste Entscheidung in ihrem jungen Leben, der Entscheidung für einen Ausbildungsberuf oder ein Studium, bestmöglich orientiert werden. Baden-Württemberg muss es gelingen, dies mit der anstehenden Bildungsplanreform 2015 sowie der geplanten Neuordnung der Lehrerausbildung sicherzustellen. Wichtig ist die Information über und die Praxiserfahrung in Berufen, die in der Zukunft besonders gebraucht werden, wie z.B. der Ingenieurberuf. Südwestmetall engagiert sich dafür seit vielen Jahren vom Kindergarten bis hin zur gymnasialen Oberstufe. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Mädchen, um sie für eine Ausbildung oder ein Studium im MINT-Bereich zu begeistern.

Die Voraussetzung dafür, dass Berufs- oder Studieneinstieg gelingen, sind individuelle Förderstrategien sowie differenzierte und profilscharfe Schulabschlüsse, die den Interessen und Begabungen der jungen Menschen gerecht werden. Der Hauptschulabschluss, der Mittlere Abschluss und die Hochschulreife müssen sich an transparenten Qualitäts- und Kompetenzstandards orientieren. In welcher Schulstruktur sie angeboten werden, ist dabei zweitrangig.

Vor allem für Schulabsolventen mit Hauptschul- oder Mittlerem Abschluss bietet der direkte Einstieg in eine duale Ausbildung unverändert eine erstklassige Option und Perspektive, aber auch Absolventen mit Hochschulreife finden hier ihren Weg. Rund jeder zweite Ausbildungsanfänger weist heute einen mittleren Schulabschluss auf, etwa jeder vierte den Hauptschulabschluss und rund ein Fünftel die allgemeine oder die Fachhochschulreife. Die duale Ausbildung bleibt damit unverzichtbarer und zentraler Bestandteil jeder Fachkräftesicherungsstrategie. Sie gehört zu den großen Standortvorteilen in unserem Land und bietet hervorragende Karriereperspektiven als Facharbeiter.

Damit das aber so bleibt, muss sich auch die duale Ausbildung weiterentwickeln. Passgenaue Angebote für eine he-

terogenere Bewerberschaft und eine stärkere Auffächerung der Angebote im dualen System bedeuten die Schaffung eines transparenten Mehrstufenmodells mit:

- Teil-/Einstiegs-/Grundqualifikationen,
- zwei-, drei- und dreieinhalbjährigen Berufen ohne und mit Erwerb der Fachhochschulreife,
- einem ergänzenden Angebot von Zusatzqualifikationen, das auch auf Aufstiegsfortbildungen angerechnet werden kann, und
- dem dualen Berufskolleg.

Durchgängige Merkmale dieses Modells sind die Dualität der Lernorte Schule und Betrieb, die Anrechnung von Lernzeiten und Prüfungsleistungen auf die jeweils nächste Stufe, ein flexibles, verlässliches und vergleichbares System von Prüfungen und Zertifikaten sowie eine funktionierende und übergreifende Qualitätssicherung bei Betrieben, Schulen und Bildungsträgern.

Um ihr eigenes Profil zu schärfen, sollte die duale Ausbildung attraktive, moderne und modularisierte »Breitbandberufe« anbieten, die über betriebliche Einsatzgebiete betriebsspezifische Schwerpunktsetzungen zulassen. Dies ist einem Modell von »Spezialistenberufen« vorzuziehen, die nur für wenige Unternehmen und Bewerber in Frage kommen. Modularisierte ‚Breitbandberufe‘ würden auch die Neuordnung von Berufen bei beschleunigtem technischen und wirtschaftlichen Wandel erleichtern.

Auch wünsche ich mir, dass Berufsschulen systematisch zu selbstständigen Schulen entwickelt werden. Die selbstständige Schule mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung für Profil, Personal und Budget ist ein Schlüssel für eine hohe Leistungsfähigkeit und bietet ein motivierendes Umfeld für engagierte Lehrkräfte. Eine ausreichende Unterrichtsversorgung vor allem im ländlichen Raum und im MINT-Bereich wird entscheidend für die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität der dualen Ausbildung sein.

Diese Attraktivität ist der Schlüssel, um das duale System der Berufsausbildung im verschärften Wettbewerb bei zukünftig deutlich rückläufigen Schulabgänger- und damit Bewerberzahlen zu positionieren. Die Debatte um angeblich zu hohe Studentenzahlen und eine vermeintliche Überakademisierung lenkt hiervon nur ab und darf nicht länger als Alibi für einen fehlenden Reform- und Modernisierungswillen und eine klare Profilschärfung der dualen Ausbildung dienen.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM wurde 2012 gegründet, um überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Notkredite und/oder Bürgschaften vor Zahlungsunfähigkeit zu schützen. In der Folgezeit wurde es den Mitgliedstaaten der Eurozone auch möglich, Kredite für ihre notleidenden Banken beim ESM zu beantragen, die aber auf ihre Staatsverschuldung angerechnet wurden. Um dies zu vermeiden, ist es den Banken der Eurozone auch möglich, direkt eine Rekapitalisierung beim ESM zu beantragen. In der folgenden Betrachtung geht es allein um diesen Aspekt der direkten Rekapitalisierung von Eurobanken und nicht auch um die vorgelagerte Prüfung einer Sinnhaftigkeit von Notkrediten und Bürgschaften an einzelne Mitgliedsländer.

Bedeutung systemischer Risiken

Systemische Risiken im Finanzsystem ähneln den externen Effekten, wie sie bei der Umweltverschmutzung diskutiert werden: Individuelle Institutionen beeinflussen durch ihre Aktivität auch andere Wirtschaftssubjekte (vgl. Cecchetti, Fender und McGuire 2010, S. 3).

Solche externen Effekte treten in zwei Formen auf: als gemeinsames Fehlverhalten von Institutionen auf Schocks von außerhalb des Finanzsystems oder von gegenseitiger Abhängigkeit der Finanzintermediäre (prozyklisches Verhalten (vgl. Cecchetti, Fender und McGuire 2010, S. 3).

In vielen Ländern unterstützen daher die monetären Autoritäten ihre Banken, die ansonsten scheitern würden, darunter auch diejenigen, die als »too big to fail« gelten. Politiker fürchten deren Ansteckungsgefahr, einen Bank-Run und Notverkäufe von Staatspapieren (vgl. Goyal et al. 2013, S. 18). Die Beurteilung von systemischen Risiken beruhen auf 1. die nationalen Grenzen überschreitenden Effekte von Bilanzpositionen, 2. Vermögenspreiswirkungen in der Bankbilanz und 3. auf Simulationen (vgl. Cerutti, Claessens und McGuire 2012, S. 5). Dabei wird aber regelmäßig vernachlässigt, welche Auswirkungen das Scheitern einer Bank hat, die als »too big to rescue« gilt.

Übrigens, ein Bank-Run bedeutet traditionell nicht gleichzeitig, dass eine fallie-

rende Bank durch die Hilfe eines »lender of last resort« (regelmäßig die Zentralbank) gefördert wird. Der »lender of last resort« stellt Hilfen für die Banken zur Verfügung, die eben nicht als den Run auslösende Banken gelten, also diejenigen, die als solvent – aber durch den Run illiquide wurden – gelten (vgl. Bagehot 1873). Überschuldete Banken sollten – wie jede andere Unternehmung in einer anderen Branche – scheitern. Will man dies nicht, könnte man von vornherein diesen Sektor verstaatlichen.

Ansätze zur strukturellen Bankenregulierung

Regelmäßig gelangen Banken über Wertverluste ihrer Kapitalanlagen in Schieflage. Während der großen Rezession zu Beginn der 1930er Jahre sollte deshalb in den USA der Glass-Steagall Act eine strikte Trennung von Geschäftsbanken zur Kreditversorgung und von Investmentbanken für Kapitalanlagen erreichen; nach dem Zweite Weltkrieg wurde diese Regelung peu à peu wieder aufgehoben. In ähnlicher Ausgestaltung könnte der Glass-Steagall Act jetzt eine Renaissance erfahren.

Gegenwärtig werden ähnliche Initiativen in den USA (Volcker-Regelung), in Großbritannien mit der Wicker-Kommission und mit dem europäischen Liikanen-Report gemacht (vgl. Gambacorta und von Rixtel 2013, S. 16).

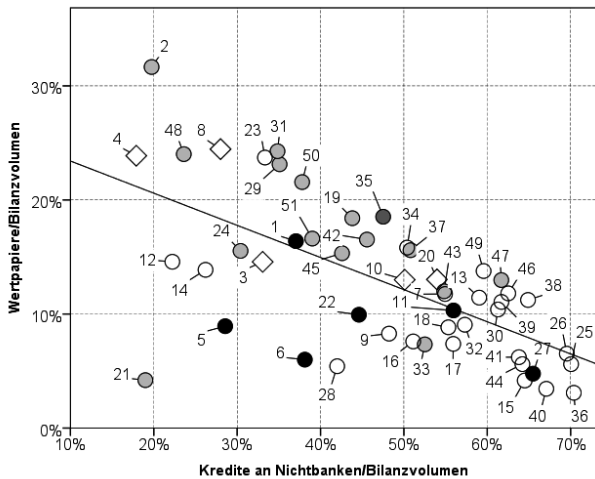
In Abbildung 1 sind die europäischen Banken nach ihrer Ausrichtung auf gewährte Kredite und ihrem (aktivistischen) Wertpapierengagement – jeweils als Anteile an ihrem Bilanzvolumen – darge-



¹ Dieser Beitrag wurde während eines Forschungsaufenthalts des Verfassers beim Internationalen Währungsfonds in Washington, DC, im August/September 2013 konzipiert.

* Prof. em. Dr. Manfred Borchert, Universität Münster.

Abb. 1
Kredit- und Wertpapierengagement der europäischen Banken im Jahr 2012



Quelle: Berechnungen des Autors aufgrund der von den 50 größten Banken zur Verfügung gestellten Daten.

stellt. Die Nummerierung entspricht der in der Liste der Bankenbilanzen für das Jahr 2012 im Anhang. Diese Liste enthält sämtliche Großbanken in Europa, also neben den Euro-Banken auch die anderen Banken innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Deutsche Banken sind mit grauem, englische mit schwarzem sowie die anderen ohne Flächeninhalt dargestellt; französische Banken erscheinen als Raute.

Je höher der Anteil an Wertpapieren im Portefeuille einer Bank ist, desto geringer ist der Anteil an den vergebenen Krediten und vice versa. Die Zuordnung der einzelnen Banken zur Gruppe der Investmentbanken und der zu den Geschäftsbanken (Kreditbanken) ist immer willkürlich, die gewählte Grenze ist theoretisch nicht eindeutig. Sicher aber gehören die Deutsche Bank, Crédit Agricole und die UBS zu den Investmentbanken.

Grundlagen der Kreditgewährung

Die europäischen Banken haben in den letzten zehn Jahren verstärkt Wertpapiere in ihr Portefeuille aufgenommen. Auch der Wertpapiererwerb stellt im Prinzip eine Art der Kreditvergabe (bzw. Eigentumserwerb) an den Emittenten dar, bei dem allerdings – anders als bei Direktkrediten – auch Spieler (Spekulant) zwischen »Kreditnehmer« und Kreditgeber zwischengeschaltet sind. Dies erfordert eigentlich eine besondere Vorsicht bei der Bilanzierung erworbener Wertpapiere. Dies betrifft nicht allein die Bankmanager, sondern auch die Bankaufsicht wie ebenfalls die Rechnungslegung (vgl. Kirchner 2009), also den ISAB (International Accounting Standards Board).

Geschäftsbanken beziehen ihr Einkommen aus Wertpapiergeschäften wie auch aus der Kreditvergabe. Je nach Profitabilität können sie das Kreditgeschäft zu Lasten ihres Wertpapier-Portefeuilles ausdehnen et vice versa.

Die generelle Ausrichtung der europäischen Banken auf Wertpapierengagement und Kreditvergabe an Kunden ist zwar sehr unterschiedlich, doch überwiegt die Kreditvergabe bei weitem (Wertpapierportefeuille < Kredite an Nichtbanken). Es ist aber nicht feststellbar, dass Banken mit stärkerem Wertpapierengagement höhere Gewinne erzielen als die anderen; was jedoch auffällt ist, dass diese Banken zu den umsatzstärksten Banken (gemessen am Bilanzvolumen) gehören.

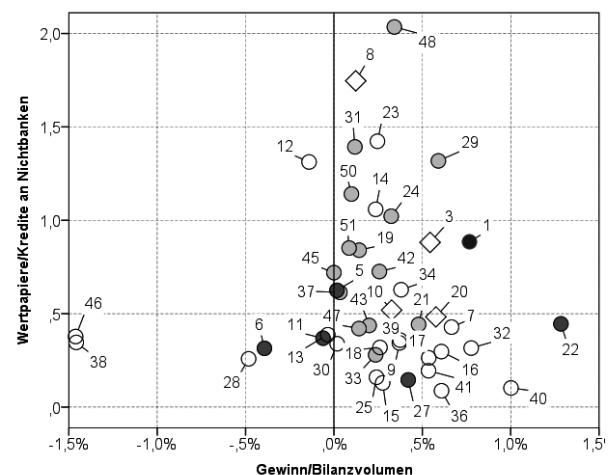
In Abbildung 2 sind die Gewinne der größten europäischen Geschäftsbanken dem jeweiligen Anteil der Kredite gegenüber dem Wertpapiervolumen dargestellt.²

Geschäftsbanken – besser: Kreditinstitute – haben zum Einlegerschutz bei ihrer Kreditgewährung mindestens 8% der mit Risiken behafteten Forderungen mit Eigenkapital zu unterlegen (Basel II).

Dies gilt nicht auch für Wertpapiere im Besitz von Banken (»available for sale«)! Derzeit müssen diese mit dem Marktwert bilanziert werden – nur vorübergehend dürfen Banken mit Modellwerten davon abweichen –, so dass sich die Banken einen möglichen Verlust als Neubewertungsrücklage negativ auf das Eigenkapital anrechnen lassen müssen.

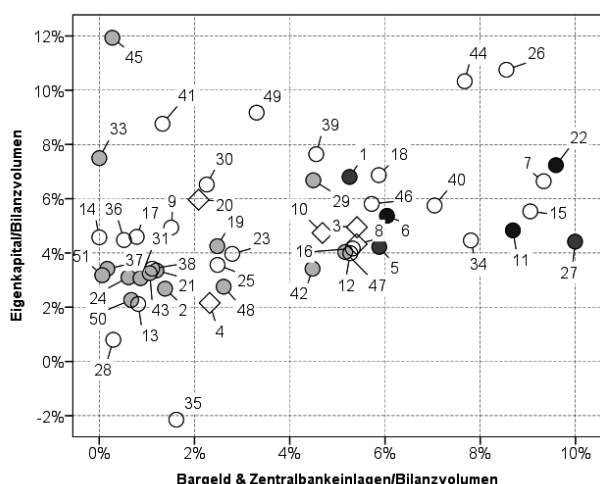
² In Abbildung 2 sind die Deutsche Bank sowie Crédit Agricole außer Acht gelassen, da sie mit einem ca. dreimal höheren Wert für Wertpapiere gegenüber den Krediten die Darstellung nach unten stark »verklumpen« würden. Die spanische Bankia wurde ebenfalls negiert, da sie aufgrund ihres immensen Verlusts die Darstellung nach rechts stark »verklumpen« würde.

Abb. 2
Geschäftsausrichtungen der größten europäischen Banken im Jahr 2012



Quelle: Berechnungen des Autors aufgrund der von den 50 größten Banken zur Verfügung gestellten Daten.

Abb. 3
Bankenaufsichtsrechtliche Einflussfaktoren im Jahr 2012



Quelle: Berechnungen des Autors aufgrund der von den 50 größten Banken zur Verfügung gestellten Daten.

Damit beeinflussen sinkende Wertpapierkurse schließlich auch die Kreditvergabemöglichkeit (vgl. Borchert 2010).

Im Juli 2009 stellte deshalb die deutsche Finanzaufsicht BaFin eine Änderung dieses Anrechnungszwangs auf das Eigenkapital zur Diskussion. Eigentlich steht bei der aktuellen Diskussion um die Bankenkrise immer noch das Kreditgeschäft der Banken im Vordergrund, obgleich diese Krise ein Wertpapierproblem ist. Dieses ist die eigentliche Schwachstelle!

Die *Kommission der Europäischen Gemeinschaften* diskutiert deshalb u.a die Pflicht zur Bildung eines zusätzlichen Eigenkapitalpuffers (vgl. EUR-Lex – 52009SC0975 – DE); die Eigenkapitalanforderungen durch eine Einbeziehung des Handelsbuchs (Wertpapiere in der Bilanz) könnten sich dann verdoppeln! Daneben sollen die Kreditinstitute gesetzlich zu einer Vergütungspolitik für Bankmanager verpflichtet werden, die mit einem wirksamen Risikomanagement vereinbar ist.

Für die Kreditgewährung der Banken sind neben der Mindestreservspflicht (und dem Vorhalten von Bargeld für Kunden), also dem Besitz von Zentralbankgeld, insbesondere Eigenkapitalvorschriften eine Begrenzung. Von ihrer Ausdehnung würden vor allem deutsche Kreditinstitute beeinflusst, die damit im europäischen Bankenmarkt eher geringer ausgestattet sind (vgl. Abb. 3).

Es geht gegenwärtig nicht so sehr darum, die Kreditgewährung zu reglementieren, wichtiger noch sind Regeln beim Wertpapierhandel der Banken. Das Wertpapier-Portefeuille sollte durch eine bestimmte Quote zum Eigenkapital begrenzt werden. Es wird damit den Banken zwar ein zusätzlicher Aufwand abverlangt, der jedoch wesent-

lich geringer ausfallen wird als die Kosten, die in einer Krise – wie gegenwärtig – der Allgemeinheit (Staatsbudget, Steuerzahler) zugemutet würden. Im Übrigen soll ja gerade die Kreditgewährung gegenüber dem Wertpapierhandel gestärkt werden!

Und – warum sollten die Investmentbanken bzw. Banken mit hohem Wertpapiervolumen durch einen Rückgriff auf den ESM gegenüber den traditionellen Geschäftsbanken bevorzugt werden? Sämtliche Risiken lassen sich natürlich auch durch sehr weitreichende Anforderungen nicht ausschließen. Gegenwärtig hat man jedoch den Eindruck, dass die Kreditgewährung der Banken relativ stark, das Wertpapiergeschäft der Banken hingegen gar nicht reglementiert ist. Ein Ansetzen am Wertpapiergeschäft reduziert aber nicht nur dessen Risiken, es hilft vor allem, Wünsche nach einem direkten Zugriff auf Hilfen durch den ESM abzuwehren!

Literatur

Bagehot, W. (1873), *Lombard Street*, 14. Aufl., London.

Borchert, M. (2010), »Geschäftsausrichtung der europäischen Banken«, *Wirtschaftsdienst* 90, 326.

Cecchetti, S.G., I. Fender und P. McGuire (2010), »Toward a Global Risk Map«, BIS Working Paper No. 309.

Cerutti, E., S. Claessens und P. McGuire (2012), »Systemic Risks in Global Banking: What Available Data Can Tell Us and what more Data Are Needed?«, NBER Working Paper No. 18531.

Gambacorta, L. und A. von Rixtel (2013), »Structural Bank Regulation Initiatives: Approaches and Implications«, BIS Working Papers No. 412, April.

Goyal, R., P.K. Brooks, M. Pradhan, T. Tressel, G. Dell’Ariccia, R. Leckow und C. Pazarbasioglu (2013), »A Banking Union for the Euro Area«, IMF Staff Discussion Note, Februar.

Kirchner, Ch. (2009), »Wege aus der internationalen Finanzmarktkrise«, *Wirtschaftsdienst* 89(7), 459–465.

Bilanzen 2012 der größten europäischen Geschäftsbanken	Bargeld & Kredite Einlagen bei Zentral- bank	Kredite an Banken	Kredite an Nicht- banken	Wert- papiere	andere Aktiva inkl. Derivate	Summe der Aktiva in Mrd. der ausgew. Währung	Währungs- einheit 1 Mrd. = 10 ⁶	Einlagen von Banken	Einlagen von Nicht- banken	andere Einlagen & Inhaber- schuld- VS	Eigen- kapital	andere Passiva inkl. Derivate	Summe der Passiva in Mrd. der ausg. Währung	Summe der Passiva in Mrd. Euro
1. HSBC Holdings plc (Hong Kong-Shanghai Banking Corp.)	141,53	152,55	997,62	882,76	518,07	2692,54	USD	107,43	1340,01	516,76	183,13	545,20	2692,54	2052,40
2. Deutsche Bank	27,80	119,50	397,20	1274,00	193,80	2012,30	EUR	577,20		924,50	54,00	456,60	2012,30	2012,30
3. BNP Paribas (Banque Nationale de Paris/Paribas)	103,19	40,41	630,52	555,95	577,22	1907,29	EUR	111,74	539,51	472,22	94,42	689,40	1907,29	1907,29
4. Crédit Agricole	42,71	385,57	329,76	879,66	204,67	1842,36	EUR	160,65	483,64	722,93	39,73	435,42	1842,36	1842,36
5. Barclays plc	87,63	40,49	425,73	266,20	670,27	1490,32	£	78,58	385,71	459,02	62,96	504,06	1490,32	1834,53
6. RBS (Royal Bank of Scotland)	79,29	63,95	500,14	157,44	511,48	1312,30	£	101,41	521,28	94,59	70,45	524,57	1312,30	1615,39
7. Grupo Santander Central Hispano	118,49	53,79	697,38	298,54	101,43	1269,63	EUR	131,67	589,10	389,72	84,33	74,80	1269,63	1269,63
8. Société Générale	67,59	77,20	350,24	611,74	143,92	1250,70	EUR	122,05	337,23	337,23	54,13	190,19	1250,70	1250,70
9. ING Bank (Internationale Nederlanden Group)	17,66	39,05	563,40	193,58	354,93	1168,63	EUR	38,70	455,00	266,00	57,69	351,24	1168,63	1168,63
10. Groupe BPCE (Banque Populaire/Caisse d'Epargne)	53,79	118,80	574,86	298,40	101,68	1147,52	EUR	111,40	430,52	425,29	54,36	125,95	1147,52	1147,52
11. Lloyds Banking Group (bis 2008: Lloyds TSB)	80,30	29,42	517,23	190,64	106,98	924,55	£	38,41	426,91	153,34	44,68	261,21	924,55	1138,09
12. UBS (Union Bank of Switzerland)	66,38	21,23	279,90	367,29	524,43	1259,23	CHF	23,02	371,89	626,76	50,25	187,31	1259,23	1041,46
13. Gruppo UniCredit	7,57	74,48	547,14	211,95	85,69	926,83	EUR	117,45	409,51	270,43	19,65	109,79	926,83	926,83
14. Crédit Suisse	63,71	242,22	256,40	361,95	924,28		CHF	31,01	308,31	238,95	42,28	303,72	924,28	764,44
15. Rabobank	68,10	35,39	485,30	62,72	100,90	752,41	EUR	27,06	334,27	247,43	41,64	102,01	752,41	752,41
16. Nordea Group	36,06	10,57	346,25	102,91	181,63	677,42	EUR	55,43	200,68	229,66	28,22	163,44	677,42	677,42
17. Gruppo Intesa Sanpaolo	5,30	36,53	376,63	99,36	155,66	673,47	EUR	73,35	218,05	238,55	30,93	112,59	673,47	673,47
18. BBVA (Banco Bilbao Vizcaya Argentaria)	37,43	26,52	352,93	112,65	108,25	637,79	EUR	59,72	292,72	195,26	43,80	144,29	637,79	637,79
19. Commerzbank	15,76	88,03	278,55	234,03	19,52	635,88	EUR	110,24	265,84	97,44	27,03	37,32	635,88	635,88
20. Credit Mutuel	10,41	53,92	269,41	130,11	35,37	499,23	EUR	28,89	216,50	125,46	29,77	98,61	499,23	499,23
21. KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)	5,96	319,45	94,46	41,80	35,87	497,54	EUR	29,33	15,24	404,66	16,69	31,63	497,54	497,54
22. Standard Chartered	61,04	68,38	283,89	126,50	96,71	636,52	USD	36,48	377,64	79,04	46,06	97,30	636,52	485,19
23. Danske Bank Group	97,27	200,65	1161,82	1653,41	372,04	3485,18	DKK	459,93	929,09	1413,12	138,23	544,80	3485,18	467,16
24. DZ Bank (Dt. Zentral-Genossenschaftsbank)	2,50	79,43	123,81	126,50	75,00	407,24	EUR	100,60	92,17	122,01	12,64	79,83	407,24	407,24
25. ABN AMRO (2010: verstaatlicht); m/w Fortis B. Nederland	9,80	46,40	276,28	44,21	17,72	394,40	EUR	21,26	216,02	94,04	14,04	49,04	394,40	394,40
26. Sberbank	1290,80	114,80	10499,30	1969,70	1222,80	15097,40	RUB	1452,40	10179,30	1120,90	1623,80	721,00	15097,40	374,52
27. Santander UK plc (bis 2008: Abbey National plc)	29,28	2,44	191,91	27,98	41,44	293,04	£	9,94	149,04	84,73	12,95	36,39	293,04	360,73
28. HEXIA (restrukturiert in 2012: verstaatlicht Belfius B. & andere)	1,05	47,03	150,02	38,74	120,37	357,21	EUR	87,48	11,11	113,95	2,85	141,82	357,21	357,21
29. HVB Group (Bayer. Hypo/Vereinsbank; Mitglied von UniCredit)	15,66	36,32	122,21	161,11	13,01	348,30	EUR	45,22	110,27	160,22	23,27	9,32	348,30	348,30
30. CaixaBank Group	7,86	7,84	72,34	72,39	46,77	348,29	EUR	18,33	160,83	57,32	22,71	89,09	348,29	348,29
31. LB Baden-Württemberg	2,91	50,07	117,17	163,24	2,95	336,33	EUR	64,24	85,33	161,32	10,32	15,12	336,33	336,33
32. DNB Bank (Den norske Bank/Gjensidige NOR; gear. 2003)	298,89	44,40	1297,89	410,35	220,58	2264,85	NOK	251,39	810,96	736,32	128,04	338,15	2264,85	308,13
33. Bayern LB	191,45	126,02	1236,09	776,54	123,36	2453,46	SEK	170,66	862,26	898,85	109,51	412,18	2453,46	283,60
34. SEB (Skandinaviska Enskilda Banken)	4,57	7,99	134,14	104,62	31,00	282,31	EUR	26,08	110,90	86,63	-6,06	64,75	282,31	282,31
35. Bankia (gear. Dez. 2010; verstaatlicht Mai 2012)	12,37	89,51	1680,48	147,41	458,09	2387,86	SEK	183,95	682,22	1151,43	106,90	263,37	2387,86	276,01
36. Svenska Handelsbanken	0,38	34,38	114,58	70,34	5,87	225,55	EUR	65,08	55,95	81,34	7,70	15,48	225,55	225,55
37. Nord LB	2,43	11,23	142,02	49,16	14,05	218,88	EUR	43,32	81,30	75,89	7,49	10,89	218,88	218,88
38. Banca Monte dei Paschi di Siena	9,74	9,07	131,93	47,29	15,80	213,82	EUR	21,82	123,05	29,91	16,34	22,70	213,82	213,82
39. Erste Group (Erste Bank)	130,06	85,48	1238,86	127,06	265,48	1846,94	SEK	122,20	579,66	785,69	106,22	253,16	1846,94	213,49
40. Swedbank Group (FöreningsSparbanken)	2,75	28,11	132,42	25,81	18,49	207,60	EUR	31,06	110,56	30,26	18,19	17,52	207,60	207,60
41. Bank Austria (Mitglied von UniCredit)	8,93	23,24	90,82	65,89	10,43	199,30	EUR	39,28	47,61	93,32	6,82	12,28	199,30	199,30
42. LB Hessen-Thüringen Grozentrale	2,05	28,30	106,27	46,47	10,73	193,82	EUR	17,33	131,73	20,66	6,31	17,79	193,82	193,82
43. Deutsche Postbank	569,00	358,60	4761,50	831,40	895,20	7415,70	RUB	759,90	3672,80	1700,70	766,10	516,20	7415,70	183,96
44. VTB Group (Vneshtorbank)	0,41	33,23	63,48	45,70	6,26	149,09	EUR	40,77	21,10	61,97	17,79	7,45	149,09	149,09
45. NRW Bank	8,47	9,51	92,62	34,98	2,57	148,15	EUR	21,27	75,17	42,86	8,60	25,03	148,15	148,15
46. Bank of Ireland	6,75	8,35	80,57	33,88	1,05	130,61	EUR	29,93	41,31	42,86	5,27	11,23	130,61	130,61
47. HSH Nordbank (Hamburgische/Schlesw.-H. LB)	3,39	32,34	30,62	62,33	1,07	129,74	EUR	37,69	23,33	62,33	3,57	2,81	129,74	129,74
48. DekaBank (DGZ)	4,05	2,91	72,97	33,73	8,85	122,52	EUR	28,44	63,61	10,67	11,24	8,56	122,52	122,52
49. AIB (Allied Irish Banks)	0,79	14,81	44,72	51,02	6,96	118,30	EUR	22,24	37,18	28,19	2,68	28,01	118,30	118,30
50. Landesbank Berlin Holding (bis 2006: Bankkaesselschaft Berlin)	0,06	24,32	37,48	31,93	2,29	96,08	EUR	38,16	20,13	31,93	3,05	2,82	96,08	96,08
51. WZG Bank (Westd. Genossenschaftsbank)														

Quelle: Berechnungen des Autors aufgrund der von den 50 größten Banken zur Verfügung gestellten Daten.

Es gilt das gesprochene Wort.

Es ist mir eine große Ehre und ein persönliches Anliegen, bei dieser wichtigen Tagung als Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr und als Vertreterin des Deutschen Städtetages unsere Wahrnehmung des europäischen Migrationsthemas darstellen zu können. Denn in den letzten Jahren erleben wir eine zunehmende Migration nach Europa und auch nach Deutschland, die auf humanitäre Katastrophen und regionale Krisen, aber auch auf schlechte wirtschaftliche Bedingungen in einigen Teilen unserer Welt zurückgeht.

Wir stehen in diesen Tagen alle unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse auf Lampedusa. Dort hat sich eine menschliche Tragödie abgespielt, die alles übertrifft, was sich an Flüchtlingselend vor unserer europäischen Haustür bisher ereignet hat. Eine Katastrophe, die uns alle schockiert und tief beunruhigt.

Dabei waren wir ja durchaus vorgewarnt: Flüchtlinge sind auf dem Weg über das Mittelmeer vor den europäischen Küsten schon zu Hunderten ums Leben gekommen, viele Schicksale wird man nie erfahren. Auch anderswo im Süden und Osten Europas haben sich Flüchtlingstragödien abgespielt und spielen sich weiter ab – dazu gehört auch die zum Teil menschenunwürdige Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen und Sammellagern.

Die Toten von Lampedusa müssen uns in Europa nicht nur ein weiteres Mal »aufrütteln«. Diesmal muss darauf Handeln erfolgen! Unsere Asyl- und Flüchtlingspolitik gehört umgehend auf den Prüfstand. Natürlich müssen Schlepperbanden bekämpft werden, und natürlich müssen Schiffbrüchige wirkungsvoller Hilfe erhalten als bisher. Aber das, was die Innenminister der EU jetzt gerade verabredet haben, reicht bei weitem nicht. Was wir in der Europäischen Union vielmehr dringend brauchen, ist eine einheitliche, eine gemeinsame Flücht-

lingspolitik aller Mitgliedstaaten und eine gerechte und humane Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten. Deswegen muss das Thema im Mittelpunkt des EU-Gipfels Ende Oktober stehen. Der Gipfel muss mutige Schritte einschlagen zu einer solchen gemeinsamen humanen und gerechten Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Deutschland leistet bereits einen gewichtigen Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen –, im Verhältnis nahezu viermal so viel wie beispielsweise Italien. Aber auch Deutschland kann wie alle anderen noch mehr tun, muss noch mehr tun. Eine Tragödie wie auf Lampedusa darf sich nicht wiederholen. Es kann nicht sein, dass wir Europa als Wohlstandsfestung verteidigen und Menschen an unseren Ferienküsten elend ums Leben kommen. Würden wir das zulassen, so würden wir das Wertefundament gefährden, auf dem Europa nach dem Krieg gegründet wurde – Menschlichkeit, Freiheit, Freizügigkeit, Solidarität – und damit würden wir dieses Einigungswerk selbst gefährden.

Die Wanderungsbewegungen unserer Tage haben aber ohne Zweifel auch positive, ja erfreuliche Seiten. So verzeichnen wir zunehmend eine Fachkräftezuwanderung durchaus auch aus Problemregionen dieser Welt. Wir geben gerne zu, dass uns diese ausländischen Fachkräfte bei der Bewältigung des demographischen Wandels auch gerade in Deutschland sehr gelegen kommen. Wir sehen aber auch, dass die aus den unterschiedlichen Wanderungsbewegungen resultierenden vielfältigen Integrationsaufgaben eine gesellschaftliche Verpflichtung und Herausforderung für uns alle beinhalten, und eben nicht nur für die Zugewanderten.

Es ist nicht immer einfach, in der öffentlichen Wahrnehmung ein hinreichend differenziertes Bild zu erzeugen. Umso wichtiger sind Tagungen wie die heutige, in denen wir uns über Herausforderungen und Lösungsansätze austauschen können.



Dagmar Mühlenfeld
Oberbürgermeisterin von
Mülheim an der Ruhr

Insbesondere die zukünftige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik und der Erfolg der Integrationsprozesse in Europa werden wesentlich darüber entscheiden, ob es uns gelingt, die Europäische Union als eine prosperierende Region fortführen zu können. Dabei spielen die Kommunen und Regionen als konkrete Orte des Zusammenlebens eine wichtige Rolle.

Denn durch die europäische Integration bildet die Europäische Union – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – den größten Binnenmarkt der Welt. Die Europäer profitieren durch Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit von dieser Integration. Der Gedanke des Wohlstandes ist für viele selbstverständlich geworden, die Kritik an der Europäischen Union wird in Zeiten der Krise stattdessen lauter. Es ist daher wichtig, sich vor Augen zu führen, dass die Europäische Union für ihre Mitgliedstaaten unabdingbar ist, um den globalen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Jedes europäische Mitgliedsland alleine würde im Konzert der Staaten der Welt zu schwach sein, um hinreichend Gehör zu finden. Durch eine Bündelung unter dem Dach der Europäischen Union kommt der Stimme Europas jedoch bedeutendes Gewicht in der Welt zu.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben im Jahr 2000 im Rahmen der Lissabon-Strategie erklärt, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Der europäischen Beschäftigungspolitik kommt dabei entscheidende Bedeutung zu. Und somit ist das Zusammenwirken von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik dabei unabdingbar. Dies sage ich auch gerade vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Deutschland.

Wie stellt sich die Situation in Deutschland derzeit dar?

Seit einigen Jahren stellen wir eine verstärkte Zuwanderung nach Deutschland fest. Fast 70% der zuwandernden Menschen kommen dabei aus EU-Staaten, insbesondere aus Polen, Bulgarien und Rumänien. Steigend ist auch die Zuwanderung aus den von der Schuldenkrise besonders betroffenen südeuropäischen Ländern. Gleichzeitig steigen nicht nur die Zahlen, sondern auch das Bildungsniveau der zugewanderten Personen. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kommen seit 2004 zunehmend mehr Akademikerinnen und Akademiker nach Deutschland. Der Anteil der Neuzuwanderer im Alter zwischen 25 und 64 Jahren mit einem akademischen Abschluss ist von rund 30% im Jahr 2005 auf 44% im Jahr 2009 angestiegen. Einerseits ist hierfür die deutsche Zuwanderungspolitik als Begründung anzuführen, die mit einer Green-Card-Regelung aus dem Jahr 2000, Richtlinien zum Hochqualifiziertenzuzug im

Zuwanderungsgesetz, dem Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und einer Blue-Card-Regelung seit 2012 den Zuzug Hochqualifizierter erleichtert. Andererseits führen auch schlechtere wirtschaftliche Rahmenbedingungen in den südeuropäischen Ländern zu einer Abwanderung aus den Herkunftsländern.

Die positiven Effekte gerade in Deutschland, einem vom demographischen Wandel besonders betroffenen Land, sind unübersehbar. Sie reichen von einer Verjüngung der Altersstruktur über die Deckung des Fachkräftebedarfs bis hin zu einer besseren Situation unserer Sozialversicherungssysteme. Auch wenn die Chancen auf Gelingen bei der Integration der motivierten und gut ausgebildeten Fachkräfte hoch sind, darf die zu leistende gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht unterschätzt werden. Die berufliche Integration ist ein wesentlicher Schritt, aber nicht der einzige Schritt auf dem Weg zur gesellschaftlichen Integration.

Allerdings gibt es neben dieser Zuwanderung auch eine Zuwanderung geringqualifizierter Menschen, die höhere und ganz andere Anforderungen an die Aufnahmegesellschaft stellen. Ein Beispiel hierfür ist die Zuwanderung von Gruppierungen, die schon in ihren Herkunftsländern am Rande der Gesellschaft gelebt haben und die sich von einem Leben in Deutschland in erster Linie aufgrund der sozialen Leistungen und der Erwerbchancen im Niedriglohnbereich eine Verbesserung ihrer Lebensperspektive erwarten. Häufig werden diese Hoffnungen jedoch enttäuscht, da der Niedriglohnbereich nicht so aufnahmefähig ist, wie oft vermutet wird, und an den Bezug von Sozialleistungen bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind. Die Situation spitzt sich zu, wenn Menschen aus Ländern der Europäischen Union, wie z.B. Rumänien und Bulgarien, von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen, aber die Arbeitsplatzsuche erfolglos bleibt und das Existenzminimum nicht anderweitig gesichert ist.

Ich möchte zunächst einmal feststellen und ausdrücklich darauf hinweisen, dass in den Städten in Deutschland viele gut integrierte und beruflich erfolgreiche Menschen aus Rumänien und Bulgarien leben, die nicht unter einer pauschalen Betrachtung leiden dürfen.

Die Integration derjenigen zugewanderten Menschen, die jedoch schon in ihren Herkunftsländern besonders benachteiligt waren, stellt eine große Herausforderung mit neuer Qualität für Deutschland dar. Es konnten im Rahmen der vorhandenen Förderstrukturen und Integrationskonzepte für diese Menschen bislang keine nachhaltigen Lösungsansätze zur Verbesserung ihrer Lebens-, Wohn- und Bildungssituation, ihrer gesundheitlichen Befindlichkeit und ihrer beruflichen Möglichkeiten gefunden werden.

Damit bestehen aber auch keine Aussichten auf neue Lebensperspektiven, die im Einklang mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland stünden. Da die Voraussetzungen für den Bezug von Sozialleistungen häufig von freiwilligen Zuwendungen, betteln in den Innenstädten oder driften im Extremfall sogar in das kriminelle Milieu ab. Vor allem die Kinder leiden unter dieser Situation. Die entstehenden Schwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, vor Ort Projektionsflächen für rechtsextremes Gedankengut zu bieten. Aus diesem Grunde ist eine entschlossene Bewältigung der offenen Fragen dringend geboten, auch um die Zustimmung zum Projekt Europa in der Bevölkerung nicht zu gefährden. Denn Untersuchungen in den betroffenen Städten weisen darauf hin, dass mit diesen Teilaspekten der Zuwanderung eine zunehmende Ablehnung Europas verbunden werden kann. In vielen Fällen handelt es sich bei den beschriebenen Phänomenen um eine Wanderungsbewegung, die nicht mit dem Grundgedanken der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit in Einklang steht, sondern sich missbräuchlich darauf beruft. Es fehlen allerdings Instrumente sowohl auf der europäischen als auch auf der nationalen Ebene, diesen Missbrauch einzudämmen. Als eine Möglichkeit hierzu werden Wiedereinreiseperrren diskutiert. In unseren Augen müssen die Probleme jedoch grundsätzlicher angegangen werden. Ein wichtiger Beitrag zur Verminderung des Migrationsdrucks würde die Verbesserung der Lebensperspektive im Herkunftsland leisten. Hier müssen nachhaltige Konzepte ansetzen. Hier müssen nationale Regierungen auch veranlasst werden, die bereitstehenden EU-Mittel zur Anwendung zu bringen.

Eine weitere Entwicklung, die aus humanitärer Sicht sehr zu bedauern ist, ist die Zunahme von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten nach Europa und auch nach Deutschland. Syrien als Herkunftsland ist derzeit besonders hervorstechend. Das Grundrecht auf Asyl ist aus der deutschen Perspektive von fundamentaler Bedeutung. Verfolgten Menschen muss Europa eine sichere Zuflucht bieten. Diese Haltung setzt jedoch voraus, dass kein Missbrauch des Asylrechts die Realisierbarkeit der Zufluchtmöglichkeiten behindert. In den letzten Jahren haben verstärkt Staatsangehörige aus Serbien und Mazedonien Asyl beantragt, obwohl die behaupteten Asylgründe nicht vorlagen. 2012 beantragten 8 477 Serben Asyl in Deutschland. In keinem Fall lagen die Voraussetzungen für eine Flüchtlingsanerkennung vor, gleiches gilt für die Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Mazedonien. Hintergrund der Asylersuchenden war die Hoffnung auf eine Verbesserung der individuellen wirtschaftlichen Lage. Dies weist Parallelen zu dem Teilbereich der problematischen Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien auf, nur dass es sich dabei um Mitgliedsländer der Europäischen Union handelt. Es sind die großen Unterschiede in der sozialen und wirtschaftlichen Lage, die Menschen in

großer Zahl veranlassen, in die prosperierenden Regionen zu wandern.

Es ist daher unerlässlich, vor möglichen zukünftigen Erweiterungen der Europäischen Union auf ein annähernd ähnliches Sozialniveau zu achten, um Armutswanderungen besonders prekär lebender Menschen zu vermeiden. Dieses Petition möchte ich in die europäische Diskussion einbringen, gerade weil Europa von der Zustimmung der Bürger lebt und auf diese angewiesen ist. Wir dürfen nicht die europaskeptischen Tendenzen stärken, indem wir die Menschen vor Ort mit den Problemen der Integration überfordern. Gleichzeitig dürfen wir die Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation bei den zuwanderungswilligen Menschen nicht schüren, wenn sich diese aufgrund der Anforderungen der regionalen Arbeitsmärkte gar nicht realisieren lassen.

Denn ein wesentlicher Eckpfeiler Europas ist die lokale Ebene. Die europäische Idee wird hier gelebt: Erfolgreiche Migration und Integration finden vor Ort statt, auf der Ebene von Städten und Gemeinden. Auf der lokalen Ebene leben und arbeiten die zugewanderten und einheimischen Bürger zusammen. Auf dieser Ebene zeigen sich aber auch Probleme des europäischen Integrationsprozesses. Es ist daher unabdingbar, dass die lokale Ebene, also die Städte vor Ort, über ausreichende Ressourcen verfügen, um die Herkulesaufgabe der Integration bewältigen zu können. Daran mangelt es in Deutschland, die Städte werden mit dieser für das Zusammenleben vor Ort zwingend notwendigen Aufgabe weitestgehend alleine gelassen. Der notwendige Aufwand ist jedoch beträchtlich. Dies betrifft nicht allein die Kosten des Lebensunterhalts und des Wohnraums, sondern auch der sprachlichen und sonstigen Bildung, Unterstützung durch Sozialarbeiter, Sprachmittler, Quartiersmanagement, gesundheitliche Hilfen bei nicht vorhandener bzw. nicht ausreichender Krankenversicherung oder bauliche Investitionen, um nur einige offensichtliche Bereiche zu nennen. Bund und Länder, aber auch die europäische Ebene, sind aufgerufen, diese Aufwände mitzutragen. Denn die Entscheidungen zur Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten in die Europäische Union trifft nicht die lokale Ebene, die sehr wohl aber mit den Folgekosten belastet ist.

Es ist nun an der Zeit, die Erweiterungen der Europäischen Union zu evaluieren und daraus für den weiteren Prozess der Europäischen Einigung die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Hierzu möchte ich uns ermuntern und gleichzeitig die Hoffnung äußern, dass wir in den Panels dazu ausreichend Gelegenheit haben werden.

Welche Nachrichten den DAX bewegen, ist von wichtiger Bedeutung für Finanzanalysten, Banken, Wissenschaftler und die (finanz-)interessierte Öffentlichkeit. Der vorliegende Beitrag untersucht, inwieweit makroökonomische Nachrichten, wie z.B. die neuesten Arbeitslosenzahlen aus den USA oder der ifo Geschäftsklimaindex, den DAX beeinflussen und sich das Kursniveau und die Volatilität direkt nach einer Veröffentlichung ändern.

Fragestellung

Mit der Frage, wie grundlegende Nachrichten Vermögenspreise beeinflussen, beschäftigen sich viele empirische Studien. Frühere Forschungsarbeiten kamen zu dem Schluss, dass z.B. Aktienmärkte und makroökonomische Nachrichten eher wenig zusammenhängen (vgl. Meese und Rogoff 1983). Mit der Verfügbarkeit hochfrequenter Daten (auf Basis von Stunden oder Minuten) konnte jedoch gezeigt werden, dass – zumindest in der kurzen Frist – ein Zusammenhang besteht. Die bisherige Literatur fokussierte sich vor allem auf den Effekt von Nachrichten auf Wechselkurse und Bonds.¹ Darüber hinaus lag der Schwerpunkt auf US-amerikanischen Nachrichten und ihren Einfluss auf amerikanische Vermögenspreise.

Die vorliegende Arbeit untersucht den Einfluss von 64 regelmäßig veröffentlichten makroökonomischen Nachrichten auf den DAX. Dabei wird ein Zehnjahreszeitraum unter der Verwendung von Minutendaten betrachtet. Hierbei werden sowohl die Reaktionen des DAX hinsichtlich seines Kursniveaus als auch der Volatilität analysiert.

Eine unmittelbare Reaktion des DAX nach der Veröffentlichung einer Nachricht geht mit der Hypothese einher, dass der Aktienmarkt effizient ist. Nach dieser spiegeln sich alle öffentlichen Informationen in den Kursen wider. Dem Markt sind die Veröffentlichungstermine von makroökonomischen Nachrichten, wie z.B. dem Brutto-

inlandsprodukt (BIP), der Arbeitslosenzahlen und dem ifo Geschäftsklimaindex, bekannt, und die Händler bilden sich eine Meinung über die konkrete Zahl, die veröffentlicht wird. Diese Erwartung sollte dann bereits vor der Veröffentlichung eingepreist sein. Weicht die Erwartung von dem tatsächlichen Wert ab, stellt die Veröffentlichung eine Überraschung, Neuigkeit oder News dar. Diese spiegelt sich dann, soweit sie relevant ist, in einer Anpassung des Kurses wider. Es ist also nicht die Nachricht an sich, die zu einer Kursbewegung führt, sondern eine potenzielle Überraschung, d.h. die Abweichung des tatsächlichen von dem erwarteten Wert.

Hochfrequenzreaktionen des DAX sind zuvor von Entorf und Steiner (2007), Entorf et al. (2012) sowie Haru und Hussain (2011) untersucht worden. Diese Studien betrachteten jedoch maximal 13 verschiedene Nachrichten und erstreckten sich auf Zeiträumen von zwei bis sechs Jahren. Das heißt, die vorliegende Studie ist hinsichtlich der Anzahl der Nachrichten und des Beobachtungszeitraums die bisher umfangreichste für den deutschen Aktienmarkt.

Die Daten

Sämtliche Daten für die untersuchten 64 regelmäßigen Veröffentlichungen stammen von Bloomberg und beinhalten sowohl die Erwartungen der Marktteilnehmer², den minutengenauen Veröffentlichungszeitraum und den verkündeten Wert. Der Datensatz enthält 53 Veröffentlichungen aus den USA, sechs aus Deutschland und fünf für die Eurozone. Die meisten amerikanischen Nachrichten werden um 14:30 Uhr deutscher Zeit ver-

* Prof. Stefan Mitnik, Ph.D., ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

¹ Für Wechselkurse vgl. Ehrmann und Fratzscher (2005), Faust et al. (2007) und Almeida et al. (1998); für Zinssätze Faust et al. (2007) sowie Coffinet und Gouteron (2010); für Bonds Balduzzi et al. (2001), Fleming und Remolona (1997), Fleming und Remolona (1999) und Andersson et al. (2009); für Futures Ederington und Lee (1993) und Andersen et al. (2007); und für Aktienindizes Flannery und Protopapadakis (2002) Brenner et al. (2009) sowie Savor und Wilson (2013).

² Bloomberg fragt mehrere Ökonomen von verschiedenen Banken nach ihrer Erwartungen bezüglich anstehender Veröffentlichungen makroökonomischer Nachrichten, sowohl für die USA als auch Europa. Der erwartete Wert für eine Nachricht entspricht dem Median aller Umfrageteilnehmer.

Kasten 1

Das empirische Modell

Um den Einfluss der makroökonomischen Nachrichten auf den DAX zu untersuchen wird das folgende Zeitreihenmodell verwendet:

$$(1) R_t = \alpha_0 + \sum_{i=1}^{10} \alpha_i R_{t-i} + \sum_{k=1}^{64} \sum_{j=0}^{10} \beta_{kj} S_{k,t-j} + \text{Dummies} + \epsilon_t$$

Dieses geht davon aus, dass die DAX>Returns (R_t) durch die eigene Dynamik (R_{t-i}) und die Neuigkeiten in den Nachrichten (S_t) determiniert werden. Die Dummies fangen vor allem Effekte der Preisänderung auf, die auf Zeitintervalle mit geschlossener Handelsaktivität zurückzuführen sind wie etwa Nächte, Feiertage oder Wochenenden. Die Schätzung des Modells würde zwar konsistente, aber ineffiziente Ergebnisse liefern, da der Fehlerterm – wie fast immer bei Modellen mit Finanzmarktdaten – heteroskedastisch ist, d.h., die Varianz der Fehler ist nicht konstant. Dieses Problem wird gelöst, indem ein bedingtes Volatilitätsmodell, das die Fehler explizit modelliert, geschätzt wird. Dieses berücksichtigt empirische Regularitäten auch innerhalb eines Handelstags, um den Veröffentlichungseffekt zu extrahieren und hat folgende Form

$$(2) \log|\hat{\epsilon}_t| = a + b_1 X_t^{USM} + b_2 VIX_{d(t)-1} + \text{Intraday} + \sum_{k=1}^{64} \sum_{j=0}^{10} (\theta_{kj} |S_{k,t-j}| + \delta_{k,j} S_{k,t-j}),$$

wobei X_t^{USM} ein Dummy ist, welcher den Effekt der Öffnung der US-Märkte modelliert. Die VIX-Variable repräsentiert die Tagesvolatilität in Gestalt der implizierten Volatilität des DAX vom Vortrag. Die *Intraday*-Terme spiegeln die Periodizität der Volatilität über den Tag wider. Der Einfluss der Veröffentlichung makroökonomischer Variablen wird durch $\theta_{kj} |S_{k,t-j}| + \delta_{k,j} S_{k,t-j}$ dargestellt. Diese setzt sich aus einem symmetrischen ($\theta_{kj} |S_{k,t-j}|$) und asymmetrischen Teil ($\delta_{k,j} S_{k,t-j}$) zusammen. Letzteres untersucht, ob die Effekte sich bei positiven oder negativen Überraschungen unterscheiden.

Um eine effiziente Schätzung von Gleichung (1) zu erreichen, wird diese zunächst mit Hilfe der Kleinsten-Quadrate-Methode (KQ) geschätzt. Die geschätzten Residuen ($\hat{\epsilon}_t$) werden dann explizit mit Gleichung (2) modelliert. Die sich daraus ergebenden geschätzten Residuen ($\log|\hat{\epsilon}_t|$) werden dann wiederum als Gewichte zur erneuten Schätzung von Gleichung (1) verwendet. Dabei spricht man von einer gewichteten KQ-Schätzung. Diese Art der Modellierung von makroökonomischen Variablen geht vor allem auf Andersen und Bollerslev (1997; 1998) sowie Andersen et al. (2003) zurück.

Zur Beurteilung der Signifikanz der Ergebnisse werden Methoden aufbauend auf Mittnik (1987) sowie Mittnik und Zadrozny (1993) verwendet. Für Details des empirischen Modells sei auf Mittnik et al. (2013) verwiesen.

öffentlich. Die geringe Anzahl deutscher Nachrichten ist der Tatsache geschuldet, dass viele Veröffentlichungen, wie z.B. das BIP, um 8:30 Uhr erfolgen, d.h. vor der Eröffnung der Börse in Frankfurt. Von den 64 Nachrichten werden regelmäßig 48 monatlich, 14 einmal im Quartal und zwei alle sechs Wochen veröffentlicht. Die Neuigkeit oder Überraschung wird definiert als die Differenz zwischen dem tatsächlichen und erwarteten Wert. Um die Ergebnisse zwischen den unterschiedlich skalierten Variablen vergleichen zu können, werden alle Überraschungen standardisiert. Mittnik et al. (2013) zeigen, dass ein Großteil der Erwartungen der Experten verzerrt sind, d.h. im Durchschnitt richtig liegen.

Die Minutendaten des DAX wurden von der Karlsruher Kapitalmarktdatenbank bezogen. Der Datensatz erstreckt sich vom 2. Januar 1997 bis zum 28. Dezember 2006. Die tägliche Aufzeichnung beginnt um 9:00 Uhr und endet um 17:30 Uhr. Insgesamt liegen Daten für 2 509 Handelstage und damit mehr als 1,2 Mill. Minutendaten für den DAX vor. In der Untersuchung wird nicht das Niveau des DAX, sondern seine prozentuale Veränderung (Returns) auf Minutenbasis betrachtet.

Ergebnisse

Das empirische Modell zur Beurteilung des Einflusses der verschiedenen makroökonomischen Nachrichten ist in Kasten 1 im Grundsatz erläutert. Die Ergebnisse sind äußerst

umfangreich, so dass hier nur eine Auswahl präsentiert wird. Für alle Ergebnisse sei auf Mittnik et al. (2013) verwiesen. Tabelle 1 stellt für eine Auswahl der Nachrichten den Effekt auf den DAX einer Minute nach der Veröffentlichung (1. Spalte), den langfristigen (permanenten) Effekt (2. Spalte), den symmetrischen Effekt auf die Volatilität in der ersten Minute und den aggregierten Effekt aufgrund positiver wie negativer Überraschungen (letzten beiden Spalten) dar.³ Der Niveaufekt kann wie folgt interpretiert werden: Wenn die Überraschung eine Standardabweichung beträgt, dann ändert sich der DAX um x Prozentpunkte. Fällt z.B. die Überraschung im ifo Index um eine Standardabweichung aus, dann steigt der DAX in der ersten Minute nach der Veröffentlichung um 0,06 Prozentpunkte. Diese Größenordnung ergibt sich auch für den permanenten Effekt.

In Abbildung 1 werden die Ergebnisse nochmals kompakt in Boxplots zusammengefasst. Dabei werden die p -Werte als Maß für Signifikanz herangezogen. Den p -Werten kleiner als 0,1 oder 0,05 (als horizontale Linie gekennzeichnet) entsprechen die üblich verwendeten Signifikanzniveaus.⁴

³ Der symmetrische Effekt geht davon aus, dass positive und negative Überraschungen den gleichen Einfluss auf die Volatilität haben. Der aggregierte Effekt berücksichtigt die potentiell unterschiedlichen Einflüsse.

⁴ Ein Boxplot gibt einen Eindruck darüber, in welchem Bereich die Daten (die Signifikanzniveaus der 64 Veröffentlichungen) liegen und wie sie sich über diesen Bereich verteilen. Deshalb werden alle Werte der sogenannten Fünf-Punkte-Zusammenfassung, also der Median (waagerechter Strich innerhalb der Box), die zwei Quartile (25% und 75%, grenzen die Boxen nach unten und oben ab) und die beiden Extremwerte (verlängerte Stiche), dargestellt. Die Punkte stellen Ausreißer dar.

Tab.1
Niveau- und Volatilitätseffekte

	Niveaueffekte		Volatilitätseffekte		
	1. Minute	Permanent	Symmetrischer Einfluss	Negative Nachrichten	Positive Nachrichten
USA					
Realwirtschaftliche Aggregate					
BIP (Vorläufig)	0,06 **	0,05	0,78 **	0,80 **	0,76 *
BIP (zweite Schätzung)	0,13 ***	0,30 ***	1,12 ***	0,79 *	1,46 ***
Industrieproduktion	0,04 ***	0,05	0,57 **	0,62 **	0,53 *
Persönliches Einkommen	-0,02 *	-0,02	0,57 ***	0,73 ***	0,40 **
Konsum					
Vorläufiger Einzelhandelsumsatz	0,03 *	0,06 *	-0,05	-0,05	-0,05
Persönlicher Konsum (zweite Schätzung)	0,13 ***	0,14 *	0,08	0,18	-0,02
Persönliche Ausgaben	0,02 **	0,01	0,28 *	0,28	0,28
Einzelhandelsumsatz ohne Autos	0,03 *	0,02	0,75 ***	0,72 **	0,78 ***
Investitionen					
Langlebige Wirtschaftsgüter ohne Transport	0,11 ***	0,14 ***	0,50 **	0,10	0,91 ***
Auftragseingang	0,03 ***	0,06 *	0,54 ***	0,45 **	0,63 ***
Großhandel: Lagerbestände	-0,02 **	-0,08 ***	0,09	0,05	0,14
Preise					
Kernrate-Konsumentenpreisindex (CPI)	-0,09 ***	-0,12 ***	0,29	0,39 *	0,19
Kernrate-Produzentenpreisindex (PPI)	-0,05 ***	-0,14 ***	0,05	0,02	0,07
Konsumentenpreisindex	-0,03	-0,04	0,48 ***	0,53 **	0,42 *
Produzentenpreisindex	-0,11 ***	-0,04	0,66 ***	0,78 ***	0,55 *
Umfragen					
Chicago PMI	0,09 ***	0,12 ***	0,84 ***	0,66 ***	1,02 ***
Konsumentenvertrauen	0,14 ***	0,15 ***	0,95 ***	0,96 ***	0,95 ***
Vorlaufende Indikatoren	0,04 ***	0,04	0,45 ***	0,42 *	0,49 ***
Konsumentenvertrauen (Universität Michigan, vorläufig)	0,05 ***	0,07 ***	0,44 **	0,54 **	0,34
Arbeitsmarkt					
Durchschnittlicher Stundenverdienst	-0,04 ***	-0,04	-0,32	-0,29	-0,36
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit	0,07 ***	0,09 **	0,35	0,55 **	0,15
Beschäftigungskostenindex	-0,04 **	-0,11 ***	0,39	0,51	0,27
Non-farm payrolls	-0,07 ***	0,08 *	0,74 ***	0,86 ***	0,63 ***
Einheitsarbeitskosten (vorläufig)	-0,09 ***	-0,13 ***	0,25	0,28	0,23
Andere					
Handelsbilanz	0,07 ***	0,09 ***	0,38 **	0,24	0,51 **
Deutschland					
Ifo Geschäftsklima	0,06 ***	0,06	0,71 ***	0,25	1,16 ***
ifo aktuelle Lage	-0,01	0,03	-0,27	-0,07	-0,48
Ifo Erwartungen	0,01	-0,02	0,49	0,74 *	0,23
Industrieproduktion	0,02 **	0,02	0,19	0,13	0,24
ZEW	0,12 ***	0,09 **	0,36	0,26	0,46
ZEW (gegenwärtig)	0,00	0,01	0,39	0,29	0,49
Eurozone					
Geschäftsklima	0,00	-0,02	0,09	0,08	0,11
Konsumentenvertrauen	0,00	0,00	0,05	0,27	-0,17
Flash HICP (Preisindex)	-0,01	-0,01	0,24	0,32	0,17
Industrieproduktion	0,01 *	0,03	0,22	0,34	0,11
EZB Leitzins	-0,06 ***	-0,04	0,71 ***	0,78 ***	0,63 ***

***, **, * signifikant auf dem 1%-, 5%-, 10%-Level.

Quelle: Mittnik et al. (2013).

Tabelle 1 und Abbildung 1 lassen vier allgemeine Schlussfolgerungen bezüglich des Niveaueffekts zu:

1. Makroökonomische Nachrichten spielen eine wichtige Rolle für den DAX. 42 von 64 Nachrichten haben einen signifikanten Einfluss auf den DAX innerhalb der ersten Minute nach der Veröffentlichung. Für die USA sind es 37 von 53, für Deutschland drei von sechs und in der Eurozone sind es noch zwei von fünf, die relevant sind.
2. Der Einfluss makroökonomischer Nachrichten ist nicht nur größtenteils signifikant, sondern der Effekt wirkt unmittelbar kurzfristig. Dies zeigt sich in Abbildung 1 (Teil A). Nach einer Minute sind 42 Nachrichten signifikant, danach sind es für die Minuten zwei, drei und vier nur noch elf, acht und fünf.
3. Der Effekt der Veröffentlichungen hat jeweils das erwartete Vorzeichen. Das heißt, positive Nachrichten, z.B. bezüglich der Inflation, führen zu einem Rückgang des DAX. Wenn der ifo Geschäftsklimaindex besser ausfällt als erwartet, dann steigt der DAX im Durchschnitt.
4. Für knapp $\frac{1}{3}$ der makroökonomischen Nachrichten (20 von 64) ergibt sich ein mittelfristiger Effekt nach zehn Minuten (gemessen als kumulierter Einfluss), und für 26 Nachrichten ergibt sich ein permanenter langfristiger Einfluss auf den DAX. Dies ist in Abbildung 1 (Teil B) dargestellt, wobei der permanente Einfluss optisch hervorgehoben wurde.

Der größte kurzfristige positive Einfluss zeigt sich für Maße ökonomischer Aktivität, wie das Konsumentenvertrauen, persönlicher Konsum und die Veröffentlichungen zum BIP. Den größten negativen Impact haben der Produzentenpreis-

index, die Arbeitskosten und die Kerninflationsrate bei den Konsumenten.

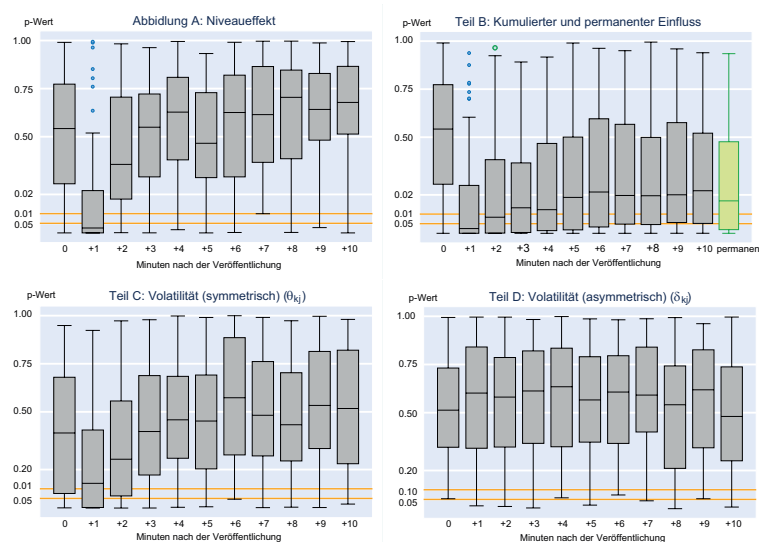
Bezüglich der Volatilität zeigt sich, dass sich für etwa die Hälfte der Nachrichten die Handelsaktivitäten signifikant erhöhen (dritte Spalte in Tab. 1). Darüber hinaus sind nahezu alle Vorzeichen positiv, d.h., die Volatilität erhöht sich direkt nach der Veröffentlichung. Abbildung 1 (Teil C) zeigt, dass dieser Effekt schnell abklingt, die Finanzmärkte verarbeiten die Neuigkeiten sehr schnell. Der erste Boxplot bildet die Volatilität direkt vor der Veröffentlichung ab. Nur bei sehr wenigen Nachrichten ist diese signifikant erhöht. Dies entspricht dem »Ruhe-vor-dem-Sturm-Effekt«, der zuerst von Jones et al. (1998) beschrieben wurde.

Spalte 4 und 5 in Tabelle 1 zeigen, dass sich der Effekt positiver und negativer Überraschungen unterscheiden kann. Finanzmärkte reagieren auf positive Überraschungen bei dem persönlichen Konsum, dem Konsumenten- und dem Produzentenpreisindex sowie den EZB-Zinsentscheidungen stärker als auf negative. Das Gegenteil gilt für Überraschungen bezüglich des BIP oder der Arbeitslosenquote in den USA. Die Volatilität reagiert nur signifikant auf positive Überraschungen u.a. bei dem BIP-Preis-Deflator oder den Ausgaben für langlebige Wirtschaftsgüter (ohne Transport), bei der Kernrate des Konsumentenpreisindex oder der wöchentlichen Arbeitszeit in den USA nur auf negative Überraschungen.

Ein Blick auf die deutschen Nachrichten

Von den deutschen Veröffentlichungen führen Überraschungen beim ifo Geschäftsklima⁵, dem ZEW-Index und der Industrieproduktion zu einer signifikanten Kursreaktion. Der größte Effekt zeigt sich beim ZEW-Index. Jedoch ist dieser unter Vorbehalt zu interpretieren. Er kann vor allem darauf zurückzuführen sein, dass der ZEW-Index eine viel höhere Standardabweichung besitzt als der ifo Index, d.h., die Schwankungsbreite der Änderungen ist größer. Somit ist es für die Marktteilnehmer auch schwieriger, eine Erwartung zu bilden, die im Durchschnitt richtig liegt. Daraus folgt, dass auch die Überraschungen, d.h. die Differenz zwischen Erwartungen und tatsächlich veröffentlichtem Wert, größer ist und somit auch der Effekt auf den DAX. Die Wichtigkeit des ifo Index zeigt sich in der Volatilitätsreaktion (vgl. Tab. 1, Spalte 3). Während beim ZEW-In-

Abb. 1
Boxplots von p-Werten für den Niveau- und Volatilitätseffekt



Quelle: Mitnik et al. (2013).

⁵ Die Indices zur Geschäftslage und zu den Erwartungen, aus welchen sich das Geschäftsklima zusammensetzt, werden genau zu gleichen Zeit (immer um 10:00 Uhr) wie das Klima veröffentlicht. Es ist davon auszugehen, dass die unmittelbare Reaktion sich zunächst nur auf diese Variable bezieht.

dex keine signifikant höhere Schwankungsbreite nach der Veröffentlichung festzustellen ist, gilt dies für den ifo Geschäftsklimaindex nicht. Hier ist die Handelsaktivität besonders hoch für positive Überraschungen. Die negativen Überraschungen beim Erwartungsindex führen zu einer höheren Volatilität.

Zusammenfassung

Die Veröffentlichungen von wirtschaftlichen Daten haben grundsätzlich Auswirkungen auf den deutschen Aktienmarkt. Bei insgesamt 42 der 64 Veröffentlichungen reagierte der DAX schon innerhalb der ersten Minuten deutlich. Bei 37 von den 42 Veröffentlichungen handelt es sich um ökonomische Daten aus den USA, was die Bedeutung der US-Wirtschaft für die stark exportorientierten, an der Börse notierten deutschen Unternehmen unterstreicht. Von den sechs in Deutschland veröffentlichten Datenarten hatten drei Einfluss auf den DAX, und lediglich zwei von fünf europäischen Veröffentlichungen sorgten für Bewegung an der deutschen Börse. Darüber hinaus waren 26 von 64 Veröffentlichungen mit langfristigen Auswirkungen verbunden.

Signifikante Effekte, sowohl kurzfristiger als auch langfristiger Art, ergaben sich insbesondere nach der Verkündung von Daten zum Arbeitsmarkt, zum Investitionsverhalten oder nach Veröffentlichung von Indikatoren, die auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung deuten, wie z.B. das Konsumverhalten. Erhöhte Schwankungsbreiten zeigten sich vor allem dann, wenn ein positives Konsumklima, eine Zunahme des BIP, wachsender Lohnstückkosten oder steigender Erzeugerpreise aus den USA gemeldet wurden. Eine entscheidende Rolle nimmt die Erwartungshaltung der Finanzmarktakteure ein: Waren im Rahmen der Studie die publizierten Zahlenwerte zur realwirtschaftlichen Aktivität höher, als zuvor von Börsianern angenommen, stieg auch das Niveau des DAX deutlich. Im Gegensatz dazu war eine signifikante Abwärtsbewegung des Deutschen Aktienindex zu beobachten, wenn Arbeitskosten oder Preisindizes höhere Werte aufwiesen, als von den Marktteilnehmern erwartet wurden.

Literatur

Almeida, A., C. Goodhart und R. Payne (1998), »The Effects of Macroeconomic News on High Frequency Exchange Rate Behavior«, *Journal of Financial and Quantitative Analysis* 33(3), 383–408.

Andersen, T. und T. Bollerslev (1997), »Intraday Periodicity and Volatility Persistence in Financial Markets«, *Journal of Empirical Finance* 4(2–3), 115–158.

Andersen, T. und T. Bollerslev (1998), »Deutsche Mark-Dollar Volatility: Intraday Activity Patterns, Macroeconomic Announcements, and Longer Run Dependencies«, *Journal of Finance* 53(1), 219–265.

Andersen, T., T. Bollerslev, F. Diebold und C. Vega (2003), »Micro Effects of Macro Announcements: Real-time Price Discovery in Foreign Exchange«, *American Economic Review* 93(1), 38–62.

Andersen, T., T. Bollerslev, F. Diebold und C. Vega (2007), »Real-time Price Discovery in Global Stock, Bond and Foreign Exchange Markets«, *Journal of International Economics* 73(2), 251–277.

Andersson, M., L. Overby und S. Sebestyén (2009), »Which News Moves the Euro Area Bond Market?«, *German Economic Review* 10(1), 1–31.

Balduzzi, P., E. Elton und T. Green (2001), »Economic News and Bond Prices: Evidence from the US Treasury Market«, *Journal of Financial and Quantitative Analysis* 36(4), 523–543.

Brenner, M., P. Pasquariello und M. Subrahmanyam (2009), »On the Volatility and Comovement of US Financial Markets around Macroeconomic News Announcements«, *Journal of Financial and Quantitative Analysis* 44(6), 1265–1289.

Coffinet, J. und S. Gouteron (2010), »Euro-Area Yield Curve Reaction to Monetary News«, *German Economic Review* 11(2), 208–224.

Ederington, L. und J. Lee (1993), »How Markets Process Information: News Releases and Volatility«, *Journal of Finance* 48(4), 1161–1191.

Ehrmann, M. und M. Fratzscher (2005), »Equal Size, Equal Role? Interest Rate Interdependence Between the Euro Area and the United States«, *Economic Journal* 115(506), 928–948.

Entorf, H., A. Gross und C. Steiner (2012), »Business Cycle Forecasts and their Implications for High Frequency Stock Market Returns«, *Journal of Forecasting* 31(1), 1–14.

Entorf, H. und C. Steiner (2007), »Makroökonomische Nachrichten und die Reaktion des 15-Sekunden DAX: Eine Ereignisstudie zur Wirkung der ZEW-Konjunkturprognose«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 227(1), 3–26.

Faust, J., J. Rogers, S. Wang und J. Wright (2007), »The High-Frequency Response of Exchange Rates and Interest Rates to Macroeconomic Announcements«, *Journal of Monetary Economics* 54(4), 1051–1068.

Flannery, M. und A. Protopapadakis (2002), »Macroeconomic Factors Do Influence Aggregate Stock Returns«, *Review of Financial Studies* 15(3), 751–782.

Fleming, M. und E. Remolona (1997), »What Moves the Bond Market?«, *Federal Reserve Bank of New York Economic Policy Review* 3(4), 31–50.

Fleming, M. und E. Remolona (1999), »Price Formation and Liquidity in the U.S. Treasury Market: The Response to Public Information«, *Journal of Finance* 54(5), 1901–1915.

Harju, K. und S. Hussain (2011), »Intraday Seasonalities and Macroeconomic News Announcements«, *European Financial Management* 17(2), 367–390.

Jones, C., O. Lamont und R. Lumsdaine (1998), »Macroeconomic News and Bond Market Volatility«, *Journal of Financial Economics* 47(3), 315–337.

Meese, R. und K. Rogoff (1983), »Empirical Exchange Rate Models of the Seventies: Do They Fit Out of Sample?«, *Journal of International Economics* 14(1–2), 3–24.

Mitnik, S. (1987), »Non-Recursive Methods for Computing the Coefficients of the Autoregressive and the Moving-Average Representation of Mixed ARMA Processes«, *Economics Letters* 23, 279–284.

Mitnik, S. und P. Zdrozny (1993), »Asymptotic Distributions of Impulse Responses, Step Responses, and Variance Decompositions of Estimated Linear Dynamic Models«, *Econometrica* 61(4), 857–870.

Mitnik, S., N. Robinson und K. Wohlrabe (2013), »The Micro Dynamics of Macro Announcements«, CESifo Working Paper No. 4421.

Savor, P. und M. Wilson (2013), »How Much Do Investors Care About Macroeconomic Risk? Evidence from Scheduled Economic Announcements«, *Journal of Financial and Quantitative Analysis* 48(2), 343–375.

Am 6. November 2013 fand der diesjährige ifo Branchen-Dialog statt, wiederum unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie sowie der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Über 200 Vertreter aus Wirtschaft und Politik nahmen daran teil. Wie üblich folgten auf Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Themen vier Foren zur Industrie und zum Handel sowie zur Bauwirtschaft und zu den Dienstleistungen. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht. Der nächste ifo Branchen-Dialog wird am 5. November 2014 stattfinden.

Einführung und Begrüßung

Dr. Eberhard Sasse, Präsident der IHK München und Oberbayern

Drei Themen erscheinen für die Wirtschaft in Bayern, aber auch in Deutschland insgesamt derzeit nach Sasse besonders wichtig: 1) die Haushaltspolitik 2) die Arbeitsmarktpolitik und 3) die Energiepolitik.

Zu 1): Deutschland hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Eine Konsolidierung muss daher durch einen Abbau von Ausgaben erfolgen. Die freiwerdenden Mittel sollten einerseits zum Schuldenabbau, andererseits für Investition in Bildung, Forschung und Infrastruktur und zum Abbau der kalten Progression verwendet werden. Die Wirkung der kalten Progression werde nach verschiedenen Berechnungen auf rund 7,5 bis 9 Mrd. Euro geschätzt. Dies ist nach Sasse einer der Gründe, weshalb die derzeitige Kassenlage vom Bund gut aussieht, der private Konsum allerdings nicht so stark anzieht, wie es der Beschäftigungsstand und die Lohnerhöhungen erwarten lassen würden.

Zu 2) Gerade in Zeiten hoher Unsicherheit und vor dem Hintergrund weltweiter Vernetzung sind die Unternehmen auf Flexibilität angewiesen. Da hilft der Einsatz von Werkverträgen, Zeitarbeit und befristeter Beschäftigung, wenn es darum geht, konjunkturelle Schwankungen abzufedern. Weitere staatliche Reglementierungen können die derzeitige Erholung gefährden und den Motor der Unternehmen abwürgen. Auch sollten diese Beschäftigungsformen nicht als »schlecht« oder »prekär« verunglimpft werden. Man kann nicht von anderen Ländern mehr Flexibilität fordern und sie gleichzeitig im eigenen Land reduzieren.

Zu 3) Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt. Da ist langfristiges Denken angesagt. Demgegenüber erscheinen die

Abb. 1



Dr. Eberhard Sasse, Präsident der IHK München und Oberbayern

Zeitintervalle der bisherigen Entscheidungen unverhältnismäßig kurz und sogar kurzatmig. Das belastete den unternehmerischen Geist und lähmte Entscheidungen für die Zukunft. Auch wenn es mittlerweile in Vergessenheit geraten ist: Die Marktkräfte seien durchaus in der Lage, effiziente Lösungen zu finden. Vor allem bei der Energieversorgung müsse wieder mehr Wettbewerb anstelle staatlicher Lenkung das Motto sein.

Im Anschluss daran referierte Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, zum Thema »Die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Situation in Deutschland und Europa«.

Abb. 2



Prof. Dr. Dr. hc. mult. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg

Das Verarbeitende Gewerbe schwenkt wieder auf Wachstumskurs ein

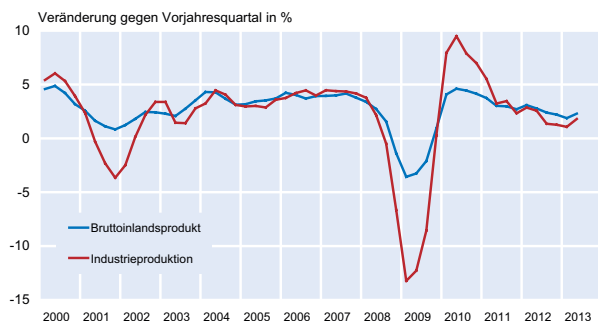
Nach einem Rückgang der Produktion in den vergangenen beiden Jahren kehrt die Industrie wieder auf den Expansionspfad zurück. Für 2014 und 2015 wird mit einer wachsenden Produktion gerechnet. Die Industrie in Deutschland hat sich in den unruhigen Zeiten mit der 2008 einsetzenden Finanzkrise, die nahtlos in die Banken- und Staatsschuldenkrise der Eurozone überging, als stabilisierendes Element erwiesen. Dies gab den Anlass, die Situation der Industrie in Deutschland unter der Überschrift »Bewährung in schwierigem Umfeld« auf dem Branchen-Dialog mit Industrievertretern zu diskutieren. Denn trotz der Reformen Mitte des letzten Jahrzehnts ist Deutschland weiterhin ein Hochlohnland mit einer hohen Abgabenbelastung und aufgrund der Energiewende stark gestiegenen Stromkosten. Die Verhandlungen zur Bildung der großen Koalition geben Anlass zur Sorge, dass die Kompromisse von CDU/CSU und SPD teuer werden. Anstatt Vorsorge für den demographischen Wandel und die Verpflichtungen zu treffen, die Deutschland im Rahmen der Eurokrise eingegangen ist, sollen soziale Wohltaten verteilt werden.

Dem weltweiten Konjunkturerinbruch, bei dem die Industrieproduktion 2009 global um ein Zehntel sank, folgte eine unerwartet starke Erholung, die allerdings im Verlauf des Jahres 2011 wieder an Dynamik verlor. Die massiven Versuche der Zentralbanken, die Wirtschaft auf dem Wachstumspfad zu halten, schienen lange Zeit nicht zu wirken. Dies verunsicherte die Akteure, obwohl beispielsweise die Fed mit massiven Aufkäufen von Staatspapieren die langfristigen Zinsen in den USA auf ein extrem niedriges Niveau brachte. Dementsprechend löste die Ankündigung der Fed, das »Quantitative Easing« ab Herbst 2013 schrittweise zu reduzieren, im Sommer unmittelbar Turbulenzen auf den Finanz- und Devisenmärkten aus.

Es wurde die Gefahr gesehen, dass die Weltkonjunktur durch die US-Notenbankpolitik abgewürgt wird. Insbesondere die Schwellenländer mit Leistungsbilanzdefiziten waren davon betroffen, die Auswirkungen zeigten sich aber auch in außenwirtschaftlich starken Volkswirtschaften wie China. In der Folge rückte die Fed von ihrem Vorhaben ab, und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbesserten sich. Das Vertrauen in die Zukunft ist gestiegen, und die Frühindikatoren signalisieren eine robuste Konjunkturerholung. Hinzu kommt, dass mit der Entscheidung für die Nach-

Abb. 3

Weltkonjunktur und Industrieproduktion



Quelle: Goldman Sachs; Berechnungen des ifo Instituts.

folgerin des US-Notenbankchefs auch eine Entscheidung für eine eher lockere Geldpolitik getroffen wurde.

Die Aufhellung der weltwirtschaftlichen Perspektiven ist für das Verarbeitende Gewerbe mit seiner stark zyklischen Geschäftstätigkeit von besonderer Bedeutung. Die jüngste Abflachung des Wachstums war stärker als in anderen Sektoren ausgeprägt, und eine Wende zum Besseren deutet sich erst seit wenigen Monaten an.

Die zwischen den entwickelten Volkswirtschaften und den Schwellenländern in den vergangenen Jahren bestehende Kluft in der Wachstumsdynamik hat sich nicht verringert. Gesamtwirtschaftlich geht die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose in ihrem Herbstgutachten 2013 für die erste Ländergruppe von einem BIP-Zuwachs von 1,0% und von 1,8% für 2013 bzw. 2014 aus, bei den Schwellenländern von 4,7% und von 5,2%. Ähnliche Unterschiede in der Wachstumsdynamik bestehen auch bei der Industrieproduktion zwischen den reifen Volkswirtschaften und den Schwellenländern.

Die US-Industrie war nach dem Platzen der amerikanischen Immobilienblase und der folgenden Finanzkrise 2009 in eine tiefe Rezession gestürzt. Die durch staatliche Stützungsmaßnahmen initialisierte Erholung hatte zu einem Aufschwung geführt, der allerdings schon seit Ende 2010 wieder an Kraft verlor. Nach einem Zuwachs der Industrieproduktion um 5,7% (2010) wurde 2011 nur ein Plus von 3,4% erreicht. Etwas beschleunigt expandierte die Industrie 2012 und war damit bemerkenswert dynamisch, sie übertraf das Wachstum der meisten Industrieländer deutlich. 2013 kam es im ersten Halbjahr zu einer – allerdings zeitlich begrenzten – Dämpfung der Expansion.

Die **US-Industrie** profitiert von nennenswert verbesserten Rahmenbedingungen, wie einem niedrigen Zinsniveau und gesunkenen Energiekosten. Neue Fördertechnologien, wie das Horizontalbohren und die Erschließung von Schiefergasvorkommen seit 2005, tragen zu dieser Entwicklung bei. Investitionen in neue Kraftwerke und die Transportinfrastruktur

Abb. 4

Konjunkturindikatoren für die US-Industrie

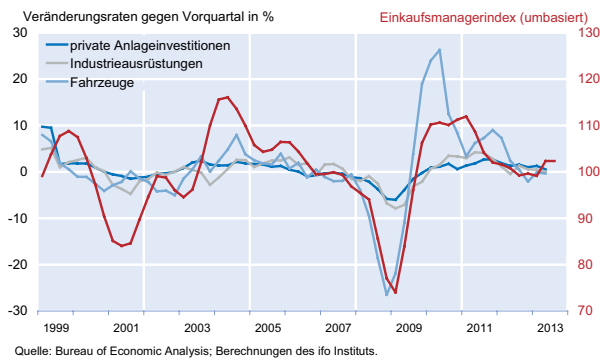
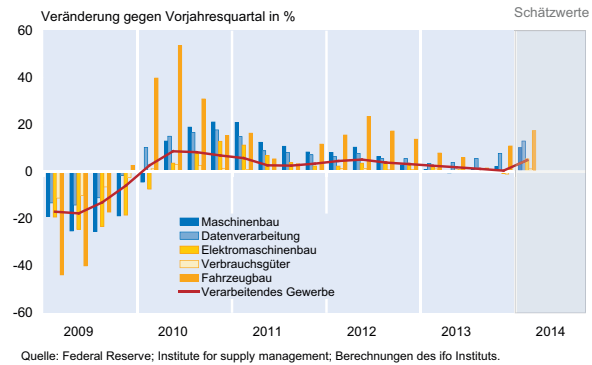


Abb. 5

Industrieproduktion der USA



tur fördern die Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen. Nach einer gesamtwirtschaftlich nachlassenden Investitionstätigkeit 2012 und einem schwachen Jahr 2013 wird mit einer deutlichen Ausweitung der Investitionstätigkeit im kommenden Jahr gerechnet.

Während von der Geldpolitik expansive Effekte zu erwarten sind, belasten die Querelen um das Thema der Schuldenobergrenze das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte. Die Akteure gehen zwar davon aus, dass die Politiker nicht die Verantwortung für eine Weltwirtschaftskrise auf sich nehmen und immer wieder einen Kompromiss in letzter Sekunde finden werden. Dennoch wird es wie in der Vergangenheit in zeitlicher Nähe zu einem Entscheidungsdatum zu einer Verunsicherung kommen. Budgetkürzungen sowie das Einfrieren von Zahlungen für die für die USA wichtige Rüstungsindustrie können zeitweise negativ auf die gesamte Wirtschaft ausstrahlen.

Die Perspektiven für die US-Industrie haben sich im Verlauf von 2013 grundlegend verbessert. Der Einkaufsmanagerindex ist seit Mai von 49,0 auf 56,2 angestiegen. Der Indikator ist damit von Kontraktion auf Wachstum umgeschlagen. Die Investitionsgüterindustrie meldet steigende Aufträge aus dem In- und Ausland. Die privaten Haushalte kaufen ver-

mehrt Möbel und elektrische Haushaltsgeräte, ein Indiz für das Abklingen der Immobilienkrise. Der Fahrzeugbau profitiert von einem gestiegenen Konsumentenvertrauen. Besonders die drei amerikanischen Hersteller, die in der Absatzkrise zu einer schmerzhaften Konsolidierung gezwungen waren, erfreuen sich einer wachsenden Nachfrage nach den großen, traditionellen SUVs. Diese wird nicht nur durch neue Modelle, sondern auch durch gesunkene Treibstoffpreise getrieben, die den Nachteil hoher Verbräuche im Vergleich mit ausländischen Fahrzeugen reduzieren. Die US-Industrieproduktion kann aus Sicht des ifo Instituts im Durchschnitt 2013 preisbereinigt um 2,7% zulegen.

Unter der Annahme, dass die Verhandlungen von Demokraten und Republikanern zur Schuldengrenze zeitlich beschränkt bleiben und nicht auf die Spitze getrieben werden, wird 2014 die Industrie ihre Produktion stetig ausweiten können. Das gefestigte Vertrauen von Verbrauchern und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bieten gute Voraussetzungen für eine steigende Binnennachfrage. Die Entschuldung der privaten Haushalte und der privaten Unternehmen ist im Gegensatz zu der öffentlichen Hand gut vorangekommen. Außenwirtschaftlich wird die Preiswettbewerbsfähigkeit der US-Industrie durch den schwächeren US-Dollar gestärkt, so dass von insgesamt verbesserten

Tab. 1

Entwicklung der Industrieproduktion in führenden Volkswirtschaften

Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in %

	2012					2013					2014
	1. Q	2. Q	3. Q	4. Q	Jahr	1. Q	2. Q	3. Q	4. Q	Jahr	Jahr
EU 27	-1,2	-2,3	-1,9	-3,1	-2,1	-2,3	-0,7	-2,0	-1,0	-1,5	1,8
Deutschland	1,5	-0,4	-1,4	-2,4	-0,7	-1,9	-0,6	-1,5	2,1	-0,5	3,0
USA	4,6	5,2	3,9	3,3	4,3	4,9	-0,3	2,0	4,1	2,7	3,5
Japan	6,6	6,8	-3,9	-5,9	0,9	-7,8	-3,1	0,9	8,1	-0,5	3,8
China	11,6	9,5	9,1	10,0	10,1	9,6	9,1	9,2	8,4	9,0	9,5
Asien, Schwellenländer ^{a)}	1,5	1,5	-0,7	6,8	2,3	1,7	4,5	5,3	6,0	4,4	6,6

^{a)} Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand.

Quelle: Nationale statistische Büros; Goldman Sachs; ifo Institut.

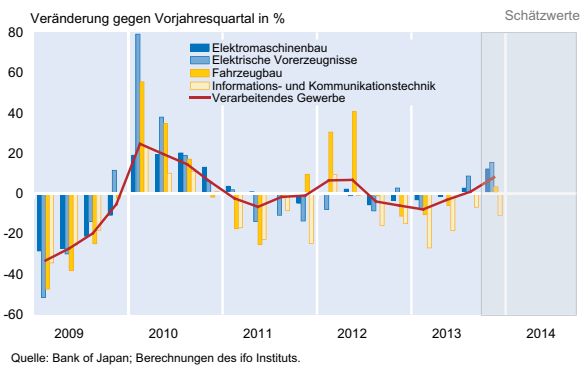
Absatzbedingungen ausgegangen werden kann. In konstanten Preisen wird ein Zuwachs der US-Industrieproduktion 2014 in Höhe von 3,5% erwartet (vgl. Tab. 1).

Unter den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hatte die **japanische Industrie** 2009 den bei weitem schärfsten Einbruch erlitten, allerdings war auch der Erholungsprozess 2010 mit einem Anstieg der Produktion um mehr als ein Fünftel wesentlich stärker ausgeprägt. Die Entwicklung war breit angelegt und wurde vom Fahrzeugbau, der Investitionsgüterindustrie ebenso wie von der Informations- und Kommunikationstechnik getragen. Der Tsunami und die dadurch ausgelöste Havarie mehrerer Kernkraftwerke verursachten einen Stillstand in Teilen der Industrie, so dass ein Rückgang der preisbereinigten Industrieproduktion im Durchschnitt von 2011 um 2,7% gegenüber dem Vorjahr nicht zu vermeiden war. Wegen der Katastrophen übertraf die Industrieproduktion in der ersten Hälfte 2012 den sehr niedrigen Vorjahreswert. Im zweiten Halbjahr kam es zu einem Rückschlag, der in seinem Ausmaß nicht zu erwarten gewesen war. Im Durchschnitt des Jahres war die Industrieproduktion nur um magere 0,9% ausgeweitet worden. Die rückläufige Tendenz aus dem zweiten Halbjahr 2012 setzte sich bis Mitte 2013 fort.

Die langen Jahre wirtschaftlicher Agonie in Japan – gekennzeichnet durch eine hartnäckige Deflation – sollen mit der unter Shinzo Abe Ende 2012 ins Amt gekommenen Regierung zu Ende gehen. Die unter dem Begriff der »Abenomics« verfolgte Politik versucht über das Aufkaufen von Staatspapieren seitens der Zentralbank die Zinsen niedrig zu halten. Gleichzeitig wird mittels expansiver Fiskalpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimuliert. Dies erfordert – angesichts einer Staatsschuldenquote von über 200% – allerdings eine Anhebung von Steuern und Abgaben im kommenden Jahr. Zusätzlich – aber nur langfristig wirkend – soll über eine wachstumsorientierte Politik die Wirtschaft aus der Stagnation herausgeführt werden. Gegenwärtig ist es noch viel zu früh, um etwas über die langfristigen Erfolgsaussichten zu sagen, insbesondere die avisierten Steuererhöhungen hängen wie ein Damoklesschwert über der japanischen Wirtschaft.

Die geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen haben zu einer Abwertung der japanischen Währung und damit zu einer Stärkung der Preiswettbewerbsfähigkeit Japans als Produktionsstandort geführt. In der Folge ist die Nachfrage aus dem Ausland angesprungen. Hiervon profitieren insbesondere die Hersteller von Maschinen, Ausrüstungen und Fahrzeugen, allerdings weist die Binnennachfrage noch nicht auf eine Trendwende hin. Im Gegensatz zu den steigenden Aufträgen aus dem Ausland gehen die Inlandsaufträge für Maschinen weiter zurück. Die einstmals weltweit führende japanische Konsumelektronikindustrie kann dagegen den Währungsvorteil bisher nicht ausschöpfen. Eine Trendwende bei der

Abb. 6

Industrieproduktion Japans

Industrieproduktion deutet sich für das letzte Quartal an, die allerdings nicht mehr verhindert, dass 2013 mit einem leichten Minus von 0,5% abgeschlossen werden muss.

Die positiven Effekte der Abenomics sind bisher nur bei den großen, überwiegend exportorientierten Unternehmen angekommen, die wirtschaftliche Lage der kleineren Unternehmen hat sich nicht verbessert. Sie leiden vielfach unter gestiegenen Preisen für Vorerzeugnisse aus dem Ausland und Energie. Ihr Absatzmarkt ist überwiegend das Inland. Dort besteht für die gegenwärtige Belebung das Risiko, dass die geplante Anhebung der Verkaufssteuer 2014 die Binnenkonjunktur abwürgt. Das gesplante Geschäftsklima schlägt sich auch im Tankan-Bericht vom September nieder. Einer deutlichen Aufhellung der Perspektiven der großen Unternehmen steht bei den mittelgroßen Unternehmen ein neutraler Ausblick gegenüber, während für die kleinen Unternehmen die negativen Meldungen überwiegen, wenn sie auch nicht mehr so schlecht sind wie noch im Juni 2013. Die Produktion der Industrie sollte 2014 in Verbindung von günstiger Weltkonjunktur und Yen-Abwertung deutlich beschleunigt, mit 3,7%, zulegen können.

Die Ankündigung der Fed im Frühsommer 2013, den Kauf von Staatspapieren ab Herbst zu reduzieren, hatte die sich in einer Phase schwächeren Wachstums befindenden Wirtschaft Chinas verunsichert. Inzwischen ist wieder Vertrauen eingekehrt. Die Regierung hat einige Maßnahmen ergriffen, wie Steuersenkungen für Kleinunternehmen, den Ausbau der Infrastruktur, namentlich der Eisenbahn, und den Abbau von Bürokratie, im Schwerpunkt für exportierende Unternehmen. Die Industrieproduktion, die im Verlauf des Jahres deutlich an Fahrt verloren hatte, zeigt in den letzten Monaten wieder eine stärkere Dynamik. Die beiden Einkaufsmanagerindizes, der offizielle des chinesischen statistischen Amtes ebenso wie der von der HSBC erhobene, weisen auf eine expansive Geschäftstätigkeit hin. 2013 kann die **chinesische Industrieproduktion** voraussichtlich mit 9,0% expandieren. Steigende Auftragsbestände und eine nur leichte Entspannung bei den Zulieferungen stützen die Annahme einer Fortsetzung der Expansion für das kommende Jahr.

Die Rahmenbedingungen lassen nicht auf eine starke Beschleunigung schließen. Es besteht weiterhin die Notwendigkeit, Geldversorgung und Kreditvergabe zu kontrollieren, so dass nur mit einer gezielten Expansion gerechnet werden kann. Hinzu kommt, dass die Regierung das gegenwärtig ungleichgewichtige, von Industrie und Exporten getriebene Wachstum, überwinden möchte, d.h. eine andere Gewichtung bei der Verteilung der Ressourcen anstrebt. Für 2014 wird mit einem Plus bei der Industrieproduktion von 9,5% gerechnet.

Die Schwellenländer Asiens¹ hatten im Krisenjahr 2009 einen Rückgang der Industrieproduktion von nur 3,3% erlitten, der schon im Folgejahr mit einem Plus von 14,8% mehr als kompensiert wurde. Seitdem hat – wie andernorts – das Wachstum an Dynamik verloren. Erst im Verlauf von 2012 zeichnete sich eine Trendwende ab. In der Summe wird die Industrieproduktion der asiatischen Schwellenländer 2013 – nach einem schwachen ersten Halbjahr – um 4,4% expandieren. Erst 2014 wird mit einem Plus von 6,6% wieder das frühere Wachstumstempo erreicht.

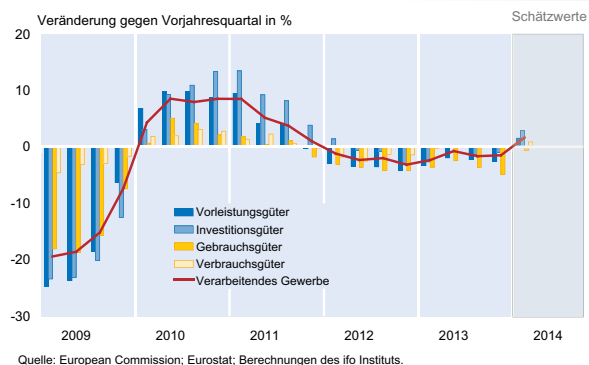
Die **Industrieproduktion der EU 27** hatte sich nach dem scharfen Einbruch 2009, wie in anderen Volkswirtschaften, schnell erholt. Allerdings war sie nicht ausreichend kräftig, um das Rekordniveau von 2008 wieder zu erreichen. Die Produktion hatte 2011 ihren Kulminationspunkt überschritten, lag im Mittel des Jahres aber noch 5,5% unter dem Niveau von 2008. Seitdem ist die Produktion auf Talfahrt. 2012 wurde mit einem Minus von 2,1% abgeschlossen. Die Ursache liegt in der sehr unterschiedlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten. Die Krisenländer mussten harsche Rückschläge hinnehmen, wobei insbesondere die großen Staaten ins Gewicht fallen, Italien und Spanien mit 6,3% und 6,0%. Aber auch in Frankreich, Schweden und Großbritannien verlor die Industrie an Boden. Deutschland kam mit einem Minus von 0,7% vergleichsweise glimpflich davon. Demgegenüber konnten sich einige der nach 2004 beigetretenen Staaten – die eng mit der deutschen Industrie verflochten sind – gut behaupten. Polen, Rumänien und die slowakische Republik konnten sogar zum Teil kräftige Zuwächse verbuchen.

2013 hat sich die Talfahrt in einigen der sich in einer Anpassungskrise befindenden Länder verlangsamt. Der Konsolidierungsprozess hat vor allem in Spanien Fortschritte gemacht, so dass von einem Durchschreiten der Talsohle 2014 ausgegangen werden kann. Die portugiesische Industrie hat in den letzten Monaten leichte Zuwächse erzielen können. In Italien zeigt sich dagegen kein klarer Trend, auch wenn 2013 der Rückgang deutlich geringer als im Vorjahr ausfallen wird. Nachdem auch Deutschland einen leichten Rückgang wieder nicht vermeiden kann, wird 2013 die Industrie-

¹ Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand.

Abb. 7

Industrieproduktion der EU 27



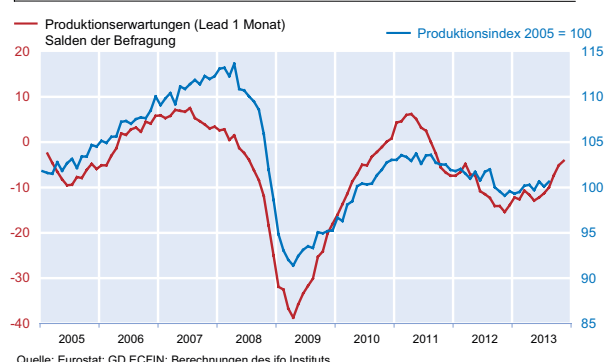
produktion der EU 27 mit einem voraussichtlichen Minus von 1,5% abschließen.

Der Vertrauensindikator aus dem europäischen Konjunkturtest hatte Anfang 2011 nach dem Einbruch 2008 seinen letzten Höhepunkt erreicht. In der Folgezeit hatten sich die Perspektiven für die Unternehmen eingetrübt. In wenigen Monaten waren die Saldenwerte der Unternehmensmeldungen ins Minus gerutscht. Eine Trendwende deutete sich erst Ende 2012 an. Seitdem sehen die Unternehmen wieder vermehrt optimistisch in die Zukunft. Auch wenn der Vertrauensindikator noch im negativen Bereich ist, kann von einem Ende des Abschwungs ausgegangen werden. Fortschritte beim Konsolidierungsprozess in den europäischen Krisenländern und eine günstigere Weltkonjunktur werden dazu beitragen, dass die Industrie der EU 27 mit einem Plus von 1,8% wieder auf den Wachstumspfad zurückfindet.

Unter Berücksichtigung der Krise im Euroraum befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer vergleichsweise guten Verfassung; nach dem kräftigen Wachstum 2011 ist sie zwar 2012 nur wenig, aber immer noch stärker gewachsen als alle anderen großen Volkswirtschaften der Europäischen Union. Eine Grundlage für diese Entwicklung ist der stabile Zustand des **Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland**,

Abb. 8

Konjunktur der EU-27-Industrie: Verbesserte Aussichten



das seine internationale Wettbewerbsposition weiter deutlich verbessern und seine Stellung auf den Weltmärkten festigen konnte. Dadurch ist der Anteil der industriellen Bruttowertschöpfung an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland überdurchschnittlich hoch und übertrifft die entsprechenden Quoten in anderen großen Ländern Europas spürbar: 2012 ging dieser Anteilswert leicht auf 22,4% zurück, und im ersten Halbjahr 2013 lag er nur wenig darunter. Die industrielle Wertschöpfung war 2012 real um 0,7% gesunken, während das BIP um den gleichen Prozentsatz gestiegen war.

Das industrielle Produktionsvolumen in Deutschland – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – war nach der kräftigen Expansion 2011 im Jahr 2012 parallel zur Wertschöpfung um 0,7% zurückgegangen, was vor allem auf die Abschwächung im zweiten Halbjahr 2012 zurückzuführen war. Der negative Trend hat sich 2013 fortgesetzt, eine durchgreifende konjunkturelle Besserung hat sich in den Produktionszahlen bisher nicht niedergeschlagen. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres blieb die reale Produktion mit einem Minus von 1,3% noch unter dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode.

Da die Nachfrage derzeit leicht nach oben zeigt, ist damit zu rechnen, dass die Phase der rückläufigen Industrieproduktion ein baldiges Ende findet. 2012 war der reale Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes, nach einem Anstieg um 7% im Jahr 2011, um 3,5% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, wobei sich die Nachfrage deutlich in der zweiten Jahreshälfte abschwächt hatte. In den ersten acht Monaten des Jahres 2013 stiegen die Order leicht um 0,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Produktion wird an das Auftragsplus angepasst bis zum Jahresende leicht zulegen.

Die Erhöhung der Auslandsnachfrage hat zunächst, wie in früheren Jahren, zu der gegenwärtigen Stabilisierung bzw. Ausdehnung der Industrieproduktion stärker als die Inlandsnachfrage beigetragen. Der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland war im Jahresdurchschnitt 2012 noch um 2,6% gesunken. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich damit aber 2012 weniger schlecht entwickelt als der gesamte Auftragseingang.

Insgesamt nahmen die Auslandsorder in den ersten acht Monaten 2013 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1,9% zu. Die Aufträge aus der Eurozone sind in den ersten acht Monaten 2013 um 0,9% zurückgegangen. Die Bestellungen aus anderen Regionen expandierten um 4,1%.

Im Jahr 2012 hatte die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes stärker als die Auslandsorder abgenommen. Auch im laufenden Jahr ging sie weiter zurück. Nach einem Minus von 4,2% im Jahresdurch-

schnitt 2012 belief sich in den ersten acht Monaten 2013 das reale Minus auf 1,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Am besten schnitt in diesem Zeitraum mit einem Rückgang von 0,9% noch die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern ab. Etwas größere Einbußen waren bei der Nachfrage nach Konsumgütern um 1,5% und nach industriellen Vorleistungsgütern um 1,4% festzustellen.

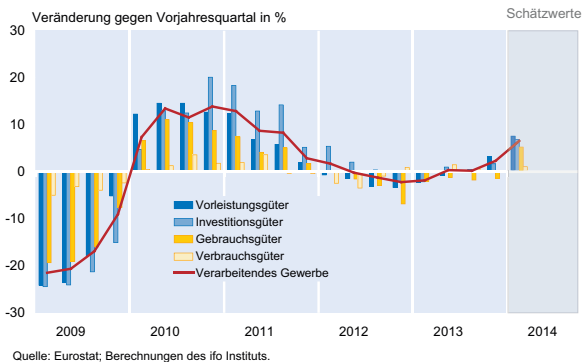
Das immer noch hohe Niveau der Industrieproduktion wirkte sich positiv auf die Beschäftigung aus. So wurde die Zahl der Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe 2012 um 2,4% gesteigert, nach dem Anstieg um 3,0% im Jahr 2011. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen 2012 deutlich weniger stark um 1,1% zu. In den ersten acht Monaten des Jahres 2013 schwächte sich der Beschäftigungsaufbau merklich ab; gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden 0,7% mehr Erwerbstätige registriert, die geleisteten Arbeitsstunden waren aber um 0,5% geringer als im Vorjahr. Angesichts des erwarteten Anstiegs der industriellen Produktion könnte sich der Personalbestand auf dem gegenwärtigen Niveau stabilisieren, es könnte aber auch zu einer höheren Ausnutzung des Personals durch eine überproportionale Ausweitung der Arbeitsstunden kommen.

Der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts für das Verarbeitende Gewerbe, in dem die Urteile zur aktuellen Geschäftslage und die Einschätzungen der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate zusammengefasst sind, spiegelt die aktuelle Entwicklung gut wider. Seit den negativen Werten im letzten Quartal 2012 hat der Geschäftsklimawert seit Anfang 2013 ein positives Vorzeichen angenommen. Dabei wurde die aktuelle Geschäftslage das ganze Jahr über bis zu den jüngsten Meldungen vom November 2013 per saldo gut beurteilt. Bei den Geschäftserwartungen hat sich eine überwiegend optimistische Grundhaltung durchgesetzt, zu einem Gutteil auch getragen durch die Hoffnungen auf ein besseres Exportgeschäft. Die aktuell positiven Einschätzungen werden allerdings durch Meldungen der Testteilnehmer über etwas zu große Lagerbestände ein wenig getrübt.

Die positive Ausprägung des Geschäftsklimaindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2013 findet seine Entsprechung in der einsetzenden Belebung der Weltwirtschaft, die auf eine stärker zunehmende Nachfrage in den großen Industrieländern zurückzuführen ist; dazu kommt die wieder stärkere Dynamik in den Schwellenländern. Die deutsche Produktion schwächte sich im bisherigen Verlauf dieses Jahres zwar ab, die Zunahme der Bestellungen hat sich aber bereits in den Meldungen zum ifo Konjunkturtest über die Produktionsplanungen niedergeschlagen, die zuletzt einen leichten Anstieg signalisieren. Nach der Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen ist für das **Verarbeitende Gewerbe** insgesamt mit einem Rück-

Abb. 9

Industrieproduktion Deutschlands



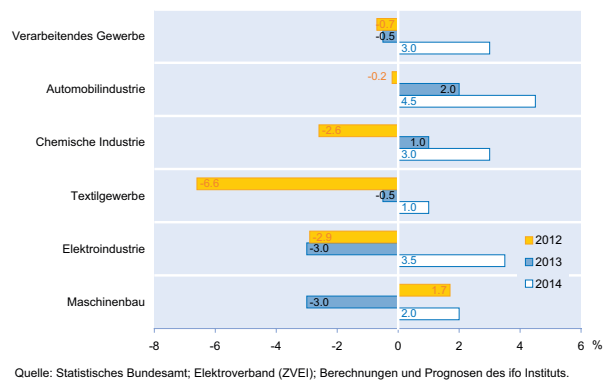
gang der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2013 von real 0,5% zu rechnen.

Die Schuldenkrise im Euroraum ist bisher nicht gelöst, die EZB hat aber mit ihrer Ankündigung, den Euro massiv zu verteidigen, die Lage an den Finanzmärkten beruhigt und zu einer Verringerung der Unsicherheiten beigetragen. Die Produktion im Euroraum hat erstmals seit eineinhalb Jahren wieder zugelegt. Positiv wirken auch die anziehende Konjunktur in den USA und die, infolge einer expansiven Wirtschaftspolitik, kräftige wirtschaftliche Belebung in Japan. Das Wachstum im Mittel über die Schwellenländer ist verglichen mit den reifen Volkswirtschaften hoch, hatte sich aber ebenfalls abgeschwächt. Wichtig für die weitere konjunkturelle Erholung ist in diesem Umfeld, dass die Notenbanken im kommenden Jahr ihren expansiven Kurs beibehalten werden. Das ist eine der zentralen Annahmen für die Prognose der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland im Jahr 2014 gewesen.

Die folgenden Annahmen über wesentliche weltwirtschaftliche Leitdaten und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die bestimmend für die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sind, basieren auf der Prognose des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird das Wachstum der Weltwirtschaft 2014 auf 2,8% zunehmen, das reale Welthandelsvolumen wird nach dieser Abschätzung um 4,2% zulegen. Daneben wird ein mittlerer Rohölpreis für 2014 von 110 US-Dollar je Barrel unterstellt und ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,34 US-Dollar je Euro zugrunde gelegt. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland, die 2012 real kaum gestiegen sind und im laufenden Jahr nur wenig mehr – um erwartete 0,9% – zunehmen werden, dürften 2014 immerhin um 1,4% expandieren. Dagegen wird nach den im Jahr 2013 rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen für 2014 mit einem kräftigen Plus gerechnet. Vor dem Hintergrund der erwar-

Abb. 10

Verarbeitendes Gewerbe: Kräftige Erholung im Jahr 2014 erwartet



teten, moderaten Erhöhung des weltwirtschaftlichen Wachstums werden die Exporte wieder deutlich stärker als 2013 zunehmen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2014 – dem Herbstgutachten zufolge – um 1,8% höher ausfallen.

Angesichts ihrer starken Stellung auf dem Weltmarkt wird die deutsche Industrie 2014 an der Belebung teilhaben können; auch dürfte sich die Konjunktur im Euroraum weiter stabilisieren. Das Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes wird im kommenden Jahr die Entwicklung der Gesamtwirtschaft übertreffen. Vor allem die Investitionsgüterindustrie (Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Metallerzeugnisse), aber auch die großen Sparten des Vorleistungsgütergewerbes (Chemische Industrie, Metallerzeugung und -bearbeitung), werden von der Ausweitung der Investitions- und der Konsumausgaben im Inland sowie der anziehenden Nachfrage auf dem Weltmarkt profitieren können. Insgesamt wird das reale Produktionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahre 2014 voraussichtlich um rund 3% zulegen.

Vor dem Hintergrund der sinkenden Nachfrage schnitt das **Investitionsgütergewerbe** 2012 mit einem Produktionsanstieg von 1,1% noch am besten ab. Diese Entwicklung war möglich, da die Unternehmen vom hohen Auftragsbestand zehren konnten, denn bezogen auf das gesamte Jahr waren die Auslandsnachfrage (-1,4%) und die Inlandsbestellungen

Tab. 2
Prognose der Industrieproduktion in Deutschland

Sektor	Veränderungsraten in %			
	2012 Ist-Wert ^{a)}	2013 Schätzung	2014 Prognose	2015 Ausblick
Verarbeitendes Gewerbe	-0,7	-0,5	3	2,5
Vorleistungsgüter	-2,3	-0,5	3,5	2
Investitionsgüter	1,1	-0,5	3	3
Konsumgüter	-1,8	-0,5	1	1

^{a)} Gemessen am Produktionsindex, BV4.1 kalender- und saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

(– 3,7%) rückläufig. Für die deutsche Industrie wirkte sich besonders die hohe Präsenz auf Auslandsmärkten der Investitionsgüterbereiche positiv aus. Während aus der gesamten Industrie nahezu 47% der Produktion exportiert werden, setzen die Investitionsgüterproduzenten rund 60% ihrer Güter im Ausland ab.

Die Investitionsgüterindustrie war von der weltweiten wirtschaftlichen Abschwächung, die noch ins laufende Jahr hinein reichte, erfasst worden. Allerdings sind die Auslandsorder in den ersten acht Monaten 2013 bereits wieder um 3,7% gestiegen, während die inländischen Auftragseingänge real um 0,9% niedriger waren. Trotz der im Jahresverlauf zunehmenden Auftragsbestände und der leicht steigenden Nachfrage dürfte die Produktion 2013 um etwa 0,5% niedriger ausfallen. Neben dem Maschinenbau und der Elektrotechnik trägt auch die Gruppe Datenverarbeitung und elektronische Bauelemente zum Produktionsrückgang im

Investitionsgüterbereich bei. Die Entwicklung der Investitionsgüterindustrie wird 2014 von der festeren Inlandskonjunktur aufgrund kräftig steigender Ausrüstungsinvestitionen und dem deutlich anziehenden Wachstum der Weltwirtschaft bestimmt. Dabei ist zu erwarten, dass die Auslandsnachfrage stärker zunehmen wird als die Bestellungen aus dem Inland. Diese Entwicklung kommt auch in den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zum Ausdruck. Die Exporterwartungen der Investitionsgüterproduzenten übertreffen ihre Geschäftserwartungen deutlich. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass im Jahresdurchschnitt 2014 die Investitionsgüterproduktion um gut 3% steigen wird.

Die **Konsumgüterproduktion** ist im Allgemeinen weniger als die übrige Industrie konjunkturellen Schwankungen unterworfen; sie ist dennoch 2012 um 1,8% und damit stärker zurückgegangen als die gesamte Industrieproduktion. Die

Tab. 3
Prognosen zur Industrieproduktion nach Branchen getrennt für Deutschland
Produktion (Veränderung gegenüber Vorjahr in %, kalender- und saisonbereinigt)

WZ 2008	Branche	Ist-Werte		Schätzung	Prognose	Ausblick
		2011	2012	2013	2014	2015
C	Verarbeitendes Gewerbe	7,8	– 0,7	– 0,5	3,0	2,5
	Vorleistungsgüter	6,4	– 2,3	– 0,5	3,5	2,0
	Investitionsgüter	12,0	1,1	– 0,5	3,0	3,0
	Konsumgüter	1,6	– 1,8	– 0,5	1,0	1,0
10	Ernährungsgewerbe	– 0,5	0,2	– 0,5	0,5	1,0
13	Textilgewerbe	0,1	– 6,6	– 0,5	1,0	0,0
14	Bekleidungs-gewerbe	– 0,9	– 8,8	0,0	– 2,0	– 1,0
16	Holzgewerbe	11,4	0,6	2,5	2,0	1,5
17	Papiergewerbe	– 1,7	– 2,0	– 1,0	1,0	0,5
18	Druckerei, Vervielfältigung	2,6	– 2,8	– 4,0	1,0	0,0
19	Mineralölverarbeitung	– 1,8	1,4	– 0,5	0,5	0,5
20	Chemikalien	– 0,5	– 2,6	1,0	3,0	2,0
21	Pharmazeutika	4,1	– 1,7	2,5	1,0	1,0
22	Gummi- und Kunststoffwaren	4,2	– 1,5	1,0	2,5	2,0
23	Glas, Keramik, Steine und Erden	8,3	– 3,5	– 2,0	2,5	2,0
24	Metallerzeugung, -bearbeitung	1,8	– 3,6	– 0,5	3,5	2,5
25	Metallerzeugnisse	10,9	– 1,0	1,0	4,0	3,0
26	Datenverarbeitung, el. Bauelemente	16,8	– 1,3	– 3,5	3,5	3,0
27	Elektrische Ausrüstungen	8,1	– 2,9	– 3,0	4,0	2,5
	darunter:					
	Ausrüstungsgüter		– 2,7	– 3,0	4,5	3,0
	Gebrauchsgüter		– 5,2	– 2,0	2,0	1,5
28	Maschinenbau	13,5	1,7	– 3,0	2,0	3,0
29	Automobilindustrie	12,6	– 0,2	2,0	4,5	4,0
30	Sonstiger Fahrzeugbau	13,3	6,0	4,5	3,0	2,0
31	Möbel	3,3	– 0,8	– 3,0	1,5	0,5
32	Sonstige (Konsum-)Waren	4,0	3,9	3,0	2,5	2,0
	Nachrichtlich:					
ET	Elektrotechnik	11,1	– 2,4	– 3,0	3,8	2,7
ME	Metall- und Elektroindustrie ^{a)}	11,3	– 0,1	– 0,5	3,5	3,0

^{a)} WZ 2008: 24–30 und 32.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Auslandsaufträge stiegen insgesamt in den ersten acht Monaten 2013 um 1,1%, während der Auftragseingang aus dem Inland um 1,5% fiel. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts ging die Gesamtnachfrage nach den Erzeugnissen der einheimischen Konsumgüterproduzenten um 0,2% zurück. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürfte die Produktion dieses Bereichs um knapp 0,5% sinken. Nach den aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest wird die Geschäftslage von den Herstellern von Konsumgütern per saldo bis zuletzt gut beurteilt, bei den Geschäftserwartungen setzte sich in den jüngsten Meldungen wieder eine überwiegend optimistische Haltung durch. Angesichts der erwarteten Zunahme der privaten Konsumausgaben und des steigenden Wirtschaftswachstums wird 2014 von einem um real rund 1% höheren Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie ausgegangen.

Die Vorleistungsgüterproduktion besitzt im Allgemeinen einen Vorlauf gegenüber der Konjunktur im gesamten Verarbeitenden Gewerbe. Für den gegenwärtigen Konjunkturzyklus scheint dieses Muster aber in einem geringeren Ausmaß zu gelten. Die 2012 einsetzende konjunkturelle Abschwächung schlug sich kaum früher als in anderen Industriegruppen in steigenden Lagerbeständen und einer im Trend rückläufigen Produktion nieder. Bei einem realen Minus der Auslandsbestellungen von 3,8% und der Inlandsnachfrage von 5,4% sank die Produktion im Jahresdurchschnitt 2012 um 2,3%. In den ersten acht Monaten 2013 fiel die reale Nachfrage aus dem Ausland um 1,6% und im Inland um 1,4%; angesichts der zur Jahresmitte einsetzenden Erholung dürfte die Produktion im Gesamtjahr 2013 nur um etwa 0,5% niedriger sein. Die Aussichten für den Bereich der Vorleistungsgüter sind, wie auch die aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest belegen, nicht ungünstig. Die Geschäftserwartungen wurden zuletzt aber nur von einer kleinen Mehrheit der Produzenten optimistisch eingeschätzt. Der Bereich der Vorleistungsgüter dürfte aber vom anziehenden Wirtschaftswachstum frühzeitig profitieren. 2014 wird die Produktion von Vorleistungsgütern voraussichtlich mit einem realen Plus von rund 3,5% abschließen.

Die Sicht der Industrievertreter, die zum Branchen-Dialog, Forum Industrie, mit Vorträgen zur Konjunktur und den Rahmenbedingungen am Standort Deutschland beitrugen

Axel Pöls, Bitkom Research, vertritt mit der Informations- und Kommunikationstechnik eine Branche, die stark durch das Zusammenspiel von Hardware, Software und Dienstleistungen geprägt wird. Der Markt zeichnet sich durch eine hohe Innovationsgeschwindigkeit aus. Neue Produkte ziehen massiv Nachfrage auf sich, während reife Produkte schnell an Attraktivität verlieren. Der rasche Wandel wird zusätzlich durch Kannibalisierung befördert. Smartphones

übernehmen Funktionen von Laptops und Konsumelektronik, Tablets ersetzen zum Teil die Computer.

Die Märkte für Dienstleistungen und Software entwickeln sich vergleichsweise dynamisch. Sie weisen seit mehreren Jahren ein stetiges Wachstum auf. Die Dienstleistungen in den Bereichen Telekommunikation und Informationstechnik tragen voraussichtlich zum Marktvolumen der Branche im Jahr 2013 allein 57% bei. Hinzu kommt das Geschäft mit Software, das weitere 12% umfasst. Der Beitrag der IT- und Telekommunikationsgeräte und Infrastruktur ist im Laufe der Jahre auf rund 30% zurückgefallen.

Die industrielle Produktion von Geräten und Ausrüstungen ist in den letzten Jahrzehnten zu einem Großteil aus Deutschland nach Asien verlagert worden. Arbeitsplätze gingen insbesondere bei der Herstellung von Produkten der Konsumelektronik und von anderen Massenerzeugnissen wie Mobiltelefonen und Computern verloren. Industrielle Produktion in Deutschland konzentriert sich vor allem auf die Bereiche, in denen die Nachteile hoher Lohnkosten und Abgaben durch Know-how und Nähe zum Kunden ausgeglichen werden können. Der weniger vom internationalen Wettbewerb betroffene Dienstleistungsbereich hat sich im Gegensatz dazu als Motor einer wachsenden Beschäftigung erwiesen.

Im Jahr 2013 stagniert das Geschäft mit ITK-Produkten, Dienstleistungen und Software (+ 0,1%). Das Marktvolumen wird voraussichtlich bei rund 152 Mrd. Euro liegen. Für 2014 wird mit einer moderaten Expansion von 1,6% gerechnet.

Marius Baader, VDA, trug mit einem Vortrag über den Straßenfahrzeugbau, der eine der Stärken der deutschen Wirtschaft ist, zum Gelingen des Branchendialogs bei. Die Branche ist global verankert und betreibt Produktionsstätten in den wichtigsten Absatzmärkten. Seit 2010 übertrifft die Fertigung von Fahrzeugen im Ausland – gemessen an den Stückzahlen – die im Inland. Im laufenden Jahr wird eine Gesamtzahl von 14,05 Mill. Fahrzeugen erwartet, die dann schon zu 62% im Ausland hergestellt werden. Die starke Präsenz in Übersee hat es den deutschen Herstellern er-

Abb. 11
2013: Licht und Schatten in der ITK-Branche

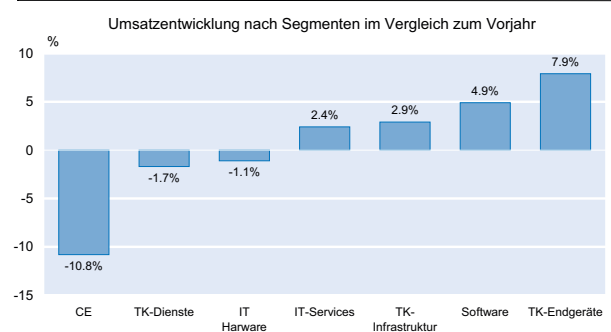
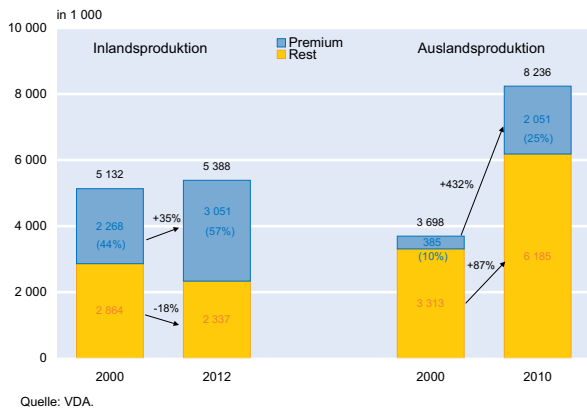


Abb. 12

Premiumsegment mit rasantem Wachstum



möglichst, die schwache Nachfrage im Inland und auf den anderen westeuropäischen Märkten im Vergleich zu den italienischen oder französischen Wettbewerbern unbeschadet zu überstehen.

Der Erfolg ist wesentlich durch den Stand der Technik und die Qualität der Produkte getragen, was sich in einem kräftigen Anstieg der Bedeutung der Premiumfahrzeuge manifestiert. Hier kommt auch die Stärke des Standorts Deutschland zum Tragen. 57% der im Inland hergestellten Autos sind Premiumfahrzeuge, im Ausland sind es nur 25%. Ein aktuelles Problem ist die Regulierung des CO₂-Ausstoßes der Fahrzeuge, wobei eine kluge Balance zwischen Ökologie und Ökonomie erreicht werden muss. Eine überzogene, starre und bürokratische Regulierung gefährdet den Premi-umstandort Deutschland, der mit Blick auf FuE, industrielle Infrastruktur und die Qualifikation der Mitarbeiter ansonsten bestens geeignet ist, die Produktion hochwertiger Fahrzeuge im Inland zu halten.

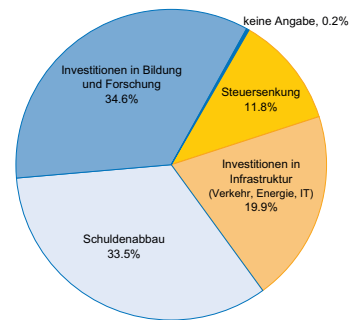
Hans-Joachim Haß, BDI, setzte sich zum Abschluss der Referentenbeiträge mit den Standortbedingungen für die industrielle Produktion in Deutschland auseinander. Entgegen dem Trend in allen anderen reifen Volkswirtschaften trägt die Industrieproduktion seit vielen Jahren einen in etwa konstanten Anteil zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die Industrie hat sich als vergleichsweise robust gegenüber den Turbulenzen der letzten Jahre erwiesen. Das Geschäftsmodell »Deutschland« mit seinem gegenüber anderen europäischen Ländern hohen Beschäftigungsgrad wird seitdem als Vorbild gehandelt. Getragen wird es von mittelständischen Unternehmen, die in geschlossenen Wertschöpfungsketten verankert sind, gleichzeitig aber globale Strategien verfolgen. Den Herausforderungen des Standorts Deutschland, dem hohen Einkommensniveau und der Abgabenbelastung, begegnen die Unternehmen mit einem Innovationswettbewerb, um im internationalen Wettbewerb mit Spitzentechnik punkten zu können.

Abb. 13

**Industriepolitische Agenda
IW-Unternehmervotum September/Oktober 2013**

Angenommen die nächste Bundesregierung hätte aufgrund eines anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs wieder mehr finanziellen Spielraum. Für welchen Zweck sollten die zusätzlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel eingesetzt werden?

Angaben in Prozent der Industrieunternehmen, hochgerechnet



Auf den Gebieten Bildung und Forschung sehen denn auch die Unternehmen gemäß einer Umfrage des BDI den größten Handlungsbedarf für die Regierung, es folgen Schuldenabbau, Investitionen in die Infrastruktur und erst dann, die Forderung nach Steuersenkung. Die laufenden Koalitionsverhandlungen lassen allerdings befürchten, dass der finanzielle Handlungsspielraum des Bundes durch ein Mehr an konsumtiven Staatsausgaben schnellstens eingeschränkt wird. Dem Wunsch der Unternehmen, wofür evtl. Mehreinnahmen zu verwenden wären, nämlich für Bildung und Forschung, um die Zukunft des Industriestandorts Deutschland zu sichern, wird so der Boden entzogen.

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel Online-Handel stimuliert Strukturwandel

Josef Lachner

Zentrales Thema im Branchenforum Handel war neben der konjunkturellen Entwicklung im Großhandel und im Einzelhandel der Online-Handel. Die Referenten beschäftigten sich mit seinem Einfluss auf die Struktur des Handels, die Innenstädte und den veränderten Anforderungen an den stationären Handel.

Großhandel: Umsatzstabilisierung nach leichter Erholung

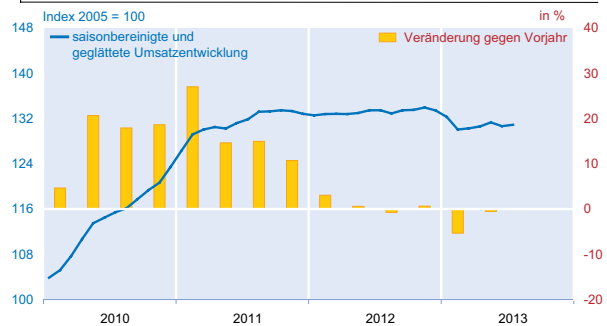
Zur konjunkturellen Entwicklung im Handel referierte Herr Städtler vom ifo Institut. Der Großhandel (ohne Handelsvermittlung und ohne Kraftfahrzeughandel) verzeichnete im letzten Tertial des Jahres 2012 einen moderaten Anstieg der nominalen Umsätze, nachdem sie zuvor nahezu unverändert geblieben waren (vgl. Abb. 14). Im gesamten Jahr 2012 übertrafen die Umsätze in jeweiligen Verkaufspreisen das Ergebnis des Vorjahres um 0,9%, was jedoch ausschließlich auf gestiegene Verkaufspreise zurückzuführen ist. Zu konstanten Preisen ergab sich ein Minus von 0,6%. Im Jahr 2013 trat nach dem Rückgang im ersten Quartal zur Jahresmitte hin eine leichte Erholung ein, und zu Beginn des zweiten Halbjahres stagnierten die nominalen Umsätze weitgehend. Im Zeitraum von Januar bis August verfehlten die Umsätze des Großhandels das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal wie real aber dennoch um 1,3%.

Umsatzminus im Produktionsverbindungshandel

Vor allem im Produktionsverbindungshandel sind die Umsätze nach einer weitgehenden Stagnation im Vorjahr zu Beginn des Jahres 2013 gesunken (vgl. Abb. 15). Die im ersten Quartal 2013 erzielten Umsätze verfehlten das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um

Abb. 15

Entwicklung der nominalen Umsätze im Produktionsverbindungshandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

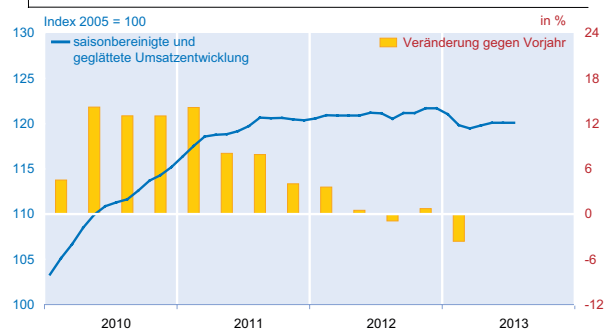
5,3%. Sowohl die Händler mit Maschinen als auch der Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen mussten im ersten Quartal beträchtliche Einbußen hinnehmen. Bremseffekte zeigten sich auch in der Umsatzentwicklung des Großhandels mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, allerdings sind hier die Umsätze nur geringfügig niedriger ausgefallen als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren verzeichnete dagegen – bedingt durch gestiegene Verkaufspreise – einen wesentlich höheren nominalen Umsatz als vor Jahresfrist. In den folgenden Monaten zogen die Umsätze des Produktionsverbindungshandels – insgesamt gesehen – an, wodurch der Umsatzrückgang der ersten drei Monate jedoch nicht kompensiert werden konnte. Im Zeitraum von Januar bis August 2013 ergab sich ein nominales Minus von 2,4% gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, was real einem Rückgang um 1,0% entspricht.

Nominaler Umsatz im Konsumgütergroßhandel auf Vorjahresniveau

Der Konsumgütergroßhandel konnte in den ersten beiden Monaten 2013 das Ende des Vorjahres erreichte hohe Umsatzniveau zunächst weitgehend stabilisieren, bevor auch hier eine Abschwächung eintrat (vgl. Abb. 16). In den fol-

Abb. 14

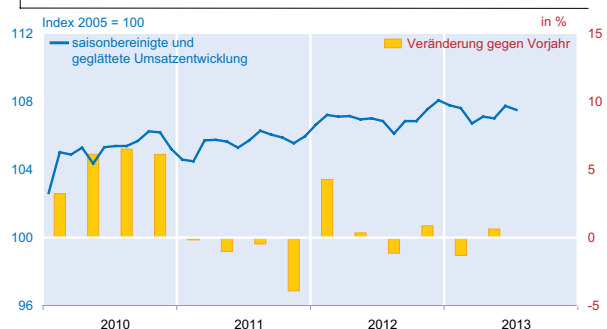
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 16

Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

genden Monaten entwickelten sich die Umsätze aufwärts. In den ersten beiden Tertialen 2013 erzielten die Unternehmen dieses Bereichs aufgrund höherer Verkaufspreise einen nominalen Umsatz, der das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 0,2% übertraf. Real waren die Umsätze um 1,5% niedriger. Mit einer Rate von 2,1% verzeichnete der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln ein überdurchschnittliches Wachstum der nominalen Umsätze. Der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern verfehlte zwar das Vorjahresergebnis, das Minus fiel mit 1,5% jedoch geringer aus als noch im ersten Quartal (-2,9%).

Großhandel insgesamt: Perspektiven hellen sich auf

Im ersten Halbjahr 2013 hat sich die im Rahmen des ifo Konjunkturtests erfragte Geschäftslage im Großhandel nach einer Phase der Stabilisierung zu Jahresbeginn zwar verschlechtert, der überwiegende Teil der Großhandelsunternehmen bewertete sie aber auch zur Jahresmitte positiv (vgl. Abb. 17). Seither gewannen die Stimmen, welche die Situation als gut bewerteten, an Bedeutung. Seit April gelang es einem erheblichen Teil der Unternehmen, zu hohe Warenbestände abzubauen. Die Perspektiven haben sich in den zurückliegenden Monaten aufgehellt. Im Oktober erwarteten die Großhändler eine leichte Geschäftsbelebung. Angesichts der günstigen Perspektiven wollten sie in den kommenden drei Monaten mehr Ware ordern als vor Jahresfrist. Auch die Beschäftigtenpläne deuten auf eine Expansion hin. Die im Jahr 2013 erzielten Umsätze werden das Vorjahresergebnis wohl kaum erreichen. Für 2014 lässt die voraussichtliche Entwicklung wichtiger Einflussfaktoren eine Zunahme der nominalen Umsätze erwarten.

Produktionsverbindungshandel: Aufwärtsentwicklung erwartet

Die Produktionsverbindungshändler bewerteten ihre Lage in den zurückliegenden Monaten vermehrt positiv und ihre

Perspektiven hellten sich auf (vgl. Abb. 18). Darin spiegelt sich auch die Entwicklung einer ihrer wichtigsten Abnehmergruppen, den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wider. Diese erwarteten vermehrt eine Geschäftsbelebung, insbesondere Impulse aus dem Ausland, und beabsichtigten deshalb, ihre Produktion zu steigern. Das wird die Geschäftstätigkeit der Großhandelslieferanten von Rohstoffen und Halbwaren anregen, und auch die Investitionsgüterhändler werden davon profitieren, zumal die Produktionskapazitäten der industriellen Hersteller zuletzt wieder stärker ausgelastet waren. Bei den getätigten Investitionen wird es sich allerdings in erster Linie um Ersatz- und Rationalisierungsmaßnahmen handeln, durch die die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken wollen. Die Erweiterung der Produktionskapazitäten dürfte dagegen als Investitionsmotiv nur eine geringe Rolle spielen. Das Tempo der erwarteten Aufwärtsentwicklung im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen wird allerdings nicht ausreichen, um das im ersten Halbjahr 2013 resultierende Umsatzminus der einschlägigen Großhandelssparten zu kompensieren. Den baunahen Großhandelssparten kommen die insgesamt wieder günstigeren Bedingungen für Bauinvestitionen zugute, wengleich sich die einzelnen Sparten dieses Bereichs recht unterschiedlich entwickeln werden. Im Wohnungsbau engagierte Großhändler können für die Jahre 2013 und 2014 mit einer Geschäftsbelebung rechnen. Speziell in Regionen, die von der Flutkatastrophe betroffen waren, werden Reparatur- und Wiederaufbaumaßnahmen für eine steigende Nachfrage sorgen. Die günstigen Bedingungen am Arbeitsmarkt, niedrige Hypothekenzinsen und die Präferenz für Sachwerte werden sich außerdem positiv auswirken. Die Bauinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft werden dagegen im Durchschnitt des Jahres 2013 – trotz der erwarteten Aufwärtsentwicklung – das Ergebnis des Vorjahres verfehlen. Die anhaltende konjunkturelle Belebung und die sich dadurch verbessernde Absatz- und Ertragslage der Unternehmen haben zur Folge, dass die gewerblichen Bauinvestitionen im Jahr 2014 höher sein werden als 2013. Auch die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand erholen sich in den beiden Jahren 2013 und 2014. Alles in allem wird der 2013 im Produktionsverbindungshandel erzielte Umsatz etwas

Abb. 17
Geschäftsentwicklung im Großhandel

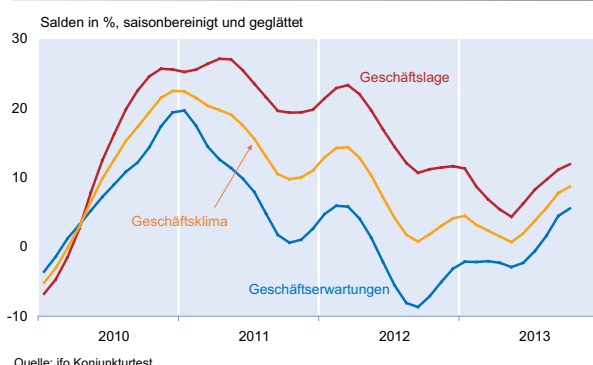


Abb. 18
Geschäftsentwicklung im Produktionsverbindungshandel

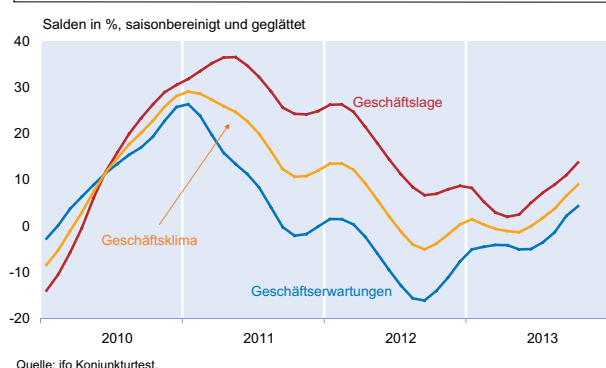
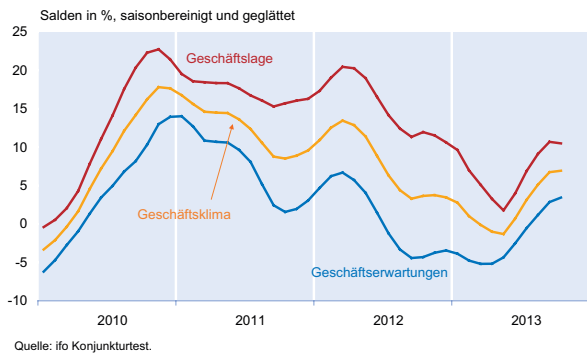


Abb. 19
Geschäftsentwicklung im Konsumgütergroßhandel



niedriger sein als im Vorjahr. Für 2014 kann bei sich fortsetzender Geschäftsbelebung jedoch von einem Umsatzplus ausgegangen werden.

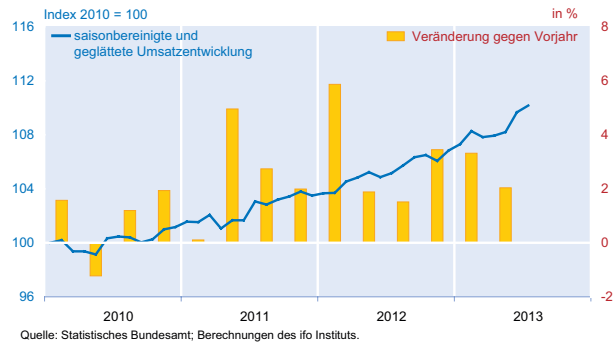
Konsumgütergroßhandel: Aussichten positiver eingeschätzt

Die Großhändler im Konsumgüterbereich erwarteten im Oktober für die kommenden Monate eine moderate Verbesserung ihrer aktuell als gut bewerteten Geschäftslage (vgl. Abb. 19). Für das gesamte Jahr 2013 ist unter Berücksichtigung der Entwicklung einschlägiger gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren von Umsätzen auszugehen, die das Ergebnis des Vorjahres leicht übertreffen, die Konsumgütergroßhändler werden dabei von einer Zunahme des verfügbaren Einkommens profitieren, die die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte befördert. Vor allem in mehrstufigen Handelssystemen, die über leistungsfähige Lager- und Transporteinrichtungen in Verbindung mit einer vertikalen Informationsübertragung verfügen, schlagen sich zusätzliche Umsätze im Einzelhandel rasch auf die Umsatzentwicklung des Konsumgütergroßhandels nieder. Es ist davon auszugehen, dass die Konsumenten vor allem beim Kauf von Standardartikeln des täglichen Bedarfs Einkaufsmöglichkeiten präferieren, die als besonders preiswert gelten. Vorteile ergeben sich speziell für Großhändler, die sich schwerpunktmäßig

Abb. 20
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel^{a)}



Abb. 21
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln



diesem Kundenkreis zugewandt haben. Im Jahr 2014 wird sich die erwartete Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte positiv auf die Geschäftsentwicklung des Konsumgütergroßhandels auswirken.

Einzelhandelsumsätze tendieren nach oben

In den ersten acht Monaten 2013 tendierten die nominalen Umsätze des Einzelhandels (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) nach oben. Damit setzte sich die Aufwärtsentwicklung fort, die gegen Ende des Jahres 2012 einsetzte (vgl. Abb. 20). Nach einem Plus im Jahr 2012 von nominal 2,1 und real 0,2% übertrafen die Umsätze in den ersten beiden Tertianen 2013 das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 1,7%. Der Zuwachs ist nahezu ausschließlich auf gestiegene Verkaufspreise zurückzuführen; real, also zu konstanten Preisen, waren die Umsätze lediglich um 0,2% höher.

Ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum von nominal 3,6% erzielten die Unternehmen, die hauptsächlich Lebensmittel vertreiben. Real entspricht das einem Anstieg um 0,8% (2012/2011: nominal: + 3,1%; real: + 0,4%). Zur Aufwärtsentwicklung hat vor allem die deutliche Nachfragebelebung zu Beginn der zweiten Jahreshälfte beigetragen (vgl. Abb. 21).

Einzelhändler, die vorwiegend Nichtlebensmittel vertreiben, übertrafen trotz einer lebhaften Umsatzentwicklung im ersten Halbjahr im gesamten Zeitraum von Januar bis August 2013 das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um lediglich 0,3%. Ausschlaggebend für den nur leichten Zuwachs war die Absatzschwäche zu Beginn der zweiten Jahreshälfte (vgl. Abb. 22). Real, also zu konstanten Preisen, bedeutet das ein Minus von 0,2% (2012/2011: nominal: + 1,4%; real: 0,0%).

Auch die Entwicklung der einzelnen Angebotstypen wich teilweise beträchtlich von der des Gesamtaggregats ab. Das zeigt sich besonders deutlich in der Unterscheidung zwi-

Abb. 22

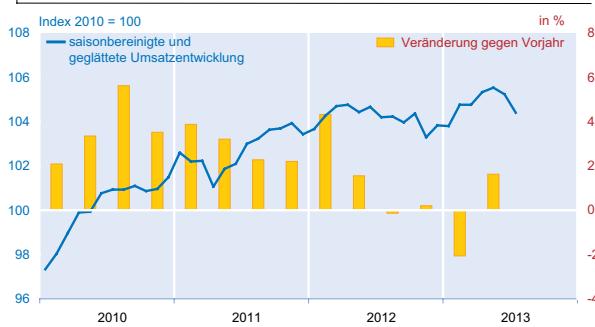
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel mit Nichtlebensmitteln

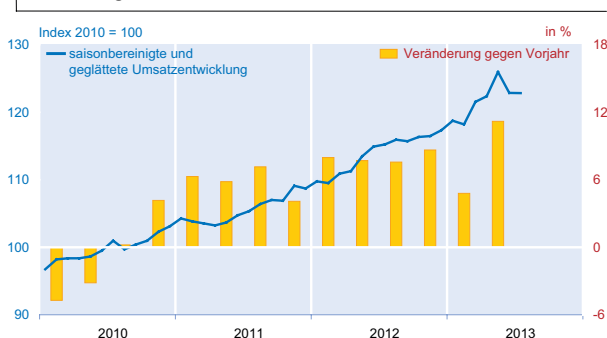
Abb. 23

Entwicklung der nominalen Umsätze im stationären Einzelhandel

schen dem stationären Einzelhandel und dem Distanzhandel. Die Ladengeschäfte verzeichneten in den ersten acht Monaten 2013 einen Umsatzzuwachs gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von nominal 1,3%. Real waren die Umsätze um 0,3% niedriger (vgl. Abb. 23). Die Umsätze des katalog- und internetbasierten Versandhandels erhöhten sich nach dem deutlichen Anstieg im Vorjahr erneut (nominal: + 7,4%; real: + 6,8%) (vgl. Abb. 24).

Eine moderate Aufwärtsentwicklung der nominalen Umsätze liegt mit einem Plus von 2,8% im Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten vor. Preisbereinigt bedeutet das allerdings einen Rückgang um 1,1%. Der erneut deut-

Abb. 24

Entwicklung der nominalen Umsätze im Versand- u. Interneteinzelhandel

liche Anstieg der nominalen Umsätze sonstiger Angebotstypen des nichtstationären Einzelhandels um 5,8% ist in erster Linie auf die positive Entwicklung des Direktverkaufs von Brennstoffen zurückzuführen. Dessen Umsätze legten nominal um 7,8% und real sogar um 12,3% zu.

Auch innerhalb des stationären Einzelhandels entwickelten sich die Umsätze in den ersten beiden Tertialen des Jahres 2013 recht unterschiedlich. Zu den wenigen Sparten, die einen Umsatzzuwachs im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichneten, gehört der mit einem Umsatzanteil von 37% vergleichsweise bedeutende Sortimentseinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln. In dieser Sparte legten die nominalen Umsätze um 3,9% zu, was real einem Plus von 1,1% entspricht. Ein überdurchschnittliches Wachstum der nominalen Umsätze um 3,6% erzielte der Facheinzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln. Real waren hier die Umsätze um 3,5% höher als in den ersten acht Monaten des Vorjahres. Auch der Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren hat mit einem Umsatzzuwachs von nominal 2,5% und real 0,5% besser abgeschnitten als der stationäre Einzelhandel insgesamt. Mit einer erneut verringerten Nachfrage war der Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern konfrontiert (nominal: - 24,1%; real: - 24,8%). Deutlich hinter dem Vorjahresergebnis blieben die nominalen Umsätze auch im Einzelhandel mit Uhren und Schmuck (- 8,4%), im Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf (- 4,2%) sowie im Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen und Saatgut (- 3,1%) zurück. Die divergierende Umsatzentwicklung spiegelt in einzelnen Sparten auch den anhaltenden Strukturveränderungsprozess im Einzelhandel wider. So ist es bei den sonstigen Sortimentern, zu denen auch die Warenhäuser gehören, zu weiteren Umsatzeinbußen gekommen (nominal: - 1,5%; real: - 2,5%). Und speziell im stationären Sortimentsbuchhandel hatte die wachsende Akzeptanz des Online-Handels einen Umsatzrückgang (nominal: - 2,4%; real: - 4,9%) zur Folge.

Günstige Perspektiven

Sowohl die Erwartungen der Unternehmen als auch die prognostizierte Entwicklung wichtiger Bestimmungsfaktoren deuten auf eine anhaltende Aufwärtsentwicklung der nominalen Umsätze hin. Die Einzelhändler (ohne Kraftfahrzeughändler) werden im gesamten Jahr 2013 einen Umsatzzuwachs von nominal 1,5 bis 2% erzielen. Dafür spielt das Wachstum des verfügbaren Einkommens eine wesentliche Rolle. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose geht in seiner Konjunkturprognose vom Oktober 2013 von einem Anstieg des Einkommens privater Haushalte um 2,3% aus. Dazu tragen neben den Nettolöhnen und -gehältern, die sich voraussichtlich um 2,9% erhöhen werden, auch die monetären Sozialleistungen bei (+ 2,3%). Angesichts der sinken-

den Sparquote werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte mit 2,6% stärker zunehmen als ihr Einkommen. Die Konsumfähigkeit und die aufgrund der günstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt erhöhte Konsumbereitschaft werden sich zwar auch in der Entwicklung der nominalen Einzelhandelsumsätze positiv niederschlagen; allerdings dürften sie unterproportional wachsen. Ausschlaggebend dafür sind die steigenden Ausgaben für Energie, das Gesundheitswesen sowie den Verkehr. Diese Verbrauchskategorien werden zunehmend Kaufkraft absorbieren. Außerdem verlieren einzelhandelsrelevante Ausgaben auch deshalb an Bedeutung im Verwendungsspektrum, weil sich die Konsumenten speziell im Einkauf von Massenartikeln im Bereich der Waren des täglichen Bedarfs weiterhin Vertriebsformen des Einzelhandels zuwenden, die als besonders preiswert gelten. Im Jahr 2014 werden die Umsätze des Einzelhandels weiter ansteigen. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen eine beschleunigte Zunahme der Einkommen privater Haushalte erwarten. Dazu wird auch der wieder etwas stärkere Anstieg der Nettolöhne und -gehälter infolge einer kräftigen Zunahme der Beschäftigung und höherer Tariflohnsteigerungen beitragen. Bei verbesserter konjunktureller Lage werden aber vor allem die Selbständigen- und Vermögenseinkommen steigen. Die monetären Sozialleistungen werden dagegen etwas schwächer zulegen. Insgesamt ist mit einem verfügbaren Einkommen zu rechnen, das um 3,2% höher sein wird als im Jahr 2013. Der private Konsum wird – angesichts einer weitgehend unveränderten Sparquote – mit derselben Rate zunehmen. Der Umsatzanstieg des Einzelhandels wird auch im Jahr 2014 hinter der Zunahme des privaten Verbrauchs zurückbleiben. Vor allem im Nicht-Nahrungsmittelbereich kommt es dabei zu weiteren Strukturveränderungen, die durch eine immer größere Bedeutung der Internet-Anbieter gekennzeichnet ist. Um an der Expansion dieses Vertriebswegs zu partizipieren, werden hier auch traditionelle Betreiber von Ladengeschäften aktiv. Andererseits sehen aber auch katalog- und internetbasierte Distanzhändler Chancen, ihren Absatz durch ein Engagement im stationären Einzelhandel zu beleben (Multi-Channel). Diesem Themenkreis widmeten sich die Referate von Herrn Professor Heinemann und Herrn Ortner.

Der Strukturwandel im Einzelhandel gewinnt an Dynamik. Einen wichtigen Impulsgeber stellt laut *Gerrit Heinemann* neben der weiter zunehmenden Internetnutzung die explodierende Smartphone-Penetration dar, wodurch die Konsumenten an jedem Ort und zu jeder Zeit auf das mobile Internet zugreifen können. Per Mitte 2013 nutzen bereits etwa 43% der deutschsprachigen Wohnbevölkerung das mobile Internet mithilfe von mobilen Devices. Angesichts des durch die digitalen Handelsformen verstärkten Wettbewerbs im Einzelhandel sehen sich insbesondere die stationären Formate veranlasst, sich auf die veränderten Anforderungen der Kunden rasch einzustellen. Vor allem im Einzelhandel

mit Nichtnahrungsmitteln gewinnt der Online-Handel zu Lasten des stationären Einzelhandels rasant an Bedeutung. In einzelnen Fachsparten ist die 30%-Marke bereits überschritten. Beispiele dafür sind der Einzelhandel mit Medien/Büchern, Unterhaltungselektronik und elektrischen Haushaltsgeräten sowie der Einzelhandel mit Informations- und Kommunikationsgeräten. Im Buchhandel werden den Ausführungen von Prof. Heinemann zufolge aktuell bis zu 40% des Umsatzes im Online-Geschäft getätigt, und selbst Modeartikel erreichen nach neuesten GfK-Zahlen bereits 23%. Die Kunden im Einzelhandel nutzen sowohl Online- als auch Offline-Angebote und kombinieren die einzelnen Schritte des Einkaufsprozesses von der Produkt- und Preisinformation im Rahmen der Kaufvorbereitung bis zur Durchführung des Kaufs. Dabei wird sich der Anteil der Konsumenten, die sich online informieren, dann aber offline (z.B. im Ladengeschäft) einkaufen, von derzeit rund 60% weiter erhöhen. Ebenso geht Prof. Heinemann von einem Bedeutungsgewinn jener Konsumentengruppe aus, die alle Stufen des Einkaufsprozesses online erledigt. Dagegen wird die Rolle der Konsumenten, die als »treue Offliner« alle Aktivitäten des Kaufprozesses weiterhin in stationären Formaten vornehmen, von derzeit rund 30% vor allem generationenbedingt stark abnehmen. Der Anteil der sogenannten »Showroomer«, also der Konsumenten, die online kaufen (weil sie beispielsweise die Annehmlichkeit der Lieferung nutzen wollen), nachdem sie sich im Ladengeschäft erkundigt haben, nimmt ebenfalls zu. Alles in allem wird sich die Kundenfrequenz in den Ladengeschäften eher verringern. Es ist davon auszugehen, dass die Einzelhändler in Deutschland zukünftig ihre Positionierung als Multi-Channel-Anbieter professionalisieren werden, wobei sie die verschiedenen Vertriebskanäle unter Erhalt der Vorteile jedes einzelnen integrieren. Infolgedessen sind schon heute im Nichtnahrungsmittel-Bereich rund 17% der Einzelhandelsumsätze als sogenannte »Multi-Channel-Umsätze« nicht mehr bestimmten Kanälen zuzuordnen, da diese von den Kunden während des Einkaufsprozesses parallel oder sequentiell genutzt werden. Eine Schlüsselrolle spielt diesbezüglich das Smartphone, mit dem die Kunden selbst im stationären Einzelhandel online sein können. Damit sind sie in der Lage, Preis- und Produktinformationen jederzeit abzufragen oder den Produktbestand zu überprüfen. Smartphones fungieren außerdem als Zubringer für die anderen Handelskanäle. Unterwegs gewonnene Informationen können sowohl zu Hause online am Desktop oder im Geschäft differenzierter analysiert werden. Die Betriebsformen gehen zudem ineinander über; es kommt zu einer verstärkten Virtualisierung im Einzelhandel, beispielsweise bezüglich der Regalinhalte, der Schaufenster oder der Ankleidemöglichkeiten und dabei um eine neue Art der Kundenorientierung, die Prof. Heinemann auch in einem FAZ-Artikel beschreibt (vgl. FAZ, Nr. 250, 28. Oktober 2013).

Die Zusammenführung von Online-Geschäft und stationärem Handel zielt auf eine Steigerung der Kundenzufrieden-

heit und eine erhöhte Kundenbindung. Klaus Ortner, Geschäftsführer des Beratungsunternehmens BVO Ortner Ltd., stellte in seinem Referat nicht nur die Anpassungserfordernisse des Ladengeschäfts heraus, sondern auch die Auswirkungen des Online-Handels auf die Beziehung zu den Lieferanten sowie die Konsequenzen für den innerstädtischen Einzelhandel. Nach seinen Erfahrungen in der Praxis müssen vor allem die Verkaufsstellen großer Filialsysteme Funktionen übernehmen, die eine Brücke zum Online-Angebot schlagen. Qualifizierte Verkäufer bieten den Kunden darüber hinaus aber auch die Möglichkeit, sich persönlich in einem angenehmen Umfeld beraten zu lassen und sich über die verschiedenen Serviceleistungen zu informieren. Die Mitarbeiter im Multi-Channel-Vertrieb verfügen idealerweise über eine hohe Beratungskompetenz, sind nicht auf einen Vertriebskanal fokussiert und ausschließlich auf die Anliegen des Kunden orientiert. Für die kundenspezifische Beratung müssen dem Verkäufer Informationen beispielsweise über das Kauf- und Bestellverhalten des einzelnen Kunden in der Vergangenheit sowie dessen Zahlungsverhalten bereitgestellt werden. Bei der Zusammenstellung des Sortiments sollte der Online-Vertriebskanal die entscheidende Rolle spielen. Die einzelnen Ladengeschäfte ordern aus dem Gesamtsortiment, wobei sie Einflussfaktoren wie die Kundenstruktur, die Standort- und die Wettbewerbssituation berücksichtigen. Damit weicht das im stationären Handel vorrätige Warenangebot von dem online verfügbaren (wesentlich umfangreicheren) Sortiment ab. Auch hinsichtlich der Verkaufspreise können zwischen den Vertriebskanälen Unterschiede bestehen, da bei deren Kalkulation neben den spezifischen Kosten auch das jeweilige Wettbewerbsumfeld berücksichtigt wird. Für die Zukunft ist den Ausführungen von Herrn Ortner zufolge speziell in den Mittelzentren, mit einer Einwohnerzahl zwischen 20 000 und 100 000 ein negativer Einfluss des Online-Handels auf den stationären Einzelhandel zu erwarten. In den Kleinzentren mit weniger als 20 000 Einwohnern wird der Einzelhandel infolge der nachlassenden Kundenfrequenz weiter erodieren, und es wird zu Leerständen kommen. Einzelne Ladengeschäfte werden ihre Verkaufsfläche verringern, damit eine optimale Leistungserstellung sichergestellt werden kann.

Forum 3: konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Wohnungsbau im Fokus der Politik

Ludwig Dorffmeister und Erich Gluch

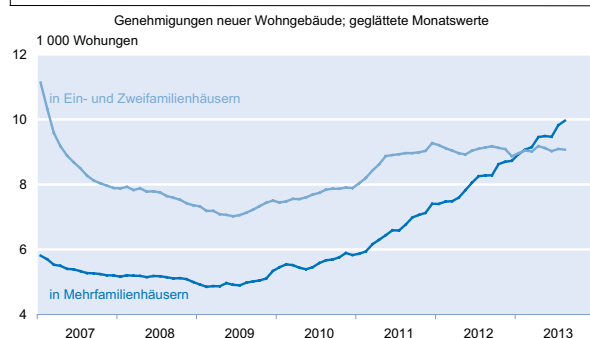
Im Einführungsvortrag gab Ludwig Dorffmeister, ifo Institut, zuerst einen kurzen Überblick über die Wohnungsbauaktivitäten der vergangenen Jahre in Deutschland. Danach ist der hiesige Wohnungsbau eindeutig ein Nutznießer der europäischen Wirtschaftskrise. In den vergangenen Jahren flüchteten immer mehr Investoren und Privathaushalte in Sachwerte, respektive Wohnimmobilien und lösten dadurch eine steigende Baunachfrage in wirtschaftlich stabilen Ländern wie Deutschland, aber auch Norwegen oder der Schweiz aus. Gründe für das veränderte Investitionsverhalten sind in erster Linie Inflationsängste bei gleichzeitig niedrigen Sparzinsen und fehlenden Anlagealternativen. Hinzu kam die Furcht vor einem Zerfall des Eurogebietes. Die überaus günstigen Hypothekenzinsen unterstützten diese Entwicklung. Für eine wachsende Wohnraumnachfrage sorgte überdies eine sprunghaft gestiegene Zuwanderung. Dämpfende Faktoren – wie die in zahlreichen Ballungsgebieten stark verteuerten Grundstückspreise oder die durch die Energieeinsparvorschriften erheblich nach oben getriebenen Baukosten – bremsen die Neubauaktivitäten derzeit nur unwesentlich.

Fokussierung auf den Geschosswohnungsbau

Während die Maßnahmen im Gebäudebestand relativ stabil laufen, haben die Neubaugenehmigungen seit 2009 kräftig zugelegt. Aktuell feiert der Bau neuer Mehrfamiliengebäude ein bemerkenswertes Comeback (vgl. Abb. 25). Im laufenden Jahr werden wohl erstmals seit 1997 wieder mehr Geschosswohnungen genehmigt werden als Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (»Eigenheime«). Diese Situation ist charakteristisch für einen beginnenden Wohnungsbauboom. Im Mehrfamilienhausbau dürfte daher die positive Entwicklung der vergangenen Jahre – wenn auch in abgeschwächter Form – weitergehen. Dagegen dürfte das

Abb. 25

Comeback des Mehrfamilienhausbaus



Tab. 4
Wohnungsfertigstellungen in Deutschland nach Gebäudearten 2006 bis 2015
 1 000 Wohnungen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}	2015 ^{a)}
	Deutschland insgesamt									
In neu errichteten Wohngeb.	220,6	185,3	152,2	136,5	140,1	161,2	176,6	205	225	240
davon in:										
Ein- und Zweifamiliengeb.	150,1	124,0	96,4	83,9	85,4	97,0	100,3	105	110	115
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	70,6	61,3	55,9	52,6	54,7	64,2	76,3	100	115	125
Sonstige Fertigstellungen ^{c)}	28,8	25,4	23,7	22,5	19,7	21,9	23,9	28	30	32
Wohnungen insgesamt	249,4	210,7	175,9	159,0	159,8	183,1	200,5	233	255	272

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – ^{c)} In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in neu errichteten Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Wachstumspotential im Eigenheimbau deutlich geringer sein. Aktuell geht es nämlich vor allem darum, die stark gestiegene Nachfrage nach Miet- und Eigentumswohnungen zu befriedigen, die sich unter anderem durch die fortschreitende Urbanisierung ergibt. Die kürzlich beschlossene zeitliche Verschiebung strengerer Energieeinsparvorschriften für Neubauten von 2014 auf das Jahr 2016 (vgl. EnEV-Novellierung) hat die mittelfristigen Rahmenbedingungen für den Wohnungsneubau weiter verbessert.

Den Prognosen des ifo Instituts zufolge dürfte die Zahl fertiggestellten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäu-

den bis 2015 auf rund 240 000 Einheiten zunehmen (vgl. Tab. 4). Hiervon werden auf Mehrfamiliengebäude etwa 125 000 Wohnungen und auf Ein- und Zweifamilienhäuser 115 000 Einheiten entfallen. Im laufenden Jahr werden wohl noch etwas mehr Wohnungen in Eigenheimen (105 000) als in Mehrfamiliengebäuden (100 000) fertiggestellt.

Angesichts rasant steigender Mieten und Kaufpreise in Wachstumsregionen geriet der Wohnungsmarkt vor der Bundestagswahl immer stärker ins Zentrum politischer Überlegungen und öffentlicher Diskussionen. Die Parteien

Tab. 5
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2006 bis 2015
 Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro (Referenzjahr: 2005)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}	2015 ^{a)}
Wohnungsbau	120,81	118,69	114,52	111,57	116,73	127,2	128,5	130,4	135,6	137,0
Nichtwohnbau	88,71	90,14	92,91	89,25	90,52	96,3	92,0	90,7	94,2	95,5
davon:										
gewerblicher Bau	60,99	62,68	65,43	61,59	62,09	67,2	65,8	64,4	66,5	67,4
- gew. Hochbau	45,30	47,14	50,08	47,26	46,93	50,9	49,8	48,6	50,3	51,0
- gew. Tiefbau	15,69	15,54	15,35	14,32	15,17	16,2	16,0	15,8	16,2	16,4
öffentlicher Bau	27,72	27,48	27,50	27,66	28,44	29,2	26,2	26,4	27,7	28,1
- öff. Hochbau	9,82	9,98	10,01	10,74	11,85	11,7	9,8	9,9	10,2	10,3
- öff. Tiefbau	17,90	17,50	17,49	16,94	16,62	17,5	16,4	16,5	17,5	17,8
Insgesamt	209,51	208,84	207,42	200,80	207,23	223,5	220,5	221,1	229,8	232,5
	Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}	2015 ^{a)}
Wohnungsbau	6,0	- 1,8	- 3,5	- 2,6	4,6	8,9	1,1	1,5	4,0	1,0
Nichtwohnbau	4,4	1,6	3,1	- 3,9	1,4	6,4	- 4,6	- 1,3	3,8	1,4
davon:										
gewerblicher Bau	5,1	2,8	4,4	- 5,9	0,8	8,2	- 2,1	- 2,1	3,3	1,4
- gew. Hochbau	5,1	4,1	6,2	- 5,6	- 0,7	8,6	- 2,2	- 2,5	3,5	1,5
- gew. Tiefbau	5,0	- 0,9	- 1,3	- 6,7	5,9	7,1	- 1,7	- 1,0	2,5	1,0
öffentlicher Bau	2,9	- 0,9	0,1	0,6	2,8	2,6	- 10,1	0,7	4,9	1,4
- öff. Hochbau	4,4	1,6	0,4	7,2	10,3	- 1,5	- 15,8	1,0	3,0	0,5
- öff. Tiefbau	2,2	- 2,2	- 0,1	- 3,2	- 1,9	5,5	- 6,4	0,5	6,0	2,0
Insgesamt	5,3	- 0,3	- 0,7	- 3,2	3,2	7,8	- 1,4	0,3	3,9	1,2

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen, bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

versprochen unterschiedliche Markteingriffe, um gegen die vermeintlichen Übertreibungen vorzugehen. Anfang November einigten sich Union und SPD in den Koalitionsverhandlungen auf das »Paket für bezahlbares Bauen und Wohnen«. Dieses enthält etwa zusätzliche Mittel für die staatlichen Förderprogramme (z.B. CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW) sowie die Einführung einer steuerlichen Abschreibung für die energetische Gebäudesanierung und die Wiedereinführung einer degressiven AfA – letzteres lediglich für den Mietwohnungsneubau. Auf der anderen Seite soll zukünftig die Miete bei Mieterwechsel nur noch um maximal 10% über dem vergleichbaren, lokalen Niveau liegen dürfen – Erstvermietungen werden hiervon wohl ausgenommen sein. Zudem dürfen in »angespannten« Wohnungsmärkten die Bestandsmieten nur noch um höchstens 15% innerhalb von vier Jahren (derzeit drei Jahre) angehoben werden. Die »Modernisierungsumlage« (bisher 11%) soll überdies auf 10% sinken (gilt nicht für energetische/altengerechte Sanierungen). Die einzelnen Maßnahmen stellen bisher lediglich Verhandlungsergebnisse der Parteien dar. Deren tatsächliche Umsetzung und vor allem Ausgestaltung – im Falle einer erfolgreichen Koalitionsverhandlung – ist noch lange nicht beschlossen. Die einzelnen Maßnahmen dürften teils positive, teils negative Auswirkungen auf die Sanierungs- bzw. Neubautätigkeit haben. Über die Gesamteffekte kann daher derzeit nur spekuliert werden.

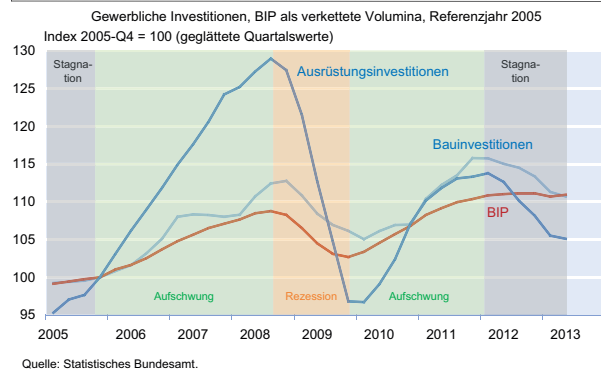
Nach der aktuellen Investitionsprognose des ifo Instituts dürften die Wohnungsbauaktivitäten bis 2015 spürbar wachsen, wobei die Impulse vor allem aus dem Neubaubereich kommen werden. Die derzeit positiven Rahmenbedingungen werden wohl auch mittelfristig die Oberhand behalten. 2013 dürfte ein moderates und 2014 ein starkes Wachstum zu beobachten sein (vgl. Tab. 5).

Firmen scheuen derzeit größere Investitionen

Die gewerbliche Baunachfrage ist in der Regel sehr stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Sobald die Wirtschaft an Schwung verliert und die nahe Zukunft keine rasche Belebung verspricht, halten sich die Unternehmen mit Investitionen zurück. So werden beispielsweise in Phasen der Stagnation weniger langlebige Güter wie Fahrzeuge oder Maschinen geordert, aber auch weniger für die Modernisierung des Gebäudebestandes ausgegeben. Zudem werden geplante Neubauvorhaben einer genaueren Prüfung unterzogen.

Die deutsche Volkswirtschaft ist – vor allem aufgrund der ungünstigen Absatzsituation in vielen europäischen Ländern – seit Anfang 2012 kaum gewachsen (vgl. Abb. 26). Diese Stagnation war bereits ein beachtlicher Erfolg, der der besseren Entwicklung auf außereuropäischen Absatzmärkten zuzuschreiben ist. Gleichwohl haben die Firmen auf diese

Abb. 26
Gewerbebau leidet unter der Wirtschaftsflaute



nachhaltige Schwächephase reagiert und ihre Investitionen merklich zurückgefahren.

Die entscheidende Frage für die zukünftige Entwicklung dieser Bausparte ist deshalb, wann eine spürbare Konjunkturbelebung einsetzt. Die Institute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose erwarten für 2014 eine spürbare Erholung der inländischen Wirtschaftstätigkeit (+ 1,8%) – nach einem nur geringen Wachstum in 2013 (+ 0,4%). Auch die Auslandsnachfrage dürfte im nächsten Jahr deutlich zulegen (Exporte: + 5,0%). In vielen europäischen Ländern wird die Lage zwar schwierig bleiben, vielerorts deutet sich jedoch immerhin eine Stabilisierung an. Die Weltwirtschaft wird den Prognosen der Institute zufolge 2014 voraussichtlich um 3,5% wachsen (Messkonzept gemäß IWF).

Parallel hierzu werden die Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung immer weiter aufgeben. Davon dürfte auch der Bausektor profitieren. Für 2014 ist mit einem Zuwachs der gewerblichen Bauinvestitionen von nahezu 3½% auszugehen, wobei der Hochbau etwas stärker zulegen dürfte. Auch der Ausblick für 2015 bleibt positiv (+ 1,4%).

Im laufenden Jahr befindet sich die gewerbliche Baunachfrage allerdings noch im Rückwärtsgang. So dürfte – aufgrund der allgemeinen Verunsicherung – im Gesamtjahr 2013 ein ähnlich großer Rückgang der Bauinvestitionen erfolgen wie bereits im Vorjahr (jeweils + 2,1%). Immerhin gehen die Konjunkturforscher der Institute für die zweite Jahreshälfte 2013 von einem deutlich günstigeren allgemeinen Konjunkturverlauf aus. Von Juli bis Dezember 2013 soll nämlich das Bruttoinlandsprodukt um mehr als 1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zunehmen. Diese Entwicklung dürfte sich sicherlich positiv auf die gewerbliche Baunachfrage auswirken.

Kommunale Finanzlage bleibt vielerorts angespannt

Städte und Gemeinden zeichnen sich für rund drei Fünftel der öffentlichen Baunachfrage verantwortlich. Daher ist de-

ren finanzielle Verfassung von überragender Bedeutung für die Entwicklung dieser Bauparte. Zwar haben sich die kommunalen Steuereinnahmen seit der Finanzkrise wieder deutlich erholt, gleichzeitig sind allerdings auch die laufenden Ausgaben seit damals spürbar gestiegen. Zudem haben sich zahlreiche Kommunen im Zuge der Konjunkturprogramme finanziell übernommen, um die Zuschüsse für ausgewählte Hochbauvorhaben zu erhalten. Die Konsolidierung wird vielerorts also noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Der seit August geltende Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern unter drei Jahren hat die Lage von Städten und Gemeinden – trotz der Finanzierungszuschüsse vom Bund – zusätzlich erschwert. Die laufenden Kosten für den Unterhalt der neuen Kindertagesstätten belasten die öffentlichen Budgets weiter. Immerhin ist davon auszugehen, dass sich der Bund an einigen ausgewählten Aufgaben der Kommunen zukünftig stärker finanziell beteiligen wird. Der große »Befreiungsschlag« ist jedoch nicht zu erwarten.

Der von der amtlichen Statistik ausgewiesene Finanzierungssaldo der Kommunen täuscht über die tatsächliche Situation vieler Städte und Gemeinden hinweg. Auch wenn die Einnahmen in diesem Jahr moderat über den Ausgaben liegen werden, so dürften bei nicht wenigen Kommunen nach wie vor große finanzielle Lücken klaffen – und in vielen Fällen die Verschuldung sogar noch weiter steigen.

Das KfW-Kommunalpanel und diverse Befragungen weisen immer wieder auf die immer größer werdenden Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen hin. Eine spürbare Belebung der kommunalen Baunachfrage ist so gut wie ausgeschlossen, solange ein wesentlicher Teil der Städte und Gemeinden rote Zahlen schreibt. Gerade wirtschaftlich benachteiligte Regionen sind davon betroffen.

Eine von Ernst & Young im Juni/Juli dieses Jahres durchgeführte Umfrage zeigt, dass im Sommer noch fast 60% der Befragten von einem Finanzdefizit für 2013 ausgingen (vgl. Abb. 27). Weniger als ein Drittel dürfte demnach Überschüs-

se erzielen. Beängstigender sind allerdings die Einschätzungen zur Entwicklung in den kommenden drei Jahren. Die Hälfte der befragten Kommunen rechnete mit einer Zunahme, nur knapp 40% erwarteten einen Rückgang ihrer Schuldenlast. Angesichts der Tatsache, dass die Finanzierungszinsen irgendwann wieder deutlich steigen werden, sind die Vorzeichen für größere Handlungsspielräume in Sachen Bauinvestitionen alles andere als gut.

Verkehrsinvestitionen dürften ab 2014 deutlich angehoben werden

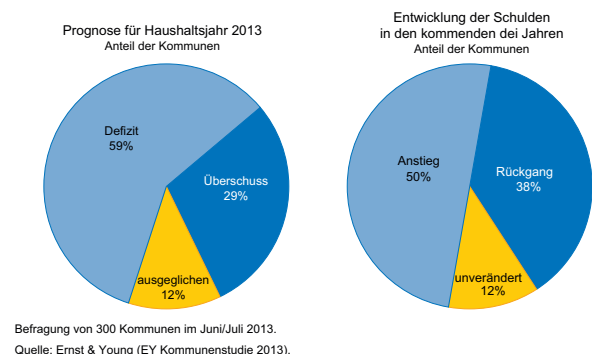
Die Bauwirtschaft setzt ihre Hoffnungen in diesem Bereich deshalb vor allem auf eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen seitens des Bundes ab 2014, die sich immer mehr abzeichnet. Der Beschluss der Sonder-Verkehrsminister-Konferenz von Anfang Oktober beinhaltet einen denkbaren Fahrplan, wie schließlich von 2019 an jährlich insgesamt gut 7 Mrd. Euro mehr in die Verkehrswege von Bund, Ländern und Gemeinden investiert werden könnte – im Vergleich zum Jahr 2012. Einerseits sollen ab 2014 wesentlich mehr Steuereinnahmen des »Verkehrsbereichs« (u.a. Kfz-Steuer, Mineralölsteuer) in die Verkehrswege fließen als bislang (2,7 Mrd. Euro). Davon soll rund 1 Mrd. Euro den Bahnanlagen (Bahndividende und Aufstockung LuFV: jeweils rund 500 Mill. Euro) und etwa 200 Mill. Euro den Wasserwegen zugutekommen. Der Rest ist laut Beschluss der Konferenz für den Straßenbau vorgesehen. Vor allem aber soll die Lkw-Maut mittelfristig stufenweise auf deutlich mehr Strecken und Fahrzeuge ausgeweitet werden.

Inwieweit die Vorschläge, die auf den Bericht der Kommission für »Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung« – unter Vorsitz des ehemaligen Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig – zurückgehen, umgesetzt werden, wird sich in den nächsten Wochen der Koalitionsverhandlungen zeigen. Eigentlich sollte der Bericht als Blaupause für den Koalitionsvertrag dienen. Deutlich stärker im öffentlichen Fokus ist dagegen die Einführung einer »Pkw-Maut für Ausländer«, die aber wohl nur vergleichsweise geringe Zusatzeinnahmen generieren dürfte.

Ähnlich wie im Wohnungsbau stehen in den nächsten Wochen also auch im öffentlichen Bau noch einige für die Baunachfrage relevante Entscheidungen an. Die Prognose für diesen Teilsektor wird dadurch wesentlich erschwert. Nach der gegenwärtigen Einschätzung wird vor allem der Bund seine Infrastrukturausgaben ab 2014 deutlich ausweiten. Hiervon dürfte vor allem der Tiefbau profitieren, wobei zu berücksichtigen ist, dass Investitionen, die durch das staatlich kontrollierte »Unternehmen« Deutsche Bahn AG getätigt werden, statistisch im gewerblichen Bau verbucht werden.

Abb. 27

Vielen Kommunen geht es weiterhin schlecht



Insgesamt werden die öffentlichen Bauinvestitionen nächstes Jahr voraussichtlich um knapp 5% und 2015 um weitere rund 1,5% wachsen. Das Tiefbausegment dürfte dabei wesentlich stärker zulegen können als der Hochbaubereich, der aber ebenfalls Zuwächse verzeichnen wird. Für das laufende Jahr ist dagegen – auch aufgrund der ungünstigen Witterung – lediglich von einem kleinen Plus von gut ½% auszugehen – und das, obwohl 2012 die öffentlichen Bauinvestitionen um über 10% nachgaben.

Allgemeines »zurück in die Stadt« nicht nachweisbar

Reiner Braun, empirica ag, eröffnete seinen Vortrag »Bezahlbares« Wohnen in Metropolen mit Aussagen zum Wanderungsmuster in Deutschland in den vergangenen knapp 20 Jahren. Hierbei konzentrierte er sich exemplarisch auf zwei Dreijahreszeiträume sowie drei Regionstypen. Danach waren 1996 – 1998 sowohl in den heutigen Wachstums- als auch den heutigen Schrumpfungsregionen die Kernstädte so gut wie ausschließlich die »Verlierer«. Es fand nämlich eine spürbare Abwanderung von dort in die Umland-Regionen statt. In den Jahren 2009 bis 2011 gab es dagegen in den Schrumpfungsregionen kaum Veränderungen. Aus den Wachstumsregionen wanderten zwar weiterhin – aber in deutlich geringerem Umfang als 1996/98 – Einwohner ins Umland ab. Die mit Abstand größte Wanderungsbewegung war jedoch ein kräftiger überregionaler Zustrom in die Kernstädte der Wachstumsregionen, wobei hier auch der Zuzug aus dem Ausland eine wesentliche Rolle spielte.

Es überrascht daher nicht, dass ab 2009 bei den Immobilienpreisen – die bis 2008 noch rückläufig waren – eine leichte Aufwärtstendenz zu beobachten war (vgl. Abb. 28). Diese Tendenz verstärkte sich ab 2012 sichtlich, so dass in dem Zeitraum von knapp vier Jahren (erstes Quartal 2010 bis einschließlich drittes Quartal 2013) die Preise für neuere Ein- und Zweifamilienhäuser um durchschnittlich rund 13%, die für neuere Eigentumswohnungen sogar im Durchschnitt um rund 17% kletterten.

Abb. 28
Preissteigerungen auf dem Wohnungsmarkt

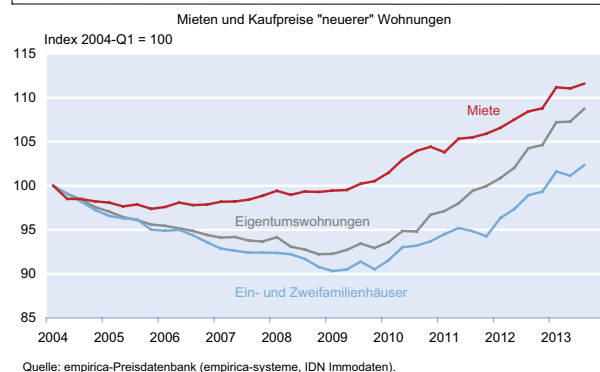
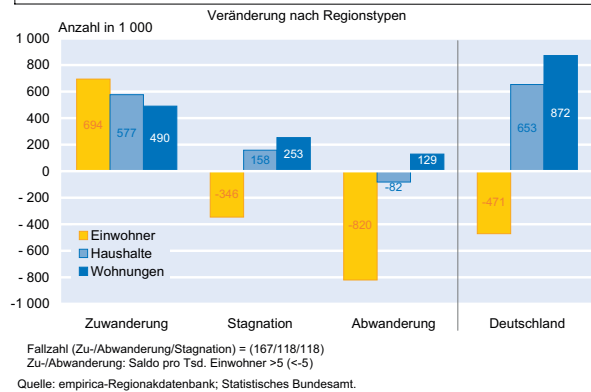


Abb. 29
Entwicklung von Wohnungsnachfrage und -angebot 2006–2011



Bereits einige Jahre zuvor – 2006 – waren die Mietpreise etwas angezogen und setzten ihren sanften Aufwärtstrend auch in den Jahren der heftigsten Turbulenzen an den Finanzmärkten fort. Dennoch stiegen die Mieten in knapp acht Jahren (bis einschließlich drittes Quartal 2013) im Durchschnitt lediglich um nahezu 14% (alle Baujahre). Dabei erreichten die Mieten in Wachstumsregionen in diesem Zeitraum ein Plus von rund 19%, während in Regionen mit schrumpfender Bevölkerung die Mieten im Herbst 2013 immerhin noch um durchschnittlich 5% höher waren als Ende 2005.

Diese Entwicklung dürfte nicht unwesentlich von der Neubautätigkeit in den verschiedenen Regionen beeinflusst worden sein. So nahm beispielsweise in den Jahren 2006 bis 2011 in den Regionen mit hoher Zuwanderung – zumeist die attraktiven Großstädte – die Zahl der Haushalte um rund 577 000 zu, während im selben Zeitraum lediglich ca. 490 000 Wohnungen hinzu kamen (vgl. Abb. 29). Die Anspannung auf diesen Wohnungsmärkten nahm damit zu. Andererseits wurden in den stagnierenden Regionen mit einem Zuwachs von 253 000 Wohnungen fast 100 000 Einheiten mehr gebaut, als sich die Zahl der Haushalte erhöht hatte. In den von Abwanderung betroffenen Regionen klappte die »Schere« mit einer Ausweitung des Wohnungsbestands von 129 000 Einheiten gegenüber einem Rückgang der Zahl der Haushalte um rund 82 000 sogar noch weiter auseinander.

Ende des quantitativen Wohnungsmangels für 2020 erwartet

Auf der Basis der Bevölkerungsvorausberechnung des BBSR und Berechnungen des empirica-Instituts dürfte sich spätestens ab 2020 ein Ende des quantitativen Mangels an den deutschen Wohnungsmärkten abzeichnen. Bis dahin dürfte sich die Wohnungsnachfrage noch auf rund 38½ Mill. Einheiten erhöhen.

Der weitere Wohnungsneubau wird dann ganz wesentlich von regionalen Entwicklungen sowie dem Umfang der Woh-

nungsabgänge geprägt sein. So würde beispielsweise der Leerstand in den schrumpfenden Regionen bis 2030 auf 2,3 Mill. Wohnungen ansteigen – wenn dort bei anhaltender Neubautätigkeit keine Wohnungen abgerissen würden.

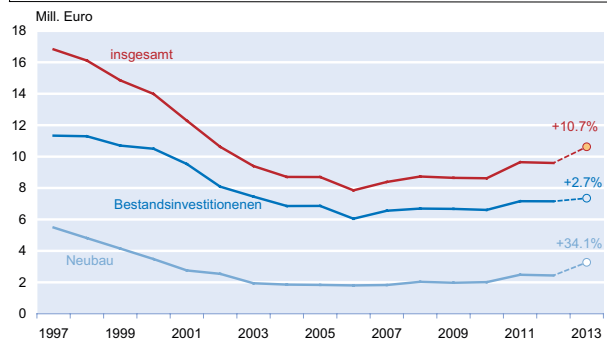
Unabhängig von diesen langfristigen Trends gilt es aber auch zu berücksichtigen, dass der Wohnungsmarkt starke zyklische Entwicklungen aufweist. Das heißt, eine deutliche Ausweitung des Wohnungsangebots wirkt dämpfend auf die Mietpreise. Oder, ein zu geringes Wohnungsangebot forciert steigende Mieten und Immobilienpreise. Der aktuelle Preisanstieg auf verschiedenen Märkten signalisiert die Knappheit des Angebots. Eine gesetzliche Begrenzung der Preiszuwächse ist daher keine Lösung. Nur eine höhere Bautätigkeit kann die Lage mittelfristig entspannen.

Gleichzeitig ist es heute schon wichtig, die »richtigen« Wohnungen zu bauen. Das heißt in erster Linie am richtigen Ort – und in zweiter Linie mit der richtigen Ausstattung. Besonders schädlich sind daher »allgemeine« Subventionen. Denn sie fördern den Neubau auch in Schrumpfungsregionen sowie in »Luxus«-Immobilien. Im ersten Fall werden etliche dieser Wohnungen in einigen Jahren zum Leerstand (meist) anderer Wohnungen führen. Im zweiten Fall wird die Förderung lediglich »mitgenommen«, denn die Wohnung wäre auch ohne staatliche Fördermittel – ähnlich luxuriös – erstellt worden.

Herausragende Bedeutung der Immobilienwirtschaft

Christian Lieberknecht vom GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. zeigte in seinem Vortrag »Bedeutung und Herausforderungen für die Wohnungswirtschaft in Deutschland« zunächst die Bedeutsamkeit der Immobilienwirtschaft aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive auf. Danach haben 2011 – in einer weiten Abgrenzung einschließlich Bauwirtschaft, Finanzierung sowie Bauplanungs- und Reinigungsdienstleistungen – rund 3,2 Mill. Unternehmen mit fast 29 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten knapp ein Fünftel zur gesamten Bruttowertschöpfung beigetragen. Der GdW stellt in diesem Kontext mit einem Wohnungsbestand seiner Mitgliedsunternehmen von knapp 6 Mill. eine nicht unbedeutende Größe dar: Bei einem Wohnungsbestand von etwa 41,3 Mill. Wohnungen (Stand: Mai 2011) repräsentiert er also rund ein Siebtel des gesamten Bestandes in Deutschland. Dabei entfällt auf kommunale Wohnungsunternehmen mit 42% der größte Anteil, gefolgt von Wohnungsgenossenschaften (37%) sowie Immobilienunternehmen der Privatwirtschaft (16%) und sonstige Wohnungsunternehmen (5%).

Abb. 30
Entwicklung der Investitionsleistungen bei den vom GdW repräsentierten Unternehmen



Quelle: GdW-Jahresstatistik (2012); eigene Schätzungen auf Grundlage von Planzahlen der Unternehmen.

Die Investitionstätigkeit der Mitgliedsunternehmen war seit 2000 geprägt von einem mindestens rund drei Mal so hohen Investitionsvolumen in Bestands- gegenüber Neubauten (vgl. Abb. 30). 2013 wird der Neubau erstmals wieder deutlich ansteigen (+ 34,1% auf 3,27 Mrd. Euro). Gleichzeitig werden nach den Planansätzen die Mittel für Bestandsinvestitionen von 7,16 Mrd. Euro in 2012 auf 7,35 Mrd. Euro in 2013 angehoben (+ 2,7%). Bezüglich der Neubautätigkeiten ist festzustellen, dass die GdW-Unternehmen vorrangig Wohnungen des oberen bzw. des mittleren Preissegmentes (43% bzw. 40%) errichten, da sich Wohnungsprojekte im unteren Bereich immer seltener betriebswirtschaftlich rechnen.

Im Folgenden behandelte Herr Lieberknecht vier Themenbereiche und ihre Auswirkungen auf die langfristige Investitionstätigkeit der Wohnungswirtschaft:

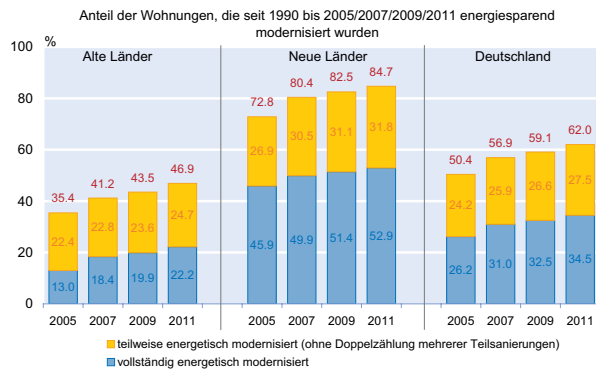
- Einflüsse von Seiten der Demographie,
- Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz,
- Erfordernisse einer alternden Gesellschaft und
- voraussichtlicher Neubau bzw. Abriss.

Trotz eines Zuwanderungssaldos von fast 800 000 Personen in der Siebenjahresperiode 2006 bis 2012 schrumpfte die Bevölkerung in Deutschland um rund 471 000 Personen. Bei einer Differenzierung nach Gebietstypen zeigt sich, dass sowohl städtische Kreise (– 248 000) als auch ländliche Kreise (– 661 000) einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hatten. Demgegenüber erhöhte sich die Bevölkerung in den kreisfreien Großstädten um 437 000 Personen, wobei gut 90% davon bereits auf die zehn Städte mit den höchsten Bevölkerungszuwächsen entfielen. Absolut gesehen nahm die Bevölkerung und damit die Wohnungsnachfrage in Berlin und München am stärksten zu, während in den dünn besiedelten ländlichen Regionen oftmals sogar die Leerstände anstiegen.

Nahezu zwei Drittel der GdW-Wohnungen energetisch teil- bzw. vollsaniert

Seit 2005 haben die GdW-Mitgliedsunternehmen ihre Bestandsinvestitionen merklich erhöht (von 6 Mrd. Euro auf

Abb. 31

Energiesparende Modernisierungsmaßnahmen der GdW-Unternehmen

über 7 Mrd. Euro). Ein ganz wesentlicher Anteil dieser Mittel ging in Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz der Gebäude. Der Anteil der vollständig energetisch modernisierten Wohnungen erhöhte sich dabei in den neuen Ländern von 46% in 2005 auf 53% in 2011 (vgl. Abb. 31). Rechnet man die zumindest teilweise energetisch modernisierten Wohnungen hinzu, ergeben sich für 2005 bzw. 2011 Quoten von 73 bzw. 85%. Die Daten für die alten Länder sind wesentlich kleiner. Hier wurden bis zum Jahr 2011 erst 47% der Wohnungen vollständig (22%) bzw. teilweise (25%) energetisch modernisiert. Der Wohnungsbestand aller GdW-Mitgliedsunternehmen war damit 2011 zu 62% vollständig (34½%) bzw. teilweise (27½%) energetisch modernisiert. Damit konnte der mittlere Energieverbrauch von 145,2 kWh/m² und Jahr in 2007 auf 138,4 kWh/m² und Jahr reduziert werden, was einem Rückgang von knapp 5% entspricht. Der bundesweite Vergleichswert über den gesamten Wohnungsbestand liegt bei 163 kWh/m² und Jahr. Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz dürften zukünftig immer schwieriger werden, da die Wohnkaufkraft der Mieter in vielen Fällen bei weitem nicht ausreicht, um die an sich wirtschaftlich notwendigen Mieterhöhungen realisieren zu können.

Alle Bevölkerungsprognosen signalisieren bereits seit Jahren eine sichtliche »Vergreisung« der Bevölkerung. So kommt die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zu dem Ergebnis, dass sich die Zahl der 65- bis unter 80-Jährigen bis 2035 noch um rund 30% erhöhen, die der über 80-Jährigen sich bis 2050 aber sogar mehr als verdoppeln wird. Der Wohnungsmarkt wird hierauf zukünftig stärker reagieren müssen. Der GdW beispielsweise plant, den Bestand an barrierefreien bzw. barrierearmen Wohnungen von rund 328 000 Wohneinheiten 2012 auf 392 000 im Jahr 2015 zu erhöhen. Knapp 7% der gesamten von GdW-Mitgliedsunternehmen bewirtschafteten Wohnungen wären dann altersgerecht bzw. zumindest barrierearm. Über den gesamten Wohnungsbestand in Deutschland gerechnet beträgt dieser Anteil lediglich 1,5 bis 2%. Schätzungen gehen davon aus, dass in den nächsten

Jahren bis zu 3 Mill. Wohnungen altersgerecht zu erstellen bzw. »nachzurüsten« sind.

Bei den GdW-Unternehmen hat sich die Neubautätigkeit zwar bereits seit 2010 etwas belebt, aber erst 2013 wird es zu einer spürbaren Erhöhung der Neubauinvestitionen kommen. In Deutschland insgesamt wurde 2009 der Tiefpunkt bei den Wohnungsfertigstellungszahlen (158 987 WE, alle Baumaßnahmen bzw. Gebäudearten) erreicht, 2012 wurden wieder gut 200 000 Fertigstellungen registriert. Andererseits hat beispielsweise das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) einen mittelfristigen Bedarf von bis zu 260 000 fertiggestellten Wohnungen pro Jahr ermittelt. Die anhaltend hohe Wohnungsnachfrage wird wohl auch die Neubautätigkeit der GdW-Mitgliedsunternehmen weiter steigern. Um die erforderliche Neubaunachfrage sowie die notwendige Anpassung der Wohnungsbestände jedoch auch realisieren zu können, müsste die Politik folgende Wünsche der Wohnungswirtschaft berücksichtigen:

- keine Verschärfungen bei der EnEV,
- keine Mietpreisbremse,
- keine Grundstücksvergabe nach dem Höchstpreisverfahren und
- angemessene Ausstattung der vorhandenen Förderprogramme.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb, Harald Blau und Anita Jacob-Puchalska
unter Mitarbeit von Rudolf Stanga

Dienstleistungssektor in Deutschland konjunk- tureresistenter als im europäischen Durchschnitt

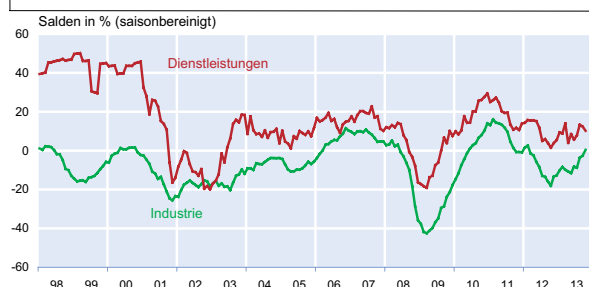
Die über weite Strecken des Jahres 2012 beobachtete konjunkturelle Schwäche in der Gesamtwirtschaft, die auch auf den Dienstleistungsbereich ausstrahlte, war – wie beim letztjährigen ifo Branchen-Dialog richtig prognostiziert – nur ein vorübergehendes Phänomen. Seit dem zweiten Quartal 2013 ist ein zaghafter konjunktureller Erholungsprozess im Dienstleistungssektor wie auch in der Gesamtwirtschaft insgesamt zu beobachten, der sich 2014 deutlich verstärken wird und auch 2015 anhalten dürfte.

Neben der insgesamt nach oben gerichteten konjunkturellen Gesamttendenz kommen dem Dienstleistungssektor in Deutschland im Prognosezeitraum weiterhin strukturelle Verschiebungen in der Wirtschaft zugute: Der Outsourcing-Trend hat sich zwar deutlich verlangsamt, erhöht aber immer noch das Wachstumspotenzial im Dienstleistungssektor, längerfristig allerdings auch die Konjunkturanfälligkeit von außen. So tendieren sowohl Wirtschaftsunternehmen als auch öffentliche Institutionen weiterhin dazu, sich von Tätigkeiten zu entlasten, die nicht zu ihren Kernkompetenzen gehören. Auch demographische Trends begünstigen weitere Anteilsgewinne des Dienstleistungssektors. Hiervon gehen Impulse u.a. auf die Sektoren Gesundheit und Weiterbildung aus.

Insbesondere die unternehmensbezogenen technischen Dienstleistungen profitieren von der wettbewerbsstarken deutschen Industrie, für die sie wichtige Zulieferfunktionen übernehmen. Wohl aus all diesen Gründen ist der Dienstleistungssektor in Deutschland in den zurückliegenden Jahren weniger konjunkturanfällig gewesen als in den meisten anderen europäischen Ländern (vgl. Abb. 32 und 33).

Abb. 32

EU-Vertrauensindikatoren^{a)} im Vergleich: Dienstleistungen und Industrie Deutschland

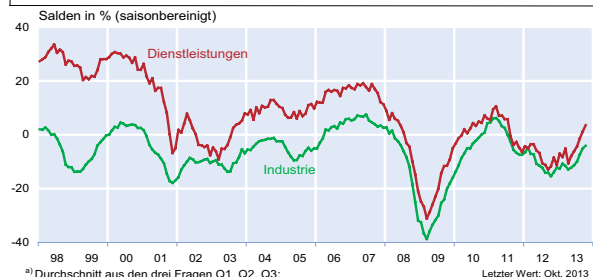


^{a)} Durchschnitt aus den drei Fragen Q1, Q2, Q3:
Q1: Entwicklung der Geschäftslage in den vergangenen drei Monaten
Q2: Entwicklung der Nachfrage in den vergangenen drei Monaten
Q3: Erwartung für die Nachfrageentwicklung in den nächsten drei Monaten

Quelle: EU-Kommission.

Abb. 33

EU-Vertrauensindikatoren^{a)} im Vergleich: Dienstleistungen und Industrie Europäische Gemeinschaft



^{a)} Durchschnitt aus den drei Fragen Q1, Q2, Q3:
Q1: Entwicklung der Geschäftslage in den vergangenen drei Monaten
Q2: Entwicklung der Nachfrage in den vergangenen drei Monaten
Q3: Erwartung für die Nachfrageentwicklung in den nächsten drei Monaten

Quelle: EU-Kommission.

Die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors und die damit einhergehende Tertiarisierung der Wirtschaft spiegeln sich deutlich in der Zusammensetzung der Bruttowertschöpfung wider: Während in Deutschland 1970 noch sowohl der Dienstleistungsbereich als auch das produzierende Gewerbe jeweils rund 48% zur Bruttowertschöpfung beisteuerten, lag der Anteil des Dienstleistungssektors im Jahr 2012 bei rund 68% (in jeweiligen Preisen); das produzierende Gewerbe trug rund 26% zur Bruttowertschöpfung bei. Der Industrieanteil hat sich in den vergangenen 40 Jahren deutlich verringert, ist zuletzt jedoch etwa konstant geblieben. Auch innerhalb des Dienstleistungssektors ist in den vergangenen 40 Jahren ein Strukturwandel festzustellen. Während früher eher haushaltsnahe Dienstleistungen (z.B. Gastgewerbe) in Anspruch genommen wurden, hat sich der Schwerpunkt hin zu den unternehmensnahen Dienstleistungen verschoben. Gerade in Deutschland stellt die Industrie in erheblichem Maße eine Triebfeder für das Umsatzwachstum und die Beschäftigtenzunahme im Dienstleistungssektor dar. Nach Untersuchungen des DIW auf Basis der letztverfügbaren Input-Output-Analyse für das Jahr 2009 hingen rd. 13% der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich (dies sind rund 3,8 Mill. Personen) von der Industrie ab; bei den unternehmensnahen Dienstleistungen sind dies sogar 22,5% der in diesem Bereich Tätigen.²

Konjunkturelle Prognosen für ausgewählte Dienstleistungsbranchen³

Transportsektor

Gesamttrend und Entwicklung 2012

Der Wirtschaftsbereich Verkehr und Lagerei nimmt innerhalb des Dienstleistungssektors mit einem Umsatz von rund

² Vgl. Edler, D. und A. Eickelpasch (2013), »Die Industrie- ein wichtiger Treiber der Nachfrage nach Dienstleistungen«, *DIW-Wochenbericht* (34), 16–23.

³ Die hier vorgestellten Prognosen basieren auf ökonomischen Schätzungen sowie auf dem Branchenwissen der ifo-Experten, wie es z.B. in der Veröffentlichung »VR Branchen special« zum Ausdruck kommt, die im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) erstellt wird. Es werden hierbei zweimal im Jahr für mehr als 100 Branchen Berichte erstellt, die einzeln nur bei den Volks- und Raiffeisenbanken erhältlich sind. Eine Zusammenstellung ausgewählter ökonomischer Schätzergebnisse findet sich in Tabelle 6.

225 Mrd. Euro und rund 2 Mill. tätigen Personen eine wichtige Rolle ein. Die Logistik ist in Deutschland die drittgrößte Branche nach der Automobilindustrie und dem Maschinenbau. Etwa die Hälfte der Logistikleistungen wird dabei von den Produktions- und Handelsunternehmen selbst erbracht. Der anhaltende Outsourcing-Trend von Werkverkehren in Industrie und Handwerk wirkt in der Branche zwar weiterhin nachfrageverstärkend, konnte aber im vergangenen Jahr (2012) den Umsatzrückgang nicht stoppen.

Der Absatzverlauf im Speditions- und Logistikgewerbe bestätigt die Erkenntnis aus früheren Konjunkturzyklen, dass dieser Sektor traditionell sehr konjunktursensibel reagiert. Im Jahre 2012 kam es wegen der angesprochenen gesamtwirtschaftlichen Schwächetendenz zu einem Rückgang des Transportaufkommens der *Landverkehrsträger* um rund 2%. Im *Seeverkehr* blieb das Transportvolumen zwar 2012 in etwa konstant; wegen der international erheblichen Überkapazitäten setzte jedoch ein starker Rückgang der Frachtraten ein, der bis zuletzt anhielt. Bei der ebenfalls sehr konjunkturanfälligen *Luftfracht* kam es 2012 zu einem Rückgang des Transportaufkommens um 2,7%.

Mit der seit dem zweiten Quartal 2013 langsam begonnenen konjunkturellen Erholung in der Gesamtwirtschaft und dem positiven Konjunkturausblick für die kommenden Quartale, hellt sich das konjunkturelle Umfeld des Transportsektors deutlich auf. Ein wichtiger Impulsgeber ist erfahrungsgemäß der Welthandel: Hatte der Welthandel in 2010 und 2011 kräftig expandiert (12,3 bzw. 5,7%), so verlor er im abgelaufenen Jahr 2012 deutlich an Dynamik (knapp 3%). Auch 2013 wird das Expansionstempo des Welthandels mit ca. 2,1% noch deutlich hinter dem langfristigen Durchschnitt zurückbleiben. 2014 und 2015 wird jedoch – im Einklang mit der konjunkturellen Erholung der Weltwirtschaft – der Welthandel wieder an Fahrt gewinnen (2014: + 4,2%). Hierdurch begünstigt wird insbesondere der in besonders hohem Maße konjunktursensible grenzüberschreitende Transportsektor.

Aktuelle Entwicklung und Prognose nach Transportsparten

Im Laufe des Jahres 2013 setzte sich in allen Transportbranchen eine konjunkturelle Erholungstendenz durch. Bei den *Landverkehrsträgern* wird das Transportvolumen in diesem Jahr um 2% zunehmen und damit wieder das Niveau von 2011 erreichen. Bei der *Seefracht* und der *Luftfracht* dürfte sich 2013 eine Zunahme des Transportvolumens um jeweils 1,5% ergeben. Wegen der nach wie vor häufig nicht kostendeckenden Frachtraten im Seegeschäft bleibt jedoch hier die wirtschaftliche Lage weiterhin angespannt.

Das Transportvolumen im gesamten Speditions- und Logistikgewerbe wird in den Jahren 2014 und 2015 voraussichtlich deutlich schneller expandieren; die Schätzungen gehen von mindestens 3 bis 4% pro Jahr aus. Diese Prognose

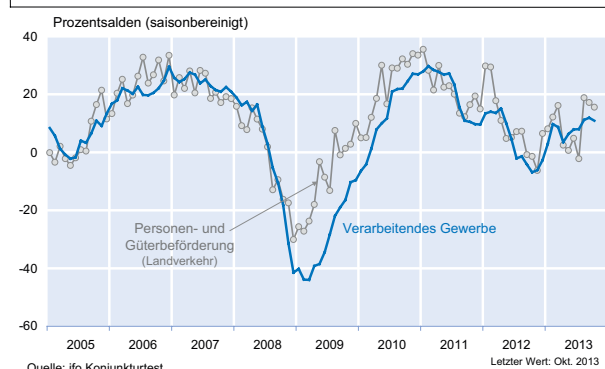
basiert zum einen auf dem angesprochenen konjunkturellen Erholungsprozess in der Gesamtwirtschaft, zum anderen auf den damit einhergehenden Strukturverschiebungen. Sind in der Anfangsphase eines konjunkturellen Erholungsprozesses die für das Transportaufkommen besonders wichtigen Ausrüstungsinvestitionen noch schwach, so dürften sie mit fortschreitendem Aufschwung – wie für 2014 und 2015 erwartet – weltweit deutlich zulegen. Bei der erwarteten Investitionsbelebung handelt es sich zwar um ein weltweites Phänomen, von dem Deutschland allerdings wegen seiner Spezialisierung in diesem Bereich überdurchschnittlich profitieren dürfte. Dies wird sich stimulierend auf das Transportaufkommen – und zwar gleichermaßen auf den Landverkehr, die Luftfracht und Seefracht – auswirken und zu einem im Vergleich zur Gesamtwirtschaft überproportionalen Anstieg führen.

In Nachbarbereichen des Transportsektors wie etwa *Güterbeförderung im Straßenverkehr, Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen wie auch bei den Post-, Kurier- und Expressdiensten*, schlägt sich die konjunkturelle Verlangsamung in der Umsatz- und Ertragsentwicklung deutlich weniger stark nieder als im Gesamtdurchschnitt. Diese Bereiche hängen vorwiegend von der Inlandskonjunktur ab und haben sich im bisherigen Konjunkturverlauf dank lebhafter Konsum- und Baukonjunktur als relativ robust erwiesen und werden dies im Prognosezeitraum voraussichtlich auch bleiben. 2014 und 2015 ist mit einem voraussichtlichen Zuwachs von 5% (2014) bzw. 3,5% (2015) zu rechnen; alle Sparten des Transportsektors werden damit 2014/15 voll an der erwarteten Konjunkturerholung partizipieren.

Software und IT-Dienstleistungen

Die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) gilt als maßgeblicher Treiber von Produktivität und Innovationen. Die Segmente Software- und IT-Dienstleistungen werden nach einer Schätzung des Branchenverbandes BITCOM 2013 voraussichtlich 54 Mrd. Euro umsetzen, knapp 18 Mrd. Euro (+ 5% gegenüber 2012) entfallen dabei auf Software-Geschäfte, 36 Mrd. Euro auf IT-Services (+ 3%). Ein

Abb. 34
Vergleich des Geschäftsklimas: Transport und Verarbeitendes Gewerbe



Großteil der Unternehmen plant aufgrund der günstigen Wachstumsaussichten in der Branche Neueinstellungen, jedoch bereitet der Fachkräftemangel der Branche seit einigen Jahren Sorge.

Mittelfristig, also bis etwa 2018, zeichnen sich für die Gesamtbranche sehr gute Wachstumsperspektiven ab, die deutlich über dem Wachstum der Gesamtwirtschaft liegen dürften. Das Marktforschungs- und Marktbeobachtungsinstitut Lünendonk, dessen Inhaber hier im vergangenen Jahr referiert hat, erwartet für die führenden IT-Beratungs- und Systemintegrationsunternehmen ein durchschnittliches nominales Wachstum von 8,5% pro Jahr. Nicht ganz so hoffnungsvoll sind die Erwartungen der Standard-Softwareunternehmen sowie der Unternehmen im Marktsegment IT-Service. Die Unternehmen gehen mittelfristig von einem Wachstum von 4,5 bzw. 3,5% pro Jahr aus.

Cloud Computing gewinnt in der Branche überdies zunehmend an Bedeutung und entwickelt sich zu einer wichtigen Geschäftstriebfeder. Cloud-Dienste ermöglichen eine gemeinsame Nutzung von technischer Infrastruktur, also von IT-Leistungen wie Speicherplatz, Rechenleistung oder Anwendungsprogrammen und beeinflussen so maßgeblich die Bereitstellung von IT-Leistungen. Für das laufende Jahr werden die Umsätze allein mit Business Cloud Computing vom Branchenverband auf 4,6 Mrd. Euro geschätzt – mit weiter deutlich wachsender Tendenz. Die mittelfristig überaus positiven Wachstumsaussichten werden derzeit allerdings noch von verschiedenen Bedenken der Anwender gebremst, beispielsweise hinsichtlich Datenschutz, Verschlüsselung, Integrationsfähigkeit oder Unsicherheiten über die geltende rechtliche Grundlage.

Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung

Der Bereich Rechtsberatung ist im Vergleich zur Unternehmensberatung deutlich weniger zyklisch. Nach den Daten des Statistischen Bundesamts verbuchte die Rechtsberatung 2012 ein Honorarplus von 3,0% (2011: + 3,7%). 2013 dürfte der Rechtsberatungsmarkt mit einem deutlichen Umsatzplus abschließen, nicht zuletzt, da es zum 1. August 2013 zu einer Erhöhung der Anwaltshonorare kam, der ersten seit der letzten Reform 2004. Das Gesamtvolumen der Anhebung dürfte bei etwa 12% liegen. Da sich erst im kommenden Jahr die Gebührenanhebungen budgetär voll auswirken werden, ist 2014 mit einem beschleunigten Anstieg der Anwaltshonorare zu rechnen. In den Jahren 2013/14 ist wieder ein ordentliches Umsatzplus in der Größenordnung von jeweils 5 bis 6% zu erwarten.

Werbung und Marktforschung

Werbung gehört zu den stark konjunkturabhängigen Wirtschaftsaktivitäten. Werbeausgaben reagieren weitgehend

prozyklisch auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, auch wenn von der Theorie her mehr ein antizyklisches Werbeverhalten angezeigt wäre. Werbeausgaben unterliegen aber wie andere Marketingaufwendungen stark dem Kostendenken. Es überrascht daher nicht, dass mit der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Deutschland, die nach gutem Start im Laufe des Jahres 2012 mehr und mehr an Fahrt verloren hat, auch der Werbemarkt Schwächen zeigte. Während das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 3,9% 2011 auf 2,0% 2012 zurückging, sind die Bruttowerbeausgaben in 2012 um 0,8% gesunken, nach einem Anstieg von 1,3% 2011.

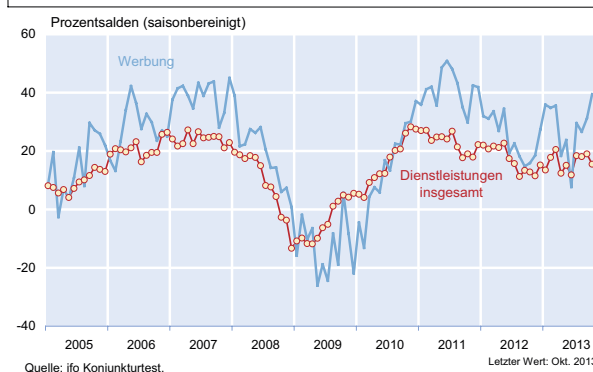
Der Gesamtumsatz der Werbebranche lag nach Schätzungen des ZAW (Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft) im Jahre 2012 bei 29,7 Mrd. Euro. Der deutsche Werbemarkt macht bereits seit einigen Jahren einen erheblichen strukturellen Wandel durch. Der Online-Werbemarkt gewinnt zunehmend Marktanteile, während der Printbereich deutliche Einschnitte verkraften muss. Fernsehen, das an Werbeausgaben gemessen stärkste Medium der Branche, wird seine Marktstellung in der Werbewirtschaft weiter behaupten können.

Die Umschichtung des Werbeetats auf online, mobile und Social Media wirkt sich besonders hart auf die kleineren Werbeagenturen aus, die es gewohnt sind, traditionelle Werbeformen wie Zeitungen, Zeitschriften, Plakat- und Kinowerbung zu bedienen. Allerdings ist der Umsatzverlauf bei den größeren Agenturen, die auch die Ergebnisse beim ifo Konjunkturtest für die Werbebranche prägen, durchaus dynamischer. Nach dem GWA-Monitor des Gesamtverbands Kommunikationsagenturen vom Herbst 2012 erwarten die hier erfassten meist größeren Werbeagenturen für 2013 ein Umsatzwachstum von nominal 4,5%. Die Aussichten für den Branchendurchschnitt dürften verhaltener sein. Im Großen und Ganzen ist 2013 mit nominal gleichbleibenden Umsätzen und 2014 und 2015 nur mit geringen Zuwächsen in der Größenordnung von 1 bis 2% zu rechnen.

Als externer Experte aus dem Werbebereich referierte beim Dienstleister-Forum *Lothar Leonhard*, CEO von Ogilvy & Ma-

Abb. 35

Vergleich des Geschäftsklimas: Werbung und Dienstleistungen



ther Group Germany and Switzerland und Präsident des Gesamtverbands Kommunikationsagenturen GWA e.V., Frankfurt. Herr Leonhard konzentrierte sich in seinem Referat auf die zunehmenden Einschränkungen der Werbung seitens der Politik. Thesenartig lassen sich seine Aussagen folgendermaßen zusammenfassen:

- Werbung wird instrumentalisiert zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Ziele und für gesellschaftliche Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht.
- Unternehmen werden mit diskriminierenden Vorwürfen an den Pranger gestellt und wagen sich kaum noch zu wehren.
- Die marktwirtschaftliche Funktion wird in Frage gestellt, stellvertretend für die Hinterfragung des freien Wettbewerbs.
- Planwirtschaftliches Denken wird hoffähig. Der Drang zur Regulierung lässt den Bürger zum Objekt staatlicher Bevormundung werden.
- Die absatzfördernde Aufgabe der Werbung wird durch staatliche Eingriffe ins Gegenteil verkehrt. Sie soll eine gesellschaftlich lenkende Rolle übernehmen.
- Werbung ist eine wohlfeile Einflugschneise für staatlichen Dirigismus.

Public Relations und Unternehmensberatung

Ein weiteres Wachstum zeichnet sich auch für die PR- und Unternehmensberatung ab. Der Bereich Unternehmensberatung erreichte im vergangenen Jahr (2012) ein Marktvolumen von rund 22,3 Mrd. Euro (nominal; Schätzung des Bundesverband Deutscher Unternehmensberater, BDU). Der Zuwachs belief sich damit auf reichlich 8%, nach 9,5% im Vorjahr. Damit ist der nominale Umsatz allein in den letzten drei Jahren um 25% gestiegen. Die wichtigsten Treiber für den florierenden Consultingmarkt waren im vergangenen Jahr das Gesundheits- und Sozialwesen (+ 13% gegenüber dem Vorjahr) sowie die Energie- und Wasserversorgung (+ 12%). Auch die Kreditinstitute (+ 11%) gehörten zu wichtigen Auftraggebern der Consultingbranche.

Wie das monatlich vom ifo Institut erhobene Geschäftsklima für die Unternehmens- und Public-Relations-Beratung zeigt, kam es im Frühjahr 2013 zu einer konjunkturellen Abkühlung in der Branche. Zwischenzeitlich zeichnet sich jedoch wieder eine Belebung der Geschäfte ab. Insgesamt erscheint in diesem Jahr ein nominales Umsatzplus von etwa 5% möglich. Auch die mittelfristigen Aussichten für die Unternehmensberaterzunft in Deutschland erscheinen weiterhin positiv. Nach einer Studie von Lünendonk rechnen die 25 führenden Management-Beratungen für die kommenden Jahre (2013–2018) mit einem Umsatzwachstum von etwa 5% im Jahr. Es scheint sich die im vergangenen Jahr aufgestellte These zu bestätigen, dass eine Messung des Be-

ratungserfolgs, verbunden mit einer erfolgsbezogenen Honorierung, immer stärker im Fokus steht.

Zeitarbeit (Leiharbeit, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften)

Auch in der *Zeitarbeitsbranche* macht sich 2013 die gesamtwirtschaftliche Schwächephase bemerkbar. Bereits im vergangenen Jahr waren die Umsätze laut amtlicher Statistik leicht rückläufig, zudem führte die Einführung gesetzlich vorgeschriebener Branchenzuschläge und der damit verbundene Kostenschub für die Unternehmen zu zusätzlicher Zurückhaltung bei der Auftragsvergabe. Die Branchenzuschläge müssen seit November 2012 in bestimmten Branchen gezahlt werden und heben die Löhne schrittweise um bis zu 50% an. Zusätzlich wurden die Tarifentgelte für 2014 im Herbst 2013 erhöht. Zeitarbeit bleibt aber, trotz deutlich gestiegener Kosten, für die Wirtschaft ein wichtiges Flexibilisierungsinstrument im Personalmanagement, beispielsweise um Auftragspitzen oder -dellen abzufedern. Die Umsätze in der Zeitarbeitsbranche dürften im Jahresdurchschnitt 2013 aufgrund der schwachen Dynamik in der deutschen Wirtschaft leicht zurückgehen. Da die Branche frühzeitig auf Änderungen im konjunkturellen Umfeld reagiert, werden die Unternehmen von dem gesamtwirtschaftlichen Konjunkturaufschwung im nächsten Jahr (2014) rasch profitieren und ihre Umsätze wieder steigern, sofern von der Politik nicht zu große Hindernisse in den Weg gestellt werden.

Architektur- und Ingenieurbüros

Die lebhaftere Baukonjunktur beflügelt weiterhin die Umsatzentwicklung der Architektur- und Ingenieurbüros. Die realen Bauinvestitionen werden, nach einem Rückgang von 1,4% 2012, im laufenden Jahr stagnieren und im nächsten (2014) wieder deutlich steigen. Insbesondere der Wohnungsbau, der seit 2010 eine deutliche Belebung zeigt, beweist sich als solider Impulsgeber. Nach der amtlichen Statistik wurden im Jahre 2012 rund 200 000 Wohnungen in Deutschland neu fertiggestellt; in diesem Jahr dürfte diese Zahl weiter auf

Abb. 36

Vergleich des Geschäftsklimas: Vermittlung/Überlassung von Arbeitskräften und Dienstleistungen

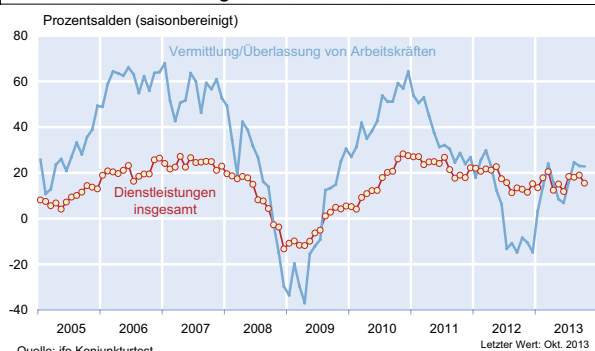
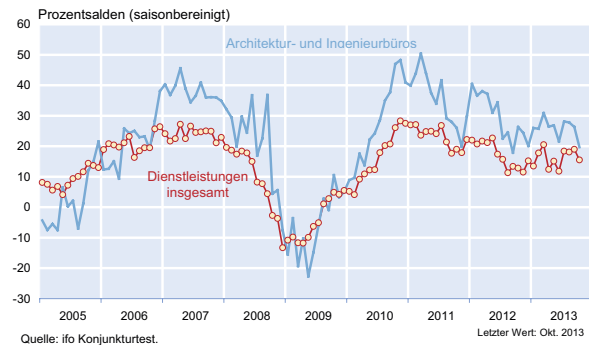


Abb. 37
Vergleich des Geschäftsklimas: Architektur- und Ingenieurbüros und Dienstleistungen



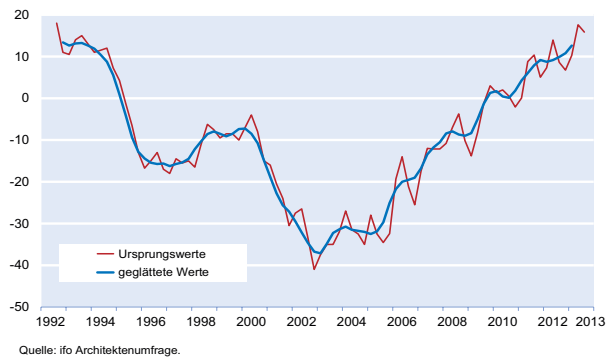
rund 233 000 steigen und auch im nächsten Jahr weiter expandieren.

Von der lebhaften Baukonjunktur, die im Prognosezeitraum eine breitere Basis erhalten dürfte, da Konjunkturimpulse nicht mehr fast ausschließlich aus dem Wohnungsbau, sondern auch aus dem gewerblichen Bau und dem öffentlichen Bau zu erwarten sind, werden weiterhin zwar vor allem die Architekten profitieren, zunehmend aber auch die Ingenieurbüros. Das Geschäftsklima der freischaffenden Architekten ist – trotz zuletzt leichter Abkühlung – fast so positiv wie zu Zeiten des Baubooms nach der Wende. Das Umsatzwachstum im Bereich Architekten- und Ingenieurbüros im Prognosezeitraum 2013 bis 2015 dürfte sich auf durchschnittlich ca. 7% p.a. belaufen.

Technisch physikalische und chemische Untersuchungen

Die Technikdienstleister in der Fachgruppe technische, physikalische und chemische Forschungseinrichtungen zeigen

Abb. 38
Geschäftsklima bei den freischaffenden Architekten



nur eine geringe Konjunktorempfindlichkeit. Nach der Regressions-schätzung dürfte der Umsatzzuwachs im Prognosezeitraum 2013–2015 jährlich bei rd. 5% liegen.

Vermietung beweglicher Sachen

Im Wirtschaftszweig Vermietung beweglicher Sachen gab es nach der letztverfügbaren Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamts im Jahr 2011 rund 26 000 Unternehmen mit einem Umsatz von rd. 39,8 Mrd. Euro (ohne MwSt). Dies entspricht einem nominalen Umsatzplus gegenüber dem Vorjahr von 3,9%. 2012 wirkte sich die konjunkturelle Abschwächung auch auf die Vermietbranche aus, sodass sich der Umsatzzuwachs 2012 auf ca. 2% halbierte. Im laufenden Jahr dürfte das nominale Umsatzwachstum mit rund 2,5% nur leicht darüber liegen; 2014 und 2015 ist jedoch wieder mit Zuwachsraten beim Umsatz zwischen jeweils 4 und 5% zu rechnen.

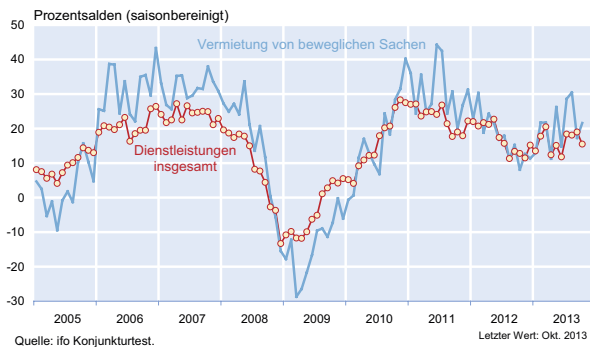
Die *Vermieter von Maschinen und Ausrüstungen* sind mit einem Umsatz von 18,3 Mrd. Euro und rund 14 900 Unter-

Tab. 6
Ausgewählte Dienstleistungsbranchen
 Regressions-schätzungen (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

Branchen	Umsatz (nominal)				Beschäftigtenzahl			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Güterbeförderung im Straßenverkehr	2,4	0,7	2,9	3,5	1,7	1,6	3,1	3,8
Luftfahrt	2,3	0,9	3,6	4,4	2,6	1,5	3,9	4,8
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1,6	2,1	4,0	4,9	2,8	-1,7	2,0	2,4
Post-, Kurier- und Expressdienste	0,8	0,1	1,9	2,4	1,7	-0,7	0,4	0,5
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	3,5	2,5	3,2	3,1	1,2	-0,3	0,5	0,5
Public-Relations- und Unternehmensberatung	1,3	8,0	7,0	6,5	4,8	4,1	4,5	4,3
Architektur- und Ingenieurbüros	4,2	4,4	5,9	5,6	4,9	2,4	4,7	4,5
Technische, physikalische und chemische Untersuchungen	2,4	6,0	6,0	5,6	4,1	3,7	4,3	4,1
Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	8,0	6,1	12,8	9,7	7,0	3,0	5,5	5,2
Catering	2,7	2,9	2,0	2,7	0,8	1,5	1,1	1,4

Quelle: Schätzungen des ifo Instituts.

Abb. 39

Vergleich des Geschäftsklimas: Vermietung von beweglichen Sachen und Dienstleistungen

nehmen das größte Segment in der Branche. Sie mussten 2012 und Anfang 2013 zwar eine deutliche Dämpfung des Umsatzwachstums hinnehmen, jedoch weniger als die Verkäufer von Investitionsgütern. Erfahrungsgemäß ist das Vermietsegment von konjunkturellen Abschwüngen weniger stark betroffen. Unsicherheiten im Hinblick auf die künftige Geschäftsentwicklung veranlassen in der Regel viele Unternehmen dazu, bei den Investitionen kürzer zu treten und stattdessen stärker auf die Miete von Wirtschaftsgütern zu setzen. Mit der erwarteten Belebung der Investitionskonjunktur 2014/15 ist auch im Segment »Vermietung von Maschinen und Ausrüstungen« in den nächsten zwei Jahren mit einem deutlichen Anziehen der Nachfrage zu rechnen.

In dem Segment *Autovermietung* belief sich das Umsatzvolumen nach der Umsatzsteuerstatistik für 2011 auf 16,1 Mrd. Euro, erwirtschaftet von rund 6 000 Unternehmen. Die Geschäftsentwicklung der Autovermieter wies 2012 und im ersten Halbjahr 2013 bei gedämpfter Konjunktur wenig Dynamik auf. Gleichwohl dürfte 2013 – ebenso wie im Vorjahr – ein leichtes nominales Umsatzwachstum vorliegen. 2014 und 2015 wird mit dem erwarteten Konjunkturaufschwung auch das Autovermietgeschäft wieder mehr in die Gänge kommen. Die Branche verspricht sich viel von den neuen Carsharing-Modellen, auch wenn hier wegen der üblichen Anlaufverluste in der Investitionsphase die Erträge noch überwiegend negativ sein werden. Zu diesem Thema referierte *Frank Woesthoff*, Geschäftsführer Euromobil Autovermietung GmbH, Isernhagen. Sein Referat lässt sich thesenartig folgendermaßen zusammenfassen:

- Im Mobilitätsbereich sind Finanzdienstleistungen nicht wegen der Bankenkrise, sondern aufgrund der Kundenerwartungen nur noch markt- und wachstumsfähig, wenn sie durch ein adäquates Netz von technischen und administrativen Dienstleistungen begleitet werden. Das gilt inzwischen für viele hochinvestive Technologiebranchen.
- Im Mobilitätsbereich zeichnet es sich ab, dass die Finanzdienstleistung für manche Kundengruppen gar nicht mehr im Vordergrund steht, sondern nur noch die mietweise Nutzung auf Zeit.

- Dadurch entsteht aufgrund der Komplexität von logistischen Vorgängen wiederum die Nachfrage nach Services zur Informationsverarbeitung, die die Faktoren Zeit und Raum möglichst transparent und beherrschbar machen.
- Gleichzeitig zeigen sich im B2C-Bereich die Grenzen dieser Bestrebungen, beispielsweise durch Datenschutzdiskussionen, die an die ganz wesentlichen mentalen und emotionalen Strukturen der Gesellschaft und der Individuen rührt. Am Beispiel des Themas Pkw-Mobilität lassen sich diese Effekte bestens beobachten, vieles davon ist auch in andere Branchen und Praxisbereiche übertragbar.

In einigen Randgebieten der Branche, wie *Videotheken*, sind strukturell bedingt deutliche Rückgänge zu beobachten. Im Jahr 2011 verfügte dieses Segment noch über 2 460 Videotheken, das sind über 40% weniger als im Jahre 2000. Der Umsatz belief sich zuletzt nur noch auf 230 Mill. Euro.

Facility Management

Diese heterogene Branche profitiert in besonderem Maße von dem immer noch stark ausgeprägten Trend zum Outsourcen. Für 2013 und die Folgejahre 2014/15 kann von einem anhaltenden Umsatzanstieg in der Größenordnung von 5% p.a. ausgegangen werden. Der Trend bei den Facility Services geht in Richtung Komplett- oder Systemleistungen, wovon vor allem Großkonzerne profitieren dürften. Kleinere Betriebe können als Subunternehmer überleben oder sich – auch in Kooperation – regionale und/oder fachliche Nischen sichern.

Facility Management beinhaltet, dem Namen entsprechend, alle Aktivitätsfelder, die helfen, die Kerngeschäfte von Unternehmen und Organisationen, also deren Primärprozesse, möglichst effektiv und kostengünstig abzuwickeln. Dazu gehören weniger anspruchsvolle Routinetätigkeiten wie Reinigung, Überwachung, Wartung, im Immobiliensektor zusammengefasst unter dem Begriff »Gebäudemanagement«. In steigendem Maße zählen aber auch externe Leistungen dazu, die durchaus anspruchsvoll sind, wie z.B. Fassadenreinigung.

Insgesamt beläuft sich der hierunter erfasste Umsatz – je nach Branchenabgrenzung – auf derzeit 53 bis 60 Mrd. Euro. Da die Nachfrage nach den unter Facility-Management subsumierten Leistungen nur schwach auf zyklische Schwankungen in der Gesamt-, bzw. in der Bau- und Immobilienwirtschaft reagiert, sondern stark von kontinuierlich anfallenden Aufgaben bestimmt wird, wird ein nahezu kontinuierliches Wachstum von ca. 5% pro Jahr erwartet. Facility-Management wird nicht zuletzt durch die Klima- und Energiedebatte weiter an Bedeutung gewinnen (Stichworte Energieberatung und Contracting). Auch der Healthcare-Markt wird aus mehreren Gründen ein wesentlicher Zukunftsmarkt der FM-Dienstleister sein; neben Standardleis-

tungen wie Reinigung, Sicherheit, Pfortendienste, Gartenpflege können hierzu auch Catering mit spezieller Krankenhauskost und auch Spezialreinigung von OP-Sälen und medizin-technischem Gerät gehören.

Konsumorientierte Dienstleistungen

Was die eher konsumorientierten Dienstleistungssparten anbelangt, wird sich der nach oben gerichtete Umsatztrend angesichts der positiven Perspektiven für den privaten Verbrauch im Prognosezeitraum fortsetzen. Exemplarisch soll hier kurz auf das Gastgewerbe eingegangen werden.

Gastgewerbe

Im *Gastgewerbe* (Gaststätten und Beherbergung) verlief das Jahr 2013 bisher uneinheitlich. Während die *Gastronomie* in laufenden Preisen leichte Zuwächse erzielen konnte, hatte nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes das *Beherbergungsgewerbe* in Deutschland von Januar bis Juli 2013 leichte Umsatzeinbußen von nominal – 0,2% (real: – 2,2%) gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu verkräften. Insgesamt hat sich die Stimmung bei den Unternehmen im Gastgewerbe gegenüber dem Vorjahr etwas eingetrübt. Dabei kann der Deutschlandtourismus 2013 durchaus über weiteres Wachstum berichten. Die Zahl der Gästeübernachtungen hat im Achtmonatszeitraum von Januar bis August erneut zugelegt (+ 1%) und die Zahl von Besuchern aus dem Ausland nahm sogar ein weiteres Mal (+ 4%) stärker zu als die von inländischen Gästen.

Allgemein wird für das zweite Halbjahr 2013 von einer vergleichsweise günstigeren Entwicklung ausgegangen. Grundsätzlich positiv für die Branche wirkt sich 2013 das anhaltend freundliche Konsumklima aus. So führt die wachsende Kauflaune bei den Verbrauchern in Deutschland u. a. tendenziell auch dazu, dass sie sich wieder mehr Restaurant- und Gasthausbesuche leisten. Tendenziell nachfragedämpfend wirken sich andererseits wiederum die durch die gestiegenen Lebensmittelpreise induzierten Preiserhöhungen in der Gastronomie aus.

Am besten aufgestellt ist Deutschland seit Jahren im Sektor *Kongress- und Tagungswesen/Geschäftsreisen (MICE = Meetings, Incentives, Kongresse und Events)*. Auf die Fortsetzung der Erfolge in den Bereichen MICE und Städtetourismus, insbesondere mit Kultur-Kurzurlauben, konzentrieren sich entsprechend die Hoffnungen für die Wachstumsperspektiven der Branche auch 2014 sowie 2015. Insgesamt stehen die Zeichen gut, dass sowohl die Hotellerie als auch die Gastronomie voll an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung 2014/15 teilhaben werden, wobei das Wachstum sich mehr in einer Qualitätsverbesserung als in einer rein mengenmäßigen Zunahme bei Übernachtungen bzw. Abgabe von Speisen und Getränken niederschlagen wird.

Das Schlussreferat hielt Günther Oettinger, der EU-Kommissar für Energie, zum Thema: »Der Weg zur Sicherung unserer Zukunft: Eine europäische Energiestrategie«.

Der Weg zur Sicherung unserer Zukunft: Eine europäische Energiestrategie

Günther H. Oettinger, EU-Kommissar für Energie

Energie ist das Lebenselixier unserer Wirtschaft. Unser Lebensstil ist ohne eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung – Elektrizität, Heizung, Kraftstoff – nicht denkbar. Noch nie hat die Welt so viel Energie gebraucht: unser Verbrauch ist heute beinahe doppelt so hoch wie 1980. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, ist eine größere Energiekrise mit Stromausfällen und Engpässen bei der Benzin- und Erdgasversorgung kaum noch zu vermeiden.

Wir können es uns nicht leisten, einfach abzuwarten

Die Energiefrage ist eine der größten Herausforderungen, denen sich Europa stellen muss. Wir müssen handeln, um die globale Erwärmung zu verhindern. Gleichzeitig brauchen wir erschwingliche Energiepreise, da unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in hohem Maße von wettbewerbsfähigen Energiepreisen und einer zuverlässigen Energieversorgung abhängt. Auch die wachsende Abhängigkeit der EU von Einfuhren aus Drittländern gibt großen Anlass zur Sorge, insbesondere in Bezug auf Erdöl (85%) und Erdgas (65%). Alle diese Herausforderungen, denen wir nicht ausweichen können, erfordern entschlossenes Handeln.

Eine neue Strategie für das nächste Jahrzehnt

Nationale Politiken reichen nicht mehr aus, um einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung zu ermöglichen und unseren Wohlstand zu wahren. Jede Entscheidung, die in einem Mitgliedstaat getroffen wird, hat Auswirkungen für die anderen. Fragmentierte Märkte untergraben die Versorgungssicherheit und schränken die Vorteile eines fairen Wettbewerbs ein; unsere Investitionen für die Zukunft sind jedoch nur lohnend und effizient in einem Markt, der den ganzen Kontinent umfasst. Wir müssen zu einer gemeinsamen Energiepolitik finden, die unseren gemeinsamen politischen Zielen dient: Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit.

Ein Beispiel für die Notwendigkeit, international zu denken, ist die Gasversorgung. Viele Mitgliedstaaten hängen von Gasimporten aus Russland ab. Wir sind uns alle darin einig, dass eine Diversifizierung unserer Gasversorgung für die Bürger und Unternehmen in der gesamten EU von Vorteil sein wird, und wir arbeiten darauf hin, neues, zusätzliches Erdgas aus dem kaspischen Raum in die EU zu bringen. In

den letzten Jahren hat die EU-Kommission fortlaufend Gespräche mit Regierungen und Unternehmen gleichermaßen geführt, um sie davon zu überzeugen, Gas aus dieser Region nach Europa zu liefern. Im Juni werden diese europäischen Anstrengungen schließlich Früchte tragen. In Aserbaidschan wird die endgültige Entscheidung darüber getroffen werden, wie viel Gas nach Europa geliefert wird und welches Pipeline-Projekt den Zuschlag für die erstmalige direkte Lieferung von Gas aus Aserbaidschan in die EU erhält.

Ganz allgemein sehe ich für Maßnahmen zum Nutzen aller Mitgliedstaaten und Bürger fünf Schwerpunktbereiche.

Fokussierung auf Energieeinsparungen

Zunächst gibt es ein riesiges ungenutztes Potenzial für Energieeinsparungen – wenn man hier ansetzt, könnten Bürger und Unternehmen gleichermaßen Geld sparen. Angesichts der Verpflichtungen, unsere Emissionen drastisch zu senken und das Ziel einer Steigerung der Energieeffizienz um 20% bis 2020 zu erreichen, lassen sich durch Maßnahmen zur Senkung des Energiebedarfs am wirkungsvollsten unmittelbare Auswirkungen für Energieeinsparungen, mehr Wirtschaftlichkeit und die Aufrechterhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit erzielen. Hierzu hat die EU eine neue Energieeffizienzrichtlinie erlassen, nach der die Mitgliedstaaten verbindliche Maßnahmen umsetzen müssen. Dazu gehören u.a. ein System, das die Energieunternehmen dazu verpflichtet, den Energieverbrauch der Kunden zu senken, und die Vorgabe, dass die Mitgliedstaaten jährlich 3% der Gebäude der Zentralregierung renovieren müssen. In ihr sind auch Maßnahmen vorgesehen, um KMU für Energieaudits zu gewinnen. Für große Unternehmen enthält sie die Verpflichtung, ihre Energieeinsparmöglichkeiten zu prüfen.

Ein stark integrierter europäischer Energiebinnenmarkt

Wir sollten Hemmnisse, die die Energieströme innerhalb der EU behindern, nicht mehr länger hinnehmen. Nationale Grenzen können die Vorteile des Binnenmarktes, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Deckung der grundlegenden Bedürfnisse aller unserer Bürger gefährden. In einem integrierten Markt müssen fairer Wettbewerb, Dienstleistungsqualität und freier Zugang gewährleistet sein. Die Rechtsvorschriften der EU müssen vollständig und ordnungsgemäß angewendet werden. Eine wesentliche Voraussetzung ist jedoch eine angemessene Infrastruktur. Es ist an der Zeit, eine paneuropäische Infrastruktur für Energie zu schaffen, wie sie für andere Bereiche von öffentlichem Interesse wie Telekommunikation oder Verkehr schon lange besteht: Bis 2015 sollte kein Mitgliedstaat mehr vom europäischen Energiebinnenmarkt ausgeschlossen sein. Dies bedeutet, dass wir unsere Anstrengungen

auf konkrete Projekte konzentrieren müssen, die erforderlich sind, um unsere Ziele zu erreichen: Solidarität, ein verbundener Markt, neue Stromkapazitäten, ein »intelligentes Netz« und die Erzeugung erneuerbarer Energie, die allen Menschen zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht, in großem Maßstab. Ein europäischer Energiebinnenmarkt wird auch die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien verbessern, da in ihm ein im sonnigen Süden erzeugter Stromüberschuss für die Versorgung von Haushalten in Nordeuropa in Schwachwindzeiten genutzt werden kann oder umgekehrt der an windstarken Tagen im Norden erzeugte Stromüberschuss in Südeuropa verwendet werden kann, wenn dort der Himmel bedeckt ist.

Der Bürger an erster Stelle

Bei diesen Anstrengungen sollten immer die Auswirkungen für die Bürger im Mittelpunkt stehen. Die Verbraucher sollten eine größere Auswahl haben und neue Möglichkeiten nutzen. Die Energiepolitik muss verbraucherfreundlicher werden, und dazu bedarf es größerer Transparenz und besserer Information. Ich würde mir wünschen, dass alle Instrumente, beispielsweise die Checkliste für Energieverbraucher, verbessert und in größerem Umfang angewendet werden. Dazu gehört auch, dass das Recht aller Verbraucher auf Deckung ihres grundlegenden Energiebedarfs jederzeit, auch bei Versorgungsengpässen, gewährleistet ist.

Ziele der Energiepolitik der EU sind außerdem größere Transparenz, Zugang zu besserer und umfangreicherer Information, Verbesserung der Funktionsweise des Endkundenmarktes, Entwicklung einer angemessenen Infrastruktur und Sicherheitsnetze für besonders schutzbedürftige Verbrauchergruppen. Außerdem gibt es konstante Bemühungen, die Energieerzeugung und -umwandlung in jeder Hinsicht sicher zu machen. Die EU stellt heute einen entscheidenden zusätzlichen Nutzen für alle Bürger dar, denn sie gewährleistet, dass in allen Mitgliedstaaten die höchsten Standards für die nukleare Sicherheit und die Sicherheitsüberwachung, die Offshore-Ölförderung und -Gasgewinnung oder die Entwicklung neuer Energietechnologien gelten. Dies ist der Weg, den wir weitergehen müssen, und wir müssen weiterhin wachsam sein.

Den Technologiewandel vorbereiten

Wir müssen die Führungsrolle Europas in der Energietechnologie festigen und ausbauen. Ich möchte einen europäischen Referenzrahmen entwickeln, in dem die Mitgliedstaaten und Regionen ihre Anstrengungen maximieren können, solche Technologien schneller auf den Markt zu bringen. Europa verfügt über einige der besten Hersteller und Forschungseinrichtungen im Bereich der erneuerbaren Energien: Diese Führung dürfen wir nicht abgeben. Über die Umsetzung des Strategieplans für Energietechnologie

hinaus haben wir bereits einige Großprojekte mit einem deutlichen zusätzlichen Nutzen für Europa auf den Weg gebracht:

- Intelligente Netze, die den Verbund des gesamten Stromnetzes bis hin zu den einzelnen Haushalten herstellen und einen besseren Zugang zu erneuerbaren Energiequellen schaffen.
- Die Innovationspartnerschaft »Intelligente Städte«, die integrierte Energiesysteme auf lokaler Ebene in ganz Europa fördern und Energieeinsparungen erleichtern soll.

Ausbau der Führungsposition der EU in der Welt

Die EU sollte ein bevorzugter Partner für Verhandlungen auf internationaler Ebene sein. Die derzeitige Situation, in der externe Partner »teilen und herrschen« können, ist unhaltbar. Die EU verfügt über den größten regionalen Energiemarkt weltweit – einen Markt mit 500 Mill. Menschen. Auf diesen Markt entfällt ein Fünftel des globalen Energieverbrauchs. Wir importieren täglich durchschnittlich rund 3 Millionen Tonnen Rohöleinheiten. Außerdem ist die EU auch der größte Handelsblock der Welt. Wir müssen unser geopolitisches Gewicht in der Welt geltend machen und die Vorteile des Binnenmarktes nutzen. Jedes Mal, wenn die EU mit einer Stimme gesprochen hat, beispielsweise im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit im Nuklearbereich, konnten Ergebnisse erzielt werden. Die Integration der Energiemärkte, in die unsere Nachbarn einbezogen werden, ist eine absolute Notwendigkeit und trägt sowohl zu unserer als auch zu ihrer Sicherheit bei. Unsere internationalen Beziehungen müssen aber noch weiter greifen und sollten darauf ausgerichtet sein, strategische Partnerschaften mit wichtigen Partnern zu schließen. Eine gemeinsame europäische Politik stärkt unsere Position in schwierigen Verhandlungen und sichert unsere internationale Führungsposition.

Zeit zu handeln

In diesem Jahr steht die Debatte über unsere Energie- und Klimaziele für 2030 an. Wir werden entscheiden, ob wir, wie bereits für das Jahr 2020, drei Ziele festlegen (Verringerung der CO₂-Emissionen, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien und Verbesserung der Energieeffizienz) oder nur eines oder zwei, und ob sie rechtsverbindlich sein sollten oder nicht. Diese Entscheidungen müssen wir dieses Jahr treffen, damit sich die Mitgliedstaaten darauf vorbereiten können und Investoren in der Industrie Rechtssicherheit haben. Wie Jean Monnet sagte: »Ohne Vision sind die Völker dem Untergang geweiht«. Unsere Generation muss die Gelegenheit nutzen, diese strategische Vision wahr werden zu lassen.

Im Verlauf des Jahres 2012 hat sich die Konjunktur auch in Deutschland zusehends abgeschwächt. Die Abkühlung der Weltwirtschaft und die oft schlechten Nachrichten aus dem Eurogebiet haben insbesondere die Investitionstätigkeit spürbar in Mitleidenschaft gezogen. Eine Reihe von Investitionsprojekten wurde aufgeschoben oder ganz gestrichen. Das Leasing hat gleichwohl 2012 – trotz eines minimalen Rückgangs von 0,2% – besser abgeschnitten als die gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben (– 2,5%), wie der neueste ifo Investitionstest bei den deutschen Leasinggesellschaften zeigt, der auch in diesem Jahr wieder zusammen mit dem Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) durchgeführt wurde. Im Jahresdurchschnitt von 2012 wurde im Neugeschäft mit Mobilien ein leichtes Wachstum von rund 0,3% auf 46,6 Mrd. Euro generiert, wozu in erster Linie Pkw und Maschinenbauprodukte beitrugen. Das Immobilien-Leasing musste hingegen ein weiteres Minus von 12,4% auf gut 1,9 Mrd. Euro hinnehmen. Dadurch ergab sich für das gesamte Leasing-Neugeschäft 2012 ein leichtes Minus von nominal 0,2%. Das Mobiliengeschäft der herstellerunabhängigen Gesellschaften verfehlte das Vorjahresniveau um 3,8%, während das der Hersteller, vor allem wegen des florierenden Fahrzeug-Leasings, um rund 3,2% anzog.

Der negative Trend bei den gesamtwirtschaftlichen Investitionen aus dem Vorjahr setzte sich 2013 fort und zeigte auch in der Leasingbranche Bremsspuren. Dies belegen die Ergebnisse der Konjunkturumfragen des ifo Instituts im Leasingsektor. Gleichwohl dürfte hier im Jahresdurchschnitt von 2013 im Neugeschäft das Vorjahresniveau, also insgesamt rund 48,5 Mrd. Euro, erreicht werden; wobei bei Mobilien (– 0,2%) ein minimaler Rückgang festzustellen und bei Immobilien ein Wachstum von 5,2% zu erwarten ist. Damit schneiden die Leasinggesellschaften besser ab als die gesamtwirtschaftlichen Investitionen, die nach der Gemeinschaftsdiagnose führender Forschungsinstitute vom Oktober (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2013) nominal um 0,6% zurückgehen werden. Dies bedeutet für die Leasingquote 2013 einen weiteren Zuwachs, und zwar von 15,3 auf 15,4%, bei Mobilien sogar von 22,8 auf 23,0%.

Für 2014 rechnet die Gemeinschaftsdiagnose jedoch mit einem beträchtlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Im Jahresdurchschnitt wird für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein nominales Plus von 3,8% (real: + 1,8%) angenommen und für die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der sonstigen Anlagen sogar ein Wachstum von nominal 7%. Daran sollten die Leasinggesellschaften zumindest durchschnittlich partizipieren können, zumal die Talfahrt bei den Inlandszulassungen von Straßenfahrzeugen beendet sein dürfte.

Zunehmende Regulierungsdichte – Zahl mittelständischer Leasinganbieter weiter rückläufig

Die Erhebungsunterlagen für die jüngste Leasingumfrage, die wie immer als Totalerhebung angelegt ist, wurden an alle bekannten Vermieter bzw. Leasinganbieter von mobilen und immobilien Anlagegütern in Deutschland versandt. Dabei hat der Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen seine Mitglieder direkt befragt und das ifo Institut die übrigen Leasinggesellschaften. Die Grundlage des Adressmaterials bilden diejenigen Leasinggesellschaften, die bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Finanzdienstleistungsunternehmen zugelassen sind. Hinzu kommen die Leasing-

aktivitäten von Unternehmen, die schwerpunktmäßig in anderen Sektoren der Wirtschaft tätig sind – beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe – und das Vermietungsgeschäft nicht in einer Einheit mit eigener Rechtspersönlichkeit betreiben. Nach wie vor unberücksichtigt bleiben Firmen, die die kurzfristige Vermietung (Renting, Carsharing) von Ausrüstungsgütern, wie z.B. Fahrzeugen und Maschinen, betreiben (vgl. Städtler 2013), sowie Immobilienfonds, Bauträgergesellschaften (vgl. Rußig 2013), Developer, Pensionsfonds und sonstige Institutionen, die vor allem gewerbliche Immobilien bauen und vermieten.

Die Beteiligung am ifo Investitionstest war auch in diesem Jahr sehr hoch. So

konnte für den Bereich der herstellerunabhängigen Leasinggesellschaften durch Hinzuschätzen der fehlenden Angaben – von meist kleineren Firmen – über ein differenziertes Rechenverfahren ein Gesamtwert der Investitionen ermittelt werden. Für die Herstellervermietung und das Hersteller-Leasing (Captives) sind nur die Berichtskreisinvestitionen ausgewiesen, da uns wohl nicht alle Produzenten, Händler oder Importeure, die auch im Vermietgeschäft tätig sind, bekannt sind. Nachdem in der Umfrage jedoch alle bedeutenden Anbieter berücksichtigt wurden, dürfte auch dieser Bereich der Anlagenvermietung sehr hoch repräsentiert sein.

Die Unternehmensteuerreform von 2008, die Unterwerfung unter eine »moderate« Aufsicht (»KWG-Light«) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) einschließlich der Umsetzung der organisatorischen Pflichten in Verbindung mit den Mindestanforderungen an ein Risikomanagementsystem (MaRisk) sowie die Finanzkrise mit der Refinanzierungsproblematik haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass zahlreiche Leasinggesellschaften – vor allem mittelständische – aus dem Markt und damit auch aus dem Berichtskreis des ifo Investitionstests ausgeschieden sind. Gemessen am Bestand war deren Zahl 2009 und 2010 besonders hoch, in den Jahren 2011 bis 2013 setzte sich dieser Trend in abgeschwächter Form fort. Der BDL beziffert die Zahl der mittelständischen Leasing-Unternehmen, die in der Periode 2011/2012 ihre Geschäftstätigkeit eingestellt haben, auf 111.

Die zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen, Pflichten und Kosten, die weder ihrer mittelständischen Struktur, dem Geschäftsmodell noch dem Risikogehalt angemessen sind, haben etliche mittelständische Unternehmen dazu veranlasst aufzugeben. Diese waren häufig auf bestimmte Investitionsgüter, einzelne Branchen oder regionale Märkte spezialisiert. Ihren Kunden aus dem mittelständischen Gewerbe stehen sie als Geschäftspartner nun nicht mehr zur Verfügung. Dies wird von politischer Seite offenbar als Kollateralschaden akzeptiert.

Die Begründungen für das bürokratische Reglement, dem die Leasingbranche ohne Not unterworfen wurde, klingen wenig überzeugend. Diese Unternehmen haben die weltweite Finanzkrise weder ausgelöst, noch waren sie an ihr beteiligt. Die Banken, die der Ursprung dieses Dramas waren, stehen ja schon immer unter Finanzaufsicht. Das konnte aber nicht verhindern, dass hohe Milliardenbeträge an Verlusten aufgehäuft wurden – sogar bei öffentlichen Kreditinstituten –, für die nun letztlich der Steuerzahler aufkommen muss. Eine aktuelle europäische Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte stellte fest, dass die Ausfallraten beim Leasing gering sind und auch deutlich niedriger als bei vergleichbaren Kreditportfolios. Auch die nächste drohende Reglementierung ist noch nicht abge-

wendet. Das »International Accounting Standards Board«, kurz IASB, hat in den vergangenen Jahren besonders viele Änderungen verabschiedet und auch den Entwurf eines völlig neuen Standards zur Bilanzierung für das Leasing und die Miete vorgelegt, der viel Kritik geerntet hat. Der IASB stellt die International Financial Reporting Standards (IFRS) auf, die in der EU für Konzernabschlüsse börsennotierter Firmen verbindlich sind. Die massive Kritik von den verschiedensten Seiten hat den IASB schließlich dazu veranlasst, ein Re-Exposure auszuarbeiten. Die Diskussion darüber dauert noch an.

Das unter dem Begriff »Basel III« bekannte Reformpaket zur Bankenregulierung des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) bringt zwar ebenfalls einige Bürokratie mit sich, ist aber nach Ansicht des Leasingverbandes (BDL) – vorbehaltlich einer sachgerechten Umsetzung im Detail – mehr Chance als Risiko für die Branche. Allerdings werden langfristige Finanzierungen, wie vor allem beim Immobilien-Leasing üblich, erschwert.

In der aktuellen Investitionsbefragung wurden die Neuzugänge auf den Anlagekonten der Leasinggesellschaften in den Jahren 2011 und 2012 sowie die Güterstruktur und die Empfängersektoren erhoben. Außerdem wurde nach den effektiven Anschaffungswerten und nach den Buchwerten der am 31. Dezember 2012 noch vermieteten Objekte gefragt. Hinzu kamen Angaben zur Anzahl der 2012 neu kontrahierten und der insgesamt verwalteten Verträge sowie zu den Erwartungen für das Neugeschäft im Jahr 2013. In einer ergänzenden Sonderfrage wurden auch die Stückzahlen der neu vermieteten Straßenfahrzeuge erhoben.

2012: Bremspuren bei Investitionen und Leasing

Die Konjunktur in Deutschland, hat im Schlussquartal des Jahres 2012 einen kräftigen Dämpfer erhalten. Wie das Statistische Bundesamt bekannt gab, kam es zu einem Rückgang des BIP von real 0,5%, im Jahresdurchschnitt reichte es allerdings noch für ein Plus von 0,7% (nominal: +2,2%). Die Abkühlung der Weltwirtschaft und die oft schlechten Nachrichten aus dem Eurogebiet haben insbesondere die Investitionstätigkeit spürbar in Mitleidenschaft gezogen. Eine Reihe von Investitionsprojekten wurde aufgeschoben oder ganz gestrichen.

Die Bruttoanlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) verfehlten das Vorjahresniveau nominal um 2,5%. Bei den Ausrüstungsinvestitionen, also den Anschaffungen von Maschinen, Fahrzeugen sowie sonstigen Ausrüstungsgütern (insbesondere Software), belief sich das Minus auf nominal 2,6%, und auch die Investitionen in den Nichtwohnungsbau gaben um 2,3% nach.

Das Leasing hat gleichwohl 2012 – trotz eines minimalen Rückgangs von 0,2% – besser abgeschnitten als die gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben (– 2,5%), wie der neueste ifo Investitionstest bei den deutschen Leasinggesellschaften zeigt. Im Jahresdurchschnitt von 2012 wurde im Neugeschäft mit Mobilien ein leichtes Wachstum von 0,3% auf rund 46,6 Mrd. Euro generiert, wozu in erster Linie Pkw und Maschinenbauprodukte beitrugen. Das Immobilien-Leasing musste hingegen ein weiteres Minus von 12,4% auf gut 1,9 Mrd. Euro hinnehmen. Das Mobiliengeschäft der herstellerunabhängigen Gesellschaften verfehlte das Vorjahresniveau um 3,8%, während das der Hersteller (Captives), vor allem wegen des florierenden Fahrzeug-Leasings, um rund 3,2% anzog (vgl. Tab. 1).

Damit übertraf das Leasing erneut die gesamtwirtschaftliche Investitionsentwicklung ohne den Wohnungsbau (– 2,5%).

Die Leasingquote, also der Anteil der gesamten Leasinginvestitionen an den gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) in der Bundesrepublik, stieg 2012 von 15,0 auf 15,3%. Beim Mobilien-Leasing erhöhte sich die Quote wegen der überdurchschnittlichen Geschäftsentwicklung von 22,1 auf 22,8% kräftig (vgl. Tab. 2).

Die effektiven Anschaffungswerte aller noch vermieteten Wirtschaftsgüter – ohne Berücksichtigung der Abschreibungen – summierten sich am 31. Dezember 2012 für die gesamte Leasingbranche auf rund 232 Mrd. Euro, verteilt auf rund 5 Mill. Verträge.

Die deutsche Leasingindustrie konnte sich einige Jahre an einer dynamischen Entwicklung ihrer Auslandsaktivitäten erfreuen. Sie profitierte von den lebhaften Exportaktivitäten der deutschen Wirtschaft, vor allem mit den osteuropäi-

schen Beitrittsländern. Der Expansionsschwerpunkt lag dabei weniger beim Cross-Border-Leasing, sondern im Bereich des Offshoring, also in der Gründung von Auslandsdependancen bzw. Joint Ventures. Da die Finanzkrise auch diese Zielländer besonders schwer getroffen hat, schrumpft das Auslandsgeschäft der deutschen Leasingbranche seit 2010 und ist auch 2012 nochmals leicht zurückgegangen.

Leasinggeschäft von Straßenfahrzeugen und Maschinen gestützt

Über zwei Drittel des Neugeschäfts der Leasinggesellschaften entfallen jährlich auf Straßenfahrzeuge, daher sind sie in hohem Maße von der Entwicklung in diesem Marktsegment abhängig, die in den letzten Jahren von Extremen geprägt war. Die Autokonjunktur wurde 2009 mittels der staatlichen Abwrackprämie, die ein boomendes Privatkundengeschäft nach sich zog, künstlich beatmet. Immerhin schnellten die Neuzulassungen privater Halter um reichlich 90% nach oben, während die gewerblichen Zulassungen um 23% einbrachen. Insgesamt legten die Pkw-Zulassungen um 23,2% zu. Die damit ausgelösten statistischen Sondereffekte waren nicht nur 2010 mit einem Einbruch bei den neu zugelassenen Pkw auf 2,92 Mill. Einheiten (– 23,4%) zu beobachten, 2011 folgte dann die Gegenbewegung mit einem sehr kräftigen Plus von 8,8%. Im Jahr 2012 folgten die Pkw-Zulassungen wieder einem Abwärtstrend mit – 2,9%.

Um ihr Produkt attraktiv zu halten, offerieren die Leasinggesellschaften laufend neue Angebotsvarianten. Im Mittelpunkt dieser Aktionen standen zuletzt nicht nur günstige Leasingraten, sondern auch zusätzliche Dienstleistungspakete auch für Einzelfahrzeuge, die früher eher aus dem Flottengeschäft bekannt waren. Bei diesem »Bundling«

Tab. 1
Bruttoanlageinvestitionen 2006–2013 in jeweiligen Preisen
Deutschland

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 ^{a)}	2013 ^{b)}
	Herstellerunabhängiges Leasing							
Investitionen (in Mill. Euro)	28 720	29 260	27 360	20 000	21 100	21 100	20 120	19 810
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	8,1	1,9	– 6,5	– 26,9	5,5	0,0	– 4,6	– 1,5
	Hersteller-Leasing							
Investitionen (in Mill. Euro)	23 655	25 630	27 240	22 600	24 500	27 480	28 350	28 650
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	1,0	8,3	6,3	– 17,0	8,4	12,2	3,2	1,1
	Anlagenvermietung insgesamt ^{c)}							
Investitionen (in Mill. Euro)	52 375	54 890	54 600	42 600	45 600	48 580	48 470	48 460
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	4,8	4,8	– 0,5	– 22,0	7,0	6,5	– 0,2	0,0

^{a)} Vorläufig. – ^{b)} Anhand der Planangaben berechnet. – ^{c)} Soweit erfasst.

Quelle: ifo Investitionstest.

Tab. 2
Gesamtwirtschaftliche Investitionen^{a)} 2005–2013 in jeweiligen Preisen
Deutschland

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 ^{c)}	2013 ^{d)}
Gesamtwirtschaftliche Investitionen ^{b)} (in Mill. Euro)	270 480	294 460	319 550	331 920	282 990	301 810	323 910	315 850	313 885
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	2,6	8,9	8,5	3,9	-14,7	6,7	7,3	-2,5	-0,6
Zum Vergleich: Leasing-Investitionen ^{e)} (in Mill. Euro)	49 990	52 375	54 890	54 600	42 600	45 600	48 580	48 470	48 460
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	6,8	4,8	4,8	-0,5	-22,0	7,0	6,5	-0,2	0,0
Leasingquote (in %)	18,5	17,8	17,2	16,4	15,1	15,1	15,0	15,3	15,4
darunter: Gesamtwirtschaftliche Ausrüstungsinvestitionen ^{f)} (in Mill. Euro)	185 520	203 770	222 240	227 880	181 740	197 950	209 830	204 410	202 000
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	4,4	9,8	9,1	2,5	-20,2	8,9	6,0	-2,6	-1,2
Investitionen des Mobilien-Leasings (in Mill. Euro)	44 250	44 880	49 480	51 080	40 690	41 430	46 400	46 560	46 450
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	5,8	1,4	10,2	3,2	-20,3	1,8	12,0	0,3	-0,2
Mobilien-Leasingquote (in %)	23,9	22,0	22,3	22,4	22,4	20,9	22,1	22,8	23,0
Gesamtwirtschaftliche Bauinvestitionen ^{a)} (in Mill. Euro)	84 960	90 690	97 310	104 040	101 250	103 860	114 080	111 440	111 885
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	-1,2	6,7	7,3	6,9	-2,7	2,6	9,8	-2,3	0,4
Investitionen des Immobilien-Leasings (in Mill. Euro)	5 740	7 495	5 410	3 520	1 910	4 170	2 180	1 910	2 010
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	15,5	30,6	-27,8	-34,9	-45,7	118,3	-47,7	-12,4	5,2
Immobilien-Leasingquote (in %)	6,8	8,3	5,6	3,4	1,9	4,0	1,9	1,7	1,8

^{a)} Ohne Wohnungsbau. Zeitreihen vom Statistischen Bundesamt revidiert. – ^{b)} Bruttoanlageinvestitionen nach neuem Statistikkonzept (ESVG). – ^{c)} Vorläufig. – ^{d)} Anhand der Planangaben berechnet. – ^{e)} Soweit erfasst. – ^{f)} Einschließlich sonstiger Anlagen (z.B. Software).

Quelle: ifo Investitionstest; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

werden beispielsweise Versicherungen, Garantieverlängerungen, Assistancelösungen und Inspektionsschecks offeriert. Bei den Kunden kommen diese Komplettpakete offenbar gut an.

Die Zahl der 2012 neu zugelassenen Leasing-Fahrzeuge beläuft sich auf 1 292 690, das sind zwar 0,6% weniger als 2011, der Anteil der Leasing-Fahrzeuge an den gesamten Neuzulassungen des Jahres 2012 in der Bundesrepublik stieg damit gleichwohl von 35,2 auf 36,1%. Wertmäßig entfielen 69,9% der Leasinginvestitionen auf Straßenfahrzeuge (2011: 68,3%). Deren Anteil am Wert der gesamten gewerblichen Fahrzeugkäufe (Leasingquote) belief sich auf rund 64%. Das heißt, dass das Leasing auch 2012 die eindeutig bedeutendste Beschaffungsform bei Fahrzeuginvestitionen geblieben ist.

Von den 1 292 690 im Jahr 2012 neu vermieteten Straßenfahrzeugen waren 1 096 660 Pkw und Kombi (-0,5%) sowie 196 030 Lkw, Busse, leichte Nutzfahrzeuge und Anhänger (-1,5%). Von den markenunabhängigen Leasinggesellschaften wurden rund 321 950 Straßenfahrzeuge neu vermietet, im Bereich des Hersteller-Leasings rund 970 740 (vgl. Tab. 3).

Das Verarbeitende Gewerbe konnte 2012 seine Produktion und auch seine Investitionen steigern (+ 3,2%; vgl. Statistisches Bundesamt 2013a), das galt auch für die neuen Leasingengagements. Die Maschinen für die Produktion erreichten damit 2012 eine Steigerung ihres Anteils an den

Tab. 3
Krafffahrzeug-Leasing 2012

Investitionen des Fahrzeug-Leasings ^{a)} in Mill. Euro	33 920
Stückzahlen	1 292 690
davon: Herstellernabhängiges Leasing in Mill. Euro	8 650
Stückzahlen	321 950
Herstellerabhängiges Leasing in Mill. Euro	25 270
Stückzahlen	970 740
Gesamte Neuzulassungen von Krafffahrzeugen in Deutschland	3 581 547
davon: Leasing-Fahrzeuge in %	36,1

^{a)} Neuzugänge.

Quelle: ifo Investitionstest; Kraftfahrt-Bundesamt.

gesamten Leasinginvestitionen von 10,5 auf 10,7%, damit konnten sie Rang 2 behaupten. Nach der EU-einheitlichen Gütersystematik zählen hierzu auch Gabelstapler, Flurförderfahrzeuge und Baugeräte.

Der Computer- und Kommunikationsbereich hat zwar dem auslaufenden Kondratieff-Zyklus seinen Namen gegeben, zählt indessen heute nicht mehr zu den Wachstumstreibern, er ist aber noch immer einer der innovativsten in der Wirtschaft. Jeder, der sich mit ihm beschäftigt, muss sich dem rasanten Entwicklungstempo und der teils enormen Markt- und Preisvolatilität anpassen, das gilt natürlich auch für die Leasinggesellschaften. Die Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen, die bis 1984 im Leasinggeschäft immer dominiert hatten, verloren in den Folgejahren – mit dem Siegeszug des PCs – kontinuierlich Anteile an den gesamten Leasinginvestitionen. Dieser Trend konnte ab 1997 gestoppt werden. Seit dem Jahr 2002 – nach Jahrtausendwende und Euroumstellung – musste das EDV-Leasing bei nominaler Betrachtung aber größtenteils wieder Rückgänge hinnehmen, allerdings nicht 2011. Im Jahr 2012 gaben die Leasinginvestitionen in diesem Segment um 3,7% nach; das ist angesichts der hier immer noch anhaltenden Preissenkungstendenzen ein ordentliches Ergebnis. Der Anteil des IT-Bereichs am gesamten Leasingvolumen verringerte sich damit gleichwohl von 8,8 auf 8,5%. Das reichte wieder für den dritten Platz bei den neu verleasteten Gütern. Die Entwicklung dieser Produktgruppe wird bei nominaler Betrachtung allerdings stark unterzeichnet, da bei EDV-Anlagen und Büroequipment einschließlich der Software die Preise seit vielen Jahren rückläufig sind. Experten gehen davon aus, dass dieser Preisverfall zwar an Tempo verliert, aber noch nicht beendet ist.

Seit dem Ende der 1980er Jahre werden in Deutschland Software-Leasingverträge auch separat von Hardware-Verträgen angeboten. Dieses Marktsegment wächst seit einigen Jahren kontinuierlich und bietet den Leasinggesellschaften die Möglichkeit, an der zügigen Expansion dieser immateriellen Wirtschaftsgüter zu partizipieren.

Die »sonstigen Ausrüstungsgüter« einschließlich Nachrichten-, Medizin- und Signaltechnik sowie immaterieller Wirtschaftsgüter wurden 2012 als Leasinggüter weniger stark nachgefragt als im Vorjahr, sie hatten ein Minus von 12% zu verzeichnen, damit verringerte sich ihr Anteil an den gesamten Leasinginvestitionen von 6,7 auf 5,9%, das bedeutet weiterhin Platz 4. In dieser Gruppe gibt es neben hochpreisigen immateriellen Assets ein extrem heterogenes Bündel von Leasinggütern, die auch recht unterschiedliche Entwicklungen aufzuweisen haben.

Auf dem Gebiet der Telekommunikation besteht beispielsweise nach wie vor ein erheblicher Investitionsbedarf, der sich nicht nur auf relativ niedrigpreisige Endgeräte, sondern

auch auf teure Vermittlungstechnik, Sendeanlagen und Satelliten erstreckt. Diese Technologien erfordern einen enormen Kapitalbedarf, der auch mittels Leasing gedeckt werden kann. Mit dem wachsenden Bedarf an neuen Fernsehdiensten, Handy-TV und vor allem schnellen und breitbandigen Internetverbindungen zwischen den Kontinenten investieren die Satellitenbetreiber massiv in neue Kapazitäten. Mit dem Angebot neuer Mobilfunkdienste steigt auch der Bedarf an Übertragungseinrichtungen enorm. Zahlreiche Funkstationen befinden sich bereits im Eigentum von Leasinggesellschaften und anderen Vermietern. Wegen der Überlastung der Mobilfunkinfrastruktur müssen die Anbieter in großem Rahmen in ihre Netze investieren und eine Vielzahl zusätzlicher Antennen installieren. Mobilfunkmasten, die im Schnitt Platz für fünf Antennen bieten und eine Investitionssumme von 200 000 bis 300 000 Euro erfordern, sind eine immobilienähnliche Anlageform und bilden inzwischen eine eigene Assetklasse (vgl. Horn 2010).

Last but not least zählen auch die Produkte der Medizintechnik zur Rubrik der sonstigen Ausrüstungsgüter. Der weltweit wachsende Markt für Medizintechnik umfasst sowohl Massenprodukte als auch Hightech-Artikel, die fast alle auch auf dem Wege des Leasings vertrieben werden. Sogar für aufwendige Spitzentechnologien, wie Protonenquellen, wurden Leasingkonzepte entwickelt. Die deutschen Medizintechnikanbieter rangieren in der international führenden Topliga weit oben und erweitern ständig ihre Systemkompetenzen um Dienstleistungen, zu denen auch Finanzdienstleistungen wie das Leasing zählen. Diese Instrumente können dazu beitragen, den beträchtlichen Investitionsstau in deutschen Krankenhäusern aufzulösen. Eine aktuelle ifo-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Bundesländer, die für die Finanzierung der Krankenhausinfrastruktur zuständig sind, seit Jahren ihre Haushaltsmittel für Krankenhausinvestitionen reduzieren. So seien allein im Jahr 2011 über 700 Mill. Euro zu wenig investiert worden, um den abschreibungsbedingten Wertverlust des Kapitalstocks zu stoppen (vgl. Rösel 2013).

Auf Platz 5 landeten die kompletten Produktions- und Versorgungsanlagen sowie Produktionsgebäude, Lagerhallen, sonstige Bauten mit 2,3% gefolgt von Handelsobjekten, Geschäfts- und Bürogebäuden mit 1,7%. Weit abgeschlagen belegten die Big Tickets, wie Luft-, Wasser- und Schienenfahrzeuge, 2012 den letzten Platz (Anteil: 1,0%), die Leasingengagements in dieser Gütergruppe nahmen um rund 17% ab. Sie verloren damit gegenüber dem Jahr 2008 rund zwei Drittel ihres Volumens. Dieses Produktsegment der Großmobilen hat seit jeher eine sehr volatile Entwicklung aufzuweisen. Angesichts des weltweit sehr hohen Leasinganteils bei Flugzeugen und des Wachstums in diesem Produktsegment mag deren geringer Anteil am deutschen Leasingportfolio verwundern. Dieser Markt ist jedoch stark international ausgerichtet und von sehr großen Playern geprägt, die sich

auf die wettbewerbsfähigsten Standorte, nicht zuletzt unter steuerlichem Aspekt, konzentrieren.

Dienstleister, Bauwirtschaft und Verarbeitendes Gewerbe erhöhten ihre Leasingengagements am deutlichsten

Der Dienstleistungssektor ist der größte Bereich in der deutschen Wirtschaft und der Gewinner im Strukturwandel. Seit dem Jahr 1996 ist er auch unangefochten die Nummer 1 im Leasing. Die Leasinggesellschaften erhöhten 2012 ihre Investitionen in diesem Wirtschaftsbereich knapp 7% und platzierten mit 33,9% rund ein Drittel ihres Neugeschäfts in diesem äußerst facettenreichen Wirtschaftsbereich. Der Sektor wird in Deutschland hinsichtlich seiner Bedeutung noch häufig unterschätzt, was wohl auch daran liegt, dass er ein sehr heterogenes Konglomerat von Gewerbezweigen ist. Es erstreckt sich vom Hotel- und Gaststättengewerbe über Banken, Versicherungen, Rundfunkanstalten, Filmgesellschaften, Internetprovider, Autovermieter, EDV- und Multimedia-Dienstleister, Unternehmensberater, Verlage, Werbeagenturen, Callcenter, Bewachungs- und Reinigungsunternehmen bis hin zu mittelständischen Selbständigen wie Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten, Ingenieurbüros, Steuerberatern, Maklern und privaten Stellenvermittlern. In diesen Berufsgruppen machen die besonders leasinggeeigneten Fahrzeuge und Büromaschinen einschließlich EDV-Anlagen den größten Teil des Investitionsbedarfs aus, weshalb sie schon immer eine interessante Zielgruppe für die Leasinggesellschaften waren. Besonders bei den unternehmensnahen Dienstleistern entstehen nach wie vor neue Arbeitsplätze, die mit Investitionsgütern von hoher Leasingaffinität ausgestattet werden.

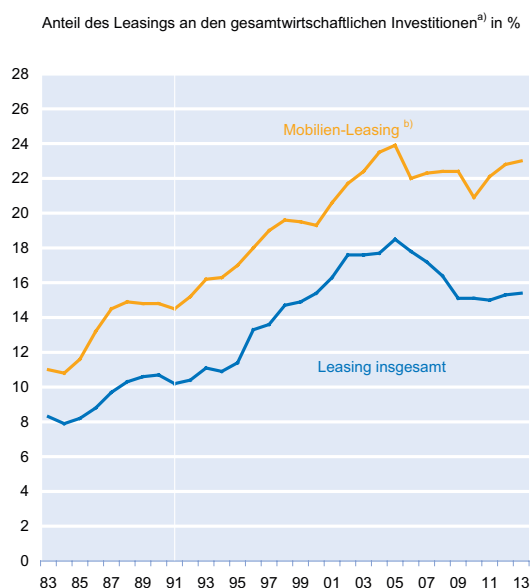
Das Verarbeitende Gewerbe war seit Gründung der ersten Leasinggesellschaften deren wichtigster Kunde und konnte diese Position 30 Jahre lang halten. Danach ging sein Anteil an den gesamten Leasinginvestitionen ziemlich stetig zurück; seit 2005 erhöhte er sich tendenziell wieder. Im Jahr 2012 steigerte dieser Sektor seine Leasingengagements mit +1,5% überdurchschnittlich, weshalb sich sein Anteil von 20,0 auf 20,3% erhöhte. Dies bedeutet weiterhin unangefochten Rang 2. Auch der Handel gehört zu den traditionellen Wirtschaftsbereichen, die als Leasingkunden jahrelang an Gewicht verloren hatten. Seit 1998 bewegte sich sein Anteil an den Leasinginvestitionen gelegentlich auch nach oben. 2007 nahmen die Leasingengagements des Handels sogar sprunghaft um über 25% zu, wodurch sein Anteil von 12,7 auf 15,3% hochschnellte. Seit 2008 liegt hier der Anteil an den Leasinginvestitionen konstant bei reichlich 12%. Im Jahr 2012 verminderte er seine Leasinginvestitionen hingegen um 10,7%, was seinen Anteilswert auf 11,7% verminderte, das reichte erneut für den dritten Platz.

Als in den Jahren 1979 bis 1982 die inländischen Pkw-Käufe permanent zurückgingen, entschlossen sich die Autoproduzenten in Deutschland, angesichts des abschreckenden Beispiels der schon damals in den USA praktizierten Rabattschleuderei, ihr Marketing neu auszurichten. Sie »erfanden« das Privat-Leasing mit sehr attraktiven Konditionen, um die Rabattaktionen beim Neuwagenkauf nicht völlig aus dem Ruder laufen zu lassen, und erreichten damit damals – sozusagen aus dem Stand – einen Anteil von 11% an den gesamten Leasinginvestitionen. In der Folgezeit war die Entwicklung dieser Sparte zwar aufwärts gerichtet, aber von beträchtlichen Schwankungen gekennzeichnet.

Nach einem Zuwachs um 10% im Jahr 1999 war das Privat-Leasing (Straßenfahrzeuge) von 2000 bis 2002 rückläufig. Im Jahr 2003 belebten sich die Geschäfte in diesem Segment merklich und 2004 sogar um über 20%. Im Jahr 2006 führten die Effekte im Vorfeld der Mehrwertsteuererhöhung von 2007 zu einem Rückgang des privaten Auto-Leasings. Im Jahr 2008 sorgte schließlich eine Expansion um 15% für einen Anteil von 12,2% und beförderte diese Kundengruppe auf Rang 4. Die herstellernahen Gesellschaften, die hier mit einem Marktanteil von über 90% klar dominieren, beeinflussen mit unterschiedlich starken Verkaufsanreizen für den Auto-Kredit oder das Auto-Leasing die Entwicklung dieser Leasingsparte maßgeblich.

Im Jahr 2009 – dem Jahr der »Abwrackprämie« – profitierte das Privat-Leasing nicht davon, dass sich die privaten Autokäufe gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelten.

Abb. 1
Leasingquoten Deutschland



^{a)} Ohne Wohnungsbau. Ab 1991 neues Statistikkonzept (ESVG).
^{b)} Anteil des Mobiliens-Leasings an den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen. 2013: vorläufig.

Quelle: ifo Investitionstest; Statistisches Bundesamt.

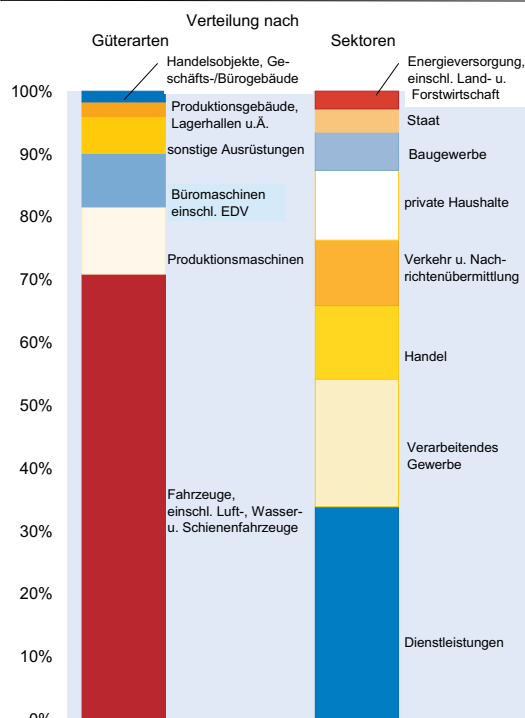
Die Sparte verlor wertmäßig sogar fast 12% gegenüber dem Vorjahr, bestritt damit aber gleichwohl 13,9% (2008: 12,1%) der Leasinginvestitionen – den bisherigen Höchstwert –, das reichte sogar für den dritten Rang. In Stückzahlen gerechnet war das Minus nicht so groß, da die privaten Käufer überwiegend Klein- und Kompaktwagen orderten. Angesichts der besonderen Situation promoteten offenbar etliche Hersteller in diesem Kundensegment die Absatzfinanzierung per Kredit stärker als das Leasing. Mit dem enormen Rückgang der privaten Zulassungen im Jahr 2010 schmolz auch das Privat-Leasing dahin, wertmäßig belief sich das Minus auf 17,4%. 2012 war hier ein leichtes Minus von 0,7% zu verzeichnen, sein Anteil am gesamten Leasingneugeschäft ging von 11,3 auf 11,1% zurück, das reichte jedoch um den Sektor Verkehr- und Nachrichtenübermittlung vom vierten Platz zu verdrängen. Letzterer verminderte seine Leasinginvestitionen 2012 um rund 9%. Dadurch sank sein Anteil am Leasingportfolio des Jahres 2012 von 11,4 auf 10,4%, was nun Rang 5 bedeutete.

Das Baugewerbe weist seit vielen Jahren ein zumindest durchschnittliches Wachstum seiner Leasingengagements auf. 2007 gab es sogar einen enormen Wachstumssprung von + 33%. Dadurch kletterte sein Anteil am gesamten Leasingvolumen von 4,6 auf 5,8%, der sich 2008 auf 5,4% reduzierte. Im Jahr 2009 gingen die Leasingengagements hier zwar um rund ein Fünftel zurück, der Anteil blieb aber konstant, im Jahr 2010 erhöhte er sich auf 5,6% und 2011 – dank eines Wachstums seiner Leasingengagements um 13% – auf 5,9%. Dieser Aufwärtstrend setzte sich auch 2012 mit einem Plus von 4% fort, wodurch der Leasinganteil hier von 5,8 auf 6,1% anstieg. Dagegen fallen die selbst bilanzierten Investitionen seit 2000 kräftig zurück und haben inzwischen ein außergewöhnlich niedriges Niveau erreicht. Die Bauwirtschaft fährt angesichts einer teils sehr volatilen Auftragslage seit geraumer Zeit konsequent ihre eigenen Investitionen zurück und bedient sich intensiv des Angebots von allen Arten von Vermietungsdienstleistern. Sie hat inzwischen die mit Abstand höchste Leasingquote aller Sektoren und setzt noch stärker das Renting, also die kurzfristige Anmietung ein (vgl. Städler 2013).

Die öffentliche Hand ist selbst einer der größten Investoren in Deutschland und beeinflusst so, über die Wahl ihrer Finanzierungsmittel bzw. die Art der Durchführung von Investitionen, auch die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Leasingquote. Aus verschiedenen, teilweise auch nichtökonomischen Gründen, machte der Staat in Deutschland von allen Wirtschaftsbereichen bis vor einigen Jahren am wenigsten vom Leasing Gebrauch.

Offenbar haben aber die geleaste Polizeiflotten in einigen Bundesländern, die neuen Leasingfahrzeuge der Bundeswehr und diverse geleaste öffentliche Immobilienprojekte

Abb. 2
Leasinginvestitionen 2012



Quelle: ifo Investitionstest.

eine Initialzündung ausgelöst, die für mehr Leasingtransaktionen im Staatssektor sorgten.

Seit dem Jahr 2003 nehmen die Leasinginvestitionen des Staates tendenziell zu, teilweise sogar sprunghaft. Dem enormen Wachstum von 2005, von über 60%, folgten 2006 und 2007 allerdings Rückgänge, wodurch der Anteil des Staates an den gesamten Investitionen der Leasingbranche von 3,7 auf 2,8% zurückfiel. Ein Wachstum seiner Leasinginvestitionen von 35% sorgte 2008 für ein Ansteigen des Anteils auf 3,8%, aber schon 2009 fiel dieser wieder auf 3,1% zurück und konnte sich 2010 jedoch wieder auf 7,2% mehr als verdoppeln und pendelte sich 2011 mit 3,9% wieder auf sein durchschnittliche Niveau ein. 2012 gab es wieder ein Minus von 8%, wodurch der Leasinganteil von 4 auf 3,7% zurückging. Auslöser dieser starken Schwankungen sind vor allem sehr große Immobilienprojekte, die diskontinuierlich anfallen, bei Mobilien zeigt die Entwicklung gleichmäßiger nach oben. Wenn man nicht nur den Staat im engeren Sinne, also die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung, mit berücksichtigt, sondern auch die Eigengesellschaften der öffentlichen Hand mit eigener Rechtspersönlichkeit, verdoppelt sich der Leasinganteil nahezu. Derartige Kapitalgesellschaften, insbesondere in den Bereichen Personennahverkehr, Energieerzeugung und Abwasserentsorgung, werden statistisch nicht dem Staat, sondern den zuständigen fachlichen Wirtschaftsbereichen zugeordnet. Das gilt entsprechend auch für geleaste Straßenbahnen, Kraftwerke oder Kläranlagen. Diese recht-

lich selbständigen Unternehmen der Gebietskörperschaften haben einen wesentlichen Anteil an den Leasinginvestitionen im Verkehrs- und Entsorgungssektor sowie nicht zuletzt für Kliniken. Eine weitere Form staatsnaher Einrichtungen sind die Organisationen ohne Erwerbszweck, wie etwa Forschungsinstitute oder karitative Einrichtungen, die in den letzten Jahren ebenfalls häufiger leasen. Die Gebietskörperschaften, allen voran die Kommunen, sind auch in Zukunft eine höchst interessante Zielgruppe für die Leasinggesellschaften. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ermittelten für die Kommunen bis zum Jahr 2020 einen Investitionsbedarf von mehr als 700 Mrd. Euro. Dabei handelt es sich vor allem um Infrastrukturprojekte wie Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verwaltungsgebäude, Schulen, Straßen und Kindertagesstätten. Das Difu empfiehlt hierfür auch den Einsatz intelligenter Finanzierungsinstrumente und Public Private Partnership (PPP), um größere Investitionsspielräume zu erhalten (vgl. Wenke-Thiem 2008).

Ein ifo-Gutachten stellte fest, dass es zwar unstrittig ist, dass es in Teilbereichen der öffentlichen Infrastruktur Defizite gibt, die sich negativ auch auf die regionale wirtschaftliche Entwicklung auswirken können. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien zeigt jedoch, dass die gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekte zusätzlicher Infrastrukturinvestitionen zumindest in hoch entwickelten Ländern im Regelfall sehr gering ausfallen. Statt eines breitflächigen Ausbaus von Infrastrukturen sollte der Fokus der künftigen Infrastrukturpolitik in Deutschland daher auf die Instandsetzung sowie auf die Beseitigung von Engpässen gelegt werden. Erhaltungsinvestitionen sollte daher der Vorrang vor dem Neubau von Infrastrukturen gegeben werden (vgl. Ragnitz et al. 2013).

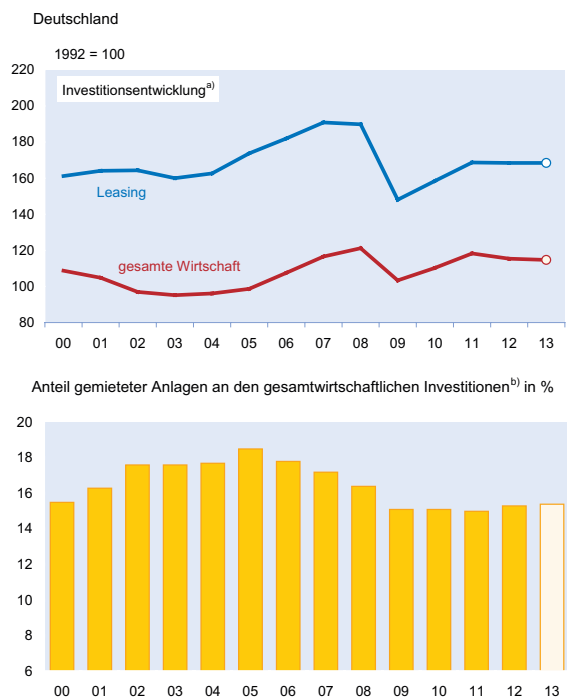
Der primäre Sektor der Wirtschaft, also die Energie- und Wasserversorgung, der Bergbau sowie die Land- und Forstwirtschaft, hält weiterhin die rote Laterne unter den Leasingkunden. Er hatte 1997 seinen Leasinganteil fast halbiert, stieg 2000 schließlich wieder auf 4,7% und ging seit 2001 wieder zurück, bis er 2004 seinen Tiefpunkt mit 1,7% erreichte. Seither bewegt sich sein Anteilswert bei rund 2%. Im Jahr 2010 nahmen die Leasinginvestitionen in diesem Bereich um über 50% zu, wodurch der Anteil am gesamten Leasingportfolio auf 2,9% anstieg. Diesen Wert konnte er 2011 mit 2,8%, nicht ganz halten; 2012 blieb der Wert unverändert. Dieses relativ niedrige Niveau geht auch auf die bisher weniger für Leasing geeigneten Investitionsgüter der Landwirtschaft zurück. Nach Einschätzung von Fachleuten vollzieht sich hier allerdings gerade die vierte industrielle Revolution. Nicht nur die Informationstechnologie gewinnt seit Jahren deutlich an Bedeutung, auch die Mechanisierung nimmt unaufhörlich zu. Auch wegen des Fachkräftemangels wird zunehmend Arbeit durch Kapital ersetzt. Bis zu 300 000 Euro kosten heute die leistungsfähigsten Großtraktoren, die reichlich mit Elektronik ausgestattet sind. Um ähnliche Dimensionen geht es auch bei modernen Erntemaschinen (vgl. Dostert 2013).

Jenseits von Leasing

Schon seit einigen Jahren werden von Leasinggesellschaften auch Geschäftsmodelle betrieben, die über das traditionelle Leasing hinausgehen oder es sinnvoll ergänzen, die aber auf der Ebene ihrer Kompetenzen als Finanz-, Investitions- und Dienstleistungsexperten liegen. Die Umsätze in diesem Segment erreichen heute schon mehrere Milliarden Euro jährlich und haben deutlich steigende Tendenz. Die Palette der Angebote reicht von traditionellem Mietkauf, der 2012 alleine schon ein Volumen von fast 7 Mrd. Euro erreichte, über zusätzliche Services, wie Asset- und Facility-Management, Bauconsulting, Fuhrparkmanagement, Versicherungen, strukturierte Finanzierungen, Fondskonzeptionen, Advising und Packaging bis zur Autovermietung (Renting), selbst die neuen Car-Sharing-Modelle zählen dazu. Diese Aktivitäten ermöglichen den Gesellschaften sich über zusätzliche bzw. ergänzende Dienstleistungen und divergierende Leistungsmerkmale gegenüber anderen Wettbewerbern – insbesondere dem Investitionskredit der Banken – abzuheben und Erträge zu erzielen.

Zudem können diejenigen, die im Bereich der Big Tickets engagiert sind, die hier übliche enorme Volatilität des Auftragseingangs abfedern.

Abb. 3
Leasing: Entwicklung und Quoten



^{a)} In jeweiligen Preisen.
^{b)} 2012: vorläufig, 2013: Planung.

Quelle: ifo Investitionstest Anlagenvermietung; Statistisches Bundesamt.

Der ifo Investitionstest misst die Entwicklung der Leasingbranche an ihrem bilanzierten Neugeschäft, also dem Zugang an aktivierungsfähigen Investitionsgütern. Schon definitionsgemäß ist hier das Geschäft mit den werthaltigen zusätzlichen Services nicht enthalten, die seit Jahren einen erheblichen Beitrag zum Umsatz und Ertrag der Leasinggesellschaften leisten und die bei Kunden häufig den Ausschlag bei der Entscheidung für das Leasing geben, dies gilt auch für sehr liquide Unternehmen. Besonders häufig ist dies beim Auto-Leasing mit Full Service, bei Büromaschinen und EDV-Equipment, bei Immobilien sowie bei Big Tickets, wie etwa Flugzeugen, der Fall. Neue Möglichkeiten auf diesem Betätigungsfeld eröffnen die Energiewende und die neuen Antriebe für Straßenfahrzeuge.

2013: Investitionen rückläufig – Leasing stabil

Die Abkühlung der Weltwirtschaft, die Schuldenkrise in Europa und wohl auch die extrem winterliche Witterung sorgten dafür, dass im Auftaktquartal von 2013 die Wirtschaftsleistung in Deutschland stagnierte und im Vorjahresvergleich sogar um 1,6% zurückging. Wie das Statistische Bundesamt im November 2013 berichtete, gewann die deutsche Wirtschaft nach dem schwachen Jahresauftakt an Dynamik. Die erste Schätzung für das reale BIP im dritten Quartal zeigte einen Anstieg gegenüber dem Vorquartal von 0,3% (zweites Quartal: + 0,7%) und im Vergleich zum Vorjahresquartal von 1,1% (nominal: + 3,3%) an (vgl. Statistisches Bundesamt 2013b). Positive Impulse kamen dabei ausschließlich aus dem Inland. Sowohl die staatlichen (0,5%) als auch die privaten Konsumausgaben (0,1%) zogen im Vorquartalsvergleich an, ebenso wie die Investitionen in Ausrüstungen, das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge (real: 0,5%). Die Bauinvestitionen legten vor allem wegen witterungsbedingter Nachholeffekte sogar um 2,4% zu. Der Abwärtstrend der Ausrüstungsinvestitionen konnte also gestoppt werden: Gegenüber dem Vorjahr und nominal wurde im dritten Quartal 2013 – erstmals seit Anfang 2012 – wieder mehr für Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge ausgegeben (+1,0%). Die Bauinvestitionen stiegen sogar um 4,2%, da sowohl in den öffentlichen Bau als auch in Wohnbauten deutlich mehr investiert wurde als im dritten Quartal 2012. Dagegen war der gewerbliche Bau weiter rückläufig.

Die Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2013 geht von einem Rückgang der nominalen Bruttoanlageinvestitionen ohne den Wohnungsbau von 0,6% für das Gesamtjahr 2013 aus, davon rund -1,2% für die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der sonstigen Anlagen. Die Investitionen im Nichtwohnbau (Hoch- und Tiefbau) werden wohl 2013 um 0,4% zulegen.

Eine deutlich nachlassende Dynamik ist schon seit 2012 bei den Fahrzeuginvestitionen festzustellen, da sich die Automobilkonjunktur deutlich abgekühlt hat und vermehrt auch

strukturelle Faktoren wirksam sind. Immerhin ist die Eintrübung in Deutschland nicht so stark ausgefallen wie im Durchschnitt Westeuropas. Im bisherigen Jahresverlauf von 2013 entwickelten sich die Pkw-Neuzulassungen hier zu Lande noch recht schwach. In den ersten zehn Monaten ist ein Minus von 5,2% aufgelaufen. Mit einem ähnlichen Ergebnis rechnet der Importeursverband VDIK auch im Gesamtjahr (vgl. o.V. 2013a). Bei den Nutzfahrzeugen gab es von Januar bis Oktober einen Rückgang von 6%, allerdings war hier zuletzt (+ 2%), ebenso wie bei Pkw (+ 2,3%) erstmals nach Monaten wieder ein Zuwachs erzielt worden.

Die Signale, die von verschiedenen anderen Konjunkturindikatoren, wie ifo Geschäftsklima und Kredithürde für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands, ifo Wirtschaftsklima im Euroraum sowie ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland, ausgehen, lassen erkennen, dass die deutsche Wirtschaft wieder auf Expansionskurs ist.

Die Investitionspläne der Industrieunternehmen vom Frühjahr deuten auf höhere Investitionen in diesem Sektor im Jahr 2013 hin. Nach den Ergebnissen des ifo Investitionstests wollen die Unternehmen 2013 nominal 4% (real: gut 3%) mehr investieren als im Vorjahr (vgl. Weichselberger 2013). Die Ergebnisse des ifo Investitionstests im Handel vom Frühjahr 2013 zeigen, dass die Unternehmen gegenüber dem Vorjahr zumindest gleichhohe Investitionen erwarten (vgl. Sauer 2013a; 2013b).

Die konjunkturelle Gangart der Leasinggesellschaften verlief in den letzten Monaten in ruhigen Bahnen, wie die die Ergebnisse der Konjunkturumfragen des ifo Instituts im Leasingsektor belegen. Während die Geschäftslageurteile wenig Veränderungen aufweisen, zeigen die Geschäftserwartungen schon seit Monaten eine klare Aufwärtstendenz.

Während sich der private Verbrauch das ganze Jahr über gut halten konnte, hat die Abkühlung der Weltwirtschaft und die Zuspitzung der Schuldenkrise in Europa die Investitionstätigkeit der Unternehmen 2013 spürbar in Mitleidenschaft gezogen. Es zeigt sich wieder einmal, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in hohem Maße von den wirtschaftlichen Perspektiven und dem Vertrauen in die Wirtschafts- und Finanzpolitik abhängig ist, niedrige Zinsen alleine reichen dafür nicht.

Eine aktuelle Analyse des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) kommt anhand des Index der wirtschaftspolitischen Unsicherheit für Deutschland zu dem Ergebnis, dass der Rückgang der Investitionen im Jahr 2012 fast vollständig auf die Verunsicherung der Investoren – vor allem durch die Staatsschuldenkrise – zurückgeführt werden kann (vgl. Vogt 2013). Etwa ab der Jahresmitte 2013 hat die Verunsicherung nachgelassen und wieder den langjährigen Mittelwert erreicht.

Allerdings war im Oktober wieder ein deutlicher Anstieg zu beobachten, der eventuell mit den Koalitionsverhandlungen in Berlin im Zusammenhang steht. Mit den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen sind die Unternehmen offenbar sehr unzufrieden (vgl. Neuerer 2013). Sie vermissen auch Impulse für die privaten Investitionen (vgl. o. V. 2013).

Wie die Ergebnisse des jüngsten ifo Investitionstests zeigen, werden die Investitionen der Leasinggesellschaften 2013 auf der Stelle treten. Im Jahresdurchschnitt wird im Neugeschäft mit Mobilien ein minimaler Rückgang von 0,2% auf rund 46,5 Mrd. Euro eintreten. Dafür ist die Fahrzeugsparte verantwortlich, die ein Minus von 2% aufweist, während bei Büromaschinen/EDV (+ 7%), Produktionsmaschinen (+ 4%) und sonstigen Ausrüstungen (+2%) Zuwächse realisiert werden können. Das Immobilien-Leasing dürfte, nach den Einbrüchen in den beiden Vorjahren, 2013 um 5,2% auf gut 2 Mrd. Euro zulegen. Dadurch ist für das gesamte Leasing-Neugeschäft 2013 mit Stagnation bei knapp 48,5 Mrd. Euro zu rechnen. Damit übertrifft das Leasing gleichwohl die gesamtwirtschaftliche Investitionsentwicklung (nominal – 0,6%), wodurch die Leasingquote insgesamt von 15,3 auf 15,4% zunimmt. Auch die Mobilien-Leasingquote steigt von 22,8 auf 23,0%.

2014: Wachstum in Sicht

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft wird sich 2014 weiter fortsetzen und im kommenden Jahr an Tempo gewinnen. Die Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2013 rechnet angesichts deutlich geringerer Unsicherheit im Zusammenhang mit der Eurokrise und einer Belebung der Weltwirtschaft mit einem beträchtlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland, diese dürfte sogar stärker zulegen als das Produktionspotenzial. Da in diesem Umfeld die günstigen binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder zum Tragen kommen, wird im Jahresdurchschnitt für das BIP ein nominales Plus von 3,8%

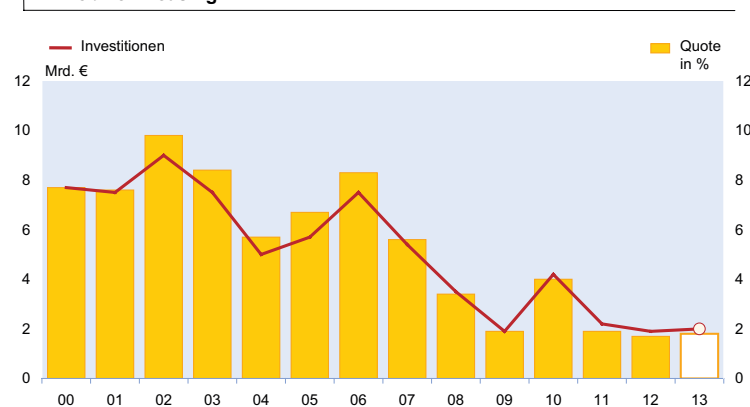
(real: +1,8%) angenommen. Da die Produktionskapazitäten der deutschen Unternehmen wieder annähernd normal ausgelastet sein werden, ist für die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der sonstigen Anlagen sogar ein dynamisches Wachstum von nominal 7% zu erwarten. Die Investitionen im Nichtwohnbau (Hoch- und Tiefbau) werden wohl 2014 um reichlich 6% zulegen.

Es scheint also, dass sich die Unternehmensinvestitionen angesichts des Auslaufens der Rezession in der Eurozone, steigender Kapazitätsauslastung, günstigerer Exportaussichten und nicht zuletzt sehr niedriger Zinsen endlich wieder beleben und diverse Projekte, die bis zuletzt aufgeschoben wurden, nun realisiert werden.

Die anziehende Binnennachfrage mit der kräftigen Steigerung der Investitionstätigkeit ist auch angesichts der breiten internationalen Kritik an den hohen deutschen Exportüberschüssen ein Schritt in die richtige Richtung. »Denn es ist ungesund, Überschüsse in Höhe von sieben Prozent der Wirtschaftsleistung zu haben. Es wäre besser gewesen, mehr in Deutschland zu investieren, um die heimische Wirtschaft produktiver zu machen« (vgl. Sinn 2013).

Deutschland sollte daher jetzt die Chancen wahrnehmen, die die veränderten internationalen Kapitalströme gegenwärtig bieten und den Inlandsverbrauch vor allem durch höhere Investitionsausgaben steigern. Die extrem niedrige Nettoinvestitionsquote des Landes im internationalen Vergleich zeigt, dass dafür einiger Bedarf vorhanden ist. Wichtig ist, dass die Politik hierfür geeignete Rahmenbedingungen schafft. Eine mittelfristig nahezu aufkommensneutrale und zudem schnell realisierbare sowie unbürokratische Möglichkeit für den Fiskus wäre etwa, die vor Jahren verschlechterten Abschreibungstabellen wieder zu verbessern und/oder die degressive Abschreibung wieder zuzulassen. Das macht das Investitionsrisiko, vor allem für mittelständische Betriebe überschaubarer (vgl. Städtler 2012).

Abb. 4
Immobilien-Leasing



Investitionen des Immobilien-Leasings gemessen an den gesamtwirtschaftlichen Bauinvestitionen ohne Wohnungsbau.
2013: Schätzung.

Quelle: ifo Investitionstest; Statistisches Bundesamt.

Die Wachstumsperspektiven der Leasinggesellschaften hellen sich nicht nur durch die zunehmende Investitionsdynamik auf, sondern auch durch die verbesserten Aussichten für die Automobilkonjunktur im Jahr 2014. Erste Expertenschätzungen gehen immerhin von einem Zulassungsplus von fast 7% aus (vgl. Schneider 2013).

Insgesamt ist also für 2014 – nach derzeitigem Prognosestand – mit kräftig steigenden Ausgaben für Ausrüstungsgüter zu rechnen; wobei davon ausgegangen werden kann, dass dann auch aufgeschobene Projekte aus den Vorjahren nachgeholt werden. Dar-

an sollten die Leasinggesellschaften zumindest durchschnittlich partizipieren können.

Risiken für die vorliegende Prognose gehen allerdings von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen aus. Für die deutsche Konjunktur resultieren sie insbesondere daraus, dass die Lage im Euroraum immer noch fragil und ein erneutes Aufflammen der Krise weiterhin nicht auszuschließen ist. Die in den vergangenen Jahren geschaffenen Instrumente zur Stabilisierung der Finanzmärkte und die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, unter bestimmten Voraussetzungen stabilisierend auf den Märkten für Staatsanleihen einzugreifen, haben die Lage nur vorerst beruhigt, stellen aber keine dauerhafte Lösung dar (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2013).

Die von Energie sparenden Technologien getriebene Investitionswelle ist ein Hoffnungsträger für die Leasingbranche in den nächsten Jahren. Die Leasinggesellschaften werden wieder einmal gefragte Experten bei der Markteinführung der neuen Produkte sein, die im Gefolge knapper und teurer Energieressourcen in großer Zahl nachgefragt werden. Das sind neben neuen Generationen von Straßenfahrzeugen insbesondere Anlagen zur dezentralen Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen, Maschinen und Elektroanlagen. Sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich müssen in großer Zahl beispielsweise Gas- und Dampfturbinenanlagen, moderne Beleuchtungssysteme, Abluftanlagen oder Blockheizkraftwerke errichtet werden (vgl. Kaiser-Neubauer 2012). Auch früher wurden schon neue Technologien maßgeblich via Leasing verbreitet, wie schon in der Gründungsphase der institutionellen Leasinggesellschaften vor über 50 Jahren, zu Beginn der Computer-Ära bzw. des digitalen Zeitalters. Für eine Finanzierung durch Banken kommen neue Produkte mit rascher technischer Obsoleszenz und schwer einschätzbarer technischer Reife weniger in Frage, es sei denn, es handelt sich bei den Banken um Institute von Herstellern.

Literatur

Dostert, E. (2013), »Feldversuche«, *Süddeutsche Zeitung* vom 12. November, 18.

Horn, P. (2010), »Rein in die Nische«, *Süddeutsche Zeitung* vom 3. Dezember, V1.

Kaiser-Neubauer, C. (2012), »Alternative Geldquelle«, *Süddeutsche Zeitung* vom 11. Oktober, 29.

Neuerer, D. (2013), »Familienunternehmen plädieren für Neuwahlen«, online verfügbar unter: www.Handelsblatt.com, 22. November.

o.V. (2013a), »Opel ist der größte Gewinner auf dem Automarkt«, online verfügbar unter: www.welt.de, 4. November.

o.V. (2013b), »Wirtschaft ist enttäuscht vom Koalitionsvertrag«, online verfügbar unter: www.handelsblatt.com, 27. November.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2013), »Konjunktur zieht an – Haushaltsüberschüsse sinnvoll nutzen«, *ifo Schnelldienst* 66(20), 3-60.

Ragnitz, J., Eck, A. Scharf, S., Thater, C., Wieland, B. (2013), *Öffentliche Infrastrukturinvestitionen: Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Wachstumswirkungen*, Endbericht zum Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, ifo Dresden.

Rösel, F. (2013), »Kränkelnde Krankenhäuser – Ursachen und Auswirkungen des Rückgangs der Krankenhausinvestitionen der Länder«, *ifo Dresden berichtet* 20(05), 3-15.

Rußig, V. (2013), »Bauträger«, *VR Branchen special* Nr. 100 vom Dezember.

Sauer, S. (2013a), »ifo Investitionstest Einzelhandel und Kfz-Handel: Lediglich große Unternehmen wollen Investitionen erhöhen«, *ifo Schnelldienst* 66(13), 65-69.

Sauer, S. (2013b), »ifo Investitionstest Großhandel: Investitionspläne weiter nach oben gerichtet«, *ifo Schnelldienst* 66(14), 41-43.

Schneider, M. (2013), »Die Rabatte auf Neuwagen sinken«, *Handelsblatt* vom 7. November, 23.

Sinn, H.-W. (2013), »Es ist ungesund« Presseinterview *Die Zeit*, Nr. 47, 14. November, 32.

Städtler, A. (2012), »Rückläufige Investitionen – geringes Leasingwachstum«, *ifo Schnelldienst* 65(23), 79.

Städtler, A. (2013), »Vermietung beweglicher Sachen«, *VR Branchen special* Nr. 64 vom Dezember.

Statistisches Bundesamt (2013a), »Industrie investiert im Jahr 2012 57 Milliarden Euro in Sachanlagen«, Pressemitteilung Nr. 389, 19. November.

Statistisches Bundesamt (2013b), »Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 3. Quartal 2013«, Pressemitteilung Nr. 394, 22. November.

Vogt, G. (2013), »Wirtschaftspolitische Unsicherheit als Investitions- und Wachstumsbremse«, *BVR Volkswirtschaft special* Nr. 7, 1-6.

Weichselberger, A. (2013), »Deutsche Industrie: Für 2013 erneutes Investitionsplus geplant«, *ifo Schnelldienst* 66(15), 53-57.

Wenke-Thiem, S. (2008), »Bis 2020 sind kommunale Investitionen von mehr als 704 Milliarden Euro notwendig«, *RKW Informationen Bau-Rationalisierung* 37(2), 9.

Im September 2013 veröffentlichte das Handelsblatt das aktuelle VWL-Ranking 2013. Dieses Ranking genießt ein hohes Ansehen in der ökonomischen Zunft. Der vorliegende Beitrag unterwirft die Methodik des Handelsblattes einer kurzen Kritik und vergleicht anschließend das Handelsblatt-Ranking mit den Rankings von RePEc.

Die Methodik des Handelsblatt-Rankings

Die Publikationen der teilnehmenden Autoren werden entsprechend einer Zeitschriftenliste gewichtet. Diese Liste umfasst aktuell 1 517 Zeitschriften (2011 waren es 1 320 und 2010 1 265). Die aktuelle Zeitschriftengewichtung entspricht von der Grundidee derjenigen vom Jahr 2011, die auf einem Aufsatz von Combes und Linnemer (2010) beruht. Dieser Aufsatz stellt einen sehr umfangreichen Ansatz zur Qualitätsgewichtung für Zeitschriften dar, indem eine Art Meta-Ranking, basierend auf mehreren bibliometrischen Informationen (u.a. von Thompson Scientific und Google Scholar), berechnet wird. Detaillierte Informationen zur Methodik lassen sich im angesprochenen Artikel finden. Dort wurde die bisher umfangreichste Bewertung von Zeitschriften vorgenommen, indem für fast alle in EconLit gelisteten Fachzeitschriften ein Rang berechnet wurde. Die Zeitschriften wurden dazu in sieben Gruppen aufgeteilt und mit den Gewichten 1,00 (zehn Zeitschriften), 0,60 (26), 0,30 (46), 0,20 (75), 0,15 (112), 0,10 (166) bzw. 0,05 (1 082) versehen. Zeitschriften, die 2011 noch nicht gerankt waren, wurden mit 0,05 gewichtet. Zusätzlich findet noch eine Adjustierung für die Anzahl der Autoren statt.

Kritik am Handelsblatt-Ranking¹

Trotz der umfangreichen Berücksichtigung von Fachzeitschriften werden weiterhin keine (referierten) Monographien einbezogen. Dies kann zu Verzerrungen führen, da gerade im deutschsprachigen Raum diesbezüglich eine große Tradition herrscht.² Dies könnte ältere Autoren benachteiligen. Auf der anderen Seite wäre es schwierig, in die bestehende Methodik Monographien einzubauen, da zunächst keine Gewichte vergeben werden könnten.

Die Hauptkritik betrifft die Zeitschriftengewichtung. Wie bereits erwähnt, findet eine Einordnung in sieben Kategorien statt. Diese Form der Einteilung führte, wie schon in den Jahren zuvor, dazu, dass die qualitativen Unterschiede innerhalb der Gruppen verschwinden. Zwar hat jede Form von Kategorisierung mit dem Problem der Vereinfachung zu kämpfen, allerdings lassen sich auf der Website des

Handelsblatts keine Informationen zur Gruppenzuordnung finden. So kann man fragen, inwieweit die Gruppenzuordnung willkürlich erfolgt.³ Auch Combes und Linnemer (2010) geben keine Erklärung, wie sie die Gruppeneinteilung vornehmen. Darüber hinaus entspricht die Gruppenaufteilung in ihrem Artikel nicht der des Handelsblattes. Es werden dort sechs Kategorien gebildet (AAA, AA, A, B, C und D), jedoch ist die Zuordnung eine andere. So enthält die AAA-Kategorie z.B. nur sieben Journals, während die A+ im Handelsblatt-Ranking acht volkswirtschaftliche Fachzeitschriften umfasst (plus Science und Nature).⁴ Das *Journal of Monetary Economics* ist zusätzlich in der Top-Kategorie enthalten. Ähnlich verhält es sich mit der B+-Kategorie. Diese ist um einiges kürzer als die korrespondierende A-Kategorie in Combes und Linnemer (2010). Insgesamt wäre eine transparente Erklärung für die Grenzziehung wünschenswert. Ausgehend von den bibliometrischen Fakten ergeben sich keine natürlichen Grenzen, d.h. die Verteilung des Rankings für jede Zeitschrift ist stetig (vgl. Abb. 1 in Seiler und Wohlrabe 2010a). Die starke Gewichtung der A+-Journale mit 1 lässt sich mit den zugrunde liegenden Rankings nicht erklären. Es ist jedoch gewünscht, dass eine Publikation in den sogenannten Top-Journalen höher gewichtet wird, weil dies als hoher Qualitätsmaßstab erachtet wird.

Durch die Gewichtung mit sieben Kategorien ergeben sich bestimmte Anreizwirkungen für Autoren, denn eine Publikation in einer bestimmten Kategorie ergibt die gleiche Punktzahl, unabhängig von der Zeitschrift. Dies wird umso relevanter, je größer die Kategorie ist. Gegeben die Annahmen, dass ein Autor nur in der Lage ist, in einer bestimmten Kategorie zu publizieren (z.B. B) und seine Handelsblatt-Punkte maximieren möchte, wird er jene Zeitschrift wählen, bei der es am leichtesten ist zu publizieren. Dies wird tendenziell bei qualitativ geringwertigen Zeitschriften der Fall sein.

Ein dritter Aspekt betrifft die Aktualität des Rankings. Das Ranking von Combes und Linnemer (2010) beruht zum einen auf den Zitierungen des Web of Science (WoS) und zum anderen auf Google Scholar.⁵ Die Ergebnisse des Journal Citation Reports des Web of Science gehen mit 50% in das finale Abschlussranking ein, und letzteres dient dazu, den Impact der Zeitschriften, die nicht im SSCI gelistet sind, zu extrapolieren. Hier ergeben sich zwei Probleme: Der Journal Citation Report in Combes und Linnemer (2010) bezieht sich auf das Jahr 2008. Damals waren in der Economics-Kategorie weniger Journals gelistet als heute. Inzwischen liegt der aktuelle Report vor, der mittlerweile

¹ Die folgenden Ausführungen beziehen sich teilweise auf Seiler und Wohlrabe (2010) und Wohlrabe (2011).

² Vgl. u.a. Sinn und Sinn (1994) oder Sinn (2010; 2012), die international große Beachtung fanden und laut RePEc häufig zitiert werden.

³ Die intransparente Zeitschriftengewichtung wird auch von Schläpfer (2011) kritisiert.

⁴ Das Handelsblatt-Ranking bezieht sich in Combes und Linnemer (2010) auf die Tabellen 36 und 37, d.h. auf das Ranking ohne Econ-Korrektur. Die komplette Zeitschriftenliste kann unter <http://www.vcharite.univ-mrs.fr/PP/combes/> heruntergeladen werden.

⁵ Vgl. Paludkiewicz und Wohlrabe (2010) für weitere Details bzgl. Zitationsdatenbanken.

332 Zeitschriften listet. Combes und Linnemer (2010) weisen darauf, dass die Zitierungen von Google Scholar oft kurzfristigen Schwankungen unterliegen, je nachdem welche Quellen im Internet verfügbar sind. Da das Working Paper im Januar 2010 veröffentlicht wurde, stellt sich die Frage, inwieweit sich die genannten Fakten auf ein aktuelles Ranking auswirken würden.

Um einen Eindruck über eine mögliche Qualitätsentwicklung der Zeitschriften zu gewinnen, werden die aktuellen Impaktfaktoren von RePEc und Web of Science mit der Handelsblatt-Gewichtung verglichen. Dabei werden nur Zeitschriften aus der Economics-Kategorie des Journal Citation Reports sowie die Kategorien A+ und A nach Handelsblatt-Liste verwendet. Zusätzlich werden die vorhandenen Zeitschriften gerankt. Es zeigt sich, dass die Kategorie A+ größtenteils mit den Top 10 in WoS und RePEc übereinstimmt. Es gibt jedoch Ausnahmen. Die Zeitschriften *Journal of Econometrics*, *Journal of Labor Economics* und das *Review of Financial Studies* müssten nach dem RePEc-Ranking zu der Kategorie A+ gehören, während das *Journal of Finance* herausfallen würde. Beim WoS sind die Zeitschriften *Journal of Accounting and Economics*, *Review of Economics and Statistics* und erneut das *Review of Financial Studies* A+-Kandidaten. Das *Journal of Monetary Economics* liegt im WoS-Ranking nur auf Platz 17 und würde hiermit nur in der Kategorie A gerankt werden. Inwieweit sich Zeitschriften erheblich verbessern können, zeigen die vier seit 2007 existierenden Zeitschriften der American Economic Association (*American Economic Journal*), die am Ende von Tabelle 1 aufgeführt sind. Nach WoS wären zwei der vier Zeitschriften in der Kategorie A+ und nach RePEc mindestens B+ und nicht B wie in der Handelsblatt-Liste. Einen generellen Vergleich zieht Abbildung 1. Sie zeigt die jeweiligen Impaktfaktoren in Relation zur Handelsblatt-Gewichtung. Generell existiert ein positiver Zusammenhang.⁶ Jedoch gibt es in vielen Kategorien Zeitschriften, die höher oder niedriger eingestuft werden könnten. Darauf aufbauend möchte der Autor anregen, beim nächsten Ranking, die Zeitschriftengewichtung zu aktualisieren.

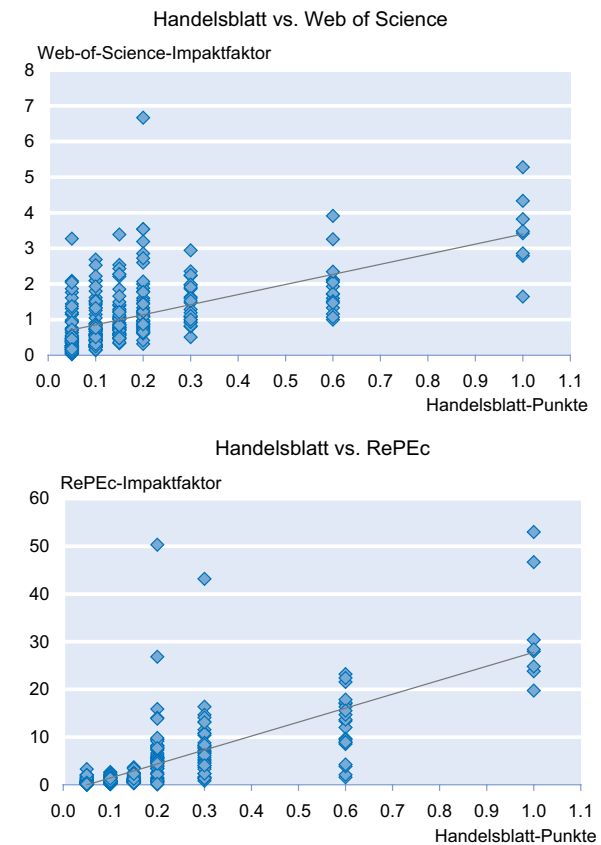
Ein Vergleich zum RePEc-Ranking

Grundsätzlich ist es schwierig, die Rankings miteinander zu vergleichen. Das Handelsblatt-Ranking erstellt ein Ranking auf Basis gewisser Kriterien, während RePEc 36 Rankings plus ein Meta-Ranking vornimmt. Im Netzwerk spielen die Zitierungen eine stärkere Rolle im Vergleich zur reinen quantitativen Erfassung des Forschungsoutputs.⁷ Schläpfer und

⁶ Die Korrelation zwischen Handelsblatt- und RePEc-Impaktfaktoren beträgt 0,75 und dem WoS-Impaktfaktoren 0,58.

⁷ Für allgemeine Informationen bzgl. RePEc vgl. Seiler und Wohlrabe (2010b; 2010c). RePEc-Daten können für vielfältige bibliometrische Analysen verwendet werden, vgl. u.a. Seiler und Wohlrabe (2011a; 2011b; 2012).

Abb. 1
Impaktfaktoren im Vergleich



Quelle: Journal Citation Report (2012); RePEc (August 2013).

Schneider (2010) untersuchten den Zusammenhang zwischen dem Handelsblatt-Ranking und der Zitierhäufigkeiten im WoS und kamen zu dem Ergebnis, dass nur ein geringer Zusammenhang besteht. Die Zitierhäufigkeiten können die Handelsblatt-Punkte nur partiell (29%) erklären.

Welcher Zusammenhang besteht nun aktuell zwischen dem RePEc-Ranking und dem vom Handelsblatt? Um einen Vergleich zu ermöglichen, wird für die Rangliste »Lebenswerk«, die – wie in RePEc – den kompletten Forschungsoutput erfasst, herangezogen. In RePEc sind nur bestimmte Ränge für alle Nutzer sichtbar (weltweit: 5%, Deutschland, Österreich und Schweiz jeweils 25% der Top-Ökonomen). Soweit die Ränge in RePEc verfügbar waren, wurden diese entsprechend dem Handelsblatt zugeordnet. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die Rankings entsprechend der Überschneidung neu berechnet. Insgesamt konnte 98 Ökonomen eine Platzierung im weltweiten Ranking in RePEc zugeordnet werden (134 für Deutschland, 20 für Österreich und 59 für die Schweiz).⁸

⁸ Für die verbleibenden Wissenschaftler konnte entweder kein RePEc-Rang zugeordnet werden, weil sie nicht entsprechend hoch gerankt sind, oder sie sind nicht in RePEc registriert. Prominentestes Beispiel ist Roman Inderst, der mit Sicherheit sehr weit vorn in der RePEc-Rangliste platziert wäre.

Tab. 1
Impaktfaktoren für die beiden Topkategorien im Vergleich

Zeitschrift	RePEc		Web of Science		
	Handelsblatt-Punkte	Impakt-faktor	Rang	Impakt-faktor	Rang
American Economic Review	1	23,83	7	2,79	9
Econometrica	1	46,69	2	3,82	4
Journal of Finance	1	19,74	11	4,33	2
Journal of Financial Economics	1	30,37	3	3,42	6
Journal of Monetary Economics	1	24,81	6	1,65	17
Journal of Political Economy	1	27,97	5	3,48	5
Quarterly Journal of Economics	1	53,00	1	5,28	1
Review of Economic Studies	1	28,37	4	2,86	8
Economic Journal	0,6	17,01	14	2,12	11
European Economic Review	0,6	13,37	19	1,33	21
Games and Economic Behavior	0,6	8,55	24	1,00	24
International Economic Review	0,6	12,03	20	1,16	22
Journal of Accounting and Economics	0,6	9,66	21	3,91	3
Journal of Business and Economic Statistics	0,6	17,21	13	1,93	14
Journal of Econometrics	0,6	21,56	10	1,71	16
Journal of Economic Theory	0,6	13,67	18	1,07	23
Journal of Health Economics	0,6	8,96	22	1,60	18
Journal of International Economics	0,6	16,35	15	2,09	12
Journal of Labor Economics	0,6	23,21	8	1,73	15
Journal of Public Economics	0,6	14,69	17	1,52	19
Journal of the European Economic Association	0,6	17,84	12	2,05	13
RAND Journal of Economics	0,6	8,93	23	1,47	20
Review of Economics and Statistics	0,6	15,52	16	2,35	10
Review of Financial Studies	0,6	22,39	9	3,26	7
American Economic Journal: Applied Economics	0,2	9,61		3,54	
American Economic Journal: Economic Policy	0,2	6,24		2,00	
American Economic Journal: Macroeconomics	0,2	15,88		3,19	
American Economic Journal: Microeconomics	0,2	3,90		1,88	

Quelle: Journal Citation Report (2012); RePEc (August 2013).

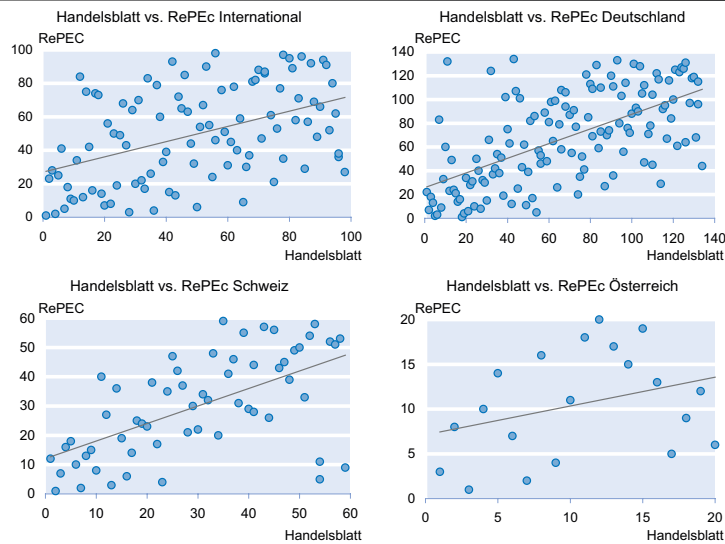
Abbildung 2 stellt die korrigierte Rangordnung des Handelsblattes (Abszisse) in Relation zu RePEc (Ordinate) jeweils für das weltweite Ranking, Deutschland, Österreich, die Schweiz. Die Ergebnisse sind sehr heterogen, weisen jedoch alle einen positiven Zusammenhang aus. Die Rangkorrelationen nach Spearman betragen für das internationale Ranking, Deutschland, Österreich und die Schweiz jeweils 0,45, 0,58, 0,17 und 0,59. Das heißt, der höchste Zusammenhang besteht beim Vergleich der beiden Rankings für Deutschland. In Tabelle 2 werden die entsprechenden Ränge für die Top 20 aus dem Handelsblatt-Ranking dargestellt.⁹ In jedem Vergleich gibt es Beispiele für eine starke Abweichung zwischen den beiden Rankings.

⁹ Die Reskalierung bezieht sich hier nur auf die Top 20.

So ist z.B. Peter Egger, bezogen auf das Lebenswerk-Ranking, im Handelsblatt-Ranking auf Platz 19, während er in reskalierten internationalen Ranking in RePEc Platz 7 einnimmt. Hans-Werner Sinn ist im Deutschland-Ranking von RePEc auf Platz 1, während er im Handelsblatt nur Platz 8 einnimmt.

Die Gründe für die heterogenen Ergebnisse sind vielfältig. Wie bereits erwähnt, liegt beim Handelsblatt vor allem die Reputation als Ranking-Kriterium zugrunde und daraus abgeleitet die qualitätsgewichtete Forschungsoutput eines Wissenschaftlers als einziges Rankingkriterium. Im Gegensatz dazu berücksichtigt RePEc auch Working Paper, die Anzahl der gelisteten Zeitschriften ist nicht identisch (Ende

Abb. 2

Relative Ränge im Handelsblatt-Ranking und RePEc-Ranking im Vergleich

Quelle: Handelsblatt Ranking (2013); RePEc Ranking (August 2013); Berechnungen des ifo Instituts.

November 2013 waren 1 822 Zeitschriften in RePEc gelistet), Zitierungen, verschiedene Qualitätsgewichtungen und Zugriffsstatistiken in seinen Rankings. Auch diese sind nicht frei von Kritik (vgl. Seiler und Wohlrabe 2011a). Insofern ist der Vergleich nicht ganz fair. Insgesamt erlaubt

RePEc jedoch einen umfassenderen Einblick in die Forschungsvielfalt eines Wissenschaftlers.

Abschließende Bemerkungen

Die vorliegenden Ausführungen zeigen, dass kein Ranking perfekt ist. Sowohl das Handelsblatt-Ranking als auch die diversen RePEc-Rankings haben ihre Vor- und Nachteile. Ersteres bedient sich eines Ranking-Kriteriums, dem qualitätsgewichtete Forschungsoutput eines Wissenschaftlers, während letzteres auf Basis vieler Einzelrankings ein Gesamtranking erstellt wird. Der Vergleich der beiden Rankings zeigt, dass zwar ein positiver Zusammenhang besteht, d.h. gute Wissenschaftler schneiden in beiden Rankings tendenziell gut ab, jedoch in Einzelfällen die relativen Platzierungen sich jedoch stark unterscheiden können. Letztendlich sollte sich bei jedem Ranking der Nutzer die Frage stellen, welche Kriterien er am höchsten bewertet, und entsprechend seine Entscheidungen treffen. Trotz des sehr hohen Ansehens des Handelsblatt-Rankings sollte dieses nicht als das Nonplusultra des Rankings deutscher Ökonomen betrachtet werden.

Tab. 2

Vergleich zwischen Handelsblatt- und RePEc-Ranking von Ökonomen

Name	Rang Handelsblatt	Rang RePEc			
		International		Deutschland	
		Original	Reskaliert	Original	Reskaliert
Bruno S. Frey	1	78	1	27	7
Martin Hellwig	2	479	9	7	3
Roman Inderst	3	–	–	–	–
Oded Stark	4	575	11	–	–
Ernst Fehr	5	91	2	–	–
Kai A. Konrad	6	508	10	22	6
Helmut Lütkepohl	7	739	13	15	5
Hans-Werner Sinn	8	152	3	2	1
Gerard van den Berg	9	397	8	3	2
Enno Mammen	10	–	–	150	11
Harald Uhlig	11	249	5	–	–
Wolfgang Karl Härdle	12	247	4	10	4
Hans Gersbach	13	630	12	–	–
Patrick W. Schmitz	14	1 636	17	42	9
Lutz Kilian	15	286	6	–	–
Walter Krämer	16	–	–	92	10
Harris Dellas	17	1 449	16	–	–
Henning Bohn	18	748	14	641	12
Peter Egger	19	365	7	–	–
Helmut Bester	20	1 413	15	28	8

Quelle: Handelsblatt-Ranking (2013); RePEc-Ranking (August 2013); Berechnungen des ifo Instituts.

Literatur

Bannert, M., D. Iselin, J. Schläpfer und J.-E. Sturm (2011), »Meisteruni Mannheim – Das Handelsblatt-Ranking 2011«, *Ökonomenstimme*, online verfügbar unter: <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2011/09/meisteruni-mannheim/>.

Combes, P.-P. und L. Linnemer (2010), »Inferring Missing Citations: A Quantitative Multi-Criteria Ranking of all Journals in Economics«, Working Paper.

Paludkiewicz, K. und K. Wohlrabe (2010), »Qualitätsanalyse von Zeitschriften in den Wirtschaftswissenschaften: Über Zitationsdatenbanken und Impactfaktoren im Online-Zeitalter«, *ifo Schnelldienst* 63(21), 18–28.

Schläpfer, F. (2011), »Reformbedarf bei der Rating-Agentur für Ökonomen«, *Neue Zürcher Zeitung*, 26. August.

Schläpfer, F. und F. Schneider (2010), »Messung der akademischen Forschungsleistung in den Wirtschaftswissenschaften: Reputation vs. Zitierhäufigkeiten«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 11(4), 325–339.

Seiler, C. und K. Wohlrabe (2010a), »Eine Anmerkung zur Zeitschriftengewichtung im Handelsblatt-Ranking 2010«, *ifo Schnelldienst* 63(6), 38–39.

Seiler, C. und K. Wohlrabe (2010b), »RePEc – eine unabhängige Plattform zur wirtschaftswissenschaftlichen Output-Messung«, *ifo Schnelldienst* 63(7), 43–48.

Seiler, C. und K. Wohlrabe (2010c), »RePEc – An Independent Platform for Measuring Output in Economics«, *CESifo Forum* 11(4), 72–77.

Seiler, C. und K. Wohlrabe (2011a), »Ranking Economists and Economic Institutions Using RePEc: Some Remarks«, *Ifo Working Paper* 96.

Seiler, C. und K. Wohlrabe (2011b), »Ranking Economists on the Basis of Many Indicators: An Alternative Approach Using RePEc Data«, *CESifo Working Paper* No. 3691.

Seiler, C. und K. Wohlrabe (2012), »Archetypal Scientists«, *CESifo Working Paper* No. 3990.

Sinn, H.-W. (2010), *Casino Capitalism: How the Financial Crisis Came About and What Needs to be Done Now*, Oxford University Press, Oxford.

Sinn, H.-W. (2012), *The Green Paradox: A Supply-Side Approach to Global Warming*, MIT Press, Cambridge, Massachusetts.

Sinn, G. und H.-W. Sinn (1994), *Jumpstart: The Economic Unification of Germany*, MIT Press, Cambridge, Massachusetts.

Wohlrabe, K. (2011), »Das Handelsblatt- und das RePEc-Ranking im Vergleich«, *ifo Schnelldienst* 64(17), 66–71.

Die globale Nutzung der erneuerbaren Energien hat nach ihrem Erfolg in den letzten Jahren weiter zugenommen. Bis Ende 2012 hatten 138 Länder spezifische Ziele zum Ausbau der regenerativen Energien festgelegt, fast ebenso viele Länder verfügen über entsprechende Förderprogramme zum weiteren Ausbau (vgl. REN21 2013). Die weltweite installierte Kapazität für die Stromerzeugung dieser Energieträger ist seit 2010 von 1 250 auf ungefähr 1 600 Gigawatt gestiegen, für 2013 wird zudem ein weiterer Anstieg der Kapazität auf knapp 1 700 GW angenommen (vgl. IEA 2013a; Renewable Energy Focus 2013). Den größten Anteil macht dabei mit über 1 000 GW die Wasserkraft aus. Aber auch bei den anderen Energiezweigen konnte eine enorme Entwicklung beobachtet werden. So überschritt die installierte Kapazität bei der Photovoltaik im Jahr 2012 die 100 GW-Marke, bei der Windenergie sind inzwischen fast 300 GW erreicht worden (vgl. REN21 2013; World Wind Energy Association 2013). Die Kapazitäten für Strom aus Biomasse (v.a. Waldholz sowie Holz- und Papierabfälle) und Geothermie wurden 2012 ebenfalls weiter ausgebaut auf 83 GW bzw. auf knapp 12 GW. Bis Ende 2012 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der weltweit installierten Kapazität mehr als 26% und machte damit über 21% der weltweiten Stromerzeugung aus, wobei auch hierbei die Wasserkraft den größten Teil einnahm (16,5%) (vgl. REN21 2013).

Zu den wichtigsten Ländern im Bereich regenerativer Energie zählen China, die USA, Brasilien, Kanada und Deutschland. Vernachlässigt man dabei die Wasserkraft, so tritt Deutschland statt Brasilien an die dritte Stelle, gefolgt von Spanien, Italien und Indien. Regional wurde der größte Teil der 2012 neu installierten elektrischen Leistung weltweit in Asien zugebaut, gefolgt von Europa und Nordamerika. In Zukunft wird eine stetige Verlagerung der Investitionen von Industrieländern in Entwicklungs- und Schwellenländer, wie Brasilien, Südafrika, China und Indien vorausgesagt (vgl. Renewable Energy Focus 2013). So sind die Investitionen in den Industrieländern 2012 um 29% gegenüber dem Vorjahr gefallen, in den übrigen Ländern dagegen um 19% gestiegen. Die Anteile erneuerbarer Energien an der weltweiten Stromerzeugung 2011 sind in der Karte (vgl. Abb. 1) dargestellt. Erkennbar ist, dass ein Großteil der Länder erneuerbare Energien mit einem Anteil von über 10% nutzt.

In China betrug der Anteil an der gesamten Stromerzeugung 2011 18% und ist bis zu diesem Jahr auf 19% angestiegen. Das Land gilt derzeit als einer der größten Märkte für Strom aus erneuerbaren Energien. Hier könnte der Anstieg zukünftig stärker ausfallen als in der EU, den USA und Japan zusammen (vgl. IEA 2013b). China verfügt mit über 90 GW (ohne Wasserkraft) derzeit über den größten Teil installierter elektrischer Kapazität weltweit, vor allem im Bereich Wasserkraft mit 240 GW, was rund

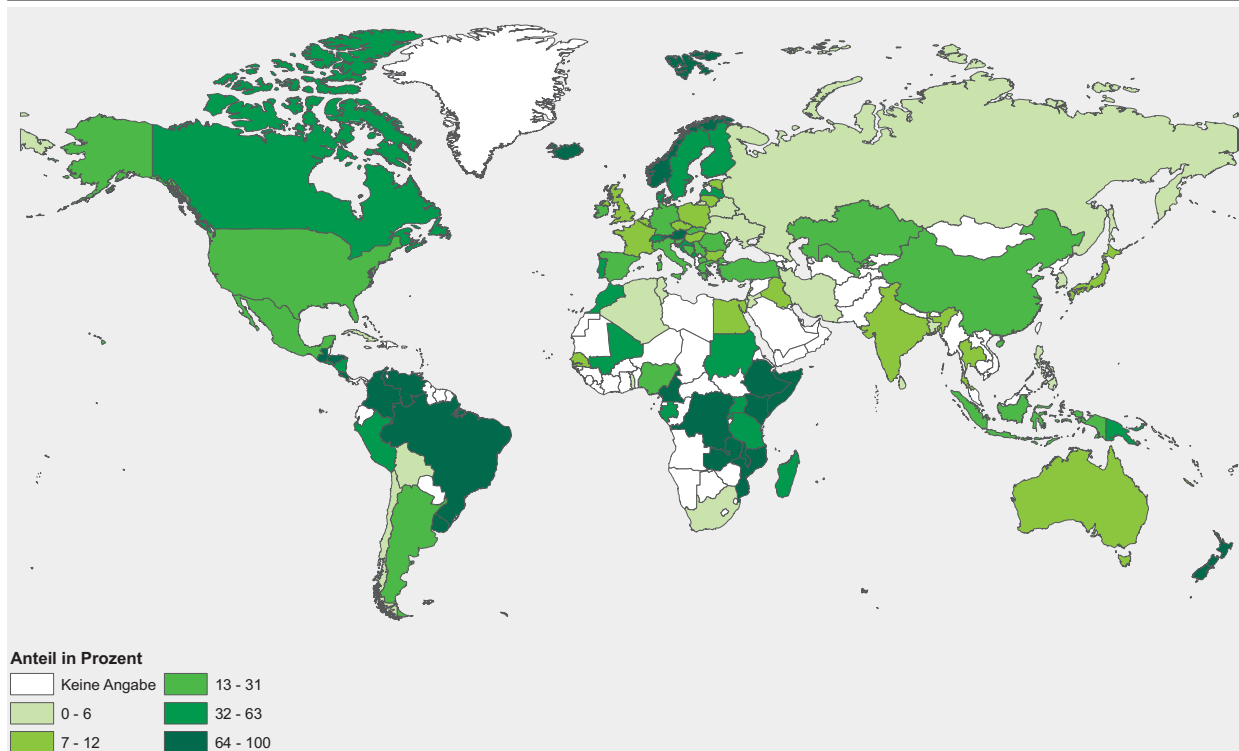
24% der globalen Kapazität entspricht. Auch bei der Windkraft sind weitere Entwicklungen sichtbar. Hier sind bis zur ersten Jahreshälfte 2013 rund 80 GW neu installiert worden. Zudem bleibt China auch weiterhin Marktführer im Bereich der Photovoltaik. So konnten chinesische Firmen ihren Marktanteil im dritten Quartal 2013 auf 50% steigern (vgl. IWR 2013a). Zudem ist China zusätzlich zu seiner Vorreiterrolle als Photovoltaikanbieter nun auch weltweit führend in der Nachfrage nach Solarpanelen. Der Ausbau der Photovoltaik im Inland wurde u.a. durch Initiativen wie die Golden-Roof-Initiative und das Golden-Sun-Programm vorangetrieben, durch die der Ausbau in Form von Subventionen und Einspeisetarifen gefördert wurde (vgl. Barua et al. 2012).

Auch in Indien ist in den nächsten Jahren mit einem starken Aufschwung der erneuerbaren Energien zu rechnen. In den letzten Jahren ist besonders die Solar-Industrie in Indien stark gewachsen, so wurden allein im Jahr 2011 446 MW installiert (vgl. Barua et al. 2012). 2011 stammten 11% des Stroms aus erneuerbaren Energien (vgl. REN21 2013). Bis 2020 sollen die Produktionskapazitäten von derzeit 18 GW auf 40 GW erhöht werden. So sollen im Rahmen der »Solar Mission« bis 2022 Projekte mit einer Gesamtkapazität von 20 GW der erneuerbaren Energien gefördert werden (vgl. Indien Aktuell 2013). Dies gilt besonders für Wind und Solarenergie. Besonders wichtig für die bisherige Entwicklung der erneuerbaren Energien in Indien war der »National Action Plan on Climate Change 2008« mit dem Ziel, bis 2020 15% des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Dazu bestehen in Indien eine Vielzahl finanzieller Anreize zur Förderung der erneuerbaren Energien, wie Feed-In-Tariffs, Steueranreize oder Kapitalsubventionen. Auch wurde mit den »Renewable Portfolio Obligations« ein Mechanismus für handelbare Erneuerbare-Energien-Zertifikate geschaffen (vgl. Barua et al. 2012).

In der EU 27 betrug 2011 der Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor 21,7% (vgl. BMU 2013b). Die größten Anteile in Gesamteuropa hatten dabei Island (100%), Norwegen (97%), Österreich (69%) und Dänemark (40%) (vgl. REN21 2013). Neben der Wasserkraft hatten 2012 vor allem die Photovoltaik (70 GW) und die Windenergie¹ die größten Anteile in der EU 27. In Deutschland ist der Anteil des Stroms aus Erneuerbaren zwischen 2011 und 2012 von 20,4% auf 23,5% gestiegen (vgl. BMU 2013a). Insgesamt wurden 123,7 Mrd. kWh (2011) bzw. 142,4 Mrd. kWh 2012 erzeugt. Den Großteil machen in Deutschland neben der Energie aus Biomasse (30%) weiterhin die Windkraft und die Photovoltaik mit rund 34% bzw. 21% aus (2012). Unter den zehn wichtigsten Ländern hatte Deutschland 2012 hierbei mit 32,6 GW einen Anteil von 32% der weltweit installierten Photovoltaikleistung (vgl. REN21 2013).

¹ Mit 100 GW im Jahr 2012 entspricht dies 37% der weltweit installierten Windkapazität.

Abb. 1
Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung 2011



Quelle: REN21 (2013).

Laut einem aktuellen Länderranking des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme (vgl. ISE 2013) nimmt Schweden im weltweiten Vergleich eine Vorreiterrolle beim Thema Energiewende ein. Schweden hatte 2011 mit 48,8% unter den EU-Mitgliedern den höchsten Anteil regenerativer Energien am Endenergieverbrauch (vgl. REN21 2013). Dieser Anteil wurde von 2004 bis 2011 außerdem am stärksten ausgebaut und legte in diesem Zeitraum um 38,2% zu (vgl. IWR 2013b). Norwegen konnte mit 64,7% das eigene Ziel sogar übertreffen und strebt bis 2020 einen Anteil von 67% der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch an (vgl. REN21 2013). Darüber hinaus wurde Anfang 2012 ein Strom-Zertifikate-Markt eingeführt, ebenfalls mit der Absicht, die erneuerbaren Energien zu fördern. Auch in Dänemark war ein starker Anstieg der erneuerbaren Energien zu verzeichnen. Deren Anteil an der Gesamtenergie stieg hier von 14,9% im Jahr 2004 auf 23,1% im Jahr 2011 an (vgl. IWR 2013b). Bis 2050 sollen 100% der Energie aus den Erneuerbaren stammen, es wird also ein schrittweiser Ausstieg aus Kohle, Gas und Öl angestrebt. Dazu sollen auch eine Steuer auf Mineralöl, Kohle und Gas, sowie Strom und eine Steuer auf CO₂-Emissionen von Energieprodukten beitragen (vgl. EEA 2013). Weitere wichtige europäische Länder sind neben den skandinavischen Staaten vor allem Portugal, Italien sowie Großbritannien. Italien liegt beim ISE-Länderranking – noch vor Deutschland – auf einem der vorderen Plätze (vgl. ISE 2013). Hier spielen vor allem die

Windkraft, aber auch die Solarenergie, eine maßgebliche Rolle bei der Stromerzeugung.

Bei der globalen Stromerzeugung stehen die USA hinter China an zweiter Stelle (vgl. REN21 2013). Ähnlich vieler anderer Länder haben die USA keine expliziten Ausbauziele formuliert. Lediglich in einigen Bundesstaaten existieren dazu verbindliche Ziele. 2011 hatten die Erneuerbaren hier einen Anteil von 13% am Strommix, bis Mitte 2013 waren es über 14% (vgl. Renewable Energy World 2013). In den USA kam der Ausbau der Windenergie 2013 nur schleppend voran. Ausgelöst wurde dies vor allem durch den stark gesunkenen Strompreis aufgrund des durch Fracking gewonnenen Gases (vgl. Die Welt 2013), aber auch politischer Rahmenbedingungen, wie zuletzt die Verlängerung der Windenergieförderung, durch die viele der für 2013 geplanten Anlagen aufgrund des drohenden Wegfalls der Steuervorteile bereits bis Ende 2012 errichtet wurden (vgl. Erneuerbare Energien 2013). Die USA sind weltweit weiterhin führend im Bereich des Stroms aus Biomasse und der Geothermie. So hatten die USA bis 2012 kumulierte Kapazitäten von rund 17 GW aus fester Biomasse und fast 3,4 GW im Bereich der Geothermie installiert.

Auch viele Länder Lateinamerikas weisen einen vergleichsweise hohen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf. So wurden im Jahr 2011 in Brasilien 89%

und in Costa Rica bereits 91% des Strombedarfs durch regenerative Energien gedeckt; in Venezuela und in Uruguay über 70% und auch in Peru lag der Anteil bereits bei 56,9% (vgl. REN21 2013; Worldwatch 2013). Dabei ist die Wasserkraft von besonderer Bedeutung, in Brasilien machte diese 2011 86% der gesamten Energieproduktion aus (vgl. IEA 2012). Darüber hinaus nimmt besonders Zentralamerika eine führende Stellung im Bereich der geothermischen Energie ein: El Salvador hat mit knapp einem Viertel nach Island den weltweit zweitgrößten Anteil von Geothermie an der nationalen Gesamtstromproduktion, Costa Rica liegt bei 12,4% (vgl. Worldwatch Institute 2013). Ein starker Aufschwung gelang in den letzten Jahren der Windenergie: Brasilien steigerte die Windkapazität um 1 077 MW auf 2 508 MW im Jahr 2012, Mexiko konnte die Windenergie sogar mehr als verdoppeln: von 569 MW im Vorjahr auf 1 307 MW im Jahr 2012. Auch in Chile ist in den nächsten Jahren ein starker Anstieg zu erwarten. Obwohl im Jahr nur 250 MW installiert waren, sind bereits weitere Projekte im Umfang von 3 250 MW der Windenergie genehmigt (vgl. Bennett 2013).

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl staatlicher Initiativen zur Förderung erneuerbarer Energien. Zuerst im Jahr 2002 von Brasilien eingeführt, sind Feed-In-Tariffs heute in Lateinamerika weit verbreitet (vgl. Jakobs et al. 2013). Chile hat sich zum Ziel gesetzt, den derzeitigen Anteil von 5,9% des Stroms aus erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20% (ohne Wasserkraft) zu erhöhen (vgl. DENA 2013a). Auch in Brasilien soll dieser Anteil bis 2020 16% ohne Wasserkraft betragen (vgl. Bennett 2013). Peru verfolgt das ambitionierte National Photovoltaic Household Electrification Programme, in dem durch die Installation von 12 500 Photovoltaik-Anlagen in den nächsten fünf Jahren 500 000 entlegene Haushalte mit Strom versorgt werden sollen. Diese Maßnahme ist Teil des Ziel der Regierung, bis 2016 95% der Bevölkerung einen Zugang zu Strom zur ermöglichen (vgl. DENA 2013b).

Weltweit haben die erneuerbaren Energien weiterhin ein enormes Potenzial. Laut IEA werden die Erneuerbaren bis zum Jahr 2035 weltweit einen Anteil von 18% am Primärenergieverbrauch erreichen und sich zum zweitgrößten Stromlieferanten nach der Kohle entwickeln (vgl. IEA 2013b). Vor allem in den Schwellen- und Entwicklungsländern ist in diesem Sektor mit einem starken Anstieg zu rechnen, allen voran China. Wie sich der Zubau an erneuerbarer Kapazität tatsächlich entwickelt, wird in Zukunft besonders von den weiteren politischen Rahmenbedingungen abhängen.

Literatur

Barua, P., L. Tawney und L. Weischer (2012), »Delivering on the Green Economy: The Role of Policy in Developing Successful Domestic Solar and

Wind Industries«, World Resources Institute, online verfügbar unter: <http://www.wri.org/publication/delivering-on-the-cleanenergy-economy>.

Bennett, C. (2013), »The Latin wind spirit«, *Renewable Energy Focus*, Jul/Aug, online verfügbar unter: <http://www.dbod.de:2070/science/article/pii/S1755008413700784>, aufgerufen am 19. November 2013.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2013a), »Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2012«, online verfügbar unter: http://www.erneuerbare-energien.de/fileadmin/Daten_EE/Dokumente_PDFs_ee_in_zahlen_ppt_bf.pdf.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2013b), »Erneuerbare Energien in Zahlen. Nationale und Internationale Entwicklung«, online verfügbar unter: http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/ee_in_zahlen_bf.pdf.

DENA – Deutsche Energie-Agentur (2013a), »Chile: Erneuerbare-Energien-Ausbauziel bis 2020 verdoppelt«, online verfügbar unter: <http://www.exportinitiative.de/nachrichten/nachrichten00/back/87/article/chile-erneuerbare-energien-ausbauziel-bis-2020-verdoppelt/>.

DENA – Deutsche Energie-Agentur (2013b), »Peru: Solarenergie für eine halbe Million Haushalte«, online verfügbar unter: <http://www.exportinitiative.de/nachrichten/nachrichten00/browse/5/back/87/article/peru-solarenergie-fuer-eine-halbe-million-haushalte/>.

Die Welt (2013), »USA stellen fast alle Windkraft-Projekte ein«, online verfügbar unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article115178348/USA-stellen-fast-alle-Windkraft-Projekte-ein.html>.

EEA (2013), »Climate and Energy Country Profiles: Key Facts and Figures for EEA Member Countries«, *EEA Technical Report* (17), online verfügbar unter: <http://www.eea.europa.eu/publications/climate-and-energy-country-profiles>, aufgerufen am 19. November 2013.

Erneuerbare Energien (2013), »Verhaltener Beifall für die US-Windförderung«, online verfügbar unter: <http://www.erneuerbareenergien.de/verhaltener-beifall-fuer-die-us-windfoerderung/150/469/59471/>.

IEA (2012), *Renewable Energy Medium-Term Market Report 2012: Market Trends and Projections to 2017*, OECD und IEA, Paris.

IEA (2013a), »Renewable Energy – Medium Term Market Report 2013. Executive Summary«, online verfügbar unter: <http://www.iea.org/Textbase/npsum/MTRenew2013SUM.pdf>.

IEA (2013b), *Renewable Energy Outlook 2013*, online verfügbar unter: <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/6113131ec009.pdf?expires=1385982324&id=id&accname=ocid56012597&checksum=36AA9D1B68041ABCCDC5F9649FE52890>.

Indien Aktuell (2013), »Erneuerbare Energien gewinnen auch in Indien an Bedeutung«, online verfügbar unter: <http://www.indienaktuell.de/business/wirtschaftsnachrichten-indien/nachrichten/artikel0/news/erneuerbare-energien-gewinnen-auch-in-indien-an-bedeutung-20028/>.

ISE – Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (2013), »Energy Transformation Index (ETI)«, Pressemitteilung, online verfügbar unter: <http://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/presseinformationen-2013/energy-transformation-index-eti>.

IWR (2013a), »Chinas Top-Solarunternehmen bauen Marktanteil auf 50 Prozent aus«, online verfügbar unter: <http://www.iwr.de/news.php?id=24767>.

IWR (2013b), »Schweden führt im EU-Ranking zum EE-Ausbau«, online verfügbar unter: <http://www.iwr.de/news.php?id=23539>, aufgerufen am 29. März 2013.

Jacobs, D., N. Marzolf, J.R. Paredes, W. Rickerson, H. Flynn, C. Becker-Birck und M. Solano-Peralta (2013), »Analysis of Renewable Energy Incentives in the Latin America and Caribbean Region: The feed-in Tariff Case«, *Energy Policy* 60, 601–610.

REN21 – Renewable Energy Policy Network for the 21st Century (2013), *Renewables 2013 – Global Status Report*, online verfügbar unter: http://www.ren21.net/Portals/0/documents/Resources/GSR/2013/GSR2013_lowres.pdf.

Renewable Energy Focus (2013), »Renewable Power Generation 2012«, *Renewable Energy Focus* 14(4), online verfügbar unter: <http://e-ditionsbyfry.com/Olive/ODE/RRF/Default.aspx?href=RRF/2013/07/01>.

Renewable Energy World (2013), »Renewable Energy Provides 14% of US Electrical Generation During First Half of 2013«, online verfügbar unter: <http://www.renewableenergyworld.com/rea/news/article/2013/08/renewable-energy-tops-14-of-us-electrical-generation-during-first-half-of-2013>.

World Wind Energy Association (2013), *Half-year Report 2013*, online verfügbar unter: http://www.wwindea.org/webimages/Half-year_report_2013.pdf.

Worldwatch Institute (2013), »The Way Forwards for Renewable Energy in Central America: Status Assessment, Best Practices, Gap Analysis«, online verfügbar unter: <http://www.worldwatch.org/way-forward-renewable-energy-central-america>.

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist deutlich gestiegen. Die aktuelle Geschäftslage wird von den Unternehmen wieder besser eingeschätzt. Die Erwartungen an den weiteren Geschäftsverlauf sind auf den höchsten Wert seit Frühjahr 2011 gestiegen. Die deutsche Wirtschaft blickt zuversichtlich auf die kommenden Wintermonate.

Das ifo Geschäftsklima ist in allen vier Teilbereichen angestiegen. Mit jeweils vier Punkten fiel der Zuwachs in der Industrie und im Großhandel am größten aus. In diesen Bereichen zeigten auch die beiden Teilkomponenten nach oben. Im Bauhauptgewerbe wurde die aktuelle Lage zwar minimal weniger gut beurteilt, dafür fielen die Erwartungen deutlich optimistischer aus. Das Gleiche gilt für den Einzelhandel. In dieser Branche fand in den letzten Monaten ein ständiger Wechsel zwischen einer Auf- und Abwärtsbewegung statt.

Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands, einschließlich des Dienstleistungssektors, ist nach zwei Rückgängen in Folge im November deutlich gestiegen. Die Bereitschaft der Unternehmen, neues Personal einzustellen, hat in nahezu allen Wirtschaftsbereichen weiter zugenommen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist das Beschäftigungsbarometer erneut gestiegen. Aufgrund guter Auftragslage und optimistischer Exportaussichten wollen die Industriefirmen ihre Mitarbeiterzahl leicht erhöhen. Im Bauhauptgewerbe hat sich der Index das dritte Mal in Folge erhöht. Trotz bevorstehendem Winter werden weiterhin Bauarbeiter gesucht. Auch im Groß- und Einzelhandel sind die Beschäftigungsaussichten positiv. Am deutlichsten hat das Beschäftigungsbarometer im Dienstleistungsgewerbe zugelegt. Deutlich mehr Firmen als im Oktober wollen neues Personal einstellen.

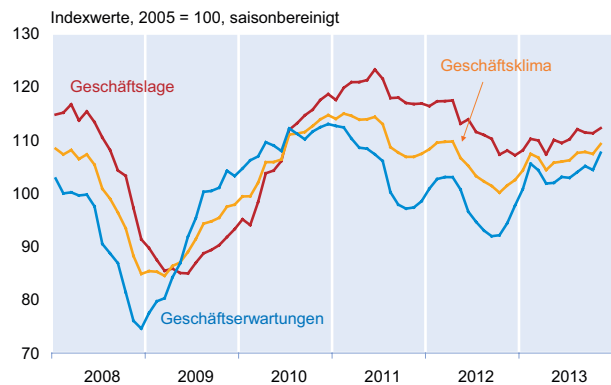
Der Geschäftsklimaindikator für das **Verarbeitende Gewerbe** ist kräftig gestiegen. Die aktuelle Geschäftslage wird wieder positiver eingeschätzt. Die Erwartungen der Industriefirmen sind merklich optimistischer ausgefallen als noch im Vormonat. Vom Export werden verstärkte Impulse erwartet. Der Anstieg der Exporterwartungen zieht sich nahezu durch alle Teilbereiche der Industrie. Trotz steigender Produktion konnten die Lagerbestände abgebaut werden. Der Auftragsbestand und die Nachfragesituation entwickelten sich sehr gut, und auch für die Zukunft wird mit einer Ausweitung der Produktion gerechnet. Nach dem Rückgang im Vormonat ist der Geschäftsklimaindex im Investitionsgüterbereich wieder deutlich gestiegen. Dies ist insbesondere auf deutlich optimistischere Geschäftsaussichten

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests, Ergebnisse von Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern sowie des Ifo World Economic Survey (WES) werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

Abb. 1

Gewerbliche Wirtschaft^{a)}

Geschäftsentwicklung



^{a)} Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

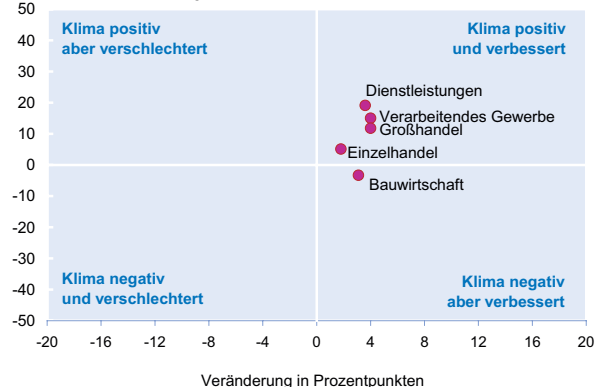
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 2

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen

im November 2013

Salden, saisonbereinigte Werte



Quelle: ifo Konjunkturtest.

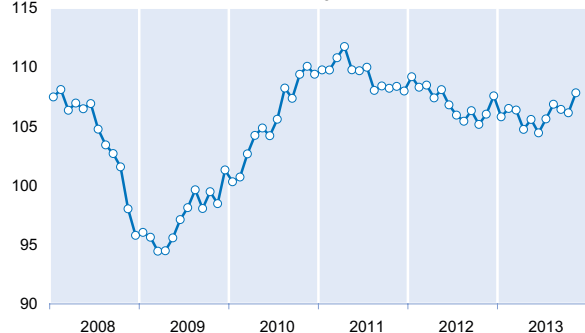
Abb. 3

ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland

Gewerbliche Wirtschaft^{a)}

im November 2013

Indexwerte, 2005 = 100, saisonbereinigt



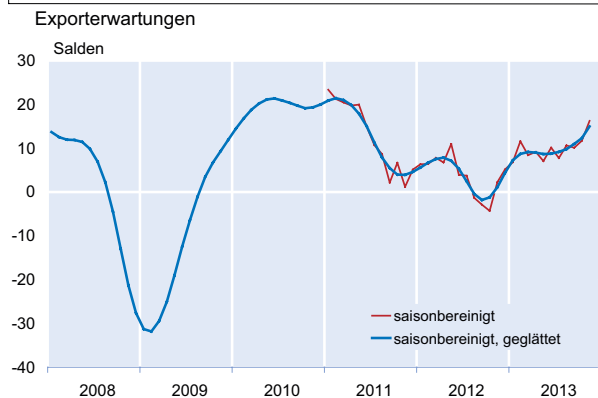
^{a)} Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel, Dienstleistungssektor.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

zurückzuführen, während sich die Bewertung der aktuellen Geschäftslage kaum änderte. Die Exportaussichten sind so gut wie seit langer Zeit nicht, und die Produktion soll weiter angehoben werden. Angesichts reger Nachfrage wurden die Warenlager erstmals seit Anfang 2012 im Durchschnitt als »zu klein« bewertet. Einen kräftigen Anstieg verzeichneten die Firmen auch bei der Produktion, die in den kommenden Monaten weiter angehoben werden soll. Im Konsumgüterbereich verbesserte sich das Geschäftsklima moderat. Während die aktuelle Lage wieder positiver beurteilt wurde, fiel der Ausblick auf die nächsten sechs Monate etwas weniger optimistisch aus. Dies ist überraschend, da sich auch hier die Exporterwartungen deutlich verbesserten und die Firmen mit der aktuellen Auftragslage zufrieden sind. Mit weiteren Preissteigerungen ist zu rechnen. Nach dem starken Rückgang im Oktober erholte sich das Geschäftsklima im Bereich Nahrungsmittel wieder. Bei steigender Produktion konnten die Lager deutlich geleert werden. Auch vom Export werden deutlich stärkere Impulse erwartet als zuletzt. Vor dem Weihnachtsgeschäft planen weiterhin viele Firmen Preiserhöhungen. In der chemischen Industrie hat sich das Geschäftsklima sprunghaft verbessert. Angesichts hoher Nachfrage und gut gefüllter Auftragsbücher waren die Firmen mit ihrer Lage äußerst zufrieden. Weiterhin gaben die Unternehmen an, dass ihre Lagerbestände im Mittel »zu klein« seien. Mit Blick auf die als sehr günstig eingeschätzte zukünftige Entwicklung haben sie zudem ihre Produktionspläne nach oben angepasst. Auch hier spielt der Exportbereich eine sehr starke Rolle. Im Bereich Metallherstellung und -bearbeitung hat sich das Geschäftsklima weiter aufgehellt, verblieb aber auch im November im negativen Bereich. Die Unzufriedenheit mit der momentanen Situation hat angesichts zunehmender Nachfrage und Produktion abgenommen. Für die kommenden Monate rechneten die Firmen aber mit einer spürbaren Verbesserung. Nach zuletzt deutlichen Preissteigerungen konnten nur noch vereinzelt höhere Preise durchgesetzt werden. Die Unternehmen planen jedoch weiterhin, an der Preisschraube zu drehen. Im Maschinenbau hat sich den Firmenangaben zufolge die Geschäftslage weiter verbessert. Überhöhte Warenbestände konnten abgebaut und die Produktion angehoben werden. Die Geschäftsperspektiven haben sich zudem weiter aufgehellt. Der Maschinenbau ist einer der wenigen Bereiche, in dem die Exporterwartungen etwas nachgegeben haben. Die Aussichten bleiben aber weiterhin sehr gut.

Im **Bauhauptgewerbe** ist der Geschäftsklimaindex nach sieben Rückgängen in Folge wieder deutlich gestiegen. Obwohl die aktuelle Geschäftslage etwas weniger positiv beurteilt worden ist, schauen die Baufirmen erheblich optimistischer auf den weiteren Geschäftsverlauf als noch im Vormonat. Die Auslastung der Gerätekapazitäten stieg leicht von 73,7 auf 74,3%, der vergleichbare Vorjahreswert wurde damit um rund 2 Prozentpunkte übertroffen. Gut jeder vierte Testteil-

Abb. 4
Verarbeitendes Gewerbe^{a)}

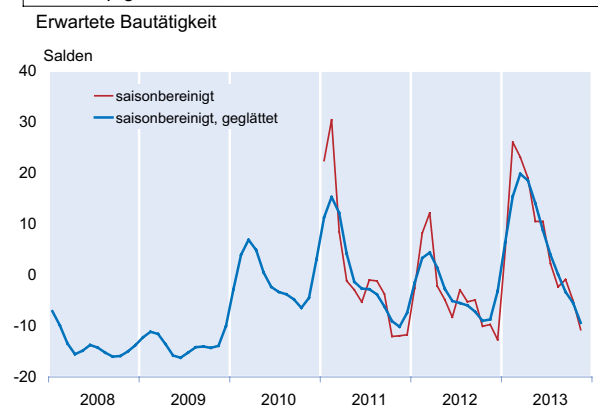


Salden aus den Prozentsätzen der Meldungen über zu- und abnehmende Exportgeschäfte.

^{a)} Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 5
Bauhauptgewerbe



Salden aus den Prozentsätzen der Meldungen über steigende und abnehmende Bautätigkeit.

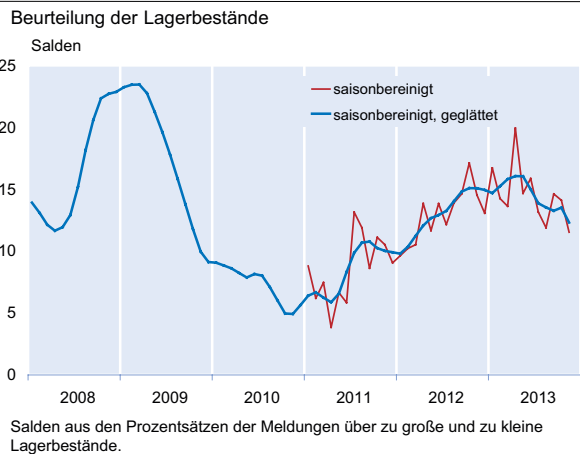
Quelle: ifo Konjunkturtest.

nehmer meldete Behinderungen der Bautätigkeit, mit 12% der größte Teil wegen Auftragsmangels (November 2012: 17%). Von Arbeitskräftemangel berichteten 8% der Befragten; überdies klagten 7% über negative Witterungseinflüsse. Die Reichweite der Auftragsbestände verharrte im Durchschnitt der Bausparten bei 2,9 Monaten; sie war somit größer als vor Jahresfrist (2,8 Monate). Per saldo empfanden 11% der befragten Firmen den aktuellen Auftragsbestand als zu klein. Nach den Firmenmeldungen zu schließen, konnten die Preise etwas häufiger angehoben werden. Die Testteilnehmer gingen jedoch ein wenig seltener davon aus, dass sie auch in der nahen Zukunft die Preise heraufsetzen können. Per saldo beabsichtigten mehr Unternehmen als im Oktober, ihren Personalbestand in den nächsten Monaten zu erhöhen. Nach den Ergebnissen der November-Sonderfrage lassen es Auftragslage und eine entsprechende Ausrüstung bei 44% der befragten Bauunternehmen zu, im Winter 2013/2014 außerhalb der behördlich anerkannten Schlecht-

wettertage mit der gesamten Belegschaft durchzuarbeiten. Die Notwendigkeit für Entlassungen bzw. Kurzarbeit ergibt sich bei den übrigen 56% hauptsächlich aus einem Mangel an Aufträgen. Baubetriebliche Gründe spielen in 24% der Fälle eine Rolle. Zudem wurden die teilnehmenden Firmen nach der persönlichen Einstellung ihrer Arbeiter zum Winterbau befragt. Soweit den Unternehmen bekannt ist, würden 72% dieser Beschäftigtengruppe – wenn sie die Wahl hätten – die Arbeit mit normalem Lohn und Wintergeld fortsetzen. 28% würden dagegen eine Arbeitspause bei gleichzeitigem Bezug des Saison-Kurzarbeitergeldes (ggf. zusätzlich Zuschuss-Wintergeld) präferieren. Im Tiefbau stieg der Geschäftsklimaindex leicht. Während die aktuelle Geschäftslage unverändert eingeschätzt wurde, blicken die Firmen etwas optimistischer auf den weiteren Geschäftsverlauf. Der Auftragsbestand verharrte bei 2,8 Monaten. Jedoch rechnen die Firmen mit einem Rückgang der Bautätigkeit. Im Moment berichten 28% der Umfrageteilnehmer von Behinderungen bei der Bautätigkeit. Dabei spielten insbesondere Witterungseinflüsse die größte Rolle. Es wird sich zeigen, inwieweit dieser Wert im bevorstehenden Winter weiter ansteigen wird. Im Hochbau drehte das Geschäftsklima nach zwei Monaten wieder in den positiven Bereich. Die aktuelle Lage wurde zwar etwas weniger positiv beurteilt, jedoch hellte sich der Geschäftsausblick deutlich auf. Bei den Bautätigkeitsbehinderungen spielt das Wetter noch keine so große Rolle wie im Tiefbau. Haupthinderungsgrund für die Hochbaufirmen ist weiterhin Auftragsmangel.

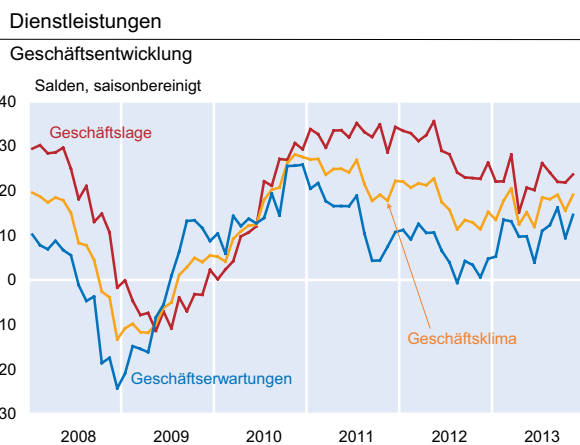
Im **Großhandel** stieg der Geschäftsklimaindex deutlich. Die Großhändler waren etwas zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage, während die Erwartungen deutlich optimistischer ausfielen als im Vormonat. Die Lagerbestände konnten wieder etwas abgebaut werden. Vor dem Weihnachtsgeschäft soll die Ordertätigkeit weiter erhöht werden; zudem soll zusätzliches Personal eingestellt werden. Die Firmen planen weiterhin, die Preise anzuheben, konnten dies aber in der Vergangenheit selten durchsetzen. Im Produktionsverbindungshandel nahm das Übergewicht der positiven Lageurteile geringfügig weiter zu. Hinsichtlich des weiteren Geschäftsverlaufs hat sich die Zuversicht der Firmen spürbar verstärkt. Die Lagerbestände blieben weitestgehend konstant, und die Bestelltätigkeit soll nur moderat erhöht werden. Die Konsumgütergroßhändler bewerteten ihre gegenwärtige Lage zwar etwas weniger günstig als im Oktober, die spürbar zuversichtlicheren Geschäftserwartungen führten aber dennoch zu einer Aufhellung des Geschäftsklimas in diesem Bereich. Der Lagerbestand konnte deutlich reduziert und die Bestelltätigkeit merklich ausgeweitet werden. Im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln verbesserte sich das Geschäftsklima leicht. Ausschlaggebend dafür war die zuversichtliche Einschätzung der Geschäftsaussichten für die kommenden Monate, in denen die Firmen ihre Bestellmengen ausweiten sowie die

Abb. 6
Großhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 7



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Mitarbeiterzahl vergrößern wollen. Die Verkaufspreise dürften weiter steigen.

Auch im Einzelhandel ist der Geschäftsklimaindex gestiegen. Während sich die Beurteilung der Geschäftslage kaum änderte, blicken die Einzelhändler auf die weiteren Geschäfte optimistisch. Seit mehr als einem Jahr wechselt sich ein Anstieg mit einer Senkung beim Geschäftsklima ab. Eine leicht positive Tendenz ist jedoch zu erkennen. Der Lagerbestand wurde vor dem Weihnachtsgeschäft nochmals erhöht, und bei der Bestelltätigkeit ergaben sich keine großen Änderungen, sie bleiben leicht restriktiv. Anhebungen der Verkaufspreise sind weiterhin vorgesehen. Mit Blick auf das für den Einzelhandel wichtige Weihnachtsgeschäft zeigt sich in den Umfragen, dass die Unternehmer in typischen Bereichen für Weihnachtsgeschenke optimistisch sind. Dies gilt insbesondere für die Unterhaltungselektronik, Schmuckverkauf und Spielwarenläden. Im Nahrungsmittel-

bereich stieg der Geschäftsklimaindex wieder deutlich. Insbesondere die aktuelle Geschäftslage schätzten die Einzelhändler deutlich positiver ein, während die Erwartungen sich nur leicht aufhellten. Die Verkaufspreise wurden erneut vielerorts erhöht, und die Firmen planen auch weitere Preissteigerungen im Dezember. Die Bestelltätigkeit wurde etwas zurückgenommen. Im Kfz-Einzelhandel ist der Geschäftsklimaindikator nach dem Rückgang im Oktober wieder gestiegen, da die Anzahl der negativen Stimmen zur aktuellen Lage deutlich zurückgegangen ist. Im Hinblick auf das kommende halbe Jahr keimte Zuversicht auf. Die Händler wollten ihre restriktive Orderpolitik aufgeben. In beiden Sparten des Einzelhandels mit Kfz verbesserte sich das Geschäftsklima. Im Neuwagengeschäft nahmen die negativen Meldungen zur aktuellen Lage deutlich ab, und die Geschäftserwartungen stiegen auf den höchsten Wert seit August 2011. Die Gebrauchtwagenhändler beurteilten die aktuelle Situation günstiger als im Oktober, und auch die Aussichten für die kommenden sechs Monate wurden zuversichtlicher eingeschätzt. Eine drastische Verschlechterung des Geschäftsklimas war im Bereich Kraftwagenteile und -zubehör zu verzeichnen. Die Unzufriedenheit mit der momentanen Situation hat spürbar zugenommen. In Bezug auf die weitere Geschäftsentwicklung äußerten sich die Testteilnehmer mit wachsendem Pessimismus. Zahlreiche Firmen kündigten einen Abbau des Personalbestandes und Preiserhöhungen an.

Der ifo Geschäftsklimaindikator für das **Dienstleistungsge-**
werbe Deutschlands ist nach dem Rückgang im Vormonat wieder auf das Niveau vom September gestiegen. Die Dienstleister sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage wieder etwas zufriedener. Zudem blicken sie deutlich optimistischer auf die kommende Geschäftsentwicklung. Die Mitarbeiterzahl soll weiter erhöht werden. Im Transportwesen hat der Geschäftsklimaindikator im Bereich Personen- und Güterbeförderung zu Land leicht nachgegeben. Die Firmen stufen ihre momentane Lage etwas ungünstiger ein und waren auch bezüglich ihrer Perspektiven für die nächsten sechs Monate nicht mehr so optimistisch wie im Oktober. Im Bereich Güterbeförderung im Straßenverkehr waren die Unternehmen mit ihrer aktuellen Lage zufriedener als im Vormonat. Sie rechneten vermehrt mit Umsatzsteigerungen in der nahen Zukunft und zeigten sich hinsichtlich der weiteren Geschäftsentwicklung deutlich zuversichtlicher. Der Geschäftsklimaindikator hat spürbar zugelegt. Die Planungen sahen erneut eine Ausweitung der Mitarbeiterzahl vor. Der Bereich Spedition und sonstige Verkehrsdienstleistungen (einschließlich Logistik) bewertete seine aktuelle Geschäftssituation weniger günstig, war aber bezüglich der Perspektiven merklich optimistischer. Das Geschäftsklima hat sich verbessert. Für die nächste Zeit rechneten die befragten Unternehmen per saldo deutlich häufiger mit einem Umsatzwachstum. Im Bereich Touristik hat der Klimaindikator spürbar nachgegeben. Die Reisebüros und Reiseveranstalter

äußerten sich hinsichtlich ihrer zukünftigen Geschäftsentwicklung zwar wieder etwas zuversichtlicher, beurteilten aber ihre aktuelle Lage wesentlich zurückhaltender als im Oktober. Die Firmen rechneten kaum noch mit Umsatzzuwächsen in der nahen Zukunft und planten, die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren.

ifo Institut

im Internet:

<http://www.cesifo-group.de>

